REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 456 · 22.11.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Deutschland marschiert
2. Rolf Heißler endlich frei
3. Das Mittelalter und die Utopien des 21. Jahrhunderts. Umberto Ecos Roman "Baudolino" - Js.
4. Stell Dir vor, es ist Krieg - und die NATO geht nicht hin - Vo
5. Friedenspolitische Alternativen? Angriffspunkte für eine Friedensbewegung - Ulrich Cremer
6. Gegen alle Fundamentalismen! Arundhati Roy über Bush, Bin Laden und eine falsche Alternative - Arundhati Roy
7. Manhattan Transfer. Günther Jacob über Probleme des Antiimperialismus
8. Welcome home! (Anti-)Deutsche Linke suchen Anschluss. - Georg Wißmeier
9. Krieg ist alles, Image ist nichts - oder so. Pentagon setzt auf professionelle Hilfe im Propaganda-Krieg - Max Böhnel
10. Für Krieg und Koalitionsfrieden. Grünes Krisenmanagement: Konflikt gelöst, Partei tot - mb., Berlin
11. Virtueller Mauerbau. Schilys Anti-Terror-Paket perfektioniert vor allem die bundesdeutsche Abschottung - mb.
12. Fegen im Hinterhof. US "Antiterrorkampagne" in Lateinamerika - Harald Neuber
13. Residenzpflicht für politische Oppositionelle. Interview mit Rolf Gössner
14. Die Berliner SPD bleibt sich treu. Die Ampel-Koalition ist der konsequente Schritt in die falsche Richtung - Birger Scholz
15. Kein Wunder. Das Scheitern der neoliberalen Transformation in Kroatien - Zeljko Brkic
16. Kroatien 1989 - 2001 Unabhängigkeit, Krieg, Transformation
17. EU-Integration Kroatiens - ein schwieriger Weg - Boris Kanzleiter
18. Fortgesetztes Elend. Ein Jahr Vicente Fox in Mexiko - Dario Azzellini
19. Stichworte zur Geschichte Nicaraguas - St
20. Party abgesagt. Ortega verliert zum dritten Mal Präsidentschaftswahlen in Nicaragua - Andreas van Baaijen
21. Türkei: Panzer gegen UnterstützerInnen der Hungerstreikenden - Jan Keetmann
22. Realpolitik und Visionen. Der Parti communiste francais im Spagat - Bernhard Schmid
23. Krieg und Krise. Italiens Linksdemokraten sind nur begrenzt oppositionsfähig - Js.
24. ASEAN im Profil - Rainer Werning
25. Glücklicher Anti-Terrorist. Australiens Howard rüstet sich für eine dritte Amtszeit - Rainer Werning
26. Brüchige Allianzen in Brunei. Mehr Dissens als Eintracht auf dem jüngsten ASEAN-Gipfel - Rainer Werning
27. Was geschah in Genua? Chronologie der Ereignisse - Nicole Vrenegor
28. "Eine absolute Zockerei". Interview mit Lothar Evers zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen - Tom Binger
29. Krawalle, Lügen und Videos. Schwedische Polizei ermittelt gegen mehr als hundert Göteborg-DemonstrantInnen - Kathaina Bachmann, Hannes Heine
30. Geschlecht und Gouvernementalität - Teil 2. Neoliberale Modelle der "Unternehmerin" und ihre empirische Wirklichkeit - Susanne Schultz und Katharina Pühl
31. Global action - local congress. Kongress zu Globalisierung und Perspektiven linksradikaler Politik in Hamburg - Kongress 111
32. Gipfelproteste in Brüssel - gw
33. Wiederbegegnung mit Leo Kofler - Manfred Behrend
34. "Pfui, Reformismus!"?? Warum attac für die radikale Linke wichtig ist. - Werner Rätz
35. 6 für 50. Verbote und Verzögerungen beim Castortransport nach Gorleben - DSe
36. Holocaust und Deutschtum. Wo Gremliza und Walser sich Gute Nacht sagen - Achim Rohde
37. Historiker in nationaler Mission. Ein Rückblick auf 15 Jahre deutscher Geschichtspolitik - Gerd Wiegel
38. Zu viel Harmonie. Deutsch-jüdische Geschichte, museal geglättet - Alexander Neumann

39. HipHop gegen Nazis. Brothers & Sisters Keepers - DSe
40. Geschlecht wird gemacht. Film über Geschlechter- und Körperpolitik und den Zwang zur Normalität. - nv
41. Braucht jemand noch einen Scheißjob?! Repressionen gegen Call-Center-AktivistInnen im Ruhrgebiet - Imma Freitag
42. Quelldatei 03bu.htm
43. AUFGEBLÄTTERT
44. KALENDER
45. LESERINNENBRIEFE
46. EDITORIAL
47. Wer wird SpenderIn?
48. Kroatisches Wunder fällt aus

1. Deutschland marschiert

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/auf-456.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:auf-456

Mit dem Bundestagsbeschluss über den Kriegseinsatz deutscher SoldatInnen vom 16. November sind zwei Dinge amtlich: 3.900 deutsche SoldatInnen dürfen in den Anti-Terrorkrieg ziehen. Und: Nichts, aber auch gar nichts ist mit Rot-Grün nicht machbar. Dass die paar Sozis, die nicht sogleich auf Linie waren, in Windeseile umkippen würden, war eh klar. Und so etwas wie Rückgrat hatte man bei den Grünen ja auch schon längst nicht mehr vermutet. Gleichwohl hatte es kurzfristig den Anschein, als würde wenigstens eine gute Handvoll Abgeordneter noch so etwas wie eine äußerste Grenze des Opportunismus kennen. Statt dessen hat das armselige Dissidenten-Trüppchen jetzt mit seinem kreativen Stimmen-Splitting lediglich noch einmal demonstriert, wie einfallsreich Grüne sind, wenn es darum geht, Untertänigkeit zu zelebrieren.

Natürlich sind die acht bockigen Grünen vom Kanzler erpresst worden. Aber Schröder hatte gute Gründe, die Abstimmung über den Kriegseinsatz der Bundeswehr an die Vertrauensfrage zu knüpfen: Erstens geht es in der Tat ums Ganze, nämlich darum, dass Kriege in aller Welt zukünftig mit tatkräftiger deutscher Unterstützung geführt werden sollen. Nicht nur für Schröder ist damit ein Traum wahr geworden: Die "Enttabuisierung des Militärischen", von der der Kanzler faselte, die "historische Entscheidung", die die Grünen kurzfristig quälte, die "politische Zäsur", die man beschwor - Chiffren dafür, dass ein überfälliger Reifungsprozess vollendet ist. Die wiedervereinte deutsche Nation hat endlich zu sich selbst gefunden; man ist wieder wer! Nämlich: ein ganz normaler imperialistischer Staat, nunmehr endlich befreit von der Last historisch bedingter Handicaps.

Und zweitens kann man die Grünen bekanntlich mit nichts mehr schocken, als mit der Drohung, sie dürften nicht mehr mitregieren. Dass die Frage, ob von deutschem Boden aus Krieg geführt werden darf, für Grüne keine Frage mehr ist, wundert nicht wirklich. Plastisch veranschaulicht hat das Theater um die Abstimmung gleichwohl einmal mehr, dass keine Situation denkbar ist, in der die Grünen eventuellem Druck von oben nicht übereifrig-unterwürfig nachgeben würden.

Fast herrscht - sieht man von der PDS ab - Einigkeit im Deutschen Bundestag in der Kriegsfrage. Einigkeit darüber, dass man nicht außen vor bleiben will, wenn es um die Aufteilung der Welt geht. Einigkeit darüber, dass die NS-Vergangenheit endlich ruhen soll. Einigkeit darüber, dass man elf Jahre nach der Wiedervereinigung reif ist dafür, der Welt zu zeigen, dass die nationalistische Formierung Deutschlands nach innen und nach außen geglückt ist.

Deshalb hat man nicht darauf gewartet, von den USA um Beistand gebeten zu werden. Deshalb hat man gebettelt und gedrängelt, endlich mitmarschieren zu dürfen.

Zum Krieg in Afghanistan

Seite 4-10

2. Rolf Heißler endlich frei

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/heissler.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:heissler

Nach über zwanzig Jahren wurde das ehemalige RAF-Mitglied Rolf Heißler Anfang November aus der Haft entlassen. Die Reststrafe wurde "zur Bewährung" ausgesetzt. Das bedeutet im Klartext, es wird eine weitere Überwachung und Kontrolle auch nach der Haftentlassung stattfinden.

Rolf Heißler soll bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Polizeibeamten im November 1978 zwei Beamte erschossen und zwei weitere schwer verletzt haben. 1982 wurde er u.a. deswegen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. 1979 wurde Heißler bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuss schwer verletzt und leidet heute noch unter den Folgen der Schussverletzung und der nicht ausreichenden medizinischen Versorgung. Die jahrelange Isolationshaft, die einen großen Teil seiner Knastzeit ausgemacht hat, wird Heißler auch nach der Haftentlassung weiter gesundheitlich belasten.

Immer noch inhaftiert sind Rolf-Clemens Wagner (Schwalmstadt; seit 1979 in Haft); Christian Klar (Bruchsal; seit 1982 in Haft); Brigitte Mohnhaupt (Aichach; seit 1982 in Haft); Eva Haule (Frankfurt; seit 1986 in Haft); Birgit Hogefeld (Frankfurt/Main; seit 1993 in Haft).

Sie alle müssen raus!

ga

3. Das Mittelalter und die Utopien des 21. Jahrhunderts. Umberto Ecos Roman "Baudolino"

Autor: Js. · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:04

Vom Mittelalter lernen? In Zeiten, da der Kreuzzugsgedanke neue Popularität gewinnt, erscheint das gar nicht so abwegig. Umberto Ecos Roman "Baudolino" ist ein historisches Lehrwerk der besonderen Art: voller aktueller Bezüge und geleitet von der Überzeugung, dass die Menschheit "ohne Utopien nicht auskommen kann". Man darf nur nicht versuchen, sie zu verwirklichen, mahnt Eco. Manche Romane sind noch komplizierter als das Leben.

In den ersten zehn Tagen nach ihrem Erscheinen wurde die deutsche Übersetzung von Umberto Ecos Roman "Baudolino" 210.000 mal verkauft. Damit, schrieb der Spiegel, habe das Buch "alle Verkaufsrekorde anspruchsvoller Literatur" gebrochen. Nur die wenigsten KäuferInnen dürften dabei auf den irreführenden Werbetext hereingefallen sein, der den Umschlag verunziert: In dem Buch, heißt es da, erzähle "ein gewisser Baudolino ... seine unglaublichen Abenteuer auf der Suche nach den Mördern des Kaisers Friedrich Barbarossa". Und mehr noch: "Ungeheuer unterhaltsam" sei das Ganze. Das kann niemand glauben, der je einen Eco-Roman gelesen hat. Dass "Die Insel des vorigen Tages" schlicht langweilig und "Das Foucaultsche Pendel" zäh war, kann hier nicht noch einmal begründet werden. (Der enttäuschte Rezensent hat das in den ak-Ausgaben 315 und 379 getan.) Aber selbst Ecos unbestrittenes Meisterwerk "Der Name der Rose" ist gerade am Anfang nicht ohne Stolpersteine, die der Autor - wie er in seiner "Nachschrift" zu Protokoll gab - bewusst gelegt hat, um sich seinen "Leser zu schaffen".

Die Lüge ist der Wahrheit überlegen

Im "Baudolino" verzichtet Eco weitgehend auf erzieherische Maßnahmen. Der Prolog über Baudolinos erste Schreibversuche ist allein wegen der originellen Orthografie etwas anstrengend, gleichzeitig aber so komisch, dass der Leser nur eines will: Mehr davon! Wer allerdings nun einen Schelmenroman erwartet, wird bald enttäuscht, weil Eco zwar gern und oft seine Späße treibt, gleichzeitig aber ein ernsthaftes Anliegen verfolgt. Spätestens hier muss nun den Feuilleton-Unkundigen unter den ak-LeserInnen verraten werden, worum es auf den 600 Seiten überhaupt geht. Die Rahmenhandlung spielt im Jahr 1204 in Konstantinopel, das von christlichen Kreuzfahrern geplündert und weitgehend zerstört wird. Sie hat nur zwei Hauptpersonen: den mittlerweile mehr als 60 Jahre alten Baudolino aus Norditalien und den griechischen Oberrichter und Historiker Niketas Choniates. Während Konstantinopel brennt, Niketas und seine Familie sich vor den Invasoren verstecken müssen, erzählt Baudolino dem Geschichtsschreiber die Geschichte seines Lebens, ohne die Gewähr für deren Authentizität zu übernehmen. Denn Baudolino ist ein gewohnheitsmäßiger Lügner, weil - wie sich in seinem Leben oft gezeigt hat - die Lüge der Wahrheit überlegen ist. Als armer Bauernjunge, der seinen Eltern als unnützer Esser zur Last fällt, wird er - dank einer zufälligen Begegnung im Nebel - zum Adoptivsohn des Kaisers Friedrich Barbarossa, der ihn in Paris studieren lässt und dafür durch Baudolinos scharfsinnige Politikberatung entschädigt wird.

Nach langen Bemühungen gelingt es Baudolino, den Kaiser von der Existenz eines in Zentralasien, in der Nähe des "Irdischen Paradieses", gelegenen Reichs des "Presbyters Johannes" zu überzeugen: ein Land, wo Milch und Honig fließen, exotische, aber garantiert friedfertige Tiere vorkommen und die Menschen in Harmonie leben - das behaupten zumindest Baudolino und seine Gefährten in einem gefälschten Brief des Johannes an Barbarossa. Den Kaiser überzeugt das machtpolitische Argument: Ein Bündnis mit Johannes, dem Nachkommen der drei "Magier aus dem Morgenlande", wäre für den Kaiser von großem Vorteil, vor allem im Kampf mit der weltlichen Macht des Papstes. In den Worten des sterbenden Bischofs Otto von Freising, der Baudolino die Suche nach dem Reich des Johannes als Vermächtnis ans Herz legt: "Der Kaiser, dem es gelänge, die beiden Reiche zu vereinigen, würde dadurch das Reich der Ungläubigen und selbst das von Byzanz auf zwei einsame Inseln reduzieren, die verloren im großen Meer seines Ruhms lägen!"

Der dritte Kreuzzug, 1189 begonnen, soll also in Wahrheit nicht in Jerusalem, sondern im Reich des Johannes enden. Aber unterwegs stirbt Friedrich Barbarossa, angeblich beim Baden im Fluss, und Baudolino macht sich zusammen mit elf Gefährten auf den Weg. Mit ihm ziehen Freunde aus seinem Heimatort und Kommilitonen aus Paris, unter ihnen ein angemaßter "Poet", ein Reliquienfälscher und ein Rabbi. Sie alle haben begonnen,

an die weitgehend selbst geschaffene Utopie zu glauben, die allerdings für jeden einzelnen etwas anderes bedeutet. Natürlich scheitern sie. Nur drei kehren in das von den Kreuzfahrern verwüstete Konstantinopel zurück. Baudolino erzählt Niketas seine Geschichte und zieht wieder los, "unbeirrt unterwegs zum Reich des Priesters Johannes." Niketas hingegen verzichtet darauf, Baudolinos Geschichte aufzuschreiben - weil deren Leser "den Glauben an die heiligsten Dinge verlieren würden", wie der weise Paphnutios zu bedenken gibt. Gleichzeitig ist Paphnutios sich sicher: "Früher oder später wird sie jemand erzählen, der noch verlogener ist als Baudolino." Mit dieser selbstironischen Wendung lässt Umberto Eco seinen Roman enden.

Um dessen korrekte Rubrizierung dürfen sich nun die Experten streiten. In ähnlichem Sinne wie "Der Name der Rose" ist "Baudolino" ein "historischer Roman"; gleichzeitig aber auch ein Märchenbuch mit Fabelwesen und Monstern, das die Brüder Grimm oder John R. Tolkien vor Neid erblassen ließe; ein nicht gerade mitreißender Kriminalroman, weil es für den plötzlichen Tod Barbarossas dann doch eine nicht sehr spektakuläre Erklärung gibt; eine Einführung in Wissen und Glauben des christlichen Mittelalters, allerdings ohne die gelehrten Debatten, die Eco im "Namen der Rose" stattfinden ließ. Daneben aber - und das macht das Buch für politische Menschen interessant - ist "Baudolino" ein Essay, in dem der Autor seine Ansichten zu brennenden Fragen von heute ausbreitet; wie gewohnt in Andeutungen und Anspielungen, auch in Äußerungen, die den Romanfiguren in den Mund gelegt werden. Eco "ist" natürlich vor allem (aber nicht nur) Baudolino, beide wurden in Alessandria (Piemont) geboren, beide sind "Universalgelehrte", Philologen im Wortsinne (Baudolino sogar ein Sprachgenie), Geschichtenerfinder, Gewaltverächter, Realisten mit Hang zum Romantischen und vor allem zu Utopien (darüber später).

Die Welt wird von Eunuchen regiert

Dass der Kreuzzugsgedanke im September 2001, vorgetragen durch den Präsidenten der USA, neue Aktualität erlangen würde, konnte Eco beim Schreiben nicht einmal ahnen. Gleichwohl drängen sich beim Lesen aktuelle Bezüge gerade zu auf: Ein Kreuzzug - egal ob gegen "Ungläubige" oder "Unzivilisierte" - war damals und ist heute ein blutiges Gemetzel, das mit schönen Worten verbrämt, aber für irdische Zwecke veranstaltet wird. Auch die Herrschenden von einst und jetzt haben ähnliche Züge. In Pndapetzim, der Hauptstadt des Reichs der Monster und Fabelwesen, regieren machtgeile Eunuchen, die über ihr Handicap keineswegs betrübt sind: "In dem, was viele für ein Unglück halten, fühlen wir uns vereint wie in einer Familie, ich meine, wir mit allen anderen Eunuchen, die irgendwo auf der Welt regieren, und wir wissen, dass es auch im fernen Okzident sehr mächtige gibt, um nicht von den vielen anderen Reichen in Indien und Afrika zu reden." In gewissem Sinne wird auch die heutige Welt von "Eunuchen" regiert - Männern, deren höchster Lustgewinn in der Ausübung von Macht, der Beherrschung von Menschen besteht (auch wenn einige, wie Clinton, den Potenzprotz spielen). Hat Eco das gemeint? Zumindest ist er, wie er in Interviews immer wieder erklärt, damit einverstanden, wenn seine LeserInnen Bezüge herstellen, an die er selbst gar nicht gedacht hat.

Vieles lässt sich leicht als Stellungnahme zur aktuellen italienischen Politik entschlüsseln. So lesen wir wenig Schmeichelhaftes über die Lega Lombarda, den norditalienischen Städtebund gegen Kaiser Friedrich, auf den sich Umberto Bossis regionalistische Gruppierung gleichen Namens (aus der später die Lega Nord hervorging) berief. Die Leghisti sind Opportunisten und Intriganten und stets bereit, um ihres Vorteils Willen die Seite zu wechseln. Dem bis heute von der Lega Nord konservierten Mythos der siegreichen Schlacht von Legnano (1176) setzt Eco seine historische Wahrheit entgegen: Es handelte sich um einen zufälligen Sieg, weil die Heere des Kaisers und der Lega "versehentlich zusammengestoßen waren, ohne dass eines der beiden irgendwie Lust gehabt hätte, dem anderen eine Schlacht zu liefern, wozu sich nun beide gezwungen sahen, um ihre Ehre nicht zu verlieren."

Und die "Botschaft"? Ist Eco auch für kreative Interpretationen seiner LeserInnen durchaus dankbar, überlässt er denn doch lieber nichts dem Zufall und tritt als sein eigener Interpret auf. Die vom Autor beglaubigte Deutung des "Baudolino" wurde dem deutschsprachigen Publikum im Spiegel-Interview (33/2001) kundgetan. Auf die Frage: "Baudolino sucht unermüdlich nach dem utopischen Königreich im Osten. Utopisches Denken gilt freilich in Europa spätestens seit dem Ende des Kommunismus als erledigt. Kann die Menschheit ohne Utopien nicht auskommen?" antwortet Eco: "Davon bin ich überzeugt. Kaum sind die großen historischen Utopien zusammengebrochen, kehrt in die Bewegung gegen die Globalisierung die Sehnsucht nach einem ganz anderen Leben wieder. Freilich: Eine Utopie ist immer nur so lange anziehend, wie sie nicht verwirklicht wird. Als Lenin die Marxsche Utopie realisieren wollte, wurde es furchtbar. Die Utopie ist kein fixes Ziel, sondern immer ein Horizont in Bewegung." So ähnlich steht es auch am Ende des Romans, als Baudolino zu

Niketas sagt: "Ich muss ins Reich des Priesters Johannes gelangen. Sonst hätte ich mein Leben umsonst gelebt." Niketas antwortet: "Aber ihr habt doch mit Händen gegriffen, dass es nicht existiert!" Und Baudolino, der im Grunde weiß, dass er wieder scheitern wird, entgegnet: "Wir haben mit Händen gegriffen, dass wir nicht hingelangt sind. Das ist etwas anderes."

"Die Utopie ist ein Horizont in Bewegung"

Das klingt nach Ernst Blochs "Prinzip Hoffnung". Im Unterschied zu Blochs "konkreter Utopie" (ein "Fernziel", das im "Nahziel" erkennbar ist) vertritt Eco den klassischen Revisionismus Bernsteinscher Prägung: Der Weg ist alles, das Ziel ist nichts. Das kann nicht überraschen. Eco war der prominenteste Unterstützer Romano Prodis, als dessen Mitte-Links-Bündnis Ulivo 1996 den Rechtsblock um Berlusconi, Fini und Bossi besiegte. Heute ist er der prominenteste Gegner der italienischen Rechtsregierung, kein Propagandist der "neuen Mitte", sondern kritischer Sympathisant der "Antiglobalisierungsbewegung" - ein Bildungsbürger zwischen den Stühlen. Zugute halten muss man ihm, dass er, als weltweit bewunderter höchster Repräsentant "italienischer Kultur" (was immer das ist), für die Berlusconi-Regierung ein schwer erträgliches Ärgernis darstellt. Und für den Vatikan, die italienische Nebenregierung, ist auch das im fernen Mittelalter spielende Epos "Baudolino" ein Schlag ins Gesicht: eine weltweit gelesene Anklage der christlichen Verbrechensgeschichte, eine Satire über den bis heute florierenden Reliquienschwindel, den Glauben derer, die glauben wollen. Dass Eco gleichzeitig sich und seinesgleichen, die Intellektuellen, mildem Spott aussetzt, macht seine Kritik nur noch wirkungsvoller.

Resümee: Eco versteht es, eine mittelalterliche Abenteuergeschichte mit kritischen Anmerkungen zur Gegenwart zu verknüpfen. Er tut das mit Witz und durchweg unterhaltsam - abgesehen von einigen Abschnitten, in denen er den Fortgang der Handlung durch eine allzu breite Präsentation seines Bücherwissens aufhält. Das kennen seine LeserInnen schon - und nehmen es offensichtlich ebenso hin wie Ecos notorische Unfähigkeit, weibliche Romanfiguren zu gestalten, weshalb er Frauen auch diesmal nur Nebenrollen zuweist. Noch eine weitere Gewissheit wird durch die Lektüre bestätigt: An den Geniestreich seines Erstlingswerks "Der Name der Rose" wird Eco nie mehr herankommen. Immerhin: "Baudolino" ist sein zweitbester Roman - mit deutlichem Abstand nach oben und unten.

Js.

Umberto Eco: Baudolino. Carl Hanser Verlag, München und Wien, 2001. 600 Seiten, 49,80 DM

4. Stell Dir vor, es ist Krieg - und die NATO geht nicht hin

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:39

Es war ein furioser Auftakt: Erstmals in ihrer Geschichte erklärt die NATO nach den Terrorangriffen vom 11. September auf die USA den Bündnisfall - und danach kommt nichts; jedenfalls kein Kriegseinsatz des größten und stärksten Militärpakts unter der Sonne. Ist die NATO ein Papiertiger?

Nein, die NATO ist kein Papiertiger. Aber sie ist auch nicht die "global" oder "weltweit" handlungsfähige und willige Militärmacht, zu der sie in Kreisen der Friedensbewegung häufig überhöht wird. Diese Einschätzung der NATO als eines "in aller Welt" interventionsbereiten Bündnisses wurde vor allem nach den Änderungen der strategischen Konzeption im Gefolge des Endes der Ost-West-Blockkonfrontation vorgetragen. Dieser Prozess der Strategieänderung fand seinen vorläufigen Höhepunkt und Abschluss bekanntlich mit der Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts der NATO anlässlich der Feier ihres 50-jährigen Bestehens im April 1999 (inmitten des Krieges gegen Jugoslawien).

Zentraler Punkt dieses Konzepts war die Umorientierung der NATO von einem Abschreckungsbündnis zu einem Interventionsbündnis. Die NATO beansprucht seither für sich, wenn es im eigenen Interesse geboten erscheint, auch "selbstmandatiert" (also ohne ein Mandat der UNO oder der OSZE) militärisch aktiv werden zu können - auch jenseits des Verteidigungsfalles, und vor allem auch jenseits des eigenen Vertragsgebietes. Damit hatte die jahrelange Debatte um so genannte "out of area"-Einsätze ihren Abschluss gefunden. Jetzt war klar: Die NATO ist bereit und willens, auch "out of area" zu gehen und dort "non-article 5 missions" (also Einsätze, die nichts mit dem Bündnisfall und Verteidigung zu tun haben, im Umkehrschluss: Interventionen) durchzuführen.

Papiertiger Regionalbündnis

Daraus wurde von manchen - vorschnell - auf die "weltweite" Orientierung der NATO geschlossen. Nun wird zwar im neuen strategischen Konzept sehr wohl die bisherige Festlegung auf ein bestimmtes Vertragsgebiet aufgeweicht (1), gleichwohl wurde weiterhin ein geographischer Bezugsrahmen für die Aktivitäten der NATO festgelegt, nämlich "in und um den euro-atlantischen Raum". Das ist freilich eine sehr vage Festlegung. Diese Unbestimmtheit war und ist aber ganz im Sinne der Erfinder: Sie macht es nämlich möglich, jeweils von Fall zu Fall zu entscheiden, ob eine bestimmte Situation, die ein militärisches Eingreifen erforderlich erscheinen lässt, tatsächlich im "euro-atlantischen Raum" vorliegt, also die NATO zuständig ist, oder eben nicht. Und sie macht es möglich, als Formelkompromiss unterschiedliche Vorstellungen der NATO-Partner über die tatsächliche Reichweite des NATO-Zuständigkeitsbereiches unter einen Hut zu bringen. Nordafrika, der Kaukasus oder auch die Region um das Kaspische Meer (Erdöl) kann nach Bedarf locker von der Formel "in und um den euro-atlantischen Raum" abgedeckt werden. Für Mittel- und Lateinamerika ist das ebenso unwahrscheinlich wie für Ostasien und den Südpazifik. Und in diesen Tagen zeigt sich: Afghanistan gehört wohl auch nicht dazu.

Damit blamiert sich das leichtfertige Gerede von der "globalen", "in aller Welt" interventionslüsternen - und vor allem auch: interventionsfähigen - NATO. In dieser Zeitung wurde in diesem Punkte stets vorsichtiger und differenzierter argumentiert (vgl. z.B. ak 424): Zwar habe die "neue NATO" alte geographische Beschränkungen hinter sich gelassen und sich die Optionen für räumlich weit greifende Interventionen eröffnet, doch bleibe sie weiterhin ein Regionalbündnis. Dies entspreche den Interessen der hegemonialen Macht dieses Bündnisses, den Interessen der USA. Diese nämlich wollten die NATO keineswegs in ihrem Hinterhof in Mittel- oder Lateinamerika oder in anderen US-Einflusszonen sehen. Warum sollten sie auch? Bedeutete dies für die USA doch eine unnötige Aufgabe von Machtpositionen. Für die USA ist die NATO nicht mehr als ein regionales Militärbündnis - zugegeben sicher das wichtigste. Da die USA aber wirklich eine weltweit agierende Hegemonialmacht sind, ordnet sich auch dieses Bündnis in das Geflecht ihrer weltumspannenden Interessen, Allianzen, bi- und multilateralen Beziehungen ein, die einzig dem Zwecke dienen, die globale hegemoniale Position der USA abzusichern.

"Die Europäer" sind in diesem Kontext nicht allein nützliche Bündnispartner, sondern auch potenzielle Konkurrenten. Sie in die US-geführte NATO einzubinden dient nicht nur dazu, sie dann, wenn es von den USA

als opportun erachtet wird, militärisch einzuspannen, sondern auch dazu, sie zu kontrollieren. Für europäische Militärs und Sicherheitspolitiker mag die NATO zwar der Nabel der Welt(militär-) ordnung sein (weil sie nur in deren Rahmen mitspielen dürfen), nicht aber für US-Militärs und Sicherheitspolitiker. Nicht mehr und nicht weniger wird mit dem Krieg gegen Afghanistan demonstriert.

Die USA haben im Falle des Krieges gegen Afghanistan das getan, was sie auch im Fall Irak und anderen Fällen getan haben: eine Ad-hoc-Koalition jener Kräfte zu bilden, die willens waren und sind, unter US-Führung in den Krieg zu ziehen - und die den USA dabei auch nützlich sein können. Diese Koalition ist diesmal ziemlich umfassend geraten. Die NATO gehört nur in sehr begrenztem Maße dazu. Die Proklamation des Bündnisfalles nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags (2) hätte die Möglichkeit eröffnet, dass die NATO als Militärorganisation militärisch aktiv wird - zur Verteidigung des angegriffenen NATO-Partners USA (3). Eine Verpflichtung bestand dazu allerdings nicht. Und die USA haben das auch nicht verlangt. So blieb denn die Proklamation des Bündnisfalls ein politisch-symbolischer Akt. Auch der ist nicht unwichtig, demonstriert der doch den allerengsten denkbaren Schulterschluss der NATO-Staaten mit ihrer Führungsmacht: Wir alle sind angegriffen, wir alle befinden uns in einem gerechten Verteidigungskrieg (gegen wen auch immer).

Kein Fall für die NATO

Was die militärische "Hardware" anbelangt, hat dieser Zustand allerdings keine Konsequenzen. "Die" NATO ist als Organisation am Krieg gegen Afghanistan nicht beteiligt. Afghanistan wird offensichtlich von der Formel: "im und um den euro-atlantischen Raum" nicht abgedeckt. Und diese Formel greift jetzt auch für den Bündnisfall: Da es sich nicht um einen Krieg im Gebiet "im und um den euro-atlantischen Raum" handelt, bleibt die NATO als Organisation untätig. Das heißt aber nicht, dass die USA nicht doch im Kontext ihrer Ad-hoc-Koalition auf einzelne NATO-Staaten und deren militärische Fähigkeiten zurückgreifen sowie sich die NATO-Infrastruktur zu Nutze machen.

Zuallererst ist hier selbstverständlich der NATO-Staat Großbritannien zu nennen. Großbritannien hält sich bekanntlich sehr viel auf seine "special relationship" mit den USA zu Gute. Diese besondere Beziehung wird nun einmal mehr auf dem Schlachtfeld gehärtet. Die britische Regierung brüstet sich damit, als engster Waffenbruder der einzig verbliebenen Weltmacht USA mitkämpfen zu dürfen. Und auch andere NATO-Staaten stellen ihre Soldaten und ihre militärischen Fähigkeiten zur Verfügung. Diese picken sich aus diesem Angebot das heraus, was sie gebrauchen können. Zugleich greifen sie - wie auch in früheren Kriegen (angefangen beim Vietnamkrieg) - auf NATO-Infrastruktur in Europa zurück (Nachschubbasen, Flughäfen, Versorgungseinrichtungen usw.). Und die westeuropäischen NATO-Staaten übernehmen zusätzliche Aufgaben, um so US-Kräfte zu ersetzen, die für den Afghanistan-Krieg benötigt werden. Auf diese indirekte Weise ist "die NATO" sehr wohl in den Krieg einbezogen. Aber das war auch bei früheren Kriegen so, bedeutet also keine neue Qualität wie sie angesichts der Proklamation des Bündnisfalles hätte erwartet werden können.

Zudem ist diese vermittelte Beteiligung wenig sichtbar, eher unspektakulär und daher für NATO-Militärs und -Bürokraten wohl eher unbefriedigend. Doch den USA passt eine solche Hiwi-Rolle der NATO und einzelner NATO-Staaten genau ins Konzept. Denn sie - und nur sie allein - behalten dadurch Kontrolle und Führung des Krieges. Mühselige Abstimmungsprozesse mit irgendwelchen "Partnern" sind nicht nötig. Die USA führen einmal mehr aller Welt - und damit auch ihren NATO-Verbündeten - vor Augen, dass sie allein in der Lage sind, wirklich überall auf dem weiten Erdenrund Krieg zu führen. Beteiligung der "Partner"? Kann, muss aber nicht sein.

Angesichts dieser klaren Verhältnisse ist das Gezappel der rot-grünen Bundesregierung um so widerwärtiger. Da werden dem US-Präsidenten deutsche Soldaten als Hilfstruppen angeboten - und der nimmt die Offerte nur äußerst missmutig und zögerlich an. Die Erwartung, dass man durch derartiges Anschleimen doch das Ohr des großen Präsidenten geliehen bekommen könnte, dass man also "Einfluss" auf die US-Politik nehmen könnte, ist frommer Wunsch und/oder Taktik, um das kritische Publikum zu Hause zu beruhigen. Motto: Nur wenn wir mitschießen, können wir auch mitreden. Das wird so nicht laufen. Im Gegenteil: Der Afghanistan-Krieg hat den europäischen NATO-Staaten einmal wieder die Grenzen ihrer militärisch gestützten Einflussmöglichkeiten aufgezeigt - und damit auch die Grenzen "der" NATO. Die NATO ist und bleibt ein - wichtiges - Regionalbündnis unter Führung der Hegemonialmacht USA, die dieses Bündnis einsetzt, wenn sie es braucht - und es eben bleiben lässt, wenn es nicht nötig ist.

Anbiederung als Programm

Daher wird sich auch in Hinblick auf die NATO die Blödheit des Spruches, dass nach dem 11. September nichts mehr sei wie vorher, alsbald erweisen: Die NATO wird auch künftig "im und um den euro-atlantischen Raum" militärisch intervenieren - wenn die USA ihr "okay" geben. Sie hat unter friedenspolitischen Gesichtspunkten nichts an Gefährlichkeit eingebüßt, auch wenn sie jetzt im Falle Afghanistan als Organisation nicht in vorderster Front dabei ist. Und in der NATO wird es auch künftig Auseinandersetzungen um eine "mehr europäische" oder "mehr atlantische" Ausrichtung geben.

Vorerst ist die "atlantische" Orientierung mit dem Afghanistan-Krieg massiv gestärkt worden, doch haben sich ja durchaus unterschiedliche Intensitäten des Anbiederns bei den USA gezeigt (in Frankreich war von "uneingeschränkter Solidarität" jedenfalls keine Rede), und künftig wird es wohl - auch und gerade angesichts der Erfahrungen der NATO-Europäer in diesem Krieg - wieder verstärkte Bemühungen zur Stärkung der eigenständigen europäischen militärischen Fähigkeiten geben. Das Projekt der Militarisierung der EU ist zwar durch den gegenwärtigen Krieg in den Hintergrund geraten, aber keineswegs aufgegeben. Die deutsche Regierung wird auch für künftige Kriege, seien sie nun US-, NATO- oder EU-geführt, wieder einen deutschen militärischen Beitrag wie Sauerbier anbieten. Denn eine Führungsrolle "im und um den euro-atlantischen Raum" erfordert nun einmal auch militärische Spitzenleistungen. Und dafür müssen die Deutschen noch viel üben.

Vo

Anmerkungen:

1) Das NATO-Vertragsgebiet ist in Artikel 6 des Nordatlantikvertrags bestimmt als Europa und Nordamerika sowie die "der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses".

2) Artikel 5 des Nordatlantikvertrags legt fest, dass "ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere" der Vertragsparteien "in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten".

Diese Formulierung macht deutlich: Eine automatische militärische Beistandsverpflichtung gibt es nicht; ebenso wenig eine Verpflichtung der NATO als Organisation, im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen NATO-Staat militärisch aktiv werden zu müssen.

3) Hier wird davon abgesehen, dass bereits die Erklärung des Bündnisfalls sachlich nicht gerechtfertigt war: Bei den Terroranschlägen vom 11. September handelte es sich um einzelne schwerstkriminelle Akte, nicht aber um einen "bewaffneten Angriff" seitens eines Krieg führenden Staates - schon gar nicht Afghanistans. Die NATO ist mithin ohnehin "eigentlich" nicht zuständig - aber wen schert das schon in der Welt der Realpolitik.

5. Friedenspolitische Alternativen? Angriffspunkte für eine Friedensbewegung

Autor: Ulrich Cremer · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:32

Der Krieg der US-geführten Anti-Terror-Koalition gegen Afghanistan wirft die Frage auf, mit welchen politischen Forderungen und Konzepten die Friedensbewegung in Deutschland sich in die Debatten einmischen sollte. Die bisherigen Aufrufe konzentrieren sich auf das Flüchtlingselend, das die Luftangriffe in Afghanistan anrichten. Statt Bomben zu schmeißen, soll den Flüchtlingen geholfen werden. Prinzipielle Kriegsbefürworter haben die Idee einer "Feuerpause" geboren. Nachdem man ein paar Nahrungsmittel verteilt hat, würde in diesem Modell das Bombardement wieder aufgenommen.

Für die Bundesregierung macht das keinen Sinn. Sie geht davon aus, dass "das größte Problem für die Hungernden... die ‚eigene` Regierung" ist. Die Grüne BT-Fraktion (18.10.01) verwies darauf, dass "die Taliban z.B. einen 475 Tonnen-Hilfskonvoi des World-Food-Programms von Pakistan nach Herat ... aufgehalten und einen Wegezoll von 32 Dollar pro Tonne verlangt" hätten. "Die Ortskräfte der Hilfsorganisationen ... werden von den Taliban unter Druck gesetzt, Nahrungsmittel für deren eigene Zwecke, vor allem für die Ernährung der Soldaten, zu verwenden." Die Schlussfolgerung: "Eine Feuerpause würde die humanitäre Notlage der Bevölkerung in Afghanistan nicht automatisch verbessern, denn die Luftangriffe sind nicht der entscheidende Hinderungsgrund für Hilfslieferungen ... Die Taliban sind es, die ihre politische und militärische Macht gegen die Versorgung der Hunger leidenden Bevölkerung richten. Ohne eine Beendigung ihrer Herrschaft ist die Notlage nicht zu beheben." Insofern wäre der Krieg gegen das Taliban-Regime das konsequente Mittel gegen das Flüchtlingselend.

Ein weiteres und höchst überzeugendes Argument ist, dass die Luftangriffe nicht den Terrorismus schwächten, sondern stärkten. Jede abgeworfene Bombe führe zu Schlangen vor den Rekrutierungsbüros der Al Qaida. In der gesamten islamischen Welt würde eine contraproduktive Solidarisierung mit Bin Laden erreicht. Wer die politische Debatte ernsthaft führen will, muss sich allerdings auch mit folgenden Fragen befassen:

Geduld und politische Klugheit

1. Wie können mutmaßliche Täter gefasst werden?

2. Wie steht man zum Sturz der Taliban-Regierung?

3. Welchen Schutz gegen Terrorismus gibt es? Welche Gefahrenabwehr stellt man sich vor?

4. Ist die Zerschlagung terroristischer Netzwerke nicht die adäquate Prävention?

Das Ergreifen von Terroristen ist nicht einfach. Der Attentäter, der 1996 den Anschlag auf den Olympiapark von Atlanta verübte, hält sich seit Jahren in den ausgedehnten Wäldern von North Carolina versteckt. Das FBI wartet nun geduldig darauf, dass er das Gebiet verlässt. Entsprechende Geduld wäre bei der Ergreifung des mutmaßlichen Täters Bin Laden erforderlich. Allerdings würden afghanische Kräfte ihn vermutlich lieber an ein internationales Gericht ausliefern. Darauf könnte man durch eine politische Isolierung Bin Ladens hinarbeiten. Dieses Modell, nennen wir es "Modell Milosevic", war übrigens bis August 2001 zwischen Pakistan, den USA und den Taliban ein ernsthafter Diskussionsansatz, als es lediglich um die Auslieferung Bin Ladens wegen der Anschläge auf US-amerikanische Botschaften 1998 ging.

Doch statt Geduld zu üben, suchen viele nach einer kurzfristig Erfolg versprechenden Strategie. Hier kommt Kommandoaktion ins Spiel, "Modell Öcalan" sozusagen. Auch andere Beispiele von Mogadishu, Entebbe bis Eichmann werden genannt. Der Unterschied ist aber, dass Bin Laden mit so einer Aktion rechnen muss und sich vorbereiten kann. Der Überraschungseffekt wäre dahin; außerdem bewegt sich Bin Laden in einem Umfeld von Sympathisanten. Daher könnte aus der Kommandoaktion schnell ein Blutbad werden. Völkerrechtlich wäre eine solche Aktion ebenso wenig gedeckt wie die gegenwärtigen Militäraktionen.

Die Schlüsselworte heißen Geduld und politische Klugheit. Eine Alternative zu dem "Modell Milosevic" gibt es nicht. Selbst US-Minister Rumsfeld räumte ein, es sei leichter das Taliban-Regime zu stürzen, "als einen Mann zu finden." (SZ 26.10.2001)

Der Sturz der Taliban-Regierung wäre an sich nicht zu kritisieren, denn emanzipatorisches, demokratisches Potenzial ist bei ihr nicht auszumachen. Das Bündnis der USA mit der Nordallianz würde die einen Drogenbarone durch andere ersetzen. Aber die USA haben selbst Zweifel, dass die Nordallianz ganz Afghanistan kontrollieren könnte. Die Konsequenz wäre eine Teilung des Landes. Rumsfeld gab zu: "Es könnte sein, dass eine von den USA unterstützte Fraktion die Hauptstadt Kabul kontrolliere, während in der südafghanischen Stadt Kandahar eine andere Gruppe - vielleicht sogar die Taliban - herrsche." (SZ 26.10.2001)

Beim Schutz gegen terroristische Anschläge geht es zunächst darum, ob man die Angst der Bevölkerung vor Terroranschlägen ernst nimmt. M.E. sind sie sehr berechtigt. Insofern sind alle Maßnahmen zur Erhöhung der Flugsicherheit ernsthaft zu prüfen. Warum sollen nicht zwei BGS-Beamte in jedem Flugzeug sitzen?

Die Einschränkung von Bürgerrechten, die im Schatten der Terroranschläge vorgenommen wird, bezieht sich jedoch auf das diffuse Anliegen, terroristische Netzwerke zu zerschlagen. Weil die Geheimdienste die Anschläge nicht verhindert haben, fordern diese erweiterte Kompetenzen. Allerdings müssten erst mal Belege auf den Tisch, warum man die eine oder andere Organisation für ein terroristisches Netzwerk hält. Die Öffentlichkeit tappt völlig im Dunkeln. Beweise für die Verstrickung von Al Qaida oder Bin Laden in die Anschläge vom 11.9. sind nicht einmal dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt worden. Aber es soll ja welche geben, die die US-Regierung den NATO-Regierungen drei Wochen nach den Anschlägen vorgelegt hat. Daraufhin hat der NATO-Rat den Bündnisfall festgestellt. Ein Dokument der britischen Regierung, das die Verantwortung Bin Ladens belegen soll, enthält jedoch nichts Handfestes. Behauptet wird, dass man die Beweise geheim halten müsse, sonst könnten bestimmte Operationen nicht mehr durchgeführt werden. Die NATO fordert Vertrauen, dass sie die Wahrheit spricht. Das ist schwer - angesichts der Lügen, die sie z. B. während des Jugoslawien-Krieges aufgetischt hat.

Inzwischen hat der Bundestag die Regierung ermächtigt, 3.900 Bundeswehr-Soldaten bei Militäraktionen der Anti-Terrorkoalition einzusetzen. Hier zeigen sich nun konkrete politische Eingriffsmöglichkeiten. Die Regierung kann nur dann Bundeswehr-Kräfte anbieten, wenn sie materiell dazu in der Lage ist. Es geht also um die Behinderung des Ausbaus der Bundeswehr zur Interventionsarmee, um bestimmte Beschaffungsprojekte für Rüstungsgüter und damit verbunden um Geld.

Wichtige Weichenstellungen sind bereits getätigt: Seit 1996 ist das 1.000 Mann starke Kommando Spezialkräfte (KSK) aufgebaut worden, das bei der "Kommandooperation" zum Einsatz kommen könnte. Nicht zufällig enthält das bewusst schwammig gehaltene Personaltableau des Bundestages für die Operation Enduring Freedom "Spezialkräfte, ca. 100 Soldaten". Der offizielle Auftrag der KSK umfasst u.a. "Abwehr terroristischer Bedrohung, Kampf gegen subversive Kräfte sowie verdeckte Operationen im Aufgabenbereich der Streitkräfte; Kampfeinsätze auch im gegnerischen Gebiet, einschließlich Lähmung und Zerstörung wichtiger Objekte." (1) Jeder, der mit solch einem Einsatz liebäugelt, darunter Gegner des Jugoslawien-Krieges wie Bärbel Höhn (Grüne) oder Gregor Gysi (PDS) - rechtfertigt nachträglich den Aufbau dieser Truppe. Und er kann sich auch nicht gegen den laufenden Aufbau der 7.400 Mann starken "Division spezielle Operationen" (DSO) wenden. Die Forderung nach einer "Kommandoaktion" mit "Spezialkräften" kann so auf die schiefe Bahn führen.

Ansatzpunkt zur Kriegsbehinderung - das Geld

Der Ansatzpunkt zur Kriegsbehinderung ist das liebe Geld. Die Auseinandersetzung muss deswegen stärker um den Militärhaushalt bzw. die Militärausgaben geführt werden. Hier sind jedoch quasi putschartig politische Entscheidungen getroffen worden. Wenige Tage nach dem 11.9. wurde die Erhöhung der Versicherungs- und Tabaksteuer beschlossen. Geschätzte Mehreinnahmen von drei Mrd. DM. Diese sollten zu 50% in den Militäretat fließen. Die anderen 1,5 Mrd. sollen auf das Innen-, das Justizministerium, das Ministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Auswärtige Amt aufgeteilt werden. Und Scharping hat klargestellt, "der Betrag werde über den Zeitraum der derzeit geltenden und bis 2005 reichenden mittelfristigen Finanzplanung hinaus der Bundeswehr zur Verfügung stehen." (FAZ 27.10.01)

Militärische Aufrüstung als Prävention

Laut Bundestagsbeschluss wird der Einsatz mit 500 Mio. DM für 2002 beziffert. Wo kommen die her? "Sie werden aus den zusätzlichen Anti-Terror-Mitteln finanziert." Offen bleibt, ob sie auf die 1,5 Mrd. von Scharping

aufzuaddieren oder darin enthalten sind. Dann blieben Scharping für andere Rüstungsprojekte immer noch eine Mrd. zusätzlich zu den bisher vorgesehenen 46,2 Mrd. DM. Zu berücksichtigen ist dabei die Tendenz, militärische Schattenetats zu bilden. Über den Topf der "allgemeinen Finanzverwaltung" werden Militärausgaben verschleiert. So ist Scharping nicht mehr alleiniger Herr über die Militärausgaben. Der Bundestag als "Haushaltsgesetzgeber" hat in den letzten zwei Monaten die Mittel freigegeben, aber er kann "über den Geldhebel unerwünschte Weiterungen" (2) seines Beschlusses auch korrigieren. Diese finanziell-materielle Seite muss von der Friedensbewegung stärker berücksichtigt werden. Denn man soll sich keine Illusionen machen: Bei der CDU/CSU redet man nicht länger von der "Unterfinanzierung der Bundeswehr". Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Glos fordert "mehrstellige Milliardenbeträge" bereitzustellen (FAZ 19.9.01).

Solche Beträge sind für zwei Kernprojekte zur Kriegsführungsfähigkeit notwendig: Die Beschaffung von Lufttransportkapazitäten und von leistungsfähigen Militärsatelliten, die für Interventionen heute unabdingbar sind.

Gemeinsam mit den EU-Staaten will Deutschland solche Satelliten bauen. Ein Satellitenzentrum im spanischen Torrejon ist seit Jahren eingerichtet, es fehlen nur die passenden Satelliten. Für ein System aus sechs Satelliten wurden dafür bereits 1995 Kosten von ca. 30 Mrd. DM veranschlagt. Allerdings brachten die europäischen Staaten das Geld nicht zusammen; außerdem litt das Projekt unter der Konkurrenz der Rüstungsunternehmen Daimler und Matra. Dieses Problem ist seit Oktober 99 durch die Fusion der Luft- und Raumfahrtsparten beider Unternehmen zur EADS gelöst. Anfang Oktober 2001 hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, 4-5 eigene Spionagesatelliten zu beschaffen. (3)

Wer hiergegen vorgehen will, sollte Scharpings akrobatische Argumentation kennen: Er beklagt den "Missstand, dass die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr die Bundeswehr über Aufklärungskapazitäten auf der taktisch-operativen Ebene verfügt, nicht aber auf der strategischen. Politisch übersetzt bedeutet das, wir sind fähig, uns mit Aufklärungsmöglichkeiten dann zu beteiligen, wenn eine Krise ausgebrochen ist. Wir sind nicht fähig, das zu tun, wenn es um die Prävention gegen den Ausbruch einer entsprechenden Krise geht." Der friedenspolitisch positiv besetzte Begriff Prävention soll also dazu herhalten, militärische Aufrüstung zu rechtfertigen.

Der zweite Kernbereich ist der Lufttransport, denn "die Fähigkeit zum Krisenmanagement hängt ganz erheblich von einer schnellen strategischen Verlegefähigkeit von Streitkräften ab." (4) Im Juni 2000 haben sich Britannien, Frankreich und Deutschland mit Blick auf die eigene industrielle und technologische "Verteidigungsbasis" für das Transportflugzeug vom Typ Airbus A400M entschieden. Kostengünstiger wäre der Erwerb des schon halbwegs fertigen russisch-ukrainischen Transportflugzeuges Antonow (erster Prototyp 1994) gewesen. Doch diese Entscheidung soll keine prinzipielle Absage an Rüstungskooperation mit den beiden Ländern sein. Der deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat beschloss ausdrücklich: "Deutschland und Frankreich wünschen ..., dass die am Programm beteiligten Industrien in ihren verschiedenen Zweigen Möglichkeiten für eine industrielle Kooperation mit Russland und der Ukraine suchen." (5)

Ulrich Cremer

Zur Beschaffungswunschliste der Bundeswehr: Lühr Henken: Mit neuen Waffen in die nächsten Kriege, in: U. Cremer / D.S. Lutz: Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, S.114-140; 1999

Anmerkungen:

1) Vgl. Tobias Pflüger: Der Mythos "Saubere Kommandounternehmen", in: Zivilcourage Extra Oktober 2001, S.12f.

2) Ulrich Fastenrath: Ein Verteidigungskrieg lässt sich nicht vorab begrenzen, in FAZ 12.11.01

3) Vgl.: Matthias Küntzel: Das Fanal, in Konkret 11/2001, S.15

4) Scharping, s. Anmerkung 5

5) Erklärung zum deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat 9.6.2000, Quelle: www.dfw.org/netzwerk/erklaer/inhalt.html

6. Gegen alle Fundamentalismen! Arundhati Roy über Bush, Bin Laden und eine falsche Alternative

Autor: Arundhati Roy · Rubrik: US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:27

Als die indische Schriftstellerin Arundhati Roy in der FAZ vom 29. September schrieb, Osama Bin Laden sei "der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten", war die Empörung vergleichsweise gering. Erst als Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert sich in einem Artikel für die Zeitschrift Max mit einer Verballhornung dieser These versuchte, gingen die Wogen hoch; Wickert musste sich für seine "missverständliche Formulierung" entschuldigen. Roy dagegen ist bei ihrer Sicht der Dinge geblieben, die sie in einem Spiegel-Essay (29.10.) und in einer Rede, abgedruckt in der taz vom 15.11., noch einmal erläutert hat. Wir dokumentieren Auszüge.

Gegen wen kämpft Amerika? In seiner Rede vor dem Kongress bezeichnete Präsident Bush die Feinde Amerikas als ‚Feinde der Freiheit`. ‚Die Bürger Amerikas fragen, warum sie uns hassen`, sagte er. ‚Sie hassen unsere Freiheiten - unsere Religionsfreiheit, unsere Redefreiheit, unsere Freiheit zu wählen, uns zu versammeln und nicht immer einer Meinung zu sein.` Zweierlei wird uns abverlangt. Zum einen sollen wir glauben, dass der Feind der ist, der von dieser Regierung als Feind deklariert wird, obwohl sie keine konkreten Beweise vorlegen. Zum anderen sollen wir glauben, dass die Motive des Feindes genauso aussehen, wie sie von der Regierung dargestellt werden, obwohl es auch dafür keine Beweise gibt. (...)

Es ist absurd, wenn die US-Regierung auch nur mit dem Gedanken spielt, der Terrorismus ließe sich mit noch mehr Gewalt und Unterdrückung ausmerzen. Der Terrorismus ist ein Symptom, nicht die Krankheit. Der Terrorismus ist in keinem Land zu Hause. Er ist ein supranationales, weltweit tätiges Unternehmen wie Coke oder Pepsi oder Nike. Beim geringsten Anzeichen von Schwierigkeiten brechen Terroristen die Zelte ab und ziehen, genau wie die Multis, auf der Suche nach besseren Möglichkeiten mit ihren ‚Fabriken` von Land zu Land. (...)

Wer ist Osama Bin Laden aber - wirklich? Ich möchte es anders formulieren: Was ist Osama Bin Laden? Er ist das amerikanische Familiengeheimnis. Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten. (...) Nun, da das Familiengeheimnis gelüftet ist, werden die Zwillinge allmählich eins und sogar austauschbar. Ihre Gewehre und ihre Bomben, ihr Geld und ihre Drogen haben sich eine Zeit lang im Kreis bewegt. (...) Inzwischen werden sich die beiden auch in der Sprache immer ähnlicher. Jeder bezeichnet den anderen als ‚Kopf der Schlange`. Beide berufen sich auf Gott und greifen gern auf die Erlösungsrhetorik von Gut und Böse zurück. Beide sind in eindeutige politische Verbrechen verstrickt. Beide sind gefährlich bewaffnet - der eine mit dem nuklearen Arsenal des obszön Mächtigen, der andere mit der glühenden, zerstörerischen Macht des absolut Hoffnungslosen. Feuerball und Eispickel. Keule und Axt. Man sollte nur nicht vergessen, dass der eine so wenig akzeptabel ist wie der andere. Präsident Bushs Ultimatum an die Völker der Welt - ‚Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen` - offenbart eine unglaubliche Arroganz. Kein Volk will diese Wahl treffen, keine Volk braucht diese Wahl zu treffen und keines sollte gezwungen werden, sie zu treffen." (FAZ, 29.9.)

"Die internationale Koalition gegen den Terror ist vor allem eine Intrige der reichsten und mächtigsten Länder der Welt. Sie produzieren und verkaufen fast alle Waffen der Welt, sie besitzen den größten Bestand an chemischen, biologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen. Sie haben die meisten Kriege geführt, sind die Hauptverantwortlichen der modernen Geschichte für Völkermorde, Unterwerfungen, ethnische Säuberungen und Menschenrechtsverletzungen, haben ungezählte Diktatoren und Despoten gefördert, bewaffnet und finanziert. Sie huldigen einem Kult der Gewalt, sie haben den Krieg förmlich zum Gott erhoben. Bei all ihren abscheulichen Vergehen kommen die Taliban da wirklich nicht mit." (Der Spiegel, 29.10.)

"Wir können den Terrorismus nicht bekämpfen, indem wir uns an ihm beteiligen. Auf einen terroristischen Akt mit einem kriegerischen Akt zu antworten, bedeutet in einer seltsamen Weise, ihn zu ehren. Ein Journalist, der vor kurzem Osama Bin Laden interviewte, berichtet, er sei glücklich, gesund, wohlgenährt. Er wartet darauf, getötet zu werden, Märtyrer zu werden. Er wartet darauf, angebetet zu werden. Hätte er die Folgen der Angriffe vom 11. September selbst geplant - er hätte es nicht besser machen können. Der schreckliche Preis,

den das Volk Afghanistans zahlt, scheint ihn wenig zu kümmern. Aber er muss uns kümmern - wir, die wir keine Terroristen sind. (...)

Wie lobenswert die Ziele des Westens sein mögen - das Ergebnis könnte ein Genozid sein. Das wissen wir. Wenn wir später die Toten zählen, können wir nicht so tun, als seien das Kollateralschäden. Der amerikanische Präsident hat gesagt: Ihr seid entweder mit uns oder mit den Terroristen. Dieses Paradigma akzeptiere ich nicht." (taz 15.11.)

Arundhati Roy

7. Manhattan Transfer. Günther Jacob über Probleme des Antiimperialismus

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:28

Auch nach dem 11. September "muss die Kritik am Wirken der einzig verbliebenen Weltmacht nicht zurückgenommen werden", schreibt Günther Jacob. Aber insbesondere die deutsche Linke habe allen Grund, über die antisemitischen Implikationen ihres traditionellen "Antiimperialismus" nachzudenken.

Wir dokumentieren Auszüge aus seinem Artikel.

Die USA sind nach dem von ihnen erfolgreich betriebenen Untergang der Sowjetunion und ihres assoziierten Staatenbündnisses die einzig verbliebene Weltmacht. Und als solche demonstrieren sie nach den Attentaten ihre Handlungsfähigkeit. Das ‚Bündnis gegen den Terror`, das die USA durch eine gekonnte Kombination aus militärischen Drohungen und Diplomatie im September erzwungen haben, relativiert die konkurrierenden europäischen pro-arabischen Ambitionen im Nahen Osten, vergrößert Amerikas Einfluss in Zentralasien und schwächt die vielfältigen Widerstände gegen das National-Missile-Defense-Programm, das nicht nur gegen Langstreckenraketen von ‚Schurkenstaaten` und Regionalmächten wie Indien und Pakistan gerichtet ist, sondern vor allem gegen die von Russland und China.

Man benötigt keine ausgefeilte Imperialismustheorie, um in den USA die einzige verbliebene Weltmacht zu erkennen. Es liegt aber nahe - besonders in kriegsträchtigen Zeiten -, dass eine derartige Machtkonstellation nicht nur benannt, sondern auch nach ihren Voraussetzungen befragt wird. In der Linken wurde die ökonomische und politische Konkurrenz der kapitalistischen Staaten und die Herausbildung von Großmächten meistens auf der Grundlage von Imperialismustheorien beurteilt, von denen die bekannteste die Leninsche ist, die später im Kontext des Marxismus-Leninismus kanonisiert wurde. Zu den Essentials dieser Theorie gehört unter anderem die Annahme, dass der Kapitalismus der Konkurrenz sich zum Imperialismus der Monopole und des Finanzkapitals entwickelt hat. Davon ausgehend wurde seinerzeit von der kommunistischen Bewegung eine ‚imperialistische Epoche` definiert, eine ‚Niedergangsperiode` des Kapitalismus, in der antiimperialistische Kämpfe von unterdrückten ‚Völkern` die Funktion von bürgerlich-nationalen Revolutionen haben, die prinzipiell zum Sozialismus führen können.

Diese Sichtweise hatte trotz ihrer offensichtlich fragwürdigen werttheoretischen Grundannahmen (‚Monopol`) und Substantialisierungen (‚Völker`) bis in die Zeiten des Kalten Krieges so viele Anhaltspunkte in der Realität, dass sie selbst durch die Beteiligung der USA an der Anti-Hitler-Koalition nicht wesentlich modifiziert wurde. Schließlich war es wiederum nach 1945 der US-Imperialismus, der als entschiedenster Gegner der realsozialistischen Staaten, Chinas, verschiedener linker Bewegungen und vieler Befreiungsbewegungen den ‚Weltimperialismus` verkörperte. Mit anderen Worten: Welche Fehler dabei auch gemacht worden sind - der Kampf gegen den ‚Weltimperialismus` wurde immer mehr ein Kampf gegen den US-Imperialismus, und als solcher wurde er zum Bestandteil einer mit den linken Biografien und Gefühlswelten fest verknüpften ‚Weltanschauung`. (...)

Die politischen (Camp David), militärischen (Pentagon) und ökonomisch-kulturellen (World Trade Center) Zielobjekte der Anschläge vom 11. September belegen, dass die Attentäter die USA umfassend treffen wollten. Die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Zerstörung weisen aber darauf hin, dass das World Trade Center und damit New York ihr Hauptziel war. Auch von vielen US-Amerikanern mit Misstrauen beobachtet, stellt New York in der symbolischen Ordnung der westlichen Kultur eine eigenständige Größe dar, die mit Urbanismus, Kommerz und Populärkultur identifiziert wird und weniger mit der militärischen Größe Amerikas. Vor allem aber ist New York die Stadt, in der die meisten Juden außerhalb Israels leben. Für das islamistische Ziel, weltweit ‚alle Amerikaner und Juden` anzugreifen, stellt das ‚multikulturelle` New York daher ein ideales Angriffsobjekt dar. Diese Motive des ‚antizionistischen Antiimperialismus` und seines Anschlags auf das World Trade Center sind so unübersehbar, dass es schon auffällt, wie wenig in Deutschland und wie wenig in Flugblättern der deutschen Linken davon die Rede ist - und das, obwohl die Attentäter als ihren Vorbereitungsraum nicht zufällig Deutschland gewählt hatten.

Nach den Attentaten auf das Pentagon und das World Trade Center muss die Kritik am Wirken der einzig verbliebenen Weltmacht nicht zurückgenommen werden. Aber die historische Transformation des linken Antiimperialismus zum antisemitischen ‚heiligen Antiimperialismus` macht es unmöglich, dabei das alte Kategoriensystem weiterzuverwenden. Auch der verschwörungstheoretisch raunende ‚neue Antiimperialismus` der ‚Globalisierungsgegner`, die behaupten, es gäbe nun ‚keine nationale Macht mehr, die die Kontrolle über die gegenwärtige globale Ordnung ausübt`, weshalb der ‚Protest nicht mehr antiamerikanisch` sein sollte, sondern sich ‚gegen eine andere, größere Machtstruktur` (Antonio Negri) richten müsse, muss wegen seiner antisemitischen Konnotationen abgelehnt werden. (...)

Die der Linken durch die USA besonders 1990 zugefügte Demütigung produziert beinahe zwangsläufig das Gefühl, dass diese Supermacht eine Erniedrigung verdient hat. Diese mit den linken Biografien verbundene Emotion gerät für einen Moment in das Kraftfeld jenes wahnhaften ‚heiligen Antiimperialismus`, der für das Attentat auf das World Trade Center verantwortlich ist, eines Antiimperialismus, der ganz offensichtlich nicht der unsere ist, der uns aber an eigene Irrtümer und Niederlagen erinnert. (...)

Die schlechten Alternativen zur ‚handelnden Selbstkritik sind seit dem 11. September notorischer Antisemitismus (Junge Welt-Milieu), linke Kriegsbegeisterung (Bahamas-Milieu) und Lobgesänge auf die aufgeklärte Zivilgesellschaft (Jungle World-Milieu). (...) Auch weniger kriegsbegeisterte Linke glauben seit dem 11. September wieder an eine ‚zivilisatorische Mission des Westens` (sie meinen natürlich Deutschland). Leute, die es den Sowjets vermutlich einst verübelten, als sie tatsächlich, aber ohne westlichen Dünkel, das Licht der Aufklärung nach Afghanistan brachten, entdecken trotz der westlichen ‚Ethnien`-Förderung auf dem Balkan nun die angeblich objektiv ‚emanzipatorische` Funktion der USA und der Nato. Noch nie wurden so viele linke Schwüre auf die Aufklärung, auf die ‚Menschenrechte` und die ‚Zivilität unserer Gesellschaften` geschworen. ‚Aber wenn etwas am amerikanischen Imperialismus positiv zu bewerten ist, dann ist es genau das amerikanische Element: die globale Zerstörung ethnischer und religiöser Identität, die Vernichtung des (oft gewalttätigen) Idylls der Doofen und Zurückgebliebenen.` (Jungle World, 26.9). Engagiert vergleicht man das Taliban-Regime mit dem Schröder/Fischer/Scharping-Regime, um dann erleichtert feststellen zu können: ‚In diesem Falle ist der Kapitalismus seinen Feinden vorzuziehen.` Na Bravo! ‚In einer solchen Welt wäre der Gedanke der Emanzipation endgültig abgeschafft. Das muss verhindert werden. Wenn nötig, auch mit Gewalt.` Sehr gut! Kritik am Kapitalismus ist gut und schön, aber wenn's drauf ankommt, weiß man doch, was man an ihm hat."

Günther Jacob

(Der vollständige Artikel ist nachlesbar unter www.nadir.org/nadir/aktuell/2001/ 10/29/6988.html)

8. Welcome home! (Anti-)Deutsche Linke suchen Anschluss.

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:37

Hätten Sies gewusst? Mit den Terroranschlägen von New York und Washington war in echt Israel gemeint. Die Anschläge waren außerdem sowieso antisemitisch, da sie ja Symbole des Kapitalismus trafen. Der Hauptfeind ist nunmehr der Islam, den es mit allen militärischen Mitteln zu bekämpfen gilt. Wer die USA kritisiert, wer sich gegen den Krieg ausspricht, ist und handelt platt antiamerikanisch und das ist gleich: antisemitisch. Mit solch vollmundigen Parolen wird für den Krieg mobilisiert - z.B. im antideutschen Verlautbarungsorgan Bahamas, gelegentlich auch in jungle world und in konkret.

Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass sich konkret-Herausgeber Gremliza mit seinem Kommentar zum Krieg wohltuend abhebt von den antideutschen Kriegshetzern und nicht ohne Grund mit einer profunden Analyse von Thomas Ebermann das Novemberheft der konkret eröffnet. Eine Durchsicht gegenwärtiger antideutscher Argumentationen ist vor allem eins: eine Reise des Grauens.

Das Hauptargument ist schlicht: Kapitalismus viel gut; Islam viel schlecht. Weil Kapitalismus viel gut, findet zum Beispiel jungle-world-Autorin Andrea Albertini es auch nicht so schlimm, wenn die "Versprechen" des "aufgeklärten Bürgertums" nie eingelöst werden - Versprechen, wie z.B., "dass jeder Mensch gleiche politische Rechte und auch soziale Chancen hat" (17.10.01). AutorInnen in jungle world und vor allem im antilinken Kampfblatt Bahamas sehen sich trotzdem gerne als die Inkarnation des aufgeklärten Bürgertums. Wen interessieren da schon noch Ausbeutungsverhältnisse, und wen interessiert da noch, dass sich die Heilsversprechen des "aufgeklärten Bürgertums" aus der Ressourcenausbeutung und aus der Ausbeutung der Arbeitskraft nähren. Was bleibt: "Eine Dose Fanta (ist) allemal einer Dosis Fatwa vorzuziehen", weiß Frau Albertini.

Hirn mit Fanta verklebt

Offenkundig kann, wiewohl organisch schwierig, beim Zuckerwasser saufen auch schon mal das Hirn verkleben, und raus kommt dabei: Eine Gleichsetzung von DKP mit NPD, von NPD-Mahler mit SPD-Grass und der Vorwurf, dass die Friedensbewegung nichts anderes als ein Haufen nützlicher Idioten ist. Alles im Prinzip olle Kamellen und alles in Zeiten des Kalten Krieges schon von Kriegstreibern oder Aufrüstungsbefürwortern gehört. Heutzutage aber findet man solche Elaborate eben in der jungle world. So palavert besagte Frau Albertini von "angeblich (1) imperialistische(n) Interessen im afghanischen Wüstensand." Denn ihrer Meinung nach geht es den USA bloß um das "Recht auf Selbstverteidigung" das "viele Deutsche den USA (...) absprechen." Was zeigt das? Richtig: "... den tief verwurzelten Antiamerikanismus" der daher rührt, dass "die USA schließlich Deutschland zwei Mal den Griff zur Weltmacht verwehrt ..." haben. Und weiter: "Nur dem Druck der USA und ihrer russischen, chinesischen und indischen Unterstützung ist es zu verdanken, dass Kontinentaleuropa, allen voran Deutschland und Frankreich, nicht noch mehr versucht hat, aus der amerikanischen Schwächung Kapital zu schlagen."

Dass Konkurrenz dem Kapitalismus eingeschrieben ist, diese Erkenntnis kann für Linke doch eigentlich nicht neu sein. Absicherung von ökonomischen Vorteilen durch militärische Stärke, wechselhafte Bündnisse zur Durchsetzung der jeweiligen Interessen, Ringen um Hegemonie - das ist Kapitalismus. Vergessen und vorbei, jedenfalls für antideutsche VordenkerInnen.

Auf die Erklärung, warum man sich zur Zeit unbedingt auf die Seite eines kapitalistischen Landes, die USA, stellen sollte, darf man indes noch gespannt sein. Mein Verständnis von antikapitalistischer Politik ist zumindest, - darf man eigentlich noch von antiimperialistischer Politik sprechen? - , dass es sowohl die bundesdeutschen, als auch die europäischen, als auch die US-amerikanischen Eroberungspläne zu durchkreuzen gilt. Es gibt keinen, aber wirklich keinen Grund, warum man sich auf die Seite der US-Kriegsmaschinerie stellen sollte!

Anders sehen das unsere USA-FreundInnen. Mit dem Einsatz der Flugzeug-Bomben auf das WTC (der Angriff auf das Pentagon und der versuchte Anschlag auf das Weiße Haus werden geflissentlich beiseite gelassen)

war ja auch eigentlich Israel gemeint. Die Angriffe wurden durchgeführt, weil die USA "die einzige Schutzmacht Israels" sind. Und weil dem so ist, muss folgerichtig Afghanistan bombardiert und ein langanhaltender Bomben-"Kreuzzug" propagiert und durchgeführt werden. Nicht wirklich verwundert, dass bei diesen Elaboraten noch nicht einmal ansatzweise hinterfragt wird, inwieweit die jetzige Kriegsführung die Umsetzung der von Bush sen. propagierten "neuen Weltordnung" ist.

Wo man enden kann, wenn man die Welt alleine aus dem antideutschen Blickwinkel zu "analysieren" versucht, zeigen in aller Deutlichkeit Menschen wie Matthias Küntzel und die Gruppe Bahamas. Hier gibt man sich nicht einfach mit der Rolle des Kriegsbefürworters zufrieden, nein, hier wird richtig für den Krieg gehetzt. "Selbstverständlich müssen die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie die Djihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent verfolgt", schreibt Küntzel in der Novemberausgabe von konkret und proklamiert dies als Paradigmenwechsel der "antikapitalistischen Kritik". Was unbestritten einen selbigen darstellt, wiewohl mir nicht recht einleuchten will, warum Küntzel für sich noch in Anspruch nimmt, in der Tradition der antikapitalistischen Kritik zu stehen. Vorrangig gilt es natürlich, die deutsche Regierung an den Pranger zu stellen, aber nicht etwa, weil sie wieder militärisch in alle Welt ziehen will. Nein, "immerhin haben Washington und London damit begonnen, die antisemitischen Netzwerke Bin Ladens zu zerstören, was von der Berliner Politik, die besonders deshalb zu kritisieren ist, kaum behauptet werden kann."

Also nicht nur 3.900 Soldaten, KSK und Spürpanzer in den Kriegseinsatz. Deutschland muss endlich wieder richtig aktiv werden, denn "von einer transatlantischen ‚Kampffront gegen den Terrorismus` kann jenseits der rhetorischen Blüten also keine Rede sein", schreibt der verhinderte Militarist Küntzel. Stattdessen gilt es, die "nationalistische deutsche Linke", die "Friedensbewegung" und ihre "antiamerikanischen Freunde" zu kritisieren, die "bei der Neuformierung Deutschlands gegen den US-amerikanischen Rivalen ein Aktivposten sind." Und so endet Küntzel, wo er enden muss: "Anstatt gegen massenmörderische Antisemiten zu mobilisieren, was hierzulande tatsächlich einmal etwas Neues wäre, wird in Sachen Feindmarkierung mit ihnen der Schulterschluss praktiziert." Und versprochen: Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden Küntzel und andere Kriegshetzer den "Beweis" erbringen, dass die "nationalistische deutsche Linke", was niemand anderes meint als alle Linke, außer eventuell Bahamas und noch ein paar handverlesene Wirrköpfe, noch schlimmer sei als die "massenmörderischen Antisemiten".

US-Imperialismus: viel gut

In dankenswerter Klarheit und Offenheit und vor allem konsequent zu Ende gedacht verabschiedet sich die Redaktion der Zeitschrift Bahamas mit ihrer Erklärung vom 14.9. aus der von ihr so gehassten Linken. Folgende Erkenntnis bescherten der Redaktion die Anschläge in New York und Washington: "..daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die historisch überlieferte Kritik am Kapitalismus durch ihre fatale Verbandelung mit nationalrevolutionären Bestrebungen hoffnungslos und für alle Zeiten diskreditiert ist." Und weiter: "Keine Kritik am Kapital ist legitim - es sei denn jene, die seine barbarische Selbstaufhebung (...), die im Islamismus derzeit seine größte Massenbasis und in Deutschland seinen unverhohlensten Fürsprecher findet, ins Zentrum der Analyse rückt und zum Angelpunkt der Agitation macht. Keine Staatskritik ist legitim - es sei denn jene, die sich mit dem Staat Israel (...) bedingungslos solidarisch erklärt, was derzeit heißen würde, gegen die Internationalisierung des Konflikts mit den Palästinensern und die Verwandlung Israels in ein NATO-Protektorat zu agitieren."

Und man hat schon fast geahnt, was noch kommt. Bei diesen beiden Punkten handelt es sich um "absolute Mindestbedingungen für eine Gesellschaftskritik in emanzipatorischer Absicht", denn "alles andere ist von der faschistischen Intention nicht mehr zu unterscheiden." So einfach kann die Welt sein. Entweder absolute Übernahme der Bahamas-Position oder Faschismus. Man bewahre uns vor diesen Emanzipatoren! Aber glücklicherweise ist die Gefahr, dass solche Vögel jemals größeren Einfluss erlangen, ja nicht sehr groß.

In der ersten Stellungnahme der Bushboygroup Bahamas wird zum großen Militärschlag aufgerufen: "US-amerikanische Militärschläge gegen islamische Zentren hätte jeder bis auf weiteres zu begrüßen (...) Sollte wirklich Afghanistan das erste Ziel eines US-Gegenschlages sein, wäre zu fordern, das dieser so konsequent wie möglich erfolgt, d.h. einen Sturz nicht nur des Taliban-Regimes, sondern auch die Verhinderung weiterer islamistischer Herrschaft bewirkt und nicht nur auf Afghanistan beschränkt bleibt." Es ist auch nur konsequent, dass der Koran in der Bahamas-Erklärung mit Hitlers "Mein Kampf" gleichgesetzt wird

und der Krieg gegen Afghanistan in einen antiislamistischen, nein besser noch, in einen antifaschistischen Kampf umgemünzt wird.

Bahamas an die Front!

Dass Kriege in Zeiten des Kapitalismus und mit dem aufgeklärten Bürgertum an der Macht um Einflusssphären, Hegemonie, Rohstoffsicherung und andere Dinge geführt werden, von dieser Erkenntnis wollen Bahamas & Co. schon lange nichts mehr wissen. Der Kampf der US-Regierung ist ein gerechter, nur sind die US-Militärs halt leider so elende Weicheier. Man sollte nur die richtigen Männer wie Küntzel und die Bahamas-Redaktion ranlassen, dann würde "bis auf weiteres" mal so richtig aufgeräumt werden. Vor allem "die palästinensische Volksgemeinschaft" die "das israelische Friedensangebot geradezu zwanghaft mit Terror (beantwortet)," würde gezeigt bekommen wo es längs geht. Schluss mit Intifada und der Forderung nach einem eigenen Staat.

Die stereotype Analyse dieser deutschen Denker ignoriert jegliche fortschrittlichen, die jeweils andere Seite mitdenkenden Ansätze innerhalb der palästinensischen und der israelischen Communitiy. Zur Aufrechterhaltung ihrer kruden "Analysen" werden absurderweise Volksgemeinschaften konstruiert, wobei sich die palästinensische in der Vorstellungswelt der Bahamas eben "zwanghaft" gebärdet. Nur zur Erinnerung: Mit den Friedensverhandlungen in Oslo war ein Weg entwickelt worden, der zumindest die Chance einer friedlichen Zweistaatlichkeit bot. Hintertrieben wurde dies von sowohl palästinensischen, wie auch von israelischen Hardlinern, die nur in der absoluten Niederlage des jeweils anderen eine Zukunft sehen. Die Übernahme einer dieser beiden Positionen verbietet sich für Menschen, die sich für die Existenz Israels und die Gründung eines Staates Palästina einsetzen. Aber das ist wieder ein anderes Thema.

Über die Beweggründe für die Anschläge auf das WTC und das Pentagon lässt sich nur spekulieren. Dass es keine, aber wirklich keine Rechtfertigung und Legitimation für diese Massaker geben kann wurde in ak schon mehrfach betont. Daraus aber abzuleiten, die führende kapitalistische und militärische Macht in ihrem Bestreben nach Absicherung ihrer Hegemonie müsse von links unterstützt werden, verbietet sich schlicht. Thomas Ebermann hat in konkret Richtiges dazu gesagt: "Die Eckpunkte amerikanischer Interessenpolitik werden in Reaktion auf das Massaker nicht neu erfunden, sondern sie werden forciert."

Georg Wißmeier

Anmerkung:

1) Diese und alle weiteren Hervorhebungen ak.

9. Krieg ist alles, Image ist nichts - oder so. Pentagon setzt auf professionelle Hilfe im Propaganda-Krieg

Autor: Max Böhnel · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:33

Zur Sicherung seines Informationsmonopols im "Krieg gegen den Terrorismus" setzt das Weiße Haus auf eine bewährte Methode: professionelle Public-Relations-Firmen. Dieses Mal am Start ein Unternehmen mit dem bezeichneten Firmenmotto "Information As An Element Of Power".

Rendon Group heißt die glückliche Firma, die vom USA-Verteidigungsministerium mit einem millionenschweren Vertrag zur Aufbesserung seines öffentlichen Image beauftragt wurde. Der Deal erstreckt sich zunächst über den Zeitraum von vier Monaten und sieht vor, dass Rendon für die Washingtoner Strategen eine ansprechende Multimedia-Webseite über den Terrorismus entwirft, die öffentliche Nachrichtenberichterstattung in 79 Ländern auswertet, dort ansprechbare "Fokus"-Gruppen herausfiltert und Empfehlungen erstellt, wie die Militärs in Zukunft Antikriegs- und Antiamerika-Agitation mit Gegenpropaganda kontern könnten. Rendon wurde angeheuert, um der Welt die Luftschläge gegen Afghanistan schmackhaft zu machen.

Das Motto für die Heimatfront

Wenn das PR-Projekt Früchte trägt, dann wird Rendon von der CIA Folgeaufträge für ein Jahr erhalten. So steht es im Vertrag. Man habe "schnell reagieren müssen", erklärte der im Pentagon für Propaganda und Pressekontakte zuständige Leutnant Kenneth McClellan. Denn der "Krieg gegen den Terrorismus" wird - obwohl ihm von den meisten Regierungen der Welt unverzüglich Unterstützung zugesagt wurde - von weiten Teilen der Bevölkerung in jenen Ländern mit weniger Enthusiasmus mitgetragen. Vor allem in der islamischen Welt ist nach Erklärungen wie "Kreuzzug" (Präsident Bush) der Eindruck entstanden, es handele sich statt eines Anti-Terror-Krieges eher um einen Krieg gegen den Islam. Und in vielen nicht-islamischen Ländern herrscht nicht erst seit dem Afghanistan-Krieg der Eindruck, dass es den USA vielleicht doch nicht um "Freiheit und Demokratie" geht. Diese negative Haltung gilt es aus der Sicht Washingtons mit PR-Maßnahmen zu korrigieren.

Der Beschluss der USA-Behörden, ihren Anti-Terror-Krieg nicht nur mit einer internationalen Allianz, sondern auch mit zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten, ist neu - kommt aber vielleicht zu spät, wie Kritiker meinen. So hatten Präsident Bushs Sicherheitsberater nach der Ausstrahlung des ersten Osama-bin-Laden-Videos im arabischen Fernsehsender "Al-Dschasira" massiv Druck ausgeübt, um den einzigen pluralistischen Sender der Region mit seinen Millionen von Zuschauern mundtot zu machen. Was nach hinten losging. Erst als diese Frage von Marokko bis Pakistan diskutiert wurde, rang sich Bushs Stab durch, den Druck zu verringern und Regierungsbeamte wie Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und Pentagon-Chef Donald Rumsfeld zu Interviews zu entsenden. Vize-Außenminister Richard Armitage durfte nachsetzen und im indonesischen Fernseh-Sender "Metro TV" sprechen.

Dennoch sind Weißes Haus, Pentagon und Außenministerium streng darauf bedacht, die Kontrolle in der Medienberichterstattung zu verstärken - zumindest an der Heimatfront. So gilt weiterhin ausnahmslos, dass USA-Journalisten der Zugang zu Schlüsselbeamten erschwert wird. Satellitenbilder, die Kriegsschäden in Afghanistan beweisen könnten, werden im Eilverfahren vom internationalen Markt weggekauft. Die Aufforderung an die großen US-Fernsehsender, Zurückhaltung, ja Selbstzensur zu üben, wird täglich erneuert - und von den Programmdirektoren befolgt. In den Talk-Shows zur besten Sendezeit bestehen die "Experten"-Runden durch die Bank aus Kriegsbefürwortern, moderiert von Journalisten, die sich dem Krieg öffentlich verschrieben haben.

Nicht nur Ex-Generale oder Kalte-Kriegs-Dinosaurier wie Henry Kissinger und Oliver North geben ihre Expertisen zum Besten. CNN scheute sich nicht, den erklärten Neonazi Larry Wayne Harris (Aryan Nation) bisher 17 Mal als Experten für Bioterrorismus zu interviewen, ohne auf seine Nazi-Verbindungen hinzuweisen. Harris wird von CNN statt dessen in seiner Eigenschaft als Mikrobiologe um seine Meinung gebeten. Er war vor drei Jahren vom FBI festgenommen worden, weil er mehrere Ampullen Beulenpest im Handschuhfach seines Autos herumfuhr.

Das Pentagon hat eine "Sonderkommission Kunst und Unterhaltung" einberufen; dazu haben sich führende Hollywood-Studios verpflichten lassen. Auch für sie gilt als wichtigste Erfahrung die erfolgreiche Marketingstrategie aus der Zeit des Golfkrieges vor elf Jahren. "Operation Wüstensturm ließ nur eine Sichtweise der Schlacht zu, jene, die vom Militär zugelassen wurde", meint der PR-Experte Eugene Secunda, Professor für Marketing. "Nach dem Irak-Krieg haben die Strategen die Kriege der Zukunft vorbereitet. Eine der wichtigsten Lehren war die Notwendigkeit, starke öffentliche Zustimmung herbeizuführen - durch ein mächtiges und streng reglementiertes PR-Programm, mit besonderem Bemühen um eine positive Berichterstattung."

Dass ein Krieg nur mit erfolgreicher PR zu gewinnen ist - hier sieht die Firma Rendon ihren Kampfauftrag. "Wir glauben an Menschen", heißt es in der Selbstdarstellung des in Boston und Washington beheimateten Unternehmens, es wolle "Menschen helfen, auf dem globalen Markt zu gewinnen". Man bewundere und respektiere deshalb "kulturelle Unterschiede". Was den Medienkritiker Norman Salomon, eine inzwischen fast einsame Stimme der Rationalität in den USA, zu der Einschätzung veranlasst hat, für einige Menschen bedeute Krieg "Terror, Katastrophe und Tod, für andere ein PR-Problem". Während die Bomben schon routinemäßig auf Afghanistan fallen, ohne dass man wirkliche Erfolge im Kampf gegen Osama bin Laden vorweisen könnte, hat das Pentagon den PR-Krieg zu Hause jedenfalls bis auf weiteres gewonnen.

Max Böhnel, New York

10. Für Krieg und Koalitionsfrieden. Grünes Krisenmanagement: Konflikt gelöst, Partei tot

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:44

Die eigentliche Frage drohte während der Woche der rot-grünen Krise in den Hintergrund gedrängt zu werden. Entschieden wurde sie knapp, aber eindeutig: Zum zweiten Mal in ihrer gerade dreijährigen Regierungszeit schicken SPD und Grüne deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz außerhalb des NATO-Gebietes. Bundeskanzler Schröder ist es gelungen, die eigene Partei zu disziplinieren, die Grünen zu demütigen und selbst als Sieger aus der Auseinandersetzung hervorzugehen. Ihm stehen auch weiterhin alle Optionen offen.

Bis zu 20 Abgeordnete der SPD und an die 15 grüne Parlamentarier hätten, so heißt es, mit dem Gedanken gespielt, dem Kriegseinsatz der Bundeswehr nicht zuzustimmen. Das waren dem Kanzler eindeutig zu viele - zumindest will er das nach erfolgreich überstandener Vertrauensfrage so verstanden wissen. Deshalb habe er von seinem Vorhaben ablassen müssen, den Kriegseinsatz mit den Stimmen der Opposition, ohne eigene Mehrheit, beschließen zu lassen: Nicht nur seine Regierung, sondern - schlimmer noch! - das deutsche Ansehen hätte bei einer solchen Taktik gelitten; und das, wo die Gelegenheit doch gerade günstig war, machtpolitisch einen entscheidenden Schritt nach vorn zu tun. Was bei der Abstimmung über den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr möglich war, verbot sich nun wegen des veränderten nationalen Interesses. Noch am 29. August war der Regierungsantrag über den Bundeswehr-Einsatz in Mazedonien zwar mit großer Mehrheit angenommen worden, doch war die Bundesregierung auf die Stimmen von CDU/CSU und FDP angewiesen.

Wie die Grünen die Republik erneuern

Schon kurz nach dem 11. September drohte der Zuchtmeister der SPD, Fraktionschef Peter Struck, das Ende der Koalition für den Fall an, dass die Grünen die Beteiligung der Bundeswehr an der "Terrorismusbekämpfung" ablehnen würden. Und Schröder erklärte umgehend, dass für ihn nichts unterhalb der "uneingeschränkten Solidarität" mit den USA in Frage kommt. Bedrohlich erschien ihm, dass auch ein Teil seiner eigenen Partei dem nicht kritiklos folgen wollte. In dem er die Vertrauensfrage stellte, schwor er die SPD-Fraktion auf seinen Kurs ein. Und egal wie sich die Grünen entscheiden würden, hätte er mit einer geschlossenen SPD-Fraktion auch bei Neuwahlen alle Asse in der Hand.

"Kritische Solidarität statt Ja und Amen", so lautete der faule Kompromiss, mit dem der Parteirat der Grünen die widerspenstigen Abgeordneten und Teile der Basis mit ins Boot nehmen wollte. Damit sollte Distanz zu Schröders Kriegspolitik signalisiert, gleichzeitig aber auch die Zustimmung der eigenen Abgeordneten zur Beteiligung deutscher Soldaten an der "Anti-Terror-Koalition" legitimiert werden. Als hätten die Grünen realen Einfluss auf die Abfassung des Regierungsantrags, stellten sie munter "Bedingungen", z.B. dass die Bundeswehr nur "zielgerichtet" gegen das Al-Kaida-Netzwerk eingesetzt werden dürfe. Eine Forderung, die man gnadenlos naiv nennen müsste, wenn sie denn ernst gemeint wäre. Statt dessen erfüllt sie wohl eher den Tatbestand vorsätzlicher Verdummung des Publikums und der eigenen Leute.

Letzteres beherrscht auch die Parteisprecherin Claudia Roth, die nach eigener Aussage "in diesen schweren Zeiten" Trost bei alten Songs von Ton Stein Scherben sucht, deren Managerin sie mal war. Man respektiere die Entscheidung der acht grünen KriegsgegnerInnen, versicherte Frau Roth. Nachdem Schröder die Entscheidung über den Bundeswehr-Einsatz mit der Vertrauensfrage verbunden hatte, änderte sich das. In Gruppen- und Einzelgesprächen wurden die Abgeordneten immer wieder bearbeitet, das "rot-grüne Reformprojekt" nicht zu gefährden und eine die Existenz der Partei bedrohende Situation abzuwenden.

Der Außenminister nutzte die Parlamentsdebatte am 16. November, um die Abstimmung über den Kriegseinsatz zu einer "Entscheidung über die Zukunft unseres Landes" zu erheben. Damit meinte er nicht den Bundeswehr-Einsatz, sondern den Fortbestand der Koalition, denn Rot-Grün habe "entscheidend diese Republik erneuert". Was diese Erneuerung ausmacht, haben die Grünen am 16. November unwiderruflich klar gemacht.

Auch die KriegsgegnerInnen haben sich, weil's hart auf hart kam, der Erpressung gebeugt. Die Argumente, mit denen sie ihr Umfallen begründen, sind sattsam bekannt. Besonders beliebt ist der Verweis auf das "kleinere Übel" - das doch nach aller Erfahrung nur noch größere Übel vorbereitet.

"Wenn die demokratische Linke in zehn Jahren auf den November 2001 zurückblickt, möchte ich nicht, dass sie sich vergeblich um Verständnis dafür bemüht, wie man die Chancen einer linken Reformpolitik für Jahrzehnte verspielen konnte, nur weil man sich nicht verständigen konnte über die Bereitstellung von 3.900 Soldaten für einen Konflikt, der praktisch schon zu Ende war, als darüber abgestimmt wurde." Nein, das ist nicht Joschka Fischer, das Zitat stammt aus einem Offenen Brief von Erhard Eppler. (FAZ, 17.11.01) Ob der "Konflikt", d.h. der Krieg in Afghanistan, wirklich schon so gut wie beendet ist, wird sich erst noch zeigen. Die innergrüne Konfliktbeilegung wird der Partei nur vorübergehend helfen. Spätestens im September 2002 dürfte die rot-grüne Episode beendet sein. Und das wäre auch gut so.

mb., Berlin

11. Virtueller Mauerbau. Schilys Anti-Terror-Paket perfektioniert vor allem die bundesdeutsche Abschottung

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:40

"Beim Blick in den Entwurf überkommt mich ein Déjà-vu-Gefühl. In den siebziger Jahren, zur Hochzeit des Terrorismus, wurde auch schon alles aufgeschrieben, was irgendwie irgendwann mal überlegt worden war." Diese Einschätzung zum "Sicherheits"paket II von Innenminister Otto Schily (SPD) stammt nicht von einem/r AktivistIn von damals, sie stammt von Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). (Max, 23/2001)

So überraschend richtig und deutlich diese Kritik ist, so haarscharf geht sie aber auch am eigentlichen Kern des so genannten Anti-Terrorismus-Paketes vorbei. Auf die richtige Spur führt Klaus Jansen, der Vize der Deutschen Kriminalbeamten: "Damit kann die Bundesregierung Missstände im Ausländerrecht bekämpfen, aber nicht den Terrorismus." (taz, 15.11.2001)

So beinhaltet Schily II nicht nur ein Einreiseverbot für Menschen, die "terroristische" Organisationen unterstützen oder ihnen angehören. Es gilt ebenso für jede/n AusländerIn, der/die sich bei der "Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt", "öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft" bzw. damit "droht" oder der die "freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet" - das ist eine Generalklausel, die zu Recht an die Berufsverbotspraxis der 70er Jahre erinnert. Diese "zwingenden Versagungsgründe" gelten allerdings nicht nur bei der Visaerteilung, sondern werden auch auf AusländerInnen in Anschlag gebracht, die sich bereits hier aufhalten bzw. hier niederlassen wollen: Für sie gibt es in Zukunft keine Aufenthaltsgenehmigung mehr, was zur Ausweisung und Abschiebung führt. "Die Regelausweisungstatbestände sind generalklauselartig gefasst und schaffen Rechtsunsicherheit", kritisiert Pro Asyl. "Ein Gesetz, nach dem es möglich gewesen wäre, Unterstützer von Nelson Mandela und des ANC während des Apartheidregimes auszuweisen, ist inakzeptabel."

Kontrolle im Inneren

Für die zwingende "Regelausweisung" reicht zukünftig ein Anfangsverdacht aus. Bei der folgenden Ausweisung und Abschiebung haben Widerspruch und Klage keine aufschiebende Wirkung mehr. Da ein rechtskräftiges Urteil nicht Voraussetzung für eine Abschiebung ist, klingt die Beteuerung des rechtspolitischen Sprechers der grünen Bundestagsfraktion, Volker Beck, "nein, es muss schon gerichtsfest hinterher gegebenenfalls erwiesen werden können", nur noch zynisch (Deutschlandfunk, 1.11.01).

Ein weiteres Ziel von Schily II ist die lückenlose Kontrolle nicht nur, aber vor allem von Nicht-Deutschen. Auslandsvertretungen, Ausländerämter und Asylbehörden sowie BKA und Verfassungsschutz haben zwar schon seit den 90er Jahren die Daten im Ausländerzentralregister (AZR), in der alle in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen erfasst sind, verwerten können, nun ist aber die grundsätzliche Zusammenarbeit vorgesehen. Bei der Visaerteilung und der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen kommt es jetzt zu einem regelmäßigen Datenabgleich mit den Erkenntnissen der Kriminalämter der Länder und des Bundes, der Verfassungsschutzbehörden und dem Bundesnachrichtendienst (BND) sowie dem Militärischen Abschirmdienst (MAD). Auch ohne konkrete Verdachtsgründe oder Gefahren können zukünftig Staatsanwaltschaften, Polizei, BGS, Zoll und Geheimdienste auf den gesamten Datenbestand des AZR zurückgreifen - und zwar online. Während die Grünen die Aufnahme des Fingerabdrucks bei deutschen StaatsbürgerInnen kritisieren, weil die Gefahr groß ist, zufällig in der Tatortdatenbank des BKA zu landen und zu Unrecht verdächtigt zu werden, scheint dieses Argument bei Nichtdeutschen nicht zu gelten. Das BKA wird mit dem "Sicherheits"paket II ermächtigt, Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen mit Tatortspuren abzugleichen. Dabei geht es nicht um die bisher schon mögliche Ermittlung im Einzelfall, sondern um einen automatisierten Abgleich. Flüchtlinge werden so generell wie StraftäterInnen behandelt. Die Einführung fälschungssicherer Ausweispapiere für AsylbewerberInnen und geduldete Flüchtlinge sowie die zehnjährige Speicherung der Lichtbilder und Sprachaufnahmen von AsylbewerberInnen zielen vor allem darauf ab,

abgelehnte AsylbewerberInnen am Abtauchen in die Illegalität oder an einer Wiedereinreise unter anderem Namen zu hindern.

Der Ausbau des AZR zu einer Visaerteilungsdatei, in der Lichtbilder der AntragstellerInnen, Fingerabdrücke und andere biometrische Merkmale sowie die Religionszugehörigkeit (deren Angabe natürlich "freiwillig" erfolgt und deshalb nur auf Widerspruch nicht erhoben wird) gespeichert werden, ist vor allem auch vor dem Hintergrund einer Perfektionierung des bundesdeutschen Grenzregimes zu sehen. Durch den geplanten Online-Zugriff sollen so schon bei der Visa-Antragstellung unerwünschte BesucherInnen ausgesiebt werden, von denen vermutet wird, dass sie in der BRD bleiben wollen. Kommen die Visa-AntragstellerInnen aus so genannten Problemstaaten oder sind anderweitig verdächtig, werden in Zukunft die Einladenden, der Aufenthaltszweck und die in der BRD lebenden Bezugspersonen durch die Ausländerämter überprüft.

Schlupflöcher werden dichtgemacht

Auch beim Asylverfahren ist ein Datenaustausch zwischen Verfassungsschutz und Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge obligatorisch vorgesehen, wenn "Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen" vorliegen. Damit wird das Asylverfahren ad absurdum geführt. Nun müssen AsylbewerberInnen damit rechnen, dass ihre Angaben im Asylverfahren über Geheimdienstkanäle bis in ihre Herkunftsländer gelangen, denn die Weitergabe erfolgt "ohne jede rechtsstaatliche Sicherung, ja ohne ein Verbot der Weitergabe an Geheimdienste der Verfolgerstaaten", wie die Deutsche Vereinigung für Datenschutz kritisiert. Gleichzeitig müssen mit der Einführung des § 129b politische Flüchtlinge in Zukunft damit rechnen, dass ihre Angaben zu ihrer politischen Betätigung im Heimatland zu einer Strafverfolgung in Deutschland führen könnten.

Darüber hinaus wird auch das so genannte Kleine Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention eingeschränkt, das die Abschiebung politischer Flüchtlinge in einen Staat verbietet, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist. Politisch Verfolgte, die im Verdacht stehen (oder wie es im Behördendeutsch heißt: bei denen "aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist"), im Ausland eine schwere Straftat begangen zu haben, können somit zukünftig auch in Tod und Folter abgeschoben werden.

"Das Ausländerrecht rutscht endgültig ab in polizeirechtliche Kategorien", so Burkhard Hirsch, das "liberale Gewissen" der FDP. (SZ, 2.11.01) Noch in diesem Jahr sollen die 17 Gesetzesänderungen und fünf Verordnungen, die das "Sicherheits"paket II umfasst, durch den Bundestag gepeitscht werden. Am 15. November sprach Schily vor dem Bundestag von den "tiefen Dimensionen der Gefahr für unsere offene Gesellschaft", "die unser bisheriges Vorstellungsvermögen übersteigt". Verantwortlich sind dafür aber ganz offensichtlich nicht die "islamistischen Terroristen", wie uns der Innenminister weismachen will.

mb.

12. Fegen im Hinterhof. US "Antiterrorkampagne" in Lateinamerika

Autor: Harald Neuber · Rubrik: US-Imperialismus; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:29

Die Politik Washingtons in Lateinamerika wird im Rahmen des "Kreuzzugs gegen den Terror" neu definiert. Dabei stehen weniger sicherheitspolitische als ökonomische Interessen im Vordergrund.

Charles E. Wilhelm ist wahrscheinlich kein schlechter Mensch, und so können wir davon ausgehen, dass auch er von den Ereignissen des 11. September erschüttert gewesen ist. Die Betroffenheit des Kommandeurs des in Lateinamerika operierenden Südkommandos der Vereinigten Staaten ging aber schon bald in militärischen Aktionismus über. Elf Tage nach den Terroranschlägen in den USA forderte Wilhelm, Mitglied des Marine-Corps, vor einem Unterausschuss des US-Senats Unterstützung für ein verstärktes Engagement in Kolumbien ein. Dort bekämpft die Regierung mit US-Unterstützung die beiden linksgerichteten Guerillabewegungen Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (Farc) und Nationales Befreiungsheer (ELN). Als Vorwand diente dabei bisher der "Krieg gegen Drogen".

Wenige Tage nach Wilhelms Forderung trat die US-Botschafterin Anne Patterson in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá vor die Presse und ließ "keinen Zweifel, dass wir uns künftig auch mehr auf den Terrorismus in Kolumbien konzentrieren werden". Den Auftakt dazu bot der Entschluss Washingtons, drei weitere Antidrogen-Basen in Kolumbien zu errichten und Mittel für den Unterhalt von Helikoptern und Sprühflugzeugen zur Verfügung zu stellen. Nach Angaben von Patterson sollen die Ausbildungsprogramme kolumbianischer Streitkräfte in den USA zur Aufstands- und Drogenbekämpfung verstärkt werden.

Die vor dem 11. September auch in den USA vorhandene Kritik an dem militärischen Engagement in dem südamerikanischen Land ist schnell verstummt. Die nun angekündigten Militärhilfen werden zusätzlich zu den 1,3 Milliarden Dollar im Rahmen des zuvor heftig diskutierten Plan Colombia fließen. Gefährlich wird dieser Vorstoß in Einheit mit der vereinfachten Darstellung des Konfliktes. Die FARC-Guerilla etwa wird als Gruppe dargestellt, die US-Ziele und Bürger in Kolumbien angreift und durch internationale Netzwerke auch in der Lage sei, in den USA selber Attacken zu lancieren.

Stephan Suhner von der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien stellt in dem jüngsten Monatsbericht dazu fest, dass in der US-Politik der Unterschied zwischen Aufständischen und Terroristen zunehmend verschwimmt: "In diesem neuen Kontext wird sowohl die Suche nach einer Verhandlungslösung des internen Konfliktes als auch die Suche und bloße Diskussion von Alternativen in der Bekämpfung von Drogenmissbrauch erschwert", sagt Suhner. Setze man sich für alternative Ansätze ein, laufe man unweigerlich Gefahr, als "Helfer der Terroristen" dazustehen. In Bogotá wird derzeit ein Terrorgesetz diskutiert, das die Verfolgung von SympathisantInnen der Aufständischen vereinfachen soll.

In dem Bericht der Schweizer Gruppe heißt es dazu: "Trotzdem müssen die wahren Ziele der USA in Kolumbien und Lateinamerika (vom Nahen Osten nicht zu sprechen) und die Absurdität des Drogenkrieges schonungslos aufgezeigt werden. Bei allem Verständnis dafür, dass die USA die Täter vom 11. September und ihre Hintermänner zur Verantwortung ziehen wollen, ist die Art und Weise, wie dieses Ereignis mit Kolumbien und Lateinamerika verknüpft und Bedrohungsszenarien konstruiert werden, absolut inakzeptabel."

"Konzentration auf Terrorismus in Kolumbien"

Schließlich geht es den USA in Kolumbien nicht zuletzt um ganz profane Wirtschaftsinteressen. Erstens verfügt das südamerikanische Land über die größten Erdölvorkommen nach Venezuela, zweitens sind in Kolumbien eine Vielzahl transnationaler Ölkonzerne aktiv und drittens liegen die weit reichenden Erdölgebiete ausgerechnet in den Zonen, die von der Guerilla kontrolliert werden.

Zu den Nutznießern des Feldzuges von George W. Bush gehören auch rechte kubanische Gruppen. Wenige Tage nach den Angriffen forderte die Kongressabgeordnete aus Florida, Iliana Ros-Lehtinen, den US-Präsidenten auf, auch Kuba wegen seiner "terroristischen Energie" in Visier zu nehmen. Weil kubanische Wissenschaftler führend auf dem Feld der Biotechnologie sind, werden der Regierung Biowaffenprogramme unterstellt.

Die Terrorvorwürfe gegen den Karibikstaat beziehen sich im Kern auf drei Punkte. Havanna wird vorgeworfen, Mitgliedern aufständischer Gruppen als "sicherer Hafen" zu dienen, zudem würden sich in den USA Gesuchte auf der Insel der Strafverfolgung entziehen. Der erste Vorwurf bezieht sich vor allem auf baskische ETA-Mitglieder. Missachtet wird allerdings, dass diese erst nach Kuba einreisen durften, nachdem zwischen der Regierung Castro und dem ehemaligen spanischen PSOE-Präsidenten Felipe Gonzales ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet wurde.

"Kuba hat die Anschläge in den Vereinigten Staaten aufs Schärfste verurteilt", meint dazu der Botschaftsrat der Republik, Gerardo Peñalver. "wir haben Washington sogar Hilfe bei der medizinischen Versorgung angeboten." Auf eine Antwort habe man aber vergebens gewartet. Für die kubanische Regierung sei die Linie klar, sagt Peñalver: "Wir verurteilen den Terror ebenso wie die militärische Antwort der USA."

Besonders Havanna muss in der aktuellen Situation diplomatisches Feingespür an den Tag legen. Die Regierung gibt sich selbstbewusst, hat sich aber trotzdem der "Allianz gegen den Terror" angeschlossen. Erstmals seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Anfang der Sechziger Jahre wurde auch der Luftraum über der Insel für die USA geöffnet. Auch wenn die Beziehungen sich nicht normalisieren werden, scheint sich Castro geschickt aus der Affäre gezogen zu haben.

Auswirkungen dürfte die Antiterrorkampagne eher schon auf das südamerikanische Venezuela haben. Dessen Präsident Hugo Chávez arbeitet seit seinem Amtsantritt, von Washington anfangs misstrauisch beäugt, am moralischen und ökonomischen Wiederaufbau des Landes, das unter jahrzehntelanger Zweiparteienherrschaft ausgeblutet ist. Zwar haben sich Washington und Caracas seither aneinander gewöhnt, was vor allem der Diplomatie hinter verschlossenen Türen geschuldet sein dürfte. Differenzen gibt es aber nach wie vor in der Außenpolitik.

Die Beziehungen lässt sich Chávez von Beginn der "Bolivarianischen Revolution" an nämlich kaum von den Interessen der Großmacht diktieren. Deutlich wurde das 1999, als er bei einer Rundreise durch die Öl-fördernden Staaten auch den Irak nicht ausließ und damit für Missmut bei der US-Regierung sorgte. Auch bleibt der venezolanische Luftraum für das US-Militär weitgehend gesperrt, was die Aktionen des Südkommandos im Nachbarland Kolumbien erheblich erschwert. Das ist durchaus beabsichtigt, denn Hugo Chávez gehört zu den vehementesten Kritikern des von den USA lancierten Kolumbienplanes.

Biowaffen aus Havanna?

Solche Eigenarten duldete man bislang in Washington, solange sie sich im unverbindlichen Rahmen des "Strebens für eine multipolare Welt" (Chávez) bewegten. Diesem Konzept hat George W. Bush aber nun sein eigenes entgegengesetzt, als er nach dem 11. September erklärte, "wer nicht für uns ist, ist gegen uns". Auch Chávez schloss sich wie Castro daraufhin der Antiterror-Allianz an.

Venezuela in Bedrängnis

Offensichtlich ist, dass der politische Freiraum für das nach dem Nationalhelden Simón Bolívar benannte Erneuerungsprojekt mit Bedeutung über die Grenzen Venezuelas hinaus nun bedeutend weniger Spielraum haben wird. Das Schicksal Venezuelas hängt dabei eng mit dem des Nachbarlandes Kolumbien zusammen. In einem Strategiepapier des Südkommandos werden im Rahmen des Counterdrug (CD) Campaign Plan drei Phasen angekündigt. Zunächst sollen die an Kolumbien angrenzenden Länder auf eine Linie gebracht werden, im zweiten Schritt will Kommandeur Wilhelm die "in den Drogenhandel verstrickten Organisationen neutralisieren", um in die betreffenden Gebiete schließlich Truppen nachrücken zu lassen.

Die dort aktiven Guerillagruppen FARC und ELN sind vom US-Außenministerium auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt worden und sollen stärker ins Visier genommen werden. Die Versuche, den auch für sein Land bedrohlichen Konflikt auf dem Verhandlungsweg abzuwenden, sind Chávez seit jeher als politische Nähe zur Guerilla zur Last gelegt worden. Handelt er aber nicht, droht sein Land das Pakistan Südamerikas zu werden. Zwar gibt es in Venezuela keine allzu starke Sympathisantenbewegung mit den kämpfenden Einheiten in Kolumbien, die soziale Konsequenz und damit einhergehende politische Destabilisierung bei einer Eskalation des kolumbianischen Bürgerkrieges aber dürfte auch das Nachbarland in arge Bedrängnis bringen - und damit die gesamte Region destabilisieren.

Alberto Martinez, Europasprecher der FARC, zeigt sich von den Ankündigungen unbeeindruckt. "Jedes militärische Engagement der Vereinigten Staaten würde die Lage massiv verschärfen", sagt er. Eine Beilegung des Konfliktes aber wäre nur möglich, wenn die sozialen Ursachen des Krieges beseitigt würden. Mit der Etablierung diverser Freihandelszonen sind die Voraussetzungen dafür denkbar schlecht.

Auch der mexikanische Präsident Vicente Fox hat nach dem 11. September dem Terrorismus den Krieg erklärt. Terrorismus nennen die mexikanischen Herrschenden seit jeher den Widerstand gegen die miserablen Lebensbedingungen, der wiederum mit einer kontinuierlichen Repressionspolitik im Süden des Landes beantwortet wird. "Wir werden entschiedener gegen die kleinen aufständischen Gruppen vorgehen", kündigte Fox wenig überraschend nach den Terroranschlägen in den USA an.

Damit dürfen sich die in den südlichen Bundesstaaten Tabasco, Guerrero und Chiapas operierenden Guerillaorganisationen Revolutionäres Volksheer (EPR) und dessen Abspaltung Revolutionäre Armee des aufständischen Volkes (ERPI) angesprochen fühlen. Aber auch die aufrührerischen StudentInnengruppen der Autonomen Nationaluniversität Mexikos (UNAM) sind gemeint. Gegen Ende der monatelangen Besetzung dieser größten Universität Lateinamerikas tauchten Anfang vergangenen Jahres zunehmend Gerüchte über Verbindungen zwischen dem Streikrat und dem EPR auf. Nach der brutalen polizeilichen Räumung des Campus im Februar 2000 gingen die Repressionskräfte unter dem Vorwand angeblicher Guerillaunterstützung gegen einzelne Aktivisten gezielt vor.

Einen vergleichbaren Vorwand dürften für den bekennenden Christen Fox auch die Anschläge in den USA und die alsbald erklärte Allianz gegen den Terror bieten. Das erscheint auch dringend nötig, wenn die letzten Errungenschaften der mexikanischen Revolution endgültig auf dem neoliberalen Altar geopfert werden sollen. Am 1. Mai 1992 war die mexikanische Agrarreform nach exakt 75 Jahren von dem inzwischen unter Korruptionsvorwürfen ins irische Exil geflohenen PRI-Mann Carlos Salinas für beendet erklärt worden. Die sozialen Sicherungen für die meist indigene Landbevölkerung wurden damit aufgehoben. Damals war Vicente Fox für die Versorgung seiner Landsleute mit Coca Cola zuständig. Heute leitet er die Regierungsgeschäfte und holt zum zweiten großen Schlag gegen die letzten Reste der Revolution von Zapata und Villa aus.

Mit der Unterschrift unter dem NAFTA-Freihandelsabkommen 1994 wurde Mexiko zur Aufhebung aller Handelsschranken zwischen dem Land, den USA und Kanada verpflichtet. Die Folgen für die traditionelle Bewirtschaftung im Süden Mexikos sind enorm, die Streuung des Landbesitzes zur Subsistenzwirtschaft und das kollektive Eigentum ist den Regierungsplänen ein Dorn im Auge. Mit den Angriffen aber mehrt sich auch der Widerstand, der nun auch in Mexiko-Stadt als Terror bezeichnet und verstärkt bekämpft wird.

Harald Neuber

13. Residenzpflicht für politische Oppositionelle. Interview mit Rolf Gössner

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:01

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg und den Weltwirtschaftsgipfel in Genua kam es in diesem Sommer nicht nur zu brutalen Übergriffen der Polizei gegen DemonstrantInnen, sondern auch zu weit reichenden präventiven Einschränkungen der Grundrechte auf Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit. GlobalisierungskritikerInnen wurden von den Regierenden nicht nur als "Polit-Hooligans" diffamiert, sondern auch genauso behandelt. Hausbesuche durch die Polizei, Meldeauflagen und Beschränkungen der Reisefreiheit sollten zahlreiche AktivistInnen bereits im Vorfeld an einer Teilnahme an den Protesten hindern. Basis für dieses fragwürdige Vorgehen sind Sonderdateien bei Bundes- und Landeskriminalämtern und ein extensiver internationaler Datenaustausch zwischen den europäischen Polizeibehörden. ak sprach mit dem Rechtsanwalt und Bürgerrechtler Rolf Gössner über die europaweite Offensive auf dem Feld der "Inneren Sicherheit".

ak: Vor dem G8-Gipfel in Genua wurde allein in der Bundesrepublik über 80 Personen durch Meldeauflagen und Beschränkungen der Reisefreiheit eine Teilnahme an den Demonstrationen verboten. Weitere Personen wurden an einer Ausreise nach Italien gehindert. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert diese faktische Aufhebung der in den EU-Verträgen garantierten Freizügigkeit?

Rolf Gössner: Es gibt mehrere Rechtsgrundlagen dafür: Zum einen im Falle eines Ausreiseverbot das Passgesetz, das erst im Jahr 2000 novelliert worden ist und u.a. mit diesen Einschränkungen versehen wurde. Die Meldeauflagen wiederum, also jemand soll daran gehindert werden, irgendwo hin zu reisen und muss sich deshalb täglich ein bis zwei mal bei der Polizei melden, beruhen auf den jeweiligen Polizeigesetzen der Länder oder des Bundes.

Die Reiseverbote wurden nach den Ausschreitungen bei der Fußballweltmeisterschaft 1998 in Frankreich gegen Fußball-Hooligans eingeführt. Bereits damals wurde eine Ausweitung auf andere Zielgruppen befürchtet. Gab es damals Widerstand gegen die Verschärfung des Passgesetzes?

Widerstand wäre sowieso zu viel gesagt. Es gab aber noch nicht einmal richtigen Protest, weil die meisten - und dazu gehören wohl auch die Linken in diesem Lande - meinten, es träfe jetzt vielleicht doch die "Richtigen". Das heißt, es wurde nur von ganz wenigen gesehen, dass es nicht bei der eingeschlagenen Zielrichtung bleiben, sondern dass möglicherweise ganz andere Personengruppen ins Visier geraten könnten. Und das hat sich ja inzwischen bestätigt.

Versuche von betroffenen GlobalisierungskritikerInnen, sich auf juristischem Wege gegen Ausreiseverbote und Meldeauflagen zur Wehr zu setzen, blieben bisher erfolglos. Worauf gründen die zuständigen Verwaltungsgerichte ihre Ablehnung der Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz?

Die Verwaltungsgerichte haben praktisch eine Abwägung vorgenommen zwischen der Gefährdungslage bzw. der vermeintlichen Gefahr, die von einer Person ausgehen könnte, und den individuellen Grundrechten des Betroffenen auf Freizügigkeit, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. Dabei sind die Richter zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gefährdung schwerer wiegen würde als der Eingriff in die Grundrechte. Dem öffentlichen Interesse an der Verhütung von Straftaten gebühre der Vorrang vor den Interessen der Betroffenen, urteilten in einem Fall die Berliner Verwaltungsrichter, denn es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Antragsteller an Gewaltaktionen in Genua beteiligen wollten - schließlich hätten sie in der Vergangenheit an "vielfältigen Veranstaltungen der linken Szene auch außerhalb Berlins" teilgenommen. Die verhängte tägliche Meldepflicht würdigte das Gericht als "zumutbare Unannehmlichkeit". Auch das Verwaltungsgericht Freiburg wollte in einem anderen Verfahren an die Gefahren- bzw. Gewaltprognose "keine allzu hohe Anforderung" stellen.

Diese Abwägung wird natürlich auf Grundlage der Gefahrenanalyse der Polizei gemacht - die Richter haben insoweit keine eigenen Ermittlungsmöglichkeiten, um sich ein unbefangeneres Bild zu machen. Ich denke mir, dass da zumindest in den Eilentscheidungen nur sehr oberflächlich geprüft wurde und dass es in den nächsten Instanzen durchaus zu anderen Ergebnissen kommen könnte.

Im Juni wurden zwei Tübinger StudentInnen per Meldeauflage daran gehindert, an Anti-Castor-Aktionen teilzunehmen. NRW-Innenminister Fritz Behrens kündigte im August an, zukünftig bei politischen Großereignissen verstärkt von Reisebeschränkungen Gebrauch zu machen. Ist eine generelle Ausdehnung dieses Instrumentariums auch auf politische Konflikte im Inland zu befürchten?

Also wenn man diese Ankündigung ernst nehmen will, dann müsste man sagen, es könnte auch bei Ereignissen, die in der Bundesrepublik stattfinden, zu solchen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit kommen - etwa per Meldeauflagen zur Gefahrenabwehr, die dann auf das Polizeigesetz des jeweiligen Bundeslandes gestützt werden könnten. Wenn es tatsächlich so weit käme, dass solche Präventivmaßnahmen in großem Ausmaß und nicht nur in ganz wenigen Einzelfällen verhängt würden, dann müsste dagegen nicht nur individuell-rechtlich vorgegangen werden, das auch, aber dann müsste kollektiv im Zusammenhang mit Anti-AKW-Gruppen und Bürgerrechtsorganisationen massiv Öffentlichkeitsarbeit und Druck gemacht werden, dass so etwas nicht Schule macht und zu einem Routineinstrument missbraucht wird.

Eine Grundlage für das Vorgehen von Polizei und Justiz sind die Landfriedensbruch-Dateien der Landeskriminalämter und die neue Sonderdatei ‚Gewalttäter Links' beim Bundeskriminalamt. Nach welchen Kriterien gelangen Menschen in diese Dateien?

Viele denken ja, dass diejenigen, die da drin sind, zurecht gespeichert seien. Das wäre allerdings sehr oberflächlich gedacht, denn in diese Datei geraten nicht etwa nur Menschen, die schon mehrfach rechtskräftig für eine entsprechende Gewalttat verurteilt worden sind, etwa für Landfriedensbruch oder Körperverletzung; darüber hinaus sind dort auch Leute erfasst, die lediglich einer bestimmten Straftat verdächtig oder beschuldigt sind. Es reicht aber auch schon aus, dass Personen lediglich mit der Polizei in Berührung gekommen sind, das heißt z.B. bei Identitätsfeststellungen oder Platzverweisen, oder wenn ihre Daten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen von der Polizei aufgenommen wurden. Dann kann es passieren, dass diese Menschen in die Gewalttäterdatei Links geraten. Das heißt also, es liegt nichts gegen sie vor, sie haben sich nichts zu schulden kommen lassen und sie sind dennoch in der Gewalttäter-Datei. Einzige Voraussetzung: Es müssen "Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Personen zukünftig Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden". Auch solche "Verdächtige" können gespeichert werden, bei denen "die Persönlichkeit des Betroffenen oder sonstige Erkenntnisse" Grund zu der Annahme geben, dass Strafverfahren gegen sie zu führen sind, so der Beschluss der Innenministerkonferenz vom 24.11. 2000. Auch bloße "Kontakt- und Begleitpersonen" der so Stigmatisierten können gespeichert werden, "so weit dies zur Verhütung oder zur Vorsorge für die künftige Verfolgung einer Straftat mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist". Hier spätestens ist der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit eindeutig verletzt. Und diese Datei dient dann wiederum als Grundlage für Meldeauflagen oder Ausreiseverbote.

Freigelassene Genua-Gefangene berichten, dass ihnen bei Haftprüfungen strafrechtlich irrelevante Erkenntnisse zu vergangenen politischen Aktivitäten vorgehalten wurden. Einem Gefangenen wurde z.B. eine Personalienfeststellung anlässlich des Castor-Transportes 1997 angelastet. Gibt es irgendeine rechtliche Basis für diesen grenzenlosen polizeilichen Datenaustausch?

Das lässt sich so einfach nicht beantworten. Längst gibt es einen umfassenden Datenaustausch in Europa. Institutionalisiert ist er entweder über Europol oder über das Schengener Informationssystem. Da gibt es einen regen Datenaustausch zwischen den einzelnen an diesen supranationalen Systemen beteiligten Ländern, wobei die Bundesrepublik eine treibende Rolle spielt. Im Fall Genua, aber auch schon in den Fällen Salzburg und Göteborg, lief es so, dass die deutsche Polizei sogenannte Datenlisten über sogenannte Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamtes an die italienische, österreichische oder schwedische Polizei weiter gegeben hat. In Italien handelte es sich um die "Lista Tedesca", die solche personenbezogenen Daten enthielt. Und auf Grund dieser Daten sind dann auch die betroffenen Menschen von der italienischen Polizei entsprechend behandelt worden. Das heißt, sie wurden etwa beschuldigt, dem "Schwarzen Block" anzugehören, nur weil sie irgendwann einmal im Zusammenhang mit dem Castor-Transport registriert worden waren. Und teilweise wurden sie rüde behandelt, was bis hin zu folterähnlichen Maßnahmen reichte, nur weil sie als "polizeibekannt" galten. Auch Haftverlängerungen basierten auf solchen Informationen. Das heißt, eine solche Datenliste bzw. Datenspeicherung hat für die Betroffenen oft verheerende Folgen.

Für den Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) ist angesichts der Maßnahmen klar: "Es gibt kein Grundrecht auf Ausreise" Wie bewerten Sie die verfassungsrechtliche Dimension dieser faktischen Residenzpflicht für politische Oppositionelle?

Herr Körting hat mit dieser Aussage wahrscheinlich gemeint, dass es kein explizites Grundrecht auf Ausreise gibt. Artikel 11 Grundgesetz, der das Grundrecht auf Freizügigkeit regelt, gilt allerdings nur im Inland, also innerhalb der Bundesrepublik. Die Ausreisefreiheit wird gestützt auf Artikel 2, nämlich auf die allgemeine Handlungs-und Bewegungsfreiheit. In der europäischen Grundrechtecharta gibt es ebenfalls einen entsprechenden Artikel, der besagt, dass jeder und jede das Recht hat, sich frei in Europa zu bewegen und auch das eigene Land zu verlassen. Eigentlich eine ganz klare Angelegenheit.

Allerdings gelten alle Grundrechte ja nicht schrankenlos; sie können auf Grund eines Gesetzes und zum Schutz der nationalen oder öffentlichen Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten sowie zum Schutz anderer Rechtsgüter beschränkt werden. Wenn also ein entsprechendes einschränkendes Gesetz - wie z.B. das Passgesetz - existiert, dann kann die Reisefreiheit auch beschränkt werden.

Angesichts der aktuellen Sicherheitshysterie muss mit einer weiteren Verschärfung der Situation gerechnet werden. Was erwartet vor diesem Hintergrund im Herbst die Anti-Castor-Demonstranten in Gorleben und die TeilnehmerInnen an den Protesten gegen den EU-Gipfel in Brüssel?

Nicht nur die außenpolitische Situation, sondern auch die innenpolitische hat sich seit dem 11.September dramatisch verändert und verschärft. Ich kann natürlich nicht vorwegnehmen, wie sich das etwa auf den demnächst anstehenden Castor-Transport auswirken wird. Es ist allerdings zu befürchten, dass sich jetzt einiges vermengt, nämlich einerseits die ohnehin teils unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Castor-Transport und andererseits womöglich völlig überzogene Anti-Terror-Maßnahmen, um den Transport darüber hinaus zu schützen. Insofern kann es durchaus passieren, dass das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit noch rigider eingeschränkt werden. Es spricht jedenfalls nicht gerade für politisch verantwortliches Handeln, dass der Castor-Transport von La Hague nach Gorleben trotz der angeblichen Bedrohungslage in der Bundesrepublik nicht absagt wird.

Das Interview führte Tom Binger

Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater. Autor zahlreicher Bücher zum Themenspektrum "Innere Sicherheit" und Bürgerrechte; zuletzt: "Erste Rechts-Hilfe - Rechts- und Verhaltenstipps im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten", Göttingen 1999; "Big Brother & Co. - Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft", Hamburg 2000.

"Platzverweise reichen aus um in die ‚Gewalttäterdatei Links` zu geraten."

"Längst gibt es einen umfassenden Datenaustausch in Europa."

"Es kann durchaus passieren, dass das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit noch rigider eingeschränkt werden."

14. Die Berliner SPD bleibt sich treu. Die Ampel-Koalition ist der konsequente Schritt in die falsche Richtung

Autor: Birger Scholz · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:23

Alle Jubeljahre fällt selbst der arg geschundenen Berliner SPD unverdient ein Geschenk in den Schoß. So widerfuhr es den Genossen im Frühjahr vor dem Hintergrund der Pleite der Stadt und ihrer Bank. Der damalige Fraktionsvorsitzende und heutige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der Parteivorsitzende und Stadtentwicklungssenator Peter Strieder präsentierten sich über Nacht als Saubermänner und leiteten so unerwartet professionell den "Machtwechsel" in Berlin ein.

Das war in der Tat unverdient. Schließlich hat die Hauptstadt-SPD das Finanzfiasko mit der Berliner CDU zu gleichen Teilen zu verantworten: War es doch die Große Koalition, die Anfang der neunziger Jahre kollektiv dem Einheitswahn verfiel, von der "Global City" träumte und den Bund ohne Widerstand aus der Pflicht zur Subventionierung entließ. Innerhalb von vier Jahren sank die Berlin-Hilfe von 17,2 Mrd. DM 1991 auf 6,8 Mrd. DM im Jahr 1995. Wider besseren Wissens wurde auf "blühende Landschaften" gesetzt und kräftig in teure Prestigeprojekte investiert. Oder treffender ausgedrückt: Auf Wachstum spekuliert. In Berlin zeugen davon heute die diversen gigantischen Stadtentwicklungsprojekte wie z.B. die Wasserstadt Oberhavel, die den Haushalt noch auf Jahrzehnte belasten werden. Auch die allerletzte Hoffnung, der Regierungsumzug werde gleichsam naturgesetzlich von einem wirtschaftlichen Aufschwung begleitet sein, hat sich als trügerisch erwiesen.

Insofern hat die Pleite der Bankgesellschaft weniger mit Klüngel und Korruption, als vielmehr mit den zerronnenen Hauptstadt-Träumen zu tun. Politischer Filz gehört bekanntlich auch in Gewinnerstädten wie Frankfurt oder Köln zum Geschäft und ist eher das nötige Schmiermittel im Getriebe einer funktionierenden Stadtverwaltung. Die Berliner Immobilien-Blase war ein "Future contract" (sozusagen ein Derivat) auf die erhoffte zweite Gründerzeit. Die blieb bekanntlich aus und die BerlinHyp wurde ihre faulen Kredite nicht mehr los.

Rote Laterne in Berlin

Die FAZ konstatiert zutreffend: "Das Debakel des Geldhauses steht nur paradigmatisch für die Wüstenei der Berliner Wirtschaft. Die Hauptstadt ist verarmt und deindustrialisiert. Ihr fehlt völlig die ökonomische Basis, die sie einst besaß und die erst all die schönen Metropolenträume antreiben könnte." Von den 400.000 Industriearbeitsplätzen des Wendejahres sind heute weniger als 30 Prozent übrig. Damit ist der "Industriebesatz" (Industriebeschäftigte pro 1.000 Einwohner) der Finanzmetropole Frankfurt doppelt so hoch wie der in Berlin. Hinzu kommt, dass eine entsprechende Ausweitung des Dienstleistungsbereichs nicht stattgefunden hat. Wenn dennoch von Berlin als Dienstleistungsmetropole gesprochen werden kann, dann als die der "Putzkolonnen und schwarzen Sheriffs". (Stefan Krätke)

Die Wachstumszahlen der Hauptstadt sind dem entsprechend: Kam es in Berlin von 1991 bis 2000 mit einer Steigerung von 2,3 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts BIP (in Preisen von 1995) im Prinzip zu einer Stagnation, stieg das BIP bundesweit um 14,8 Prozent. Berlin war 1999 das einzige Bundesland mit Minuswachstum. Im ersten Halbjahr 2001 schaffte es die Hauptstadt dann immerhin, die rote Laterne an Mecklenburg-Vorpommern abzugeben und rangiert nun mit 0,1 Prozent BIP (bundesweit 1,0 Prozent) an viertletzter Stelle.

Durch die Sparpolitik der vergangenen zehn Jahre wurde diese Entwicklung noch verschärft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die dadurch entstandenen Wachstumseinbußen auf bis zu 1,5 Prozent jährlich. Ökonomisch waren die 90er Jahre also ein verlorenes Jahrzehnt für die Stadt. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Selbst die durchaus beachtlichen Zuwächse im Bereich der Zukunftstechnologien können darüber nicht hinweg täuschen, erfolgen sie doch von einem denkbar geringen Niveau aus und werden in den nächsten zehn Jahren kaum strukturbestimmend sein.

Selbst das bürgerliche Feuilleton muss angesichts dieser Situation fast schon Endzeit-Metaphern im Stile eines Robert Kurz bemühen und spricht von "nicht-marktwirtschaftlicher Nachmoderne", um die seit Jahren unter Ökonomen verbreitete Erkenntnis angemessen zu artikulieren, dass sich die Stadt nicht aus ihrer eigenen Wertschöpfung reproduzieren kann.

Nicht ohne Grund installierte die vom Wähler abgestrafte SPD 1995 die ehemalige Herforder Stadtkämmerin Annete Fugmann-Heesing (SPD) als neue Finanzsenatorin und Rettungsanker für die morbiden Stadtfinanzen. Haushaltskonsolidierung als Selbstzweck war fortan angesagt - und zwar in der radikal neo-liberalen Variante. Die SPD versuchte als thatcheristische Konsolidierungspartei zu punkten, die CDU übernahm dankbar den sozialdemokratischen Part und profilierte sich als entschiedene Interessenvertretung der "Kindl- und Bolle-Berliner". Wer die Konsolidierung aus eigener Kraft als Lebenslüge der Berliner SPD benannte, galt fortan als nicht politikfähig. Wer auf die Kosten des Austeritätskurses für die Stadtökonomie verwies, wurde bestenfalls als keynesianischer Trottel belächelt. Das Ergebnis ist bekannt: Die Berliner Sozialdemokratie verlor auch die Wahl 1999 grandios mit knapp 23 Prozent der Stimmen.

Dass es auch anders geht, bewies das Saarland. 1986 und 1992 erklagte es sich (zusammen mit Bremen) durch zwei Urteile beim Bundesverfassungsgericht besondere Bundeszuschüsse zur Beseitigung der festgestellten "extremen Haushaltsnotlage". Seit 1994 erhält das kleinste Flächenland jährlich 1,6 Mrd. DM zusätzliche Mittel des Bundes für die Schuldentilgung. Würde diese Summe beispielsweise auf die Bevölkerung Berlins hochgerechnet, wären dies 5 Mrd. DM zusätzliche Bundeszuschüsse jährlich. Im Herbst 2000 betonte Dieter Vesper (DIW) in einem Gutachten für den DGB Berlin-Brandenburg zurecht: "Ohne Hilfen von außen wird der Haushalt nicht zu sanieren sein. Legt man die Kriterien zu Grunde, die seinerzeit die Ansprüche Bremens und des Saarlands begründeten, so müssten künftig auch nach Berlin Bundesergänzungszuweisungen zur Milderung der Haushaltsnotlage fließen."

Umso verheerender erscheint in diesem Lichte die jahrelange Tabuisierung dieses Themas in der Berliner Politik. Die Berufung der ehemaligen saarländischen Wirtschafts- und Finanzministerin Christiane Krajewski (SPD) zur neuen Berliner Finanzsenatorin ließ immerhin auf einen Kurswechsel hoffen. Hatte sie doch mit Bundesgeldern die strukturelle Entschuldung des Saarlands und damit die Wiedererlangung der Gestaltungsmacht der Saar-SPD ein bedeutendes Stück vorangebracht. Auch Klaus Wowereit sprach vor der Wahl erstmals zaghaft von der Notwendigkeit eines "Berlin Paktes".

Nach der Wahl reichte dann die deutliche Drohung des Kanzlers, der Stadt bei einer Regierungsbeteiligung der PDS den Geldhahn zuzudrehen, um Klaus Wowereit (SPD) innerhalb einer Woche zu disziplinieren. Mehr symbolisch wird nun das eine oder andere Haushaltsloch (vornehmlich im prestigeträchtigen Kulturbereich und neuerdings auch bei der "Inneren Sicherheit") vom Bund gestopft werden. Eine notwendige nachhaltige, strukturelle und sozial ausgewogene Konsolidierung wird das nicht sein. Wer sich ohne Not und ohne verbriefte Zusagen von Gerhard Schröder einschüchtern lässt - wie Wowereit und mit ihm die lammfromme Berliner SPD - hat auch nichts anderes verdient. Wie schnell der Regierende Bürgermeister die bisher verfemten Bundesgelder zum alleinigen Kriterium der Entscheidung für die Ampel-Koalition machte, ist eine Dreistigkeit. Die "Konsolidierung aus eigener Kraft" - jahrelang das Dogma der Austeritätspartei SPD - endete nun somit auch offiziell als Treppenwitz der Berliner Landespolitik. Erstaunlich nur, dass kaum jemand an der SPD-Parteibasis das bemerkt.

So stürmisch die "Wowi"-Hysterie in der SPD wogte, so substanzlos war sie inhaltlich und ist folgerichtig auch bereits kurz nach der Wahl Geschichte. Was bleibt ist der übliche Katzenjammer des marginalisierten linken Flügels der SPD, der sich parteiintern nach der Wahl zum Stillhalten verpflichten ließ und dachte, rot-rot käme so sicher wie das Amen in der Kirche. Dumm gelaufen! Ab sofort ist wieder Geschlossenheit angesagt. Sozialdemokratische Sekundärtugenden haben Tradition und Konjunktur.

Die Angst des "Siegers" vor der eigenen Courage

Mit der FDP in der Regierung dürfte die Politik des Berliner Senats schnell in das alte Fahrwasser der Großen Koalition zurücktreiben. Damit stehen auch die letzten verbliebenen Landesbeteiligungen und Vermögenswerte zum Verkauf. "High noon" im Kürzungsmassaker ist angesagt. Der Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst in Höhe von 1 Mrd. DM Personalkosten jährlich bis 2006 und die völlig unrealistische Reduzierung der Netto-Neuverschuldung auf Null bis zum Jahr 2009 wurde schon im SPD-Wahlprogramm

gefordert. Die aktuellen Sparlisten aus dem Giftschrank der Finanzsenatorin gehen nun deutlich weiter. Nicht nur das erwartete Defizit für 2002 fällt nochmals fast 5 Mrd. DM höher aus als noch im "ultimativen" Kassensturz vor der Wahl verkündet und wird nunmehr mit gigantischen 10,2 Mrd. DM veranschlagt. Auch Kürzungen im Bildungsbereich, bei Kindergärten und der Sozialhilfe sind keine Tabus mehr. Ohne große Fantasie lässt sich eine effiziente Kooperation und Aufgabenteilung zwischen selbstbewusster FDP und rechtem SPD-Konsolidierungsflügel prognostizieren. Wohlmöglich erfolgreicher als es mit der "sozialdemokratischen" Diepgen-CDU je möglich war. Einen Vorgeschmack bieten die Koalitionsverhandlungen: Auf Druck der FDP soll nun der Personaletat mal locker um zwei statt einer Milliarde DM gekürzt werden. Damit stünden 30.000 Stellen zur Disposition. Ohne betriebsbedingte Kündigungen, die in erster Linie die Jüngeren und Ost-Beschäftigten träfen, ist das nicht zu machen.

Jetzt auch mit SPD: Kohle her vom Bund

Ein sozial tragfähiges Sanierungskonzept, das Lösungswege für die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen breiter Schichten der Bevölkerung aufzeigt, ist nicht in Sicht. Dies betrifft im übrigen nicht allein die SPD. Vor einem Jahr konstatierte die Berliner PDS in einem Strategiepapier, dass es zur großen Koalition in Berlin bislang keine Alternative gäbe, weil SPD, Grüne und PDS gleichermaßen keine überzeugenden Politikkonzepte hätten. Eine eigene Profilierung der PDS "links von der Mitte", um die SPD unter "Druck von links" zu setzen, sei nicht gelungen. Kein Wunder, dass der PDS-Spitzenkandidat Gregor Gysi dies auch gar nicht mehr versucht, wenn er in einem Interview mit der Illustrierten Super-Illu erklärt: "Die PDS wäre in einem rot-roten Senat dafür zuständig, dass die Menschen - selbst wenn sie unter Sparmaßnahmen leiden - das Gefühl haben: zumindest gehts dabei gerecht zu." "Neoliberalismus light" - aber mit menschlichem Antlitz.

In Anbetracht des explosiven sozialen Gemisches in der Stadt ist es fast ein Wunder, dass die rechtspopulistischen Angebote bisher nicht angenommen worden sind. Das ist zweifelsohne auch ein Verdienst der PDS. Ob das so bleibt, ist offen. Wenn sich Schill in Hamburg stabilisiert, wird er zuerst in die Hauptstadt expandieren wollen. Der Durchmarsch der Republikaner 1989 in Berlin zeigt, welch Potenzial schon vor der Wende im Westen der Stadt bestand.

Der Vertrauensvorschuss für die Ampel ist gering. Und auch die gemeinsame Opposition von PDS und CDU - den beiden originären Volksparteien Berlins - verspricht für die Zukunft der Hauptstadt-SPD nichts Gutes. Wer die Berliner SPD kennt, der weiß, dass sie sich um des Machterhalts willen auch in der Ampel - wie vormals in der Großen Koalition - bis zur Unkenntlichkeit verbiegen wird. Da kann Peter Strieder noch so selbstbewusst verkünden, in der Ampel habe die SPD die Hosen an. Göttergeschenke zur Auflösung dieser verhängnisvollen Liaison oder die Kandidatur eines Frank Steffel gibt es eben alle Jubeljahre nur einmal. Die SPD hat ihre Chance gehabt. Wetten auf ein SPD-Ergebnis unter 25 Prozent bei der nächsten Wahl werden nicht angenommen - wer sollte dagegenhalten?

Birger Scholz

Der Autor ist Dipl. Verwaltungswirt (FH), studiert Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin und ist Mitglied der SPD Friedrichshain-Kreuzberg.

15. Kein Wunder. Das Scheitern der neoliberalen Transformation in Kroatien

Autor: Zeljko Brkic · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:09

Die Zeit der Mythen ist vorbei. Als mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 die Systemkonkurrenz zu Gunsten des kapitalistischen Westens entschieden war, schien die Transformation zur Marktwirtschaft die einzige Perspektive für die Länder Ost- und Südosteuropas. (1) Eine Perspektive, die mit der großen Versprechung von Wohlstand und Demokratie verbunden war. Aber die marktwirtschaftlichen Wunder sind ausgeblieben. Resignation und Ernüchterung über die Perspektiven der ehemals sozialistischen Länder werden nicht nur von den vielen VerliererInnen des Transformationsprozesses geteilt, sondern zunehmend auch von den PropagandistInnen des Marktes. (2) Einen besonderen Verlauf nahm der Transformationsprozess in Jugoslawien. Zum einen bildeten Marktelemente schon vor 1989 einen wesentlichen Bestandteil der jugoslawischen Ökonomie. Zum anderen war er vom kriegerischen Zerfall der ehemaligen Föderation begleitet. Auf Grund der unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens nahm der Transformationsprozess jeweils einen unterschiedlichen Verlauf. In unserem Schwerpunkt legen wir das Augenmerk auf die Entwicklung in Kroatien. Obwohl die Ausgangssituation in dieser Teilrepublik vergleichsweise günstig war, bildet sich hier das Scheitern der neoliberalen Transformation deutlich ab, jedenfalls wenn man den Prozess an seinen selbst gesteckten Zielen misst.

Wie überall im ehemaligen Jugoslawien - vielleicht mit Ausnahme Sloweniens - ebnete die Transformation auch in Kroatien zunächst einem autoritären nationalistischen Regime mit Mafia-Elementen den Weg. Das Ziel der Eliten, welche die Entwicklung vorantrieben, war vor allem die Sicherung materieller Vorteile für sich auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Unter der Parole der nationalen Befreiung kam es zu einer skrupellosen Plünderung des Volksvermögen und zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Im Folgenden wird vor allem die Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel sowie die Anwendung der auf der neoklassischen ökonomischen Lehre basierenden Wirtschaftspolitik in seinen Wirkungen auf die Transformation analysiert werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch andere Faktoren wie die Kriegszerstörungen oder der Verlust osteuropäischer Absatz- und Beschaffungsmärkte für den krisenhaften Verlauf der vergangenen zehn Jahre eine Rolle spielen.

Die Einführung des Privateigentums an staatlichen bzw. gesellschaftlichen Produktionsmitteln ist die zentrale Frage der Ökonomie und Politik der Transformation. Die Regierungen aller Transformationsländer standen vor einer historisch völlig neuen Aufgabe. Ganz allgemein kann Privatisierung "als der vollständige bzw. teilweise Wechsel der Eigentümerfunktion vom Staat bzw. der Gesellschaft hin zu privaten natürlichen oder juristischen Personen bezeichnet werden" (3).

Die Privatisierung der Produktionsmittel in den Transformationsländern war im vergangenen Jahrzehnt das entscheidende Kriterium für den Aufbau einer neuen, marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaftsordnung. Eine schnell vollzogene Privatisierung war gleichzeitig die Bedingung, von der der Zugang zu nötigem Kapital sowie zur europäischen Integration abhängig gemacht wurde. Dass sich selbst in den Kernstaaten der EU erhebliche Widerstände gegen eine umfassende Privatisierung artikulierten und in vielen EU-Staaten - etwa in Frankreich, Italien oder in den skandinavischen Ländern - die Privatisierung nur vorsichtig und teilweise vorangetrieben wurden, wird bei der Debatte über die Transformationsländer gerne ausgeblendet.

Die größten Irrtümer lagen in der Annahme, dass die Einführung der Marktmechanismen und -institutionen die Probleme der Gesellschaften von selbst lösen würden. Diese Ideologie des "Washington Consensus" wurde von den einflussreichsten internationalen Institutionen wie Weltbank und IWF verbreitet. Theoretische Grundlage ist die neoklassische ökonomische Doktrin. Demnach wird die Entstehung des Marktes - nach zunächst auftretenden Schwierigkeiten - mittelfristig automatisch zum Gleichgewicht auf dem Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Finanzmarkt führen. Das Konzept stellt Liberalisierung und Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben, Privatisierung, harte monetäre und Fiskalpolitik, niedrige Inflationsrate, stabile

Preise und stabilen Währungskurs sowie Einschränkung des Budget-, Handels- und Zahlungsdefizits in den Vordergrund.

Ökonomie und Politik der Transformation

Wirtschaftlich war Kroatien eine eindeutig überdurchschnittlich entwickelte Republik innerhalb Jugoslawiens. Zwar konnte Kroatien das Entwicklungsniveau Sloweniens nicht erreichen, doch war es weniger als Slowenien auf die jugoslawischen Märkte ausgerichtet. Sicherlich war in Kroatien der Krieg für einen großen Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich. Ein Drittel bis ein Viertel des kroatischen Territoriums stand Anfang der 90er Jahre zeitweise nicht unter Kontrolle der Behörden. Direkte und indirekte Kriegsschäden beliefen sich auf 23 Milliarden Dollar. 25% der Produktionskapazitäten und ein Viertel der Produktion wurden vernichtet. Eine der wichtigsten Einnahmequellen für Kroatien - der Tourismus -, der in Friedenszeiten rund zwei Mrd. Dollar Devisen erbrachte, kam fast ganz zum Erliegen. Durch die Kriegsereignisse wurden für die kroatische Wirtschaft lebenswichtige Verkehrsverbindungen sowie die Energieversorgung durch die Krajina nach Dalmatien und Ostslawonien unterbrochen. 600.000 Flüchtlinge mussten aus der Staatskasse finanziert werden. Die Inflationsrate in Kroatien stieg von 223% im Jahre 1991 auf über 1500% in 1993. 1992 erreichte das Bruttosozialprodukt nur noch 60 Prozent des Vorkriegsniveaus. Untersuchungen zeigen, dass der Rückgang der Produktion zur Hälfte auf die Kriegsereignisse, aber zur anderen Hälfte auch auf die Verluste des jugoslawischen wie auch des osteuropäischen Absatz- und Beschaffungsmarktes zurückzuführen ist. (4)

Die kroatische Regierung unterzeichnete im September 1993 das erste Stand-by-Arrangement mit dem IWF. Gleichzeitig erhielt sie vom IWF strikte Empfehlungen: Die Privatisierung musste beschleunigt werden, die großen Schuldner im Lande - d.h. die im Staatsbesitz befindlichen Großbetriebe - mussten saniert bzw. liquidiert werden. In enger Anlehnung an diese Empfehlungen beschloss die kroatische Regierung am 3. Oktober 1993 ein Stabilisierungsprogramm, das zwei Hauptziele beinhaltete: 1.) Bekämpfung der Hyperinflation und Erreichen der Preisstabilität, 2.) Sanierung der Wirtschaft sowie Erhöhung des Wirtschaftswachstums, des Beschäftigungsniveaus und des Exports. (5)

Die kroatische Wirtschaftspolitik entsprach also den Ratschlägen des IWF und anderer Finanzinstitutionen, deren Lehre der Logik folgte, Preisstabilität und eine stabile Währung unterstützten von selbst Wirtschaftswachstum und Entwicklung. Das Programm sah eine restriktive Finanzpolitik, eine Beschränkung des öffentlichen und privaten Verbrauchs, das Einfrieren der Löhne und Gehälter sowie eine stabile Landeswährung vor.

Tatsächlich konnte die Inflation vermindert und auf einem niedrigen Niveau stabilisiert werden. (6) Gleichzeitig konnte auch der Kurs der Landeswährung Kuna gegenüber der DM und dem Dollar stabilisiert werden. Das Antiinflationsprogramm war aber nur eines der beiden Ziele des Stabilisierungsprogramms. Das andere Ziel war die Initiierung von wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung. Dieses wurde völlig verfehlt. Denn tatsächlich war es gerade die Politik der restriktiven Finanzpolitik, die dazu führte, dass die Wirtschaft weiter schrumpfte. Hohe Zinssätze, die Verringerung staatlicher Ausgaben und steigende Arbeitslosigkeit ließen die Nachfrage und Investitionstätigkeit sinken. So verstärkte die Krise sich selbst. Gleichzeitig wurde das Land nach Senkung der Zölle - einer weiteren Bedingung von IWF und Weltbank - durch billige Importe überschwemmt, was zu weiterem Produktionsrückgang der kroatischen Betriebe beitrug.

In diesem wirtschaftlichen Kontext begann die Privatisierung der Unternehmen, ein Prozess, der die sozialen Ungleichgewichte noch weiter auseinander klaffen lassen ließ. Die Produktionsmittel in Kroatien waren nicht wie in den meisten ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas in Staatsbesitz. Sie gehörten vielmehr den in den jeweiligen Unternehmen beschäftigten ArbeiterInnen, eine Besonderheit des jugoslawischen "Selbstverwaltungssozialismus". In der Verfassung vom Dezember 1990 wurde Kroatien als ein marktwirtschaftlicher und demokratischer Sozialstaat definiert. (7) Diese Verfassungsprinzipien wurden den Ordnungsmerkmalen führender westlicher Industriestaaten, insbesondere Deutschlands, nachempfunden. Sie waren Ausgangspunkt und Grundlage der kroatischen Eigentumspolitik. Damit wurden die Prinzipien der Arbeiterselbstverwaltung sowie des Gesellschaftseigentums abgelöst. Anerkannt wurde jetzt nur noch eine Form des Eigentums, nämlich das Privateigentum.

Privatisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel

Das Mitte 1991 erlassene kroatische Privatisierungsgesetz (Zakon o pretvotrbi drustvenih poduzeca) sah zwei zeitliche Phasen im Privatisierungsprozess vor. Im ersten Schritt, d.h. in der Phase der Bestimmung von Eigentumsrechten, sollte das bisherige Gesellschaftseigentum faktisch in Staatseigentum umgewandelt werden. Diese Phase wurde als "Umwandlung" (pretvorba) bezeichnet. In der zweiten Phase, die "Privatisierung" (privatizacija) genannt wurde, sollte dann dieses staatliche Eigentum auf PrivateigentümerInnen übertragen werden. (8)

Tatsächlich wurde in der ersten Phase der größte Teil des ehemals gesellschaftlichen Eigentums praktisch in Staatseigentum überführt. Vergleichbar der Treuhandanstalt in Ostdeutschland entschied die Regierung dann, die Privatisierung einer vom Staat kontrollierten Organisation zu übertragen, die als alleiniger Verwalter des zu privatisierenden Vermögens auftritt. Diese Aufgabe übernahm der Kroatische Privatisierungsfonds (Hrvatski fond za privatizaciju), der 1993 durch Fusion der noch 1990 gegründeten Agentur für Umstrukturierung und Entwicklung (Agencija za restrukturiranje i razvoj) und des Kroatischen Entwicklungsfonds (Hrvatski fond za razvoj) entstanden war. (9) Ein Drittel der Unternehmensanteile ging direkt an die Rentenversicherung der ArbeiterInnen und Landwirte.

1994 wurde dann das Ministerium für Privatisierung und Vermögensverwaltung (Ministarstvo za privatizaciju i upravljanje imovinom) gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Privatisierung strategisch zu leiten, die Privatisierungsprozesse kontinuierlich zu begleiten und die entsprechende Gesetzgebung zu aktualisieren. (10)

Die zweite Phase des Privatisierungsprozesses - die eigentliche Privatisierung - erfolgte grundsätzlich nach der Verkaufsmethode. Gemäß dem Privatisierungsgesetz ist der Kroatische Privatisierungsfonds verpflichtet, in sein Eigentum übertragene Aktien, Anteile, Sachwerte und Rechte bei öffentlichen Auktionen und öffentlichen Ausschreibungen zu verkaufen. Die Erlöse gehen in den Haushalt ein und sollen gemäß der Entscheidungen der Regierung verwendet werden. (11)

Der Privatisierungsprozess in Kroatien begann 1991 und dauert immer noch an. In den Jahren 1992 und 1993 wurde er sehr intensiv vorangetrieben, seitdem hat sich das Tempo verlangsamt. 1995 kam er zwischenzeitlich ganz zum Stillstand. Bis dahin waren die kleinen und ein Teil der mittleren Betriebe privatisiert worden. Seitdem wurde die sog. Couponprivatisierung (12) sowie die Privatisierung der großen öffentlichen Betriebe vorbereitet, die im Laufe des Jahres 1999 begonnen hat.

ArbeitnehmerInnen und ehemals langjährig Beschäftigten des Unternehmens sowie den bei den anderen juristischen Personen und staatlichen Organen in Kroatien tätigen ArbeitnehmerInnen wurde bei Anteilskäufen ein Discount von 20% plus ein Prozent für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit eingeräumt. Auf diese Weise konnte ein Nachlass bis zu 60% des Aktienwertes, höchstens aber bis 20.000 DM des Nominalwertes zu Stande kommen. Darüber hinaus erhielten die kroatischen Kriegsinvaliden sowie die Familien gefallener Soldaten einen Anspruch auf Zuteilung kostenloser Aktien im Wert zwischen 5.000 DM und 20.000 DM. Seitens der Regierung wurde dies als eine Art "Aktienverteilung an die Bevölkerung" propagiert. Diese Regelung stieß aber auf scharfe Kritik in der Öffentlichkeit, denn viele Berechtigte waren nicht in der Lage, den ihnen angebotenen Discount in Anspruch zu nehmen. Der sinkende Lebensstandard zwang die große Mehrheit der kroatischen BürgerInnen, sich um ihren und den Unterhalt ihrer Familien zu kümmern statt um Einkauf der Aktien. (13)

Da andererseits aber die ganze Phase über die nationalistische Kroatische Demokratische Vereinigung (HDZ) unter Präsident Franjo Tudjman die Regierung stellte sowie beide Kammern des Parlamentes kontrollierte, konnten die Parteieliten einen entscheidenden Einfluss auf den gesamten Ablauf des Privatisierungsprozesses nehmen. Nicht zu ihrem Schaden, wie sich später herausstellte. Das kroatische Privatisierungsmodell ist von dubiosen Praktiken durchdrungen. Im Zusammenhang mit Firmenverkäufen kam es zu großen Betrügereien. Der Wert der zu veräußernden Firmen war von den Privatisierungsagenturen viel zu niedrig angesetzt worden. Häufig kam es vor, dass Manager Unternehmen bewusst herunterwirtschafteten und die ArbeiterInnen entließen, um die Firmen später billig anzukaufen. Hiervon waren in besonderer Weise kleine und mittlere Betriebe betroffen. Ein enger Kreis von Parteigängern der regierenden HDZ kaufte die wichtigsten Betriebe des Landes auf. Dabei hatten sie das Geld für diese Transaktionen von den staatlichen Banken geliehen und die gekauften Firmen wurden gleich mit einer entsprechenden Hypothek belastet. (14)

Die wichtigsten Kriterien, nach denen die staatlichen Privatisierungsfonds Firmen an Privatpersonen veräußerten, waren nicht - wie in der Öffentlichkeit propagiert - die Kriterien marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und ökonomischer Effizienz, sondern die Kriterien der Parteizugehörigkeit und Loyalität gegenüber den neuen Machtinhabern. Die neuen FirmeninhaberInnen waren nicht an der Erhöhung von Produktion und Beschäftigung, sondern hauptsächlich an persönlicher Bereicherung interessiert. So schöpften sie finanzielle und andere Mittel aus den bereits erworbenen Firmen, um damit neue Unternehmen für sich zu erwerben. Innerhalb weniger Jahre kam es zu einer massiven Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen einer geringen Anzahl von Personen. Obwohl keine genauen statistischen Daten darüber bestehen, wird geschätzt, dass sich ein großer Teil des privatisierten Eigentums in den Händen von nicht mehr als 200 kroatischen Familien befindet. (15) Ein großer Teil des kroatischen nationalen Eigentums landete auf Privatkonten dieser Personen im Ausland. Nach Angaben der Zeitschrift Globus verließen während der neunjähriger HDZ-Herrschaft etwa 15 Milliarden Dollar das Land illegal in Richtung Ausland. (16) Währenddessen überstieg die offizielle Arbeitslosenquote 20% und es kam zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Branko Horvat bezeichnet die Privatisierung als einen epochalen Diebstahl an den kroatischen BürgerInnen und ArbeiterInnen. Horvat betont dabei die spezifische Ausgangslage in Kroatien und in den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken, die sich von der Lage der ehemals staatssozialistischen Ostblockländer wesentlich unterschied. In diesen Ländern gehörten vor der Transformation die Produktionsmittel dem Staat. In Jugoslawien hingegen, waren die in den jeweiligen Unternehmen beschäftigten ArbeiterInnen die gesetzlichen InhaberInnen der Produktionsmittel. Der kroatische Staat hat ihm zufolge also zwei illegale Handlungen vorgenommen: In der ersten Phase (Umwandlung) wurden vom Staat die Unternehmen, die den kroatischen ArbeiterInnen gehörten, durch einen Gewaltakt vereinnahmt, ohne dass die ursprünglichen InhaberInnen in irgendeiner Art und Weise dafür entschädigt worden sind. In der zweiten Phase (Privatisierung) veräußerte der Staat durch seine Privatisierungsfonds sein auf unzulässige Weise gewonnenes Eigentum an inländische und ausländische KäuferInnen, was, nach Horvat, eine weitere illegale Handlung darstellte. (17)

Eine große Mehrheit der kroatischen BürgerInnen akzeptierte die Art und Weise der durchgeführten Privatisierung nicht. Aus sozialer Sicht verschärfte der Privatisierungsprozess die Interessengegensätze zwischen einer schmalen Schicht von Technomanagern (sog. Tycoons - tajkuni) auf der einen und der breiten Bevölkerung auf der anderen Seite. Insbesondere wurden die gegenwärtigen und ehemaligen Beschäftigten betrogen, die jahrzehntelang in ihren Firmen gearbeitet und zur Prosperität Kroatiens im sozialistischen Jugoslawien entscheidend beigetragen hatten. Statt sie zu den eigentlichen Eigentümern des gesellschaftlichen Vermögens zu machen, wurde über Nacht eine neue Klasse zu dessen InhaberInnen. Als Antwort darauf kam es ab Mitte der 90er Jahre zu zahlreichen Streiks und anderen Widerstandshandlungen der Bevölkerung. Heute werden Stimmen immer lauter, die eine Revision der Privatisierung sowie die strafrechtliche Verfolgung ihrer Hauptakteure verlangen.

Ende des Jahres 1996 verfasste die kroatische Regierung ein weiteres Memorandum über die Wirtschaftspolitik für die Periode 1997-1999. Dieses wurde wieder eng mit dem IWF abgestimmt ("extended arrangement"). Im Vordergrund standen wiederum die Sicherung der Preisstabilität (Beschränkung der Inflationsrate auf Werte zwischen drei und vier Prozent) und die Fortsetzung einer restriktiven Finanzpolitik. Damit die Währungsstabilität erhalten werden konnte, mussten die Devisenreserven erhöht werden. Das Lohnniveau in staatlichen Unternehmen sollte auf dem Niveau des dritten Quartals 1996 eingefroren werden. (18) Angesichts des Anstiegs der Arbeitslosigkeit wurden einige soziale Maßnahmen beschlossen sowie Anstrengungen in Richtung einer Produktionssteigerung im Land angekündigt.

Das Niveau des Bruttoinlandsproduktes erreichte im Jahr 1997 86% des Vorkriegsniveaus. 1998 wurde ein realer Anstieg um 2,5% registriert. (19) Die Industrieproduktion erfuhr aber einen dramatischen Rückschlag. Im Jahr 1999 erreichte sie nur knapp 62% des Vorkriegsniveaus. Nur eine wenig bessere Situation besteht in der Landwirtschaft und im Bauwesen.

Verantwortlich für den drastischen Fall der Industrieproduktion sind die beschriebenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der kroatischen Regierung, aber auch der Verlauf des Privatisierungsprozesses. Denn die neuen

FirmenbesitzerInnen waren weniger an einer Erhöhung des Produktions- und Beschäftigungsniveaus interessiert als an der Abschöpfung des Unternehmenskapitals zwecks persönlicher Bereicherung. In den Jahren der HDZ-Herrschaft wurde kein bedeutendes Unternehmen neu gegründet.

Zu welchen Ergebnissen ein solches destruktives Verhalten führte, zeigt das Beispiel der Metallindustrie. Vor dem Krieg war sie eine der wichtigsten Industrie- und Exportbranchen in Kroatien. Der in Kroatien angesiedelte Schiffbau erreichte Rang drei in der Welt und beschäftigte 21.000 ArbeiterInnen. Während der Transformationszeit schrumpfte die Anzahl der Beschäftigten auf 12.500 ArbeiterInnen, die Produktion verringerte sich um zwei Drittel. Die vor dem Krieg weltbekannte Werft in Split musste ihre Beschäftigtenzahl von 7.500 auf rund 3.000 reduzieren. Ein ganzes Jahrzehnt lang wurde im kroatischen Schiffbau nicht in moderne Technologie investiert, so dass die Branche auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist. In allen fünf großen Werften werden zur Zeit Sanierungsprogramme durchgeführt. (20)

Ein anderes Beispiel ist der vor dem Krieg weltweit tätige Hersteller von Elektroanlagen, die Firma Rade Koncar aus Zagreb. Vor dem Krieg waren im Unternehmen 23.800 ArbeiterInnen beschäftigt. Im Jahr 1999 sind davon nur 4.600 übrig geblieben. Das Forschungsinstitut des Unternehmens wurde stillgelegt. Die Firma wurde für eine erheblich unter ihrem realen Wert liegende Summe von dem deutschen Unternehmen Siemens gekauft.

Wirtschaftskollaps Anfang der 90er Jahre

Das Eisenwerk in der Stadt Sisak zählte vor der marktwirtschaftlichen Transformation 13.000 Beschäftigte. Von ihnen verloren bis 1999 10.000 ihren Job. Während acht Jahren Transformation verloren in der Metallindustrie von insgesamt 188.000 Beschäftigten mehr als 110.000 ihre Arbeit. Von 280 Unternehmen in der Metallindustrie wurden in 65 die Löhne nicht regelmäßig ausgezahlt, während 51 bankrott gingen. Auch in den anderen Industriebranchen ist die Lage kaum besser.

Die restriktive monetäre Politik wirkte hinderlich auf Wirtschaftswachstum und Investitionen. Das Zinsniveau betrug zwischen 15% und 20% und lag damit deutlich höher als in der EU. Die Investitionen konnten kaum die Amortisierungsrate decken, geschweige denn ein Wachstum der Wirtschaft ermöglichen. Das führte zu einem technologischen Rückstand der kroatischen Wirtschaft, der in den nächsten Jahren kaum aufzuholen ist. Die Landeswährung Kuna wurde um etwa 30% aufgewertet, was die Exporte behinderte und auf die Importe förderlich wirkte. Daraus resultiert eine negative Handelsbilanz (1999 3,5 Mrd. Dollar) und eine Verdoppelung der Bruttoaußenverschuldung zwischen 1994 und 1999 (von 4,8 Mrd. auf 9,9 Mrd. Dollar).

Stabilisierungsprogramm des Jahres 1993

Eine weitere negative Wirkung der restriktiven monetären Politik ist die hohe Insolvenz der kroatischen Wirtschaft. Bei fast 30.000 kroatischen Unternehmen - und das ist fast die Hälfte der Gesamtzahl - waren im Jahr 1999 die Konten blockiert, und diese Firmen hätten nach dem Gesetz in Konkurs gehen müssen. Die noch offenen Rechnungen in der kroatischen Wirtschaft belaufen sich auf über 20 Milliarden Kuna. Lediglich im Tourismus nähert sich Kroatien langsam dem Vorkriegsniveau an. (21)

Zu einem Anstieg der Direktinvestitionen aus dem Ausland kam es erst im Jahr 1999. Der Grund für die relative Zurückhaltung des Fremdkapitals bei der Privatisierung der kroatischen Wirtschaft ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens war bis 1995 die politische Lage noch unklar und Investitionen in Kroatien waren mit hohem Risiko verbunden. Zweitens wurde erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 mit der verzögerten Privatisierung der Groß- und Infrastrukturunternehmen sowie einiger Banken begonnen. Darunter befanden sich große Teile der Telekom-Gesellschaft HTP, der kroatischen Elektrizitätsgesellschaft HEP und des Mineralöl- und Mischkonzerns INA (Industija Nafte Zagreb).

Die meisten Direktinvestitionen kamen aus Deutschland, Italien und Österreich. Angesichts des zwischen der EU und der kroatischen Regierung unterzeichneten Assoziierungsabkommen ist zu erwarten, dass sich die Anteile der Direktinvestitionen aus der EU in Zukunft erhöhen.

Die neue kroatische Regierung plant den Verkauf von weiteren Unternehmen, die sich noch in ihren Händen befinden, an ausländische Konzerne. Angesichts des katastrophalen Zustands der Wirtschaft ist das für sie der einzige Weg, an finanzielle Mittel zu kommen und einen Teil der brennenden sozialen Probleme zu lösen. Das

stimmt mit den Interessen der ausländischen Investoren überein, die jetzt freien Zugang zu den profitabelsten kroatischen Unternehmen haben. Der Wert dieser Firmen sinkt wegen der schweren Krise immer tiefer ab.

Ähnlich wie in anderen postsozialistischen Staaten fand auch in Kroatien eine Polarisierung der Gesellschaft statt. Die noch in Zeiten des ehemaligen Jugoslawien entstandene Mittelschicht ist verschwunden, die Gesellschaft ist in eine kleine Gruppe der Reichen und die Masse der Armen gespalten. Die ArbeiterInnen und RentnerInnen, die jahrzehntelang in ihren Firmen arbeiteten, wurden über Nacht zu SozialhilfeempfängerInnen.

1993 lag der kroatische Durchschnittslohn bei etwa 180 DM bei einer Hyperinflation und einem Preisniveau für Nahrungsmittel und kommunale Dienstleistungen wie in Deutschland. Auf der anderen Seite genoss eine schmale Schicht von skrupellosen Neureichen materielle und andere Privilegien in ihrem neuen Staat.

Die Folgen dieser Zerschlagung der sozialen Strukturen sind wachsende Kriminalität und Drogenkonsum, Abwanderung der jungen Menschen aus Kroatien und die rapide Senkung der Lebenserwartung der Bevölkerung. Bis 1997 wanderten schätzungsweise zwischen 100.000 und 200.000 junge, meistens ausgebildete und risikobereite Menschen aus Kroatien aus. (22) Während die Männer im sozialistischen Jugoslawien im Durchschnitt 72 Jahre lebten, leben sie heute in Kroatien durchschnittlich 68 Jahre. (23). Untersuchungen zufolge ist die Lebenserwartung der KroatInnen heute im Durchschnitt um zehn Jahre geringer als in Westeuropa.

Die neuesten Entwicklungen zeigen, dass für den sozialen Niedergang in Kroatien noch kein Ende abzusehen ist. Die Arbeitslosenquote liegt bei über 20%. Zehntausende kroatische BürgerInnen sind arbeitslos, aber nicht beim Arbeitsamt angemeldet. Zusätzlich sind schätzungsweise etwa 200.000 Beschäftigte in die Frührente geschickt worden. Zehntausende, die noch Arbeit haben, bekommen ihre Löhne nicht regelmäßig ausbezahlt. Im Frühjahr 2000 beliefen sich die Schulden der Unternehmen für die Löhne der ArbeiterInnen auf 1,8 Milliarden Kuna (ca. 450 Millionen DM). Insgesamt sind zwischen 1990 und 2000 in Kroatien etwa 700.000 Arbeitsplätze, die meisten davon in der Industrie, verloren gegangen. Der Handel hat den Verlust von Industriearbeitsplätzen nur teilweise kompensieren können. Teilweise verstärkt der Ausbau des Handels den Abbau industrieller und landwirtschaftlicher Arbeitsplätze. So baute die österreichische Firma Billa 40 "Megamärkte". Dadurch sollten 6.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Der Nettoeffekt ist aber viel geringer, da in dieser Warenhauskette ausländische Ware verkauft wird. Dadurch werden zusätzlich kroatische Firmen vom Markt verdrängt werden. (24)

Das Konzept der Privatisierung

Die Transformation in Kroatien zeigte nicht nur in materieller, sondern auch in bildungspolitischer, kultureller und sozialer Hinsicht schlechte Ergebnisse. Die Bildungsinhalte in den Geistes- und Sozialwissenschaften wurden verengt und der nationalistischen Sichtweise untergeordnet. Die kroatischen Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen sind sowohl materiell als auch hinsichtlich ihres Personals ruiniert. Während in Kroatien zwischen 1960 und 1975 die wissenschaftliche Produktion höher als in allen anderen Balkanstaaten war, gehört sie heute zu den niedrigsten in Europa.

Die ganze Entwicklung hat die Desintegration der Gesellschaft befördert. Ein Jahrzehnt lang bereicherte sich die neue Elite auf eine skrupellose und kriminelle Art und Weise und bleibt dabei nicht nur rechtlich unbestraft, sondern avancierte sogar auf der Gesellschaftsskala nach oben. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung konnte diesen Entwicklungen nur hilflos zusehen und bangte gleichzeitig um ihr Existenzminimum. Ihr mühsamer Kampf um materielle Existenz in einem Zustand des materiellen Notstands konnte nicht demokratieförderlich wirken und wird auch Spuren für die zukünftige Entwicklung Kroatiens hinterlassen.

Mit der Abwahl der nationalistischen HDZ im Januar 2000 haben sich die BürgerInnen Kroatiens eines schweren Ballasts entledigt, den sie seit Jahren auf ihren Schultern spürten und nicht mehr zu tragen gewillt waren. Das wichtigste Ergebnis des Machtwechsels ist die neue Hoffnung, die die BürgerInnen gefasst haben. Gleichzeitig besteht gerade darin eine Gefahr für die neue Regierung. Die neue Koalition kam durch Proteststimmen an die Macht. Im Unterschied zur HDZ, die 1990 ein Programm hatte, das nur symbolische Werte beinhaltete - wie z.B. "Souveränität", "Unabhängigkeit", "Patriotismus" und "Nationalismus" - also Werte, die nicht klar messbar sind und mit denen die Menschen lange manipuliert werden konnten, ist das Versprechen der neuen Regierung die Verbesserung des Lebensstandards, der Lebensbedingungen und der

katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Das sind klar messbare Ziele, deren Nichterfüllung nicht lange verschleiert werden können.

Ergebnisse und die Kritik der Privatisierung

Tatsächlich verpufft die Popularität der neuen Regierungskoalition schnell. Angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Land nach neunjähriger HDZ-Herrschaft befindet, war das auch zu erwarten. Der neuen Regierung bleibt kurzfristig nicht viel Spielraum. Die Staatskasse ist leer und das Land hoch verschuldet. Mit der Machtübernahme steht die neue Regierung vor zwei Aufgaben, die sie gleichzeitig zu bewältigen hat: Einerseits muss sie auf der taktischen Ebene mit kurzfristigen Maßnahmen versuchen, die großen Schäden, die die HDZ-Herrschaft angerichtet hat, vor allem wirtschaftliche und soziale, zu mildern. Andererseits muss sie auf der strategischen Ebene eine langfristige Entwicklungsstrategie für das Land suchen und auf diese Weise Wege aus der Perspektivlosigkeit, in die die HDZ das Land gebracht hat, finden.

Nach dem Machtwechsel nähern sich die EU und Kroatien an. Im November 2000 ist in Zagreb ein EU-Abkommen über die Aufnahme von Verhandlungen über die Assoziierung unterzeichnet worden. Durch verschiedene Maßnahmen wurde die Absicherung ausländischer Investitionen verbessert. Trotz allem ist nicht zu erwarten, dass es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommen wird.

Soziale Folgen der Transformation

Denn die ausländischen KreditgeberInnen und InvestorInnen sind ausschließlich an ihrem eigenen Interesse orientiert, und bei der Kapitalanlage heißt das vor allem Erzielung einer hohen Profitrate. Deshalb werden sie hauptsächlich in die profitabelsten Teile der kroatischen Wirtschaft investieren, wie es bereits im Telekommunikations-, Energie- und Tourismussektor geschehen ist. Angesichts der prekären finanziellen Lage wird die kroatische Regierung auch in Zukunft gezwungen sein, weitere Teile dieser Sektoren verkaufen zu müssen. Aber diese zu verkaufen, ist nur ein einziges Mal möglich. Das heißt, die Regierung verliert einerseits die Kontrolle über diese für die Entwicklung Kroatiens strategischen Branchen, und anderseits wird sie langfristig gesehen nicht über mögliche Profite verfügen können, weil diese jetzt in die Zentren der westlichen Industrieländer fließen. Die ökonomischen Unterschiede zwischen Westeuropa und Kroatien werden sich dadurch vergrößern. Kroatien wird wie die anderen südosteuropäischen Ländern als eine ökonomische Peripherie an das westeuropäische Zentrum angebunden.

Nach über zehn Jahren Transformation lässt sich heute Bilanz ziehen. Die neoliberale ökonomische Theorie empfiehlt den Transformationsländern bei ihrer Entwicklungsstrategie drei grundlegende Bausteine: Erstens, den Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben und Freilassung der marktwirtschaftlichen Kräfte, was mit den Stichworten Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung zusammengefasst werden kann; zweitens, Exportorientierung bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen für ausländische Waren und Dienstleistungen; und drittens, die Schaffung günstiger Bedingungen für direkte ausländische Investitionen.

Genau betrachtet entpuppt sich dieses Programm zu einem Teil als pure Ideologie und zum anderen Teil als Interessenpolitik der westlichen Industrieländer. Den freien Markt, wie dieser in den ökonomischen Lehrbüchern beschrieben wird, gab es in Wirklichkeit nirgendwo. Die heute entwickelten Industrieländer behielten in der Vergangenheit große Sektoren in staatlicher Hand, die für die private Initiative eine gute Basis geschaffen haben (z.B. Infrastruktur). Diese Sektoren wurden und werden noch immer oftmals bewusst subventioniert. Dadurch wurde die Entwicklung in einer bestimmten Richtung gezielt gesteuert.

Die Entwicklung eines Landes auf seine Exporte zu stützen, ist höchst fragwürdig. Bei einem Rückgang der Industrieproduktion sowie der Arbeitsproduktivität gibt es kaum Produkte, die ein Land wie Kroatien auf dem Weltmarkt erfolgreich anbieten könnte. Um auf dem Weltmarkt etwas zu verkaufen, müsste Kroatien unter dem Preis exportieren, was Verluste hervorruft. Eine gleichzeitige Öffnung der Grenzen für die in den meisten Fällen billigere ausländische Ware bedeutet weitere Rückgänge für die heimische Industrie und ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Es wird bewusst vernachlässigt, dass die heute entwickelten Industrieländer ihre Märkte in der Vergangenheit durch Einfuhrzölle und andere nichttarifäre Importhemmnisse geschützt haben.

Herr und Diener

Das dritte Argument, durch ausländische Investitionen würde im Lande das Wirtschaftswachstum angekurbelt und entstünden neue Arbeitsplätze, stimmt nur teilweise. Die InvestorInnen aus dem Ausland orientieren ihre Kapitalanlage an der potenziellen Profitrate und wählen dabei diejenigen Länder, in denen ein hohes Maß an Rechtsicherheit vorhanden ist und die sich im wirtschaftlichen Aufschwung befinden. Diese Voraussetzungen treffen zur Zeit für Kroatien nicht zu. Außerdem sind die ausländischen Investitionen für die Entwicklung eines Landes ein höchst unsicheres Instrument. Niemand kann voraussagen, wann und wie viel Kapital in ein Land kommt, und niemand weiß genau, wann und wie plötzlich dieses das Land wieder verlässt.

Auf die Frage, ob Kroatien, um seine ökonomische Lage zu verbessern, gar keine andere Wahl hat, als auf das Ausland zu setzen und die Integration in die EU zu forcieren, antwortet Branko Horvat: "Kroatien kann heute nicht nach Westeuropa oder auf den Weltmarkt exportieren, aber sehr wohl auf den Balkan. Dies gilt auch für die Nachbarländer. Aber die Bemühungen der kroatischen Politiker gehen nicht in diese Richtung. Ihr Hauptziel ist die Mitgliedschaft in der Nato und die Integration in die EU. Der freie Handel hat aber nur bei gleich entwickelten Wirtschaften oder Partnern einen Sinn. Wenn Daimler und Chrysler eine Fusion machen, dann ist das ein Geschäft zwischen gleich starken Partnern. Wenn aber Daimler nach Kroatien oder Bosnien-Herzegowina kommt, dann ist das ein Verhältnis von Herr zu Diener" (25)

Zeljko Brkic

Der vorliegende Aufsatz basiert auf einer umfassenden Forschungsarbeit, die am Lehrstuhl von Professor Dr. Dr. h.c. Bernd Hamm, Universität Trier, Fachbereich Soziologie verfasst wurde.

Anmerkungen:

1) "Ökonomie und Politik der Transformation" sind neue Begriffe in den Sozialwissenschaften. Damit werden gemeinhin die Prozesse der "Pluralisierung" und "Demokratisierung" in den ehemaligen sozialistischen Ländern bezeichnet. Die drei Komplexe des Pluralismus sind dabei besonders wichtig: erstens, Einführung des privaten Eigentums über Produktionsmittel; zweitens, Einführung des marktwirtschaftlichen Produktionssystems; und drittens, Einführung des Mehrparteiensystems in der Politik.

Vojnic, Dragomir, 1993: Ekonomija i Politika Tranzicije. Ekonomski Institut - Zagreb; Informator, Zagreb, S.33f.

2) So betonte J.E. Stiglitz, Ökonomie-Professor an der Stanford University (USA) und bis Januar 2000 Berater des Weltbankpräsidenten Wolfensohn, dass die Transformationsländer einen hohen Preis für die Umsetzung dieser Politik der Umstrukturierung gezahlt haben. Dieser manifestiert sich durch einen starken Rückgang der Produktion, der Beschäftigung und des Lebensstandards.

Veselica, Vladimir; Vojnic, Dragomir, 1999: Misli i pogledi o razvoju Hrvatske. Hrvatska akademija znanosti i umjetnosti; Hrvatsko drustvo ekonomista, Zagreb (Radovi Odsjeka za ekonomska istrazivanja Zavoda za povijesne i drustvene znanosti, sv. 32), S.226.

3) Boric, Tomislav, 1996: Eigentum und Privatisierung in Kroatien und Ungarn - Wandel des Eigentumsrechtssystems und Entwicklung der Privatisierungsgesetzgebung. Verlag Österreich, Wien; Berlin-Verlag Spitz, Berlin. (ROW-Schriftenreihe; Bd. 15), S.181.

4) Vojnic 1993, S.133; Djekovic-Sachs, Liliana, 1993: Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens zwischen Stabilisierung und Zusammenbruch, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 33, H. 1/1993, S.31; Reuter, Jens, 1993: Wirtschaftliche und soziale Probleme Kroatiens, in: Südosteuropa, Jg. 42, 9/1993, S.475.

5) Privredna kretanja i ekonomska politika 32/1994, 26ff.

6) Veselica/Vojnic 1999, S.205.

7) Verfassung Republik Kroatien, in: Narodne Novine Nr. 56/1990.

8) Boric 1996, S.185f.

9) Kusic, Sinisa, 1996: Privatisierung in Kroatien - Auslandskapital als Hoffnungsträger, in: Südosteuropa, Jg. 45, H. 8/1996, S.605.

10) Dobias, Peter; Mehic, Ahmed; Rohmann, Angelika, 2000: Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien. Duncker und Humblot, Berlin. (Schriftenreihe zu internationalen Wirtschaftsfragen, Band 27), S.88.

11) Ebenda, S.90 f.

12) Im Zuge der Coupon- bzw. Massenprivatisierung bekamen 350.000 Menschen, vor allem Kriegsopfer, insgesamt 7.000 Privatisierungspunkte, die sie nach der Registrierungspflicht (2. Oktober 1997) im Verlauf von drei Aktionsrunden direkt oder über Investmentfonds in Aktien umtauschen können.

13) Reuter 1993, S.482.

14) Reuter 1993, S.483.

15) Veselica/Vojnic 1999, S. 216.

16) Globus, 9.6.2000.

17) Horvat, Branko, 1999 (2): Obnova hrvatske privrede i drustva, in: Ekonomija / Economics, Zagreb, Jg. 6, 4/1999, S.496.

18) Sirotkovic, Jakov, 1998: Strukturni poremecaji makroekonomske ravnoteze hrvatskog gospodarstva i mogucnosti ostvarivanja vise razine proizvodnje i zaposlenosti, in: Ekonomija / Economics, Zagreb, Jg. 5, 3/1998, S.396.

19) Nach der Meinung vieler kroatischer Ökonomen sind die offiziellen Angaben der HDZ-Regierung über die Höhe des BIP schätzungsweise allerdings um etwa 15% künstlich "aufgepumpt", Horvat 1999 (2), S.499.

20) Horvat, Branko, 1999 (1): Tranzicija i restauracija: Dvije alternativne strategije, in: Ekonomija / Economics, Jg. 6, 1/1999, S.19.

21) Horvat 1999 (2), S.499.

22) Krizan, Mojmir, 1997: Kroatien unter Tudjman: Die missverstandene Europäisierung, in: Osteuropa, Jg. 47, H. 7, 1997, S.S. 969.

23) Interview mit Branko Horvat am 19.4.2000

24) Globus 21.4.2000

25) Brkic, Zeljko, 2000: "Ein Verhältnis von Herr zu Diener". Interview Branko Horvat, in: Jungle World, Nr. 49, 29.11.2000, S.7.

16. Kroatien 1989 - 2001 Unabhängigkeit, Krieg, Transformation

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:10

17. Juni 1989: In Kroatien wird die nationalistische Partei HDZ gegründet. Der ehemalige General Franjo Tudjman ist ihr Chef. Kurz davor war die Liberale Partei (HSLS) als erste nicht-kommunistische Partei gegründet worden.

Dezember 1989: In Kroatien gibt die Kommunistische Partei ihren Monopolanspruch auf. Wahlen werden angekündigt.

Januar 1990: Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) gibt Monopolanspruch auf.

April 1990: HDZ gewinnt mit 40 Prozent der Stimmen aber 67,5 Prozent der Mandate (auf Grund von Mehrheitswahlrecht) die Wahlen in Kroatien. Partei der Demokratischen Reformen (ex-Kommunisten) erzielt knapp 25 Prozent.

August 1990: Bundesparlament Jugoslawiens beschließt die Abschaffung der "Selbstverwaltung" der Betriebe und die Einführung von "Marktwirtschaft", "Pluralismus" und "Rechtsstaatlichkeit".

September 1990: Als Reaktion auf kroatisch-nationalistische Sezessionsbestrebungen proklamiert die serbische Minderheit in Kroatien Autonomie.

März 1991: Erste Schusswechsel zwischen kroatischer Polizei und serbischen Freischärlern in der Krajina, der serbischen Hochburg in Kroatien.

19. Mai 1991: Volksabstimmung in Kroatien ergibt 93 Prozent für Unabhängigkeit. Serbische Minderheit boykottiert das Referendum.

25. Juni 1991: Slowenisches und kroatisches Parlament erklären die jeweilige Unabhängigkeit. Daraufhin bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Jugoslawischer Armee (JNA) und slowenischer Territorialverteidigung. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen JNA und kroatischen Verbänden beginnen.

19. Dezember 1991: Deutsche Regierung beschließt entgegen einer Empfehlung des UN-Sicherheitsrates Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens. EU und USA folgen. Kämpfe weiten sich auf Bosnien-Herzegovina aus, das entlang "ethnischer Grenzen" geteilt wird.

Januar 1992: Krieg in Kroatien wird durch Waffenstillstand beendet. Fast dreißig Prozent des kroatischen Territoriums fallen an die "Serbische Republik Krajina".

2. August 1992: Bei ersten direkten Präsidentschaftswahlen in Kroatien siegt Tudjman mit 57 Prozent vor Drazen Budisa von der HSLS mit 22 Prozent. Im Parlament erringt die HDZ 41,3 Prozent, die HSLS 17,3 Prozent.

Dezember 1992: Nach UNHCR Schätzungen hat der Krieg mittlerweile zu drei Millionen Flüchtlingen geführt, davon 1,7 Millionen in Bosnien-Herzegovina.

19. Januar 1993: Kroatien und Slowenien werden in den IWF aufgenommen.

August/September 1993: Inflationsrate in Kroatien überstieg die 1500% Marke.

September 1993: Kroatische Regierung unterzeichnete das erste Stand-by-Arrangement mit dem IWF. Die Privatisierung muss beschleunigt, die größten Schuldner im Lande saniert bzw. liquidiert werden.

Mai 1995: Operation Blijesak (Blitz). Kroatische Offensive gegen das seit 1991 durch aufständische Serben kontrollierte Westslawonien.

August 1995: Operation Oluja (Sturm). Kroatische Offensive gegen die serbisch kontrollierte Krajina. Über 200.000 SerbInnen müssen aus Kroatien fliehen.

Oktober 1995: HDZ verfehlt mit 45 Prozent der Stimmen ihr Ziel einer Zwei-Drittel Mehrheit.

November 1995: Dayton Vertrag beendet Krieg in Bosnien-Herzegovina. Über 200.000 Menschen wurden seit 1992 ermordet. Stationierung der SFOR.

9. Februar 1996: Eine Studie wird bekannt, der zu Folge sich 960 demobilisierte kroatische Armeeangehörige allein im Jahr 1995 auf Grund schwerer Traumata das Leben genommen haben.

24. April 1996: Europarat nimmt Kroatien auf.

18. September 1996: In Zagreb demonstrieren Tausende Kriegsveteranen gegen schlechte soziale Lage und Korruption.

4. Oktober 1996: Etwa 10.000 Arbeitslose marschieren von Karlovac nach Zagreb, um gegen die Politik der Regierung zu protestieren. In Karlovac sind von 60.000 EinwohnerInnen nur 12.000 beschäftigt. Insgesamt sind von vier Millionen KroatInnen 320.000 arbeitslos. Gewerkschaften machen Privatisierungspolitik dafür verantwortlich.

20. November 1996: Mehr als 100.000 Menschen demonstrieren in Zagreb für Medienfreiheit, nachdem die Regierung dem einzigen relevanten unabhängigen Sender die Lizenz entzogen hat.

23. November 1996: Etwa 10.000 RentnerInnen demonstrieren in Zagreb für die Auszahlung ihrer Pensionen.

15. Juni 1997: Tudjman gewinnt mit 61,2 Prozent die Präsidentschaftswahlen.

28. Januar 1998: 3.000 Menschen folgen in Zagreb dem Aufruf des Bundes unabhängiger Gewerkschaften zu Protesten gegen die soziale Situation.

20. Februar 1998: 50.000 GewerkschafterInnen demonstrieren zu Beginn des Parteitages der HDZ gegen soziale Ungerechtigkeit.

September 1998: Prozess in Zagreb gegen neun Kroaten wegen Kriegsverbrechen an Serben beginnt.

12. Oktober 1998: Berüchtigte Herzegovina Lobby gewinnt nach Machtkampf im engsten Umfeld Tudjmans weiter an Einfluss. Die kroatischen Nationalisten aus Bosnien sind für mafiöse Geschäftspraktiken bekannt.

15. Oktober 1998: Die Wahl von Lejla Sekovic zur Miss Croatia wird aufgehoben, weil sie Muslimin ist. Nach heftigen Protesten darf sie aber zur Wahl der Miss World fahren.

24. März 1999: Nach Eskalation des Kosovo-Konfliktes beginnt das dreimonatige Nato-Bombardement gegen Jugoslawien. Anschließend Stationierung der KFOR im Kosovo.

26. Juni 1999: Tausende Bauern blockieren im Osten Kroatiens aus Protest gegen die Agrarpolitik die Straßen.

11. Dezember 1999: Tudjman stirbt.

3. Januar 2000: Parlamentswahlen führen zu Regierungswechsel. Regierende HDZ stürzt von 45,2 Prozent auf 30 Prozent ab. Oppositionsbündnis aus Sozialdemokraten (SDP) und Sozialliberalen (SLS) gewinnt 47 Prozent. Ivica Racan (SDP) wird Ministerpräsident.

6. Februar 2000: Im zweiten Wahlgang setzt sich Stipe Mesic (Bauernpartei HSS) mit 56 Prozent gegen Drazen Busdisa (HSLS) (43,7 Prozent) als Präsident durch.

19. Juli 2000: EU schlägt Kroatien Assoziierung vor.

13. September 2000: Bei bisher größter Razzia gegen Kriegsverbrecher werde in verschiedenen Städten Kroatiens 16 vom Den Haag Tribunal Gesuchte festgenommen.

6. Oktober 2000: Nach massiven Protesten tritt Milosevic als serbischer Präsident zurück.

24. November 2000: Auf Balkangipfel in Zagreb bietet EU den Balkanstaaten schrittweise Annäherung an EU und Beitrittsperspektive an. Als Voraussetzung fordert sie die Bildung einer Freihandelszone sowie intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Justiz.

Februar 2001: Das Haager Tribunal übergibt der kroatischen Regierung eine Liste gesuchter Kriegsverbrecher. Darunter befinden sich auch kroatische Offiziere vom höchsten Rang. HDZ organisiert zusammen mit Veteranen und Teilen der katholischen Kirche Großdemonstrationen gegen die Rechtshilfe für das Tribunal.

29. Oktober 2001: EU und Kroatien unterzeichnen Abkommen, das EU-Beitritt 2006 möglich machen soll.

(Die Chronologie wurde auf Grundlage verschiedener Nummern der Ost-West-Gegeninformationen sowie Pressemeldungen erstellt)

17. EU-Integration Kroatiens - ein schwieriger Weg

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:25

"Das ist der erste Schritt eines schwierigen Weges", erklärte Kroatiens Premierminister Ivica Racan am 29. Oktober, nachdem er in Luxemburg ein "Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen" mit den Außenministern der 15 Staaten der Europäischen Union (EU) unterzeichnet hatte. Im Jahr 2006 soll Kroatien die EU-Vollmitgliedschaft erreicht haben.

Racan hat recht und unrecht zugleich. Gewiss wird es schwer werden für die kroatische Gesellschaft, den EU-Beitrittskriterien zu genügen. Andererseits stellt das Abkommen bestimmt nicht den ersten Schritt dahin dar. Denn bereits Anfang der 90er-Jahre, als kroatische Nationalisten die ehemalige Teilrepublik Jugoslawiens für unabhängig erklärten, stand im Hintergrund die Perspektive einer EU-Integration.

Die "Mitte-Links-Koalition" aus sechs Parteien unter Premier Racan führt seit dem Regierungsantritt im Januar 2000 einen Zweifrontenkampf. Einerseits versuchen die zu Sozialdemokraten gewandelten Ex-Kommunisten verzweifelt, den Bedingungen der internationalen Kreditgeber nachzukommen, also den Privatisierungsprozess der ehemals in "gesellschaftlichen Eigentum" befindlichen Unternehmen zu beschleunigen, den Staatsapparat zu verschlanken, die Schuldenlast zu verringern und die Bedingungen für Auslandsinvestitionen zu verbessern. Dabei stoßen sie auf den Widerstand derjenigen, die von Kürzungspolitik und Entlassungen bedroht sind. Andererseits liegt Racan im Dauerclinch mit den wieder stärker werdenden nationalistischen Kräften, die sich vehement gegen die Kooperation der Regierung mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag stellen. Zahlreiche Offiziere der Armee erwarten derzeit Prozesse wegen Verbrechen an ZivilistInnen während des Sezessionskrieges 1991-92, des Bosnien-Kriegs 1992-95 und der Operation Oluja, bei der 1995 über 200.000 SerbInnen aus Kroatien vertrieben wurden.

An den Konflikten wird die Widersprüchlichkeit des Transformationsprozesses in Kroatien deutlich. Die Sezession Kroatiens und die damit verbundene Durchsetzung der Marktwirtschaft führte über einen nationalistischen Krieg und die Etablierung einer Elite, die ihre neu erworbene politische Macht hemmungslos zur Bereicherung während des Privatisierungsprozesses einsetzte. In den fast zehn Jahren der Herrschaft der HDZ unter General Franjo Tudjman bis zu seinem Tod im Dezember 1999 entstand ein autoritäres Regime, das sich über den Nationalismus legitimierte und einen weit reichenden sozialen Transformationsprozess durchsetzte, bei dem die Mehrheit der Bevölkerung auf der Verliererseite stand. Aber die Voraussetzungen für die Integration in die EU wurden geschaffen.

Nachdem der Unmut über die sich verschärfende soziale Lage, die eingeschränkten politischen Freiheiten sowie grassierende Korruption unter den HDZ-Funktionären und der Tudjman-Familie Anfang 2000 die "Mitte-Links-Koalition" an die Macht gebracht hat, muss die neue Regierung nun gegen die nationalistischen Geister der Vergangenheit kämpfen und gleichzeitig den wirtschaftlichen Transformationsprozess weiter vorantreiben. Bei beiden Vorhaben stößt sie aber auf kaum zu überwindende Hindernisse. Denn die Armeeoffiziere, die Den Haag als Kriegsverbrecher verurteilen möchte, werden in weiten Teilen der kroatischen Gesellschaft als Helden verehrt. Vorstöße gegen sie verleihen den sich neu gruppierenden nationalistischen Kräften wieder Aufwind. Das umso mehr, weil die unter IWF- und EU-Diktion stehende Wirtschaftspolitik die ohnehin angespannte soziale Lage weiter verschärft. Der Weg vorwärts führt also rückwärts. Zumindest momentan.

Boris Kanzleiter

18. Fortgesetztes Elend. Ein Jahr Vicente Fox in Mexiko

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:12

Entschlossen die Probleme anpacken und das ganze Land umkrempeln wollte Vicente Fox, als er Anfang Dezember vergangenen Jahres in Mexiko als erster Oppositioneller die über 70 Jahre dauernde Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) bei Präsidentschaftswahlen brechen konnte. In seiner Wahlkampagne hatte der ehemalige Coca-Cola-Manager versprochen, die grassierende Korruption zu bekämpfen, den Konflikt in Chiapas schnell zu lösen, die Menschenrechtssituation unmittelbar zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen. Er versprach 7% Wirtschaftswachstum und eine großartige Zukunft für Mexiko. Ein Jahr später fällt die Bilanz verheerend aus.

Die Situation in Chiapas ist verfahren. Das im Frühjahr verabschiedete Autonomiegesetz verdient ihren Namen nicht und wird von den indianischen Gemeinden Mexikos abgelehnt. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt, die Militarisierung nimmt zu und die Menschenrechtssituation ist geradezu katastrophal. Ernüchterung hat sich auch unter den vielen Fox-Fans breit gemacht, die seinen Regierungsantritt anfänglich mit Sympathie sahen, darunter viele ehemalige Linke.

Weltweites Aufsehen verursachte die Ermordung der Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa am 19. Oktober. Die 37-jährige Juristin war in ihrem Büro mit zwei Schüssen regelrecht exekutiert worden. Digna Ochoa zählte in Mexiko zu den bekanntesten und engagiertesten MenschenrechtsaktivistInnen. Jahrelang arbeitete sie mit dem kirchlichen Menschenrechtszentrums Augustín Pro zusammen. Durch ihre Aktivitäten griff sie regelmäßig die Interessen lokaler Machthaber in ländlichen Regionen und Mitglieder der staatlichen Apparate an.

Menschenrechtsanwältin exekutiert

In den vergangenen Jahren hatte Ochoa immer wieder Morddrohungen erhalten und war bereits 1999 zwei Mal überfallen und wegen vermeintlicher Beziehungen zu Guerillagruppen verhört worden. Vieles deutet darauf hin, dass Mitarbeiter staatlicher Repressionsorgane hinter diesen Überfällen steckten. Eine Anzeige ihrerseits führte zu keinem Ergebnis. Als sie sich im vergangenen Jahr in Mexiko immer stärker bedroht sah, flüchtete sie für sechs Monate in die USA. Bei ihrer Rückkehr hatte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt. Nur einen Monat später wurde sie ermordet.

Die Anwältin beschäftigte sich aktuell vorwiegend mit zwei Fällen. Einerseits vertrat sie zwei Jugendliche aus Mexiko Stadt, denen unbelegt die Mitgliedschaft in der Guerilla FARP und Beteiligung an zwei Anschlägen auf Banken vorgeworfen wird. Andererseits verteidigte sie die Bauern Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera, die aktiv gegen illegale und maßlose Waldrodungen im Bundesstaat Guerrero kämpfen. Armee und Großgrundbesitzer, die an den Rodungen verdienen, bezichtigen die Bauern, Verbindungen zur "Guerilla" und zum "Drogenhandel" zu unterhalten - das Totschlag-Argument in Guerrero, einem der gewalttätigsten Bundesstaaten Mexikos, in dem unter dem Vorwand der Guerilla und Drogenbekämpfung in der Vergangenheit zahlreiche Oppositionelle inhaftiert oder ermordet wurden. Die bisherigen Ermittlungen deuten darauf hin, dass der Tod von Digna Ochoa mit dem Fall der Umwelt-Aktivisten zusammen hängt.

Situation in Chiapas verfahren

Während in Mexiko die Ermordung Digna Ochoas die Schlagzeilen dominierte und weltweit verschiedene Organisationen wie amnesty international, die UNO, die katholische Kirche und selbst die US-Regierung ihre Besorgnis über den Fall ausdrückten und einen schweren Rückschlag für die Lage der Menschenrechte ausmachten, dauerte es drei lange Tage, bis das Präsidentenbüro offizielles Bedauern bekundete. Statt eine energische Verfolgung der Mörder einzuleiten, schieben die Behörden die Verantwortung beiseite. Fox hält die Exekution für ein "gewöhnliches Verbrechen". Er meinte lakonisch: "Es kann sein, dass es ein Schlag gegen die Menschenrechte ist; bevor der Fall jedoch nicht aufgeklärt ist, werden wir nicht genau wissen, um was es sich handelt." Die von der Fox-Regierung zur Menschenrechtsbeauftragten ernannte Marie Claire Acosta nahm denn auch nicht als Regierungsvertreterin, sondern als Privatperson an der Trauerfeier teil.

Nicht nur der versprochene Demokratisierungsprozess steckt in der Krise; auch die Friedensaussichten in Chiapas haben sich nach anfänglicher Euphorie über Fox, Annäherung an die EZLN wieder verdunkelt. In

fünfzehn Minuten würde er das Problem mit EZLN lösen, tönte Fox noch im Wahlkampf. Ein Jahr später verkündet er nun zwar: "Die Flüchtlinge sind alle in ihre Gemeinden und Häuser zurückgekehrt und alles ist friedlich und ruhig", doch mit der Realität hat dies wenig gemein. Während zehntausende Flüchtlinge immer noch darauf warten, in ihre Gemeinden zurückzukehren, haben Polizei, Militär und Paramilitärs immer noch freie Hand in Chiapas und vertreiben weiterhin Anhänger der Zapatistas, brennen ihre Hütten nieder und eignen sich ihren bescheidenen Besitz und die mühsam eingebrachte Ernte an. Da das von der Fox-Regierung im Frühjahr verabschiedete Autonomiegesetz sowohl den Forderungen der indianischen Gemeinden wie auch vorherigen Vereinbarungen mit der EZLN widerspricht, zapatistische Gefangene weiterhin inhaftiert sind und in den zapatistischen Gebieten keine Entmilitarisierung, sondern lediglich eine Umstrukturierung der Truppen erfolgt ist, herrscht seit Monaten Funkstille zwischen EZLN und Regierung. Nun kündigte Fox auf seiner Europa-Reise im Oktober zwar an, er wolle die vor einem knappen halben Jahr verabschiedeten Gesetze einer "Überprüfung unterziehen", doch schon einen Tag später wiesen die Abgeordneten seiner Partei PAN, die das Gesetz verabschiedeten, eine erneute Revision weit von sich.

Auch ein weiteres der großen Versprechen Fox` blieb bisher unerfüllt. Hatte er im Wahlkampf und nach der Amtsübernahme noch großspurig angekündigt, eine Verfassungs- und Staatsreform in die Wege zu leiten, liegen der seit acht Monaten arbeitenden Parlamentarischen Kommission für die Staatsreform immer noch keine diesbezüglichen Vorschläge der Regierung vor. "Ich kann mich an keine Regierung erinnern, die so lange nach ihrer Machtübernahme noch kein Projekt politischer Reformen in die Wege geleitet hat", beklagt Diego Valadés, verantwortlich für eine der sechs Unterkommissionen. "Das ist sehr schlimm, wo doch von Veränderung geredet wird ... Es gibt keine Veränderung."

Tatsächlich ist es Fox nicht einmal gelungen, das Regime der ehemaligen Staatspartei PRI zu demontieren. Struktur, Funktionsweise und sogar die meisten Amtsinhaber des alten klientelistischen Systems sind unter Fox unverändert geblieben. Hinter Fox steht der gleiche Kreis mexikanischer Unternehmer mit transnationaler Reichweite, der auch den vorangegangenen Präsidenten Ernesto Zedillo an die Macht gebracht und gestützt hatte.

Auf Kritiken reagiert Fox jedoch stets gereizt. "Ich habe schon aufgehört, eine Menge Zeitungen zu lesen, da sie mir den Tag verderben", äußerte er in seiner samstäglichen Radiosendung und forderte seine Zuhörer auf, gedruckten Medien keine Vertrauen mehr zu schenken. "Sie verdrehen die Meldungen, erfinden, betrügen und lügen", so der Präsident.

Je größer die Probleme in Mexiko selbst werden, desto mehr Zeit verbringt Fox auf Auslandsreisen. 72 Tage seiner ersten elf Monate als Präsident verbrachte er im Ausland. Im eigenen Land wächst der Unmut über seine ständige Abwesenheit, zumal die Ergebnisse seiner Unternehmungslust eher bescheiden sind. Spöttisch verzeichnen Kommentatoren der mexikanischen Presse, das deutlichste Resultat sei die mittlerweile kontinuierliche Präsenz des Präsidenten und seiner ehemaligen Sprecherin Martha Sahagún, die er kürzlich heiratete, auf den Titelseiten der weltweiten Boulevardpresse.

Tatsächlich scheint Vicente Fox auch die Realität außerhalb des Glanzes festlicher Empfänge kaum zu kennen. "Die Situation Mexikos ist, verglichen mit fast jedem anderen Land der Welt, viel besser!", erklärte er gleich mehrmals während einer Asienreise Ende Oktober und erntete in Mexiko Staunen und Unverständnis. Es herrsche ein "sicheres Investitionsklima mit einer sehr stabilen und soliden Wirtschaft", fügte der Präsident hinzu. Die Analytiker des Sistema de Información Regional de México (Sirem) hingegen warnten zeitgleich davor, dass sich die mexikanische Wirtschaft momentan in der gleichen Situation wie Ende 1994 befände. Damals hatten Investoren und Unternehmer innerhalb weniger Tage ihr Kapital aus Mexiko abgezogen und den folgenschweren "Tequila-Crash" provoziert, der zu einer drastischen Entwertung des mexikanischen Peso, dem Zusammenbruch kleiner und mittlerer Unternehmen und zu einer massiven Verarmung der Bevölkerung führte.

Die Sirem-MitarbeiterInnen warfen Fox vor, im wesentlichen die Wirtschaftspolitik von Carlos Salinas - der das Land von 1988 bis 1994 regierte - fortzusetzen, und übten vehemente Kritik am Vorgehen der Regierung, das sich darauf beschränke, den Finanzsektor durch anti-inflationäre Politik und die Überbewertung des Peso stabil zu halten. Diese Maßnahmen würden den weiteren Rückgang der Produktion beschleunigen und seien für die mexikanische Wirtschaft auf mittlere und lange Sicht nicht tragbar.

Vor neuem "Tequila-Crash"?

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Situation geradezu desolat. Hatte in den zwei Jahrzehnten vor der Amtsübernahme von Vicente Fox das Wirtschaftswachstum jährlich durchschnittlich über 2% betragen, in den zwölf Monaten vor seiner Präsidentschaft sogar fast 7%, sank es im laufenden Jahr rapide und stagniert etwa bei null. Finanzminister Francisco Gil Díaz musste Ende Oktober zugeben, dass seit dem Amtsantritt Fox' in Mexiko etwa 500.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Die Gründe für die schlechte ökonomische Situation liegen teilweise an der vor allem nach den Anschlägen vom 11. September erlahmenden US-Wirtschaft; immerhin wickelt Mexiko 85% seines Außenhandels mit dem nördlichen Nachbarn ab. Doch die Ursachen sind auch in Mexiko selbst zu suchen, denn sogar die privaten Inlandsinvestitionen sind im Verlauf des Jahres um 5,3% gefallen.

Selbst Picard del Prado, Vorsitzender des größtes Unternehmerverbandes Mexikos CANACINTRA, der 30.000 Firmen des verarbeitenden Gewerbes vertritt, äußert sich besorgt: "Unter den Industriellen herrscht die Ansicht vor, dass es in der Regierung keine klaren Erkenntnisse über die aktuelle Situation und das, was wirklich vor sich geht, gibt." Dass die Kassen auf Grund der verminderten Steuereinnahmen leer sind, hat Fox allerdings bemerkt, und so wurde ein Sparprogramm für die laufenden Kosten verkündet. Es ist bereits das dritte in diesem Jahr insgesamt wurde das ursprüngliche vorgesehene Budget um ca. 1,5 Mrd. Dollar gekürzt. Jede Kürzung hat jedoch direkte Konsequenzen für den Binnenmarkt und heizt so einen Teufelskreis an. Die Auslandsschuld Mexikos beträgt mittlerweile 77,3 Mrd. Dollar, ein Prozent mehr als bei Fox Amtsantritt, und die Binnenverschuldung etwa 649 Mrd. Peso (ca. 60 Mrd. Dollar), satte 3,6% mehr als im vergangenen Dezember.

Die Lösung sieht die Regierung im IWF, dessen Richtlinien die Wirtschaftsplanung der Regierung für die verbleibenden fünf Jahre ihrer Amtszeit bestimmen. Das Programm soll dem Abgeordnetenhaus in der zweiten Novemberhälfte vorgelegt werden. Das Programm sieht auch mögliche weitere Kredite des IWF in Höhe von 17 Mrd. Dollar vor. Diese sollen jedoch laut Finanzminister Francisco Gil Díaz nur in Anspruch genommen werden, wenn die Teilrückzahlung von Schulden und Zinsen nicht geleistet werden kann.

Dario Azzellini

19. Stichworte zur Geschichte Nicaraguas

Autor: St · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:36

1979 Sieg der sandinistischen Revolution; der Diktator Anastasio Somoza flieht; die FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) unter Daniel Ortega übernimmt Regierungsgewalt; eine umfassende Landreform und Alphabetisierungskampagnen werden in den kommen Jahren durchgeführt.

1981 Beginn des durch die USA finanzierten "Contra"-Krieges.

1984 Daniel Ortega gewinnt die Präsidentschaftswahlen.

1985 Die USA verhängen ein totales Handelsembargo gegen Nicaragua.

1988 Hurrikan "Juana" verwüstet Nicaragua.

1989 Contras und Sandinisten vereinbaren Friedensplan.

1990 Das konservative Wahlbündnis UNO (Unión Nacional Opositora) unter Violeta Chamorro gewinnt die Wahlen mit 55% der Stimmen gegenüber der FSLN mit 40%. Die Contras erklären das Ende des Bürgerkriegs; die USA heben das Handelsembargo auf. Vor der Regierungsübergabe bereichern sich sandinistische Funktionäre am Staatseigentum. Anschließend kommt es zu einer umfassenden Reprivatisierung der von den Sandinisten verstaatlichten Betriebe.

1994 Abspaltung der MRS (Movimiento Renovador Sandinista) von der FSLN.

1996 Der Rechtsaußen Arnoldo Alemán gewinnt mit dem Bündnis Alianza Liberal die Präsidentschaftswahlen mit 49% der Stimmen gegenüber Daniel Ortega und der FSLN mit 39%.

1998 Der Hurrikan Mitch verwüstet Mittelamerika. Nicaragua ist besonders hart getroffen, u.a. weil die Regierung Alemán trotz vorliegender Warnungen keinerlei Schutzmaßnahmen ergriffen hatte: mehrere tausend Tote und hunderttausende Obdachlose.

1999 Die FSLN schließt einen Pakt mit der regierenden PLC (Partido Liberal Constitucional). Der Pakt umfasst im wesentlichen drei Punkte: 1. Das von FSLN-Funktionären 1990 vor der Regierungsübergabe erworbene Staatseigentum bleibt unangetastet. 2. Im Gegenzug deckt die FSLN die Korruption der Alemán-Regierung. 3. Es soll ein Zwei-Parteiensystem durch Änderung der Wahlgesetzgebung und der Verfassung eingerichtet werden.

Die FSLN schließt unter dem Namen Convergencia Nacional ein Wahlbündnis, u.a. mit Christdemokraten und dem MRS.

Im November gewinnt FSLN bei Kommunalwahlen 12 der 17 Wahlbezirke; auch in Managua stellt die FSLN von nun an den Bürgermeister.

2001 FSLN verliert mit 43% der Stimmen die Präsidentschaftswahlen gegen die Partei von Arnoldo Alemán (PLC) mit 56%; neuer Präsident ist Enrique Bolaños.

20. Party abgesagt. Ortega verliert zum dritten Mal Präsidentschaftswahlen in Nicaragua

Autor: Andreas van Baaijen · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:17

Es hatte ein ausgelassenes Fest werden sollen. Im Kongresszentrum Plaza Inter im Herzen Managuas war alles vorbereitet für den großen Wahlabend und die Feier des Wahlsiegs der FSLN. Die Musikkapelle spielte dann allerdings nur mit getragener Tanzmusik auf: Der ewige Kandidat Daniel Ortega hatte zum dritten Mal in Folge die Präsidentschaftswahlen in Nicaragua verloren.

Knapp drei Mio. NicaraguanerInnen ab 16 Jahren waren zur Wahl aufgerufen. Mit ca. 56% der Stimmen und damit 13% Vorsprung vor den SandinistInnen gewann Enrique Bolaños Geyer, der Kandidat der regierenden Partido Liberal Constitucional PLC, die Wahlen am 4. November. Der 73-jährige Bolaños (bola de años - "ein Haufen von Jahren", wie es scherzhaft heißt) ist Unternehmer, war von den Sandinisten teilenteignet und kurz ins Gefängnis geworfen worden. Von 1983-1988 war er Vorsitzender des Unternehmerverbandes COSEP und seit 1996 Vizepräsident unter dem abgewirtschafteten Präsidenten Arnoldo Alemán. Auch die Wahlen zur Nationalversammlung und zum Zentralamerikanischen Parlament PARLACEN gewann die PLC, allerdings mit weniger Vorsprung als bei der Wahl des Staatsoberhauptes.

Die Wahl am 4. November stand unter massiver Bewachung und Beobachtung. 9.500 PolizistInnen und 6.000 Soldaten waren zum Schutz der Wahllokale abgestellt. 12.500 WahlbeobachterInnen waren von der Obersten Wahlbehörde akkreditiert worden - allein 3.000 davon aus dem Ausland. Gabriel Solórzano von der Wahlbeobachtungs-NGO Etica y Transparencia bewertete den Wahltag als ruhig und ohne besondere Vorkommnisse - im Gegensatz zu den Kommunalwahlen vor einem Jahr. Als Ortega am neuen Tag wenig kämpferisch, aber sehr staatsmännisch die Niederlage seines Wahlbündnisses Convergencia bekannt gab (1), schien das ganze Spektakel mit einem Mal schon vorüber, fast wie ein böser Traum.

Die dritte Partei, die zu den Wahlen zugelassen worden war, Partido Conservador PC, konnte mit ihrem farblosen Kandidaten Saborío nur wenige Prozentpunkte erringen. Im 92-köpfigen Parlament wird die PC nur mit ein bis zwei Sitzen vertreten sein. Die PC war lange als Trumpfkarte gegen die Pakt-Parteien PLC und FSLN gehandelt worden. Sie sollte den sogenannten Dritten Weg anführen und sich für alle oppositionellen demokratischen Kräfte öffnen. Auch viele SandinistInnen, die sich von der FSLN abgewandt hatten, hatten auf diese Option gehofft. Zwischenzeitlich war sogar der renommierte Ex-Sandinist Carlos Tünnermann als Vize-Kandidat aufgestellt gewesen. Doch dann wendeten sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei. Die Strategie war nun, nicht auf Stimmen für die Präsidentschaft zu setzen - die hatte man praktisch der PLC überlassen -, sondern auf einen Erfolg bei den Parlamentssitzen zu hoffen.

Für die rechte PLC stellt der Wahlsieg einen grandiosen Erfolg dar. Offensichtlich hat es Bolaños geschafft, sich trotz des auch international schlechten Images von Alemán und seiner feisten und korrupten Regierung neu zu positionieren. Er verkaufte sich als Mr. Clean der Liberalen. Die Wochen nach den Wahlen werden zeigen, inwieweit Bolaños die Parteien seiner Allianz in seine Regierung integrieren und zufrieden stellen kann. Der frisch gewählte Bolaños unterstrich, es werde nun einen Neuanfang geben, er werde die Korruption der Vorgänger-Regierungen juristisch verfolgen lassen und Alemán würde auch nicht Parlamentsvorsitzender werden. Er wählte moderate Worte für den Wahlverlierer Ortega und betonte, er sei offen für Zusammenarbeit, aber die Zeiten des Paktierens (wie sein Vorgänger mit der FSLN) seien endgültig vorbei. Die durch den PLC-FSLN-Pakt aufgeteilten öffentlichen Institutionen wie Wahlrat, Gerichtshof etc. würden baldigst wieder unabhängig besetzt werden. Starke Worte, die niemand erwartet hatte.

"Bolaños hat die Wahlen gewonnen, aber er wird ein sehr schwacher Präsident sein", prophezeit der bekannte Soziologe Cirilo Otero. Gerade parteiintern wird er es nicht leicht haben. Die größte Herausforderung wird sein, wie er mit dem allgegenwärtigen Alemán umgeht. Zu viele Günstlinge hat sich Alemán in den vergangenen Jahren eingekauft, unter den PLC-Delegierten für die Nationalversammlung hat er allein vier oder fünf Verwandte platziert. Das heißt nun nicht, dass von Bolaños allzu Positives zu erwarten ist - schließlich war er Vizepräsident der Vorgängerregierung und einer der Wunschkandidaten von Alemán. Aber mancheR politisch LinkeR in Nicaragua wünscht sich eine relativ stabile Regierung, die ansonsten aber schwach und unmotiviert

ist - "da hat man es mit der Arbeit um einiges leichter als mit einer FSLN-Regierung, die alles kontrollieren will und keine Kritik akzeptiert", so drückt es Silvio Prado vom NGO-Dachverband CCR aus.

"Die Abwesenheit jeglicher Ethik ..."

Als vor knapp einem Jahr Daniel Ortega gegen den Willen vieler intellektueller und kritisch-aktiver SandinistInnen erneut zum Kandidaten nominiert wurde, nahm die Wahlkampfstrategie der Partei langsam Struktur an. Ein möglichst breites Bündnis sollte geschlossen werden, um unter dem Namen Convergencia Nacional die Stimmen zu holen, die zum Sieg benötigt wurden - die StammwählerInnenschaft der Frente war zu diesem Zeitpunkt schon unter 35% gesunken. Der erste große Coup konnte mit der Nominierung von Agustin Jarquín gelandet werden, dem Vorsitzenden der kleinen, aber international einflussreichen Unidad Social Cristiana. Zuletzt reihte sich sogar - gegen den Willen einzelner MitstreiterInnen wie Sergio Ramirez - das Movimiento Renovador Sandinista MRS um die Comandante Dora Maria Tellez ein. In der Folge präsentierte man sich als die Option der Versöhnung und des Fortschritts.

Der beschämend inhaltsleere Wahlkampf wurde mit Sprüchen getarnt wie "Liebe ist stärker als Hass" oder "Wir konstruieren gemeinsam das gelobte Land" oder "Der Weg der Liebe: Daniel Presidente". Die vielen tausend treuen HelferInnen der Frente aber, die vor Ort unermüdlich Überzeugungsarbeit leisteten und von Haus zu Haus den Wahlkampf ins Volk brachten, sollten ihrer Wut und Enttäuschung freien Lauf lassen: Die Parteiführung hatte sie praktisch überhaupt nicht konstruktiv in den Wahlkampf mit einbezogen, sondern lediglich als HandlangerInnen mit Benimmregeln und Aufgaben instruiert.

Der ganze Wahlkampf war endlos und unsäglich, beschränkt auf Werbeslogans, platte Wahlversprechen und Schmutzkampagnen gegen den politischen Gegner. Die USA und das State Department, wo nach dem Wahlsieg Bushs wieder einige bekannte Gesichter aus der Zeit der Finanzierung des Contra-Krieges sitzen, haben sich diesmal ganz offen in den Wahlkampf eingemischt. Zwar würde man jede demokratisch gewählte Regierung anerkennen, man habe allerdings schwere Bedenken gegen einen Sieg der FSLN. Diese hätte dem Land bislang nur Diktatur und Krieg gebracht. US-Botschafter Garza tauchte ständig mit Bolaños zusammen auf Wahlkampfveranstaltungen auf, beide verschenkten dort Süßigkeiten oder T-Shirts. Nach dem Anschlag am 11. September war der Wahlkampf und die Rhetorik aus den USA stark auf die Vergangenheit Ortegas ausgerichtet; seine politischen Beziehungen zu Ghaddafi und zu Castro wurden als terroristisches Netzwerk skandalisiert. Dies übernahm die PLC in ihren Wahlkampf, in täglich gesendeten TV-Spots wurde Ortega mit Bin Laden zusammengeschnitten. Gegen diese plumpen Versuche der Stimmungsmache meldeten sich im Laufe des Wahlkampfes verschiedene Persönlichkeiten zu Wort, so der konservative Kandidat Saborío oder zuletzt die Schriftstellerin Gioconda Belli.

Auch der einflussreiche Kardinal Obando y Bravo wollte es sich nicht verkneifen, seinen Schäfchen von der Kanzel aus den rechten Tipp mit auf den Weg zu geben: Sie sollten sich doch für den moralisch integren Kandidaten entscheiden, und die Moral zeige sich nun mal deutlich zuhause in Ehe und Familie - Ortega ist der einzige der drei Kandidaten, der nicht verheiratet mit einer Frau zusammenlebt.

"... ermöglichte pausenlose Propaganda ..."

Die fehlende Glaubwürdigkeit und Integrität Ortegas gelangte während des Wahlkampfes aber auch von ernst zu nehmender Seite wieder in die Schlagzeilen. Zoilamérica Narvaez, Stieftochter von Ortega, die vor Jahren schon Strafanzeige gegen den Parteichef wegen fortgesetztem Missbrauch und Nötigung gestellt hatte, konnte einen ersten Sieg erringen. Seit Jahren wird ihre Strafanzeige innerhalb des nicaraguanischen Justizapparates verschleppt; Ortega genießt parlamentarische Immunität, es kommt zu keinem Verfahren. Nun hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Arbeit in diesem Fall aufgenommen, Nicaragua droht bald eine Rüge und ein Strafurteil vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Im Oktober hatten sich die bekannten SchriftstellerInnen Gioconda Belli, Ernesto Cardenal und Sergio Ramirez in einem offenen Brief dagegen ausgesprochen, einer der angetretenen Parteien ihre Stimme zu geben. "Aus Respekt vor der Demokratie werden wir nicht wählen, bis wir unser Recht auf Freiheit der Wahl wiedererlangt haben". Durch den Pakt seien zu viele Parteien und Meinungen von der Wahl ausgeschlossen worden, sie stelle damit keine reale demokratische Option mehr dar. Die Unentschiedenen haben den Wahlausgang bestimmt. Bis zu 20% hatten bis zuletzt noch keine Entscheidung für ihre Stimme getroffen. Genau diese 20% aber waren entscheidend für den Wahlausgang. Sie gehörten mehrheitlich eher zu den besser ausgebildeten

Gruppen der Bevölkerung. Letztlich ist es den Liberalen offensichtlich besser gelungen als der Frente, diese Gruppen für sich zu gewinnen.

So lässt sich das Wahlergebnis lesen als eine Entscheidung der Bevölkerungsmehrheit, sich angesichts von Armut und Perspektivlosigkeit wieder einmal lieber den Reichen und Mächtigen und ihren vermeintlich guten Beziehungen anzuvertrauen, als sich auf Experimente einzulassen - Experimente, gegen die die Mehrheit wahrscheinlich inhaltlich gar nichts hätte, deren Risiko sie aber nicht zu tragen bereit ist. "Die Kampagne von Bolaños richtete sich aus an den Symbolen der Angst", sagt Cirilo Otero, "Angst vor Daniel und den kriegerischen 80er-Jahren."

"... die das Klima mit Aggression erfüllte." (2)

Die neue Regierung übernimmt die Verantwortung für eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Die ökonomische Lage könnte kaum schlimmer sein. Die Außenverschuldung beläuft sich auf knapp 7 Mrd. USD. Einem jährlichen Exporterlös von 600 Mio. USD stehen Importkosten von 1.800 Mio. USD gegenüber. Für März 2002 stehen neue Verhandlungen mit Weltbank und IWF über eine weitere Runde von Strukturanpassungsmaßnahmen an, die der Bevölkerung bislang nur weitere Armut und Unterversorgung gebracht haben.

Die nicaraguanische Wirtschaft leidet unter der Rezession in den USA. Verschiedene Maquiladoras (Weltmarktfabriken) haben die Verringerung von Produktion und Arbeit durchgesetzt, die Knitwear Garment Factory beispielsweise hat bereits das zweite Mal in diesem Jahr ihre Tore geschlossen und 450 von 550 ArbeiterInnen entlassen. Der Noch-Wirtschaftsminister Duque Estrada gab im Oktober lapidar eine Horrormeldung bekannt: Die Staatseinnahmen werden sich in 2001 insgesamt um 12% verringern. Ökonomen hatten bereits vorher damit gerechnet, dass sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr durch einen Rückgang der nationalen Produktion von 8,8 auf etwa 8,5 Mio. Córdobas verringern würden.

Für die FSLN setzt sich mit dem Wahlverlust eine jahrelange Leidensgeschichte fort, deren Ende allerdings nun vielleicht näher gerückt ist, als man zunächst glauben mag. Richtet sie sich weiter in den Machtpositionen des Staates ein ohne Kontakt oder Reflexion mit dem Sandinismo Amplio, dem breiten Sandinismus, wird sie in absehbarer Zeit auch den Rest gesellschaftlicher Relevanz verloren haben. Die günstigste Variante wäre, der 54-jährige Daniel Ortega und seine Parteispitze träten schnell von der Bühne ab und die Partei würde als Schauplatz von Diskussionen, Auseinandersetzungen und Richtungsstreits zurückerobert, an denen sich auch all die SandinistInnen und politischen Organisationen beteiligten, die im Laufe der letzten zehn Jahre der Frente wegen ihrer Kritikunfähigkeit und ihrem autoritärem Führungsstil den Rücken zugekehrt haben.

Die Zukunft der FSLN ist ungewiss. Am Morgen nach dem Wahltag verkündete Ortega, die Convergencia würde weiterhin zusammenarbeiten und im Parlament eine starke Opposition bilden. In einer ersten internen Besprechung wurde der Plan formuliert, auch 2006 wieder als Allianz anzutreten, dann aber mit einem anderen Kandidaten. Dagegen gab es keine Gegenstimme - auch von Ortega nicht.

Die nicaraguanische Linke muss weiterhin auf ihren langen Atem setzen, und vielleicht liegt eine Chance darin, sich nun endlich nicht mehr so sehr auf die große Mutter FSLN und den Patriarchen Ortega beziehen zu können bzw. zu müssen. Ob die Frente jemals wieder Bedeutung für ein linkes Projekt in Nicaragua erlangen wird, liegt jedenfalls zunächst mehr an ihr selbst. Denn sie ist es, die dafür die Leute braucht. Die engagierten motivierten Leute in den Bewegungen und NGO aber, die ohnehin ihre politische Arbeit tun, benötigen diese Partei jedenfalls schon lange nicht mehr.

Andreas van Baaijen

Informationsbüro Nicaragua

8. November 2001

Anmerkungen:

1) Dieses äußerst heterogene Bündnis wurde unter Führung der FSLN im Frühjahr 2000 gegründet.

2) Zitat aus einem Communiqué des CENIDH (Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, Menschenrechtszentrum Nicaragua.)

Internetseiten zu den Wahlen in Nicaragua:

Oberster Wahlrat: www.cse.gob.ni

PLC: www.plc.org.ni, www.bolanos.com.ni, www.elraizoncito.com/titulares.htm

PC: www.albertosaborio.org

FSLN: www.conamornicaragua.org.ni

letzte Wahlumfragen: www.cidgallup.com

Informationsbüro Nicaragua: http://nica.wtal.de

21. Türkei: Panzer gegen UnterstützerInnen der Hungerstreikenden

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:38

In diesem Herbst versucht das türkische Justizministerium zum zweiten Mal, den Hungerstreik gegen die neuen F-Typ Gefängnisse mit Gewalt zu unterdrücken. Es begann mit einem Hetzartikel in der Massenzeitung Sabah (Der Morgen), in dem das Viertel Kücükarmutlu, in dem sich einige der Hungerstreikenden aufhalten, als "Kriegsgebiet mit Blick auf den Bosporus" beschrieben wurde. Dabei hatten sich türkische Zeitungen monatelang so gut wie nicht um den Hungerstreik gekümmert und allenfalls die Zahl der Hungertoten gezählt und das waren nicht weniger als 41.

Barrikaden hatte es wohl in Kücükarmutlu gegeben, aber erst nachdem die Polizei im Spätsommer einige Male aufmarschiert war. Bis dahin hatte das "Kriegsgebiet" nur aus einem ärmlichen Haus bestanden, vor dem Hungerstreikende neben einem Transparent mit der Aufschrift "Die Helden sind unsterblich/Das Volk wird siegen" saßen und verschiedene stark duftende Tees tranken.

Einen Tag nach dem Artikel in der Sabah fuhr die Polizei mit Panzern und Baumaschinen nach Kücükarmutlu und riss nicht nur die Barrikaden, sondern auch einen großen Teil des Hauses ein, in dem sich die Hungerstreikenden und einige Gäste aufhielten. Die auf dem Weg nach Kücükarmutlu gestoppte Presse bekam von dem Geschehen nur Tränengas mit und hörte immer wieder Schüsse aus automatischen Waffen. Vier Menschen sollen sich nach Darstellung der Polizei selbst angezündet haben, zehn davon erlitten Verletzungen, zwei davon sehr schwere. Die Angaben der Polizei zum Geschehen sind widersprüchlich. Nach einer Pressekonferenz am folgenden Tag wurden alle Ton- und Filmaufnahmen und selbst die Notizbücher beschlagnahmt. Die Polizei drohte damit, dass die Berichterstattung über den Hungerstreik als Unterstützung einer terroristischen Aktion gewertet werden könnte. Der Strafrahmen dafür liegt zwischen vier und zwanzig Jahren Gefängnis.

Einige Tage später stürmte die Polizei ein zweites Haus in Kücükarmutlu, wobei sie die Barrikaden mit Hilfe von Hubschraubern überwand, während sie mit Steinen und Molotowcocktails beworfen wurde. Es wurden erneut zehn Menschen festgenommen. Aus Protest gegen die Aktionen in Kücükarmutlu haben sich drei Häftlinge angezündet und sind mittlerweile ihren Verletzungen erlegen.

Die Taktik des Justizministeriums ist klar: Der Hungerstreik selbst soll als eine terroristische Aktion hingestellt werden. Damit lässt sich auch jede Form von Unterstützung kriminalisieren, z. B. wurde Anfang des Jahres ein Verfahren gegen 16 Mitglieder der Gewerkschaft der Justizangestellten eröffnet, weil sie eine Erklärung zum Hungerstreik veröffentlicht hatten. Unter den Angeklagten befindet sich der ganze Vorstand der Gewerkschaft. Im Mai wurde Anklage gegen vier Ärzte erhoben, die zwar bereit waren, die Hungerstreikenden zu behandeln und über die physischen Folgen des Hungerns aufzuklären, sich aber weigerten, sie zum Abbruch des Hungerstreiks zu überreden. Auch die Häftlinge selbst wurden mit einer Repressionswelle überzogen. Hunderte Häftlinge wurden angeklagt, weil sie beim Großeinsatz gegen die Hungerstreikenden in zwanzig Gefängnissen letzten Dezember Widerstand geleistet haben sollen. Dabei zeichnet selbst der Untersuchungsbericht der Gendarmerie ein ganz anderes Bild von dem Einsatz "Rückkehr zum Leben", z. B. kommt er zu dem Ergebnis, dass im Bayrampascha-Gefängnis in Istanbul, wo zwölf Häftlinge starben, von den Häftlingen kein Widerstand geleistet wurde.

Von den zwei Gendarmen, die bei dem Einsatz ums Leben kamen und von denen der Justizminister Hikmet Sami Türk behauptete, sie seien mit Kalaschnikows von den Häftlingen erschossen worden, ist klar, dass einer mit Sicherheit versehentlich von den eigenen Leuten erschossen wurde. Keine einzige Kalaschnikow wurde in einem der Gefängnisse gefunden. Einige der Brände, in denen viele Häftlinge starben, sind wahrscheinlich auf grob fahrlässigen Einsatz von Chemikalien und Waffen durch die Gendarmen zurückzuführen. Beim Tod von sechs Frauen in Bayrampascha schütteten die Einsatzkräfte durch Löcher im Dach brennbare Flüssigkeiten, die dann Feuer fingen. Nach Darstellung einer Frau, die überlebte, war dieses Feuer von den Einsatzkräften gelegt und dies sei auf deren Filmen auch zu sehen.

Der Justizminister Hikmet Sami Türk, der den Hungerstreik so gnadenlos bekämpft, ist mitnichten ein Rechtsausleger der türkischen Politik. Gegen konservative Abgeordnete hat er sich z. B. wie ein Löwe

geschlagen, um eine Gleichstellung von Männern und Frauen im Familienrecht zu erreichen. Aber gerade an der Person von Hikmet Sami Türk lässt sich am ehesten verstehen, um was es dem Staat geht. Hier ist kein Rechtspopulist oder hasserfüllter Kommunistenfresser am Werk. In Wirklichkeit hat das Räderwerk einer seit langem in Gang gesetzten Strategie gegen politischen Widerstand begonnen, die Häftlinge zu erfassen. Diese Strategie beruht auf dem Ergebnissen der Gefängnispsychologie in den USA und in Europa. Sie ist eingepasst in ein Konzept, das politischen Widerstand nicht mehr als Kommunismus, sondern als Terrorismus versteht, selbst da, wo er nicht mit terroristischen Taten im engeren Sinne verbunden ist. Alles was Türk heute umsetzt, wurde bereits vor zehn Jahren in Gesetze gegossen. Nur brauchte es einige Zeit, um genügend Gefängnisse zu bauen, in denen die neuen Vorschriften sich auch umsetzen ließen.

Die Zielrichtung des Kampfes von Seiten des Staates wird auch an einem "Zugeständnis" deutlich, das Türk relativ bald machte und das einige kritische Stimmen aus dem Ausland befriedigte. Die politischen Gefangenen können in Kleingruppen leben, wenn sie Anzeichen der "Besserung" zeigen. Die Häftlinge und ihre Unterstützer fragten natürlich sofort zurück, was denn wohl diese "Besserung" bei politischen Gefangenen bedeuten solle. Abschwören von den politischen Überzeugungen? Verrat von Gesinnungsgenossen? Oder einfach Anschwärzen von Leuten, gegen die die Behörden gerne etwas konkreteres hätten? Es ist anerkannt, auch wenn es nicht beachtet wird, dass Häftlinge nicht körperlich misshandelt werden dürfen. Eigentlich sollte es genauso anerkannt sein, dass man Häftlinge nicht durch Druck, wie z. B. eventuell jahrzehntelange Isolation dazu bringen darf, auf ihre Überzeugungen zu spucken und Dinge zu tun, für die sie sich bisher verachtet hätten. Hier liegt für mich eine der inneren Dimensionen des Hungerstreiks.

Eine weitere ist, dass dieser Hungerstreik auch bisher unvorstellbare Maßstäbe setzt. Wenn es Hikmet Sami Türk gelingt, 100 oder mehr Menschen sterben zu lassen und dann noch als Sieger dazustehen, dann wird jeder folgende Hungerstreik daran gemessen werden, d.h. das Mittel des Hungerstreikes wird es nicht mehr geben. Das bedeutet, dass das letzte Mittel über das ein wehrloser Mensch noch verfügt, praktisch nicht mehr zur Verfügung steht. Auch damit ist eine Schwelle in Richtung der totalen Beherrschbarkeit der Häftlinge überschritten.

Man kann das alles so sehen und trotzdem eine gewisse Distanz zu den Hungerstreikenden haben. Diese innere Distanz des Autors zu den Hungerstreikenden hat zwei Gründe. Der eine ist ihr aus einem religiösen Hintergrund entstandener Märtyrerkult. Selbst streiten die Hungerstreikenden zwar eine religiöse Dimension ihres Tuns ab, aber sie ist unübersehbar, z. B. wehren sie sich vehement gegen das Wort Hungerstreik und sprechen dagegen von "Todesfasten". Das Wort, das wir mit Fasten übersetzen (oruc), meint aber sonst immer ein religiöses Fasten. Es geht zurück auf das Martyrium des Imam Husein, eines Enkels des Propheten Muhammad im Jahre 680. Husein wurde von seinen Feinden in der Wüste von Versorgung abgeschnitten und darbte, ehe er im Kampf gegen eine Übermacht starb. Auch die rote Binde um den Kopf zum Zeichen für das Todesfasten ist ein religiöses Symbol, das auf den gleichen Hintergrund verweist. Das Martyrium Huseins spielt eine große Rolle bei den Schiiten, zu denen auch die türkischen Alewiten gehören. So weit es sich sagen lässt, kommt die große Mehrheit der Teilnehmer des Todesfastens aus alewitischen Familien.

Ein weiteres Problem, das man mit den Hungerstreikenden haben kann, sind die maoistischen Gruppen, aus denen sie kommen und die man nicht nur auf Grund der Repression, denen sie ausgesetzt sind, sondern auch auf Grund ihrer ideologischen Vorstellungen und ihrer Strukturen und Aktionen beurteilen sollte und da sind sie weit weniger sympathisch.

Doch auch wenn man mit den Hungerstreikenden nicht in allem einer Meinung ist, so ist es doch unglaublich, wie man sie einfach sterben lässt, ohne nur einen Millimeter nachzugeben. Bisher sind 78 Menschen in diesem Hungerstreik umgekommen. Ungefähr ebenso viele erlitten schwere Gehirnschädigungen, d.h. sie sind auf den Stand sechsjähriger Kinder zurückgefallen, haben Dinge vergessen, wie dass sie verheiratet sind oder dass ihr Vater gestorben ist. Bis an ihr Lebensende werden sie in diesem unheilbaren Zustand völliger Abhängigkeit von ihren Angehörigen verbleiben. Nach Meinung der Hungerstreikenden ist das - und es spricht einiges dafür, dass sie Recht haben - nicht direkt Folge des Hungerns, sondern auf die Zwangsernährung zurückzuführen, bei der ihnen, obwohl das medizinische Problem bekannt ist, zu wenig Vitamin B gegeben wird.

Jan Keetmann

22. Realpolitik und Visionen. Der Parti communiste francais im Spagat

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:18

Als die erste Rednerin auf dem PCF-Kongress - Dominique Grador, die Vorsitzende des Nationalrats (Conseil national) der Französischen Kommunistischen Partei - von der internationalen Staatenwelt die "Ausrottung des Kommunismus" forderte, hielten einige im Saal die Luft an. Doch nur kurz, denn der Kontext der Redepassage - es geht um die Attentate vom 11. September - ergab eindeutig, dass es ihr in Wirklichkeit um die "Ausrottung des Terrorismus" ging. Ihren Irrtum nicht bemerkend, fuhr die Politikerin in ihrem Manuskript fort.

Die Auslöschung des Kommunismus stand wirklich nicht auf der Tagesordnung, als 858 Delegierte sowie 100 Gäste am letzten Oktoberwochenende in der Pariser Banken- und Geschäftsvorstadt La Défense zum 31. Kongress des Parti communiste français (PCF) zusammentrafen. Für einen Leichnam, den manche bürgerlichen Beobachter im PCF gern erblicken würden, erwies er sich dabei als recht lebendig. Tatsächlich ist eine der bemerkenswertesten Beobachtungen, dass ein sichtbarer Austausch der aktiv am Parteileben beteiligten Mitgliederschicht stattgefunden hat. Gut jedeR dritte Delegierte, der/die ans Mikrofon trat, dürfte nicht älter als 35 Jahre gewesen sein. Und auch zahlreiche MigrantInnen unter den Parteimitgliedern, vorwiegend afrikanischer (meist maghrebinischer) Herkunft, schalteten sich aktiv in die Kongressdiskussion ein. Alles in allem ein ungewohntes Bild für eine Partei, deren Kongresse bis vor einem knappen Jahrzehnt vor allem vom Bild des männlichen, europäischstämmigen Facharbeiters um die 50 geprägt waren.

Ein Klares Nein zum "Krieg gegen den Terror"

Seit dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" sieht sich der PCF gezwungen, seine Existenz zu rechtfertigen. Denn trotz einiger Kritik und zeitweiliger Absetzbewegungen - vor allem Mitte der Siebziger Jahre - blieb die französische KP den realsozialistischen Systemen bis zu deren Ende doch grundlegend verhaftet.

Unterschiedliche und mitunter widersprüchliche Wandlungen hat die KP seitdem vollzogen. Einerseits hat eine Öffnung zu sozialen Bewegungen und Protestpotenzialen stattgefunden. Der scheidende Parteisekretär Robert Hue bedauerte seinerseits, dass die Partei in den Siebziger Jahren an neuen Bewegung wie dem Feminismus und der Ökologie vorbeigegangen sei. Hue wechselte in das neu geschaffene Amt des Parteipräsidenten - nicht ohne heftige innerparteiliche Widerstände, die aus der Furcht vor einer Personalisierung der Parteispitze herrühren.

Andererseits praktiziert die Partei heute im Rahmen des Jospin-Kabinetts eine Tagespolitik, die ohne eine längerfristige Strategie der Gesellschaftsveränderung auskommen muss. Sie ist Teil einer Regierung, die zunehmend eine wirtschaftsliberale Politik betreibt, in der lediglich einige soziale Einsprengsel zu erkennen sind. Beides hält irgendwie zusammen, indem der PCF betont, die BürgerInnen und gesellschaftlich Aktiven seien selbst die Akteure gesellschaftlichen Wandels und die Partei könne lediglich ihr verlängerter Arm in der politischen Sphäre sein.

Eines aber steht fest: Die Einbindung der Partei ins Regierungsgeschäft hat offenkundig nicht dazu geführt, dass sie - auf theoretischer Ebene - ihre Vision im Sinne einer explizit reformistischen, systemimmanenten Zielvorgabe gewandelt hätte. Im Gegenteil: Keine Rednerin und kein Redner, der sich in dem Sinne ausgesprochen hätte, dass die historische Aufgabe heute allein darin bestehen könne, den Kapitalismus innerhalb seiner Grenzen ein wenig humaner auszugestalten. Wenn diese Idee verschiedentlich angesprochen wurde - so vom aktuellen Minister für die Wahrung des Kulturerbes, Michel Duffour - dann nur, um sie zu verwerfen und sich zur Notwendigkeit des "Antikapitalismus" zu bekennen.

Bekenntnis zum Antikapitalismus

Einigen KP-Prominenten wie Robert Hue wäre es zweifellos recht gewesen, der Partei ein stärker mit dem Zeitgeist kompatibles Gesicht zu verleihen. Doch daraus wurde nichts. Der ursprünglichen Plan Hues, den PCF in "Nouveau Partei Communiste ("Neue Kommunistische Partei") umzubenennen, wurde schon im Vorfeld durch die Parteibasis abgeschmettert: Diese Idee sei, so die KritikerInnen, an die Werbung angelehnt,

der zufolge immer alles "neu" zu sein hat. Einige Strukturreformen, namentlich die Schaffung der neuen Partei-Präsidentschaft, kamen nur mit erheblichen Widerständen durch.

Geklärt hat sich die Position der Partei zum Krieg im Mittleren Osten. War sie noch zur Zeit der letzten Pariser Großdemo am 11. Oktober (vgl. ak 455) absolut schwammig und zweideutig, so hat jetzt der Parteitag einen sofortigen Stopp der Bombardierungen gefordert. Zum ersten Mal waren auf einem PCF-Kongress nicht alle Ergebnisse von vornherein ausgemacht, entspannte sich eine in Ansätzen kontroverse Diskussion um das Projekt und die neuen Parteistatuten. Der Abschied von der realsozialistischen Tradition macht die Partei also nicht unbedingt angepasster und gefügiger, vielleicht eher das Gegenteil. Mit ihrer neuen nationalen Sekretärin - Marie-George Buffet, einer langjährigen Kaderin, zugleich aktiven Feministin und sehr populären Ministerin für Jugend und Sport - hat sie fürs Erste eine allseits beliebte Integrationsfigur gefunden.

Bernhard Schmid

23. Krieg und Krise. Italiens Linksdemokraten sind nur begrenzt oppositionsfähig

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:19

Zehn Jahre nach ihrer Konstituierung als Partito democratico della sinistra (PDS) sind die italienischen Linksdemokraten (seit 1998: Democratici di sinistra/DS) an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. Wieder veranstalten sie einen Kongress, um ihre Krise zu überwinden. Und wieder ist Krieg, wie damals im Februar 1991, als die Umwandlung der größten kommunistischen Gruppierung Westeuropas in eine sozialdemokratische Reformpartei Basis und Führung spaltete. Die kleine linke Minderheit konstituierte sich bald darauf als Partei der kommunistischen Neugründung (Rifondazione comunista). In Sachen Krieg und Frieden waren die Differenzen damals vergleichsweise gering: Auch die Mehrheitsfraktion um Achille Occhetto, den Protagonisten der PCI-Konversion, distanzierte sich so deutlich vom Krieg gegen den Irak, dass die Tageszeitung La Repubblica warnte, der neu konstituierte PDS laufe Gefahr, "für lange Zeit eine Partei der Bewegungen zu werden, Partei eines katholischen Kommunismus neuer Prägung, einer lärmenden, großherzigen und haltlosen Jugendbewegung: alles andere als eine glaubwürdige Regierungspartei".

Heute wissen wir, dass es anders gekommen ist: 1996 kam die PCI-Nachfolgepartei endlich erstmals an die Regierung, stellte eine Zeit lang auch den Ministerpräsidenten (Massimo D'Alema) und wurde im Mai dieses Jahres als stärkste Kraft des Mitte-Links-Bündnisses Ulivo wieder abgewählt. Seitdem betreiben Ulivo wie Linksdemokraten Krisenbewältigung, liefern bislang aber ein verwirrendes Bild. Verfolgten sie während der heißen Tage von Genua einen schwer nachvollziehbaren Zickzackkurs, so orientieren sie nach dem 11. September auf den nationalen Schulterschluss.

Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte diese Politik am 7. November, als die Mehrheit der Ulivo-Abgeordneten dem Einsatz von 2.700 italienischen Soldaten im "Krieg gegen den Terror" zustimmte. Dagegen votierten 35 Deputierte der Abgeordnetenkammer: geschlossen Rifondazione Comunista (RC), italienische Kommunisten (PdCI) und Grüne, außerdem neun linke DS-Abgeordnete und eine Hand voll aus Francesco Rutellis Wahlliste Margherita. Selbst der Versuch scheiterte, die Forderung nach "humanitären Korridoren" für die afghanischen Flüchtlinge in die Ulivo-Resolution aufzunehmen. So waren die Anträge von Regierung und Opposition nahezu deckungsgleich - und wurden beide angenommen, weil Rechtskoalition wie Ulivo-Mehrheit sich bei der Abstimmung des "gegnerischen" Antrags absprachegemäß enthielten. Die linke Tageszeitung Il Manifesto nannte das Ergebnis dieser Taktik doppeldeutig "Alleanza Nazionale" - nationale Einheit, bekanntlich gleichzeitig der Name der neofaschistischen Partei Gianfranco Finis.

Demo-Derby in Rom: Sieg der KriegsgegnerInnen

Wenn das Vaterland bedroht scheint, bleibt die viel beschworene Einheit der Linken ein weiteres Mal auf der Strecke. Allerdings forciert die Terror-Hysterie nur eine Politik, die PDS/DS schon seit Jahren betreiben: die gütliche Einigung mit dem Rechtsblock, nicht nur in Fragen der Verfassungsreform, sondern auch bei der Absicherung von Berlusconis Medien-Imperium. Der vom 16. bis 18. November in Pesaro tagende DS-Kongress wird hier keine Kursänderung beschließen. Nachfolger des scheidenden Parteisekretärs Walter Veltroni (seit Juni Bürgermeister von Rom) wird aller Voraussicht nach Piero Fassino. Sein 77jähriger Herausforderer Giovanni Berlinguer, Mediziner und Ökologe ohne höhere Parteiämter, wird kaum mehr als ein Drittel der Delegiertenstimmen bekommen. Aber durch die Kandidatur Berlinguers wurde der Streit um den Kurs der Partei überhaupt erst wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Giovanni, der jüngere Bruder Enrico Berlinguers, des schon 1984 verstorbenen charismatischen Mitbegründers des "Eurokommunismus", wird von einer politisch heterogenen Strömung unterstützt, die vor allem die Abneigung gegen den hinter Fassino stehenden starken Mann gemeinsam hat: den auf den Spuren von Blair und Schröder wandelnden Strategen der "neuen Mitte", Massimo D'Alema.

Giovanni Berlinguer dagegen widerspricht der These, es gebe für sozialdemokratische Parteien in Europa keine Alternative zum Blairismus-Schröderismus. Er will nicht nur gewerkschaftliche Standards verteidigen, sondern die Partei auch für die sozialen Bewegungen öffnen. In der Frage von Krieg und Frieden hat er sich dagegen zunächst auffallend zurückgehalten. Erst nach dem Friedensmarsch von Perugia nach Assisi Mitte Oktober, der mit 250.000 TeilnehmerInnen bei weitem eindrucksvollsten Anti-Kriegs-Demonstration Europas

(vgl. ak 455), hat Berlinguer sich auch friedenspolitisch zu den Abweichlern geschlagen und erklärt, er hätte der Ulivo-Resolution zum italienischen Kriegseintritt nicht zugestimmt; Mindestvoraussetzung für die Entsendung von Truppen müsse eine Feuerpause sein.

Der Krieg hat die Opposition noch zahmer gemacht

Unterdessen hat die antimilitaristische Bewegung einen weiteren Erfolg organisieren können und das außerparlamentarische Kräftemessen mit dem Regierungslager klar für sich entschieden. Während Berlusconis Forza Italia am 10. November nur 40.000 Menschen für seinen römischen "USA-day" begeistern konnte, demonstrierten gleichzeitig, und ebenfalls in Rom, 100.000 KriegsgegnerInnen. Diese riefen nicht nur zur Desertion auf, sondern forderten auch einen Generalstreik gegen den Krieg. Giovanni Berlinguer wird sich keiner dieser Forderungen anschließen. Er tritt auch in der Frage von Krieg und Frieden für Meinungspluralismus ein - eine wachsweiche, "opportunistische" Position, die aber, verglichen mit dem Kriegsgeschrei von Blair und Schröder, fast schon pazifistisch erscheint.

Js.

24. ASEAN im Profil

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:15

Die Association of South East Asian Nations (ASEAN, Vereinigung südostasiatischer Nationen) wurde am 8. August 1967 in der thailändischen Hauptstadt Bangkok auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges gegründet. Im Rahmen der seinerzeit bestehenden SEATO, dem südostasiatischen Pendant zur NATO, sollte die ASEAN ursprünglich als sicherheitspolitisches Bollwerk gegen das "kommunistische Indochina" (Vietnam, Laos und Kambodscha) fungieren. Erst nach dem Ende des Vietnamkrieges (1975) und dem unzeremoniellen Dahinsiechen der SEATO rückten innerhalb der ASEAN wirtschafts- und handelspolitische Aspekte in den Vordergrund. Zu den ursprünglich fünf Mitgliedstaaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) stießen im Laufe der Zeit fünf weitere Länder hinzu: im Januar 1984 das an Erdöl reiche Sultanat Brunei, Vietnam (1995), Laos (1997), Myanmar/Birma (1997) und schließlich im Jahre 1999 Kambodscha.

Strukturen

- Gipfel der Staats- und Regierungschefs im 3-Jahres-Turnus, letzter Gipfel vom 4.-6. November 2001 in Bruneis Hauptstadt Bandar Seri Begawan

- Seit 1996 jährliche informelle Treffen der Regierungschefs

- Jährliche Außenminister-Konferenz mit alphabetisch rotierendem Vorsitz für je ein Jahr (2001/2002 Brunei)

- Standing Committee: umfasst den Außenminister des Vorsitzlandes, die dort akkreditierten Botschafter der übrigen Staaten sowie die ASEAN-Generaldirektoren aller Staaten, ist für Tagesgeschäft und Kontrolle des ASEAN-Sekretariats zuständig.

- Regelmäßige Treffen der Wirtschafts- und anderer Fachminister

- In den wichtigsten Drittländern bilden ASEAN-Botschafter Komitees, in denen sie ihre Beziehungen zum Gastland abstimmen (z.B. BAC = Berlin ASEAN Committee).

- Generalsekretariat in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Generalsekretär ist seit Beginn 1998 der Filipino Rodolfo Severino.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Freihandelszone AFTA sollte ursprünglich bis 2008 verwirklicht werden. Auf dem Bangkok-Gipfel (Dezember 1995) wurde eine beschleunigte Verwirklichung der AFTA bis 2003 vereinbart. Zusätzlich soll bis 2010 eine ASEAN Investment AREA (AIA) zur Aufhebung von Investitionsschranken geschaffen werden. Am 30. November 1996 formulierten die Regierungschefs des Bündnisses in der indonesischen Metropole Jakarta die so genannte Vision for ASEAN in the Year 2020, wonach bis dahin eine vollständige und umfassende Kooperation der Mitgliedstaaten in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens avisiert ist.

Funktionale Zusammenarbeit

Besteht in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Finanzen, Verkehr, Umwelt, Kultur, Sozial- und Drogenpolitik sowie Sicherheit.

Interne Konflikte

Bislang nicht beigelegte, schwelende Grenzkonflikte bestehen zwischen den Philippinen und Malaysia, Malaysia und Indonesien sowie zwischen Indonesien und Singapur. Bei erstgenanntem Konflikt geht es um die Sabah-Frage; auf diesen ostmalaysischen Bundesstaat erhebt Manila einen historisch bedingten Gebietsanspruch. Die beiden anderen Konflikte betreffen Grenzquerelen um jeweils kleine Inseln vor der Küste Nordborneos beziehungsweise in der Straße von Malakka. Auf die Spratly-Inselgruppe (Paracel-Inseln) im Südchinesischen Meer erheben neben der VR China und Taiwan die ASEAN-Mitglieder Vietnam, die Philippinen, Malaysia und (teilweise) Brunei Anspruch. In der Vergangenheit kam es dort zwischen philippinischen und chinesischen Sicherheitskräften zu Scharmützeln, was zeitweilig zu "atmosphärischen Störungen" im bilateralen Verhältnis führte.

Außenbeziehungen zu Drittstaaten

Intensive Dialogdiplomatie. Im Anschluss an regelmäßige ASEAN-Außenministertreffen erfolgt eine Post Ministerial Conference (PMC) mit den Außenministern der "Dialogpartner" USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Korea, China, Russland, Indien und der Europäischen Union (EU). Seit 1994 existiert zusätzlich ein Sicherheitsdialog in Form des ASEAN Regional Forum (ARF). Beim Gipfel in Bangkok (1995) unterzeichneten die ASEAN-Staaten einen Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Südostasien (SEANWFZ), der 1997 in Kraft trat. Auf dem jüngsten Gipfel in Brunei verabschiedete die ASEAN zwar eine Anti-Terror-Erklärung, doch den strikten Befürwortern der US-amerikanisch-britischen Kriegführung in Afghanistan - Philippinen und Singapur - standen mit Malaysia und Indonesien ebenso vehemente Kritiker dieser Politik gegenüber.

Rainer Werning

25. Glücklicher Anti-Terrorist. Australiens Howard rüstet sich für eine dritte Amtszeit

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:14

In "down under" ist er "hip, hop and top": John Winston Howard von der Liberal Party ist Australiens alter und neuer Premierminister. Aus den Parlamentswahlen am 10. November ging er als eindeutiger Sieger hervor. Sein jahrelanger Herausforderer Kim Christian Beazley von der oppositionellen Labour Party musste erneut eine arge Schlappe hinnehmen. Mit 52 Jahren ist er aber jung genug, um nun seinem alten Hobby zu frönen und als Historiker über australische und internationale Militärgeschichte zu forschen.

In der Hauptstadt Canberra bleibt somit ein strammer Law-and-Order-Politiker am Ruder, der sich im Wahlkampf ruppig seiner tatsächlichen und vermeintlichen Gegner im Inneren wie Äußeren erwehrte. Vor allem zwei Themen waren es, die der streitbare, auf anglo-amerikanische Normen und Werte geeichte John mit Verve aufgriff: unerwünschte Asylsuchende vom Fünften Kontinent fern zu halten und George W. Bush bedingungslos zu unterstützen. Gegen erstere machte er immer wieder Front und scheute sich nicht, ihnen zu unterstellen, sie würden "Kinder über Bord werfen", um Mitleid zu erheischen, auf offener See gerettet und möglichst an Land willkommen geheißen zu werden. Die Regierung des nördlichen Nachbarn Indonesien bezichtigte der Premier gar des internationalen Schleppertums. So musste die australische Marine ausrücken, um ungebetene Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten massenhaft "auszuschaffen" - sprich: auf die zuvor von australischem Big Business ausgeplünderte (einst phosphatreiche) Insel Nauru oder nach Papua-Neuguinea zu verfrachten.

Beim Schmieden der weltweiten "Allianz gegen den Terror" zeigte John kosmopolitischen Übereifer. Der Beginn des US-amerikanisch-britischen Bombenkrieges gegen Afghanistan am 7. Oktober war für ihn das Fanal zum Feldzug gegen das "Böse". Seine Administration traf den Entschluss, dem lieben und bedrängten George W. Bush mit insgesamt 1.550 australischen Soldaten für die Sache des "Guten" beizustehen. Emphatische Unterstützung für diese Variante uneingeschränkter Solidarität erhielt er weniger von den Militärs als ausgerechnet von seinem politischen Widersacher Beazley. Dieser, von der Passion getrieben, die erfolglose politische Karriere seines Vaters wettzumachen und sich dabei im Stile Tony Blairs lästiger Prinzipien und Programme zu entledigen, versuchte nun seinerseits, Johns Hurrapatriotismus zu überbieten. Das scheiterte kläglich und demonstrierte nur aufs Neue: Warum dann nicht lieber gleich das Original wählen? Zugewinne verzeichneten die Grünen, die im Parteienspektrum freilich eine immer noch zu vernachlässigende Größe sind. Sie legten zu, weil sie bei so viel triefendem Bellizismus und Fremdenfeindlichkeit wider den Stachel löckten.

Rainer Werning

26. Brüchige Allianzen in Brunei. Mehr Dissens als Eintracht auf dem jüngsten ASEAN-Gipfel

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:16

Auf dem Gipfel der ASEAN(Vereinigung der südostasiatischen Nationen), der vom 4.-6. November in Brunei stattfand, sollten eigentlich wirtschaftliche Frage im Vordergrund stehen. Doch auch hier erzwang die weltpolitische Situation eine Änderung der Tagesordnung.

Allzu gerne hätte sich der Herrscher des an Erdöl reichen Sultanats Brunei, Hassanal Bolkiah II, als Initiator einer engeren wirtschaftlichen Kooperation unter den zehn ASEAN-Mitgliedstaaten) gesehen. Deshalb hatte der Sultan eigens die Regierungschefs der VR China, Japans und Südkoreas als Beobachter in Bruneis Hauptstadt Bandar Seri Begawan eingeladen. Doch der Zeitpunkt war schlecht gewählt. Der 7. ASEAN-Gipfel wurde von den Terroranschlägen in den USA und den Debatten über die regionale Sicherheit beherrscht. So ging von Brunei kein Signal aus, dem 1967 auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges von ursprünglich nur fünf Ländern geschaffenen antikommunistischen ASEAN-Bündnis und weltweit nunmehr viertgrößten Handelsblock künftig auch wirtschaftspolitisch mehr Gewicht zu verleihen.

"Wem der Antikommunismus am Herzen lag", schrieb Ignacio Ramonet, Direktor von Le Monde diplomatique in der Oktoberausgabe, "der wird auch am Antiislamismus seine Freude haben". Mit Blick auf den ASEAN-Gipfel traf das mitnichten zu. Zwar mag die Mehrheit der Regierungschefs der ASEAN Kommunisten und "subversive Elemente" nicht. Doch schon mit Rücksicht auf den überwiegend muslimischen Bevölkerungsanteil in Indonesien, Malaysia und Brunei und angesichts der Tatsache, dass über die Hälfte der gut 500 Mio. EinwohnerInnen zählenden ASEAN-Region Muslime sind, käme jeder Anflug von Antiislamismus einem politischen Suizid gleich. Vor allem die innenpolitischen Ereignisse in Indonesien und Malaysia seit Beginn des anglo-amerikanischen Bombenkrieges gegen Afghanistan zeigen, wie dünn das Eis wird, auf dem sich die jeweiligen Regierungen und herrschenden politischen Parteien bewegen. Mit jedem weiteren Tag der Kriegführung eskalieren gewaltsame Protestkundgebungen gegen US-amerikanische und britische Einrichtungen in den Hauptstädten Jakarta und Kuala Lumpur. Insofern bestand der Minimalkonsens des Gipfels darin, dass gleichermaßen der weltweite Terror verurteilt und die Besorgnis um das Wohlergehen der afghanischen Zivilbevölkerung geäußert wurde.

Lediglich Indonesiens Präsidentin Megawati Sukarnoputri und Malaysias Premierminister Dr. Mahathir bin Mohamad lehnten sich weiter aus dem Fenster und forderten einen Bombenstopp in Afghanistan. Während Megawati durch innenpolitischen Druck dazu gezwungen wurde, ihre zuvor Amerika freundliche Politik zu revidieren, nutzte der in der Region am längsten amtierende Mahathir äußerst geschickt den Antiterrorismus-Feldzug zur Zähmung der politischen GegnerInnen im Innern. Was ihn nicht daran hindert, auf internationalem Parkett die Phalanx der KritikerInnen gegen imperiale Globalisierung und westliche Bevormundung anzuführen. Als einziger Regierungschef aus der Region hatte Mahathir auch die Dreistigkeit, jüngst in Shanghai in Gegenwart von US-Präsident George W. Bush die amerikanisch-britische Kriegführung in Afghanistan zu kritisieren. Dort wie in Brunei war es wesentlich Mahathir, der gemeinsam mit Indonesien erwirkte, dass in der Abschlusserklärung der momentan ideelle Gesamtterrorist Osama bin Laden nicht namentlich genannt wurde.

Ganz anders hingegen Singapur und die Philippinen. Deren Regierungschefs unterstützen wie die meisten ihrer westeuropäischen Kollegen vorbehaltlos die Politik Washingtons. Und handeln sich damit Probleme ein, deren Konsequenzen sie nicht abschätzen können oder wollen. Mag Singapur leichteres Spiel haben, die interne Opposition zu zähmen - wie ebenfalls in der vergangenen Woche durch den neuerlich überwältigenden Wahlsieg der amtierenden People's Action Party (PAP) demonstriert -, wird es für Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo in Manila zusehends schwieriger, innenpolitisch Frieden zu stiften. Nicht nur sind die Friedensgespräche mit der kommunistischen Nationalen Demokratischen Front (NDFP) und der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Gemeinsam mit dem bereits im Süden der Philippinen präsenten FBI- und CIA-Kontingent hat sich Gloria die Deadline gesetzt, bis Ende dieses Monats der notorischen Abu Sayyaf-Gruppe das Rückgrat zu brechen und somit einen entscheidenden

Schlag gegen den Terror zu führen. Doch es hat eher den Anschein, dass der Präsidentin Amtszeit bis 2004 weitaus turbulenter verläuft, als es sich die Dame vorstellt.

Rainer Werning

27. Was geschah in Genua? Chronologie der Ereignisse

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:05

Genua ist - fast ein halbes Jahr später - zum Sinnbild des Widerstandes gegen die gewaltförmigen Auswirkungen der Globalisierung geworden. An vielen Orten laufen Soli-Partys für die Gefangenen von Genua bzw. für deren Prozesse, die voraussichtlich in einem Jahr stattfinden werden. Genua ist auch Sinnbild geworden für polizeiliche Willkür und staatliche Repression. Nicht nur der Tod des 23-jährigen Italieners Carlo Guiliani, sondern auch die massiven Prügelorgien in den Gefängnissen und das brutale Vorgehen der italienischen Polizei bei der Erstürmung der Diaz-Schule in der Nacht vom 21.7. zeigen die neue Qualität der Repression, mit der gegen die sogenannte "Antiglobalisierungsbewegung" vorgegangen wird. Wir dokumentieren - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - die Ereignisse rund um den G8-Gipfel in Genua.

Vor dem Gipfel: Nach den Ausschreitungen beim EU-Gipfel in Göteborg am 14. bis 16. Juni dreht sich die innenpolitische Debatte in Italien fast ausschließlich um das Thema Sicherheit. Das polizeiliche "Sicherheitskonzept" sieht ein hermetisch abgeriegeltes Gebiet von mehreren Quadratkilometern, die sogenannte "rote Zone" vor. Die dort wohnenden 28.000 Menschen sollen während des G8-Gipfels nur mit Sonderausweis in die rote Zone hereingelassen werden. Das Konzept beinhaltet weiterhin alle Gegendemonstrationen zu verbieten, dies gilt auch für den die rote Zone umschließenden Gürtel ("gelbe Zone"). Mindestens 18.000 Polizisten und mehrere tausend Soldaten werden für die "heißen Tage" vom 20. bis zum 23. Juli in Genua eingesetzt. Aus Sicherheitsgründen wohnt ein Großteil der Staatsgäste auf Luxus-Linern am Hafen.

Die Stimmung vor dem Gipfel ist extrem angeheizt. Schon Wochen vorher werden PassantInnen und Autofahrer von Spezialeinheiten der italienischen Polizei kontrolliert. Seit Anfang Juli sind Tausende Polizisten in der Stadt, sie führen regelmäßige Hausdurchsuchungen durch, u.a. bei il manifesto-Journalisten oder bei Luca Casarini, dem Sprecher des Centri Sociali. Von den Hausdurchsuchungen sind besonders Illegalisierte, die in der Altstadt von Genua wohnen, betroffen. Immer wieder werden Viertel wegen falschen Bombenalarms gesperrt. Gerüchte machen die Runde: So soll die italienische Regierung 200 Leichensäcke geordert haben, die Abteilung für psychologische Kriegsführung behauptet, Pläne aufgedeckt zu haben, wonach Terroristen HIV-verseuchte Blutbeutel über Genua abwerfen wollen.

Im Vorfeld des Gipfels wird, wie schon in Göteborg, zahlreichen DemonstrantInnen die Ausreise verweigert. Vor allem die deutschen Behörden wenden rege das anlässlich der Fußballeuropameisterschaft geänderte Passgesetz auf sogenannte "Polit-Hooligans" an. So können laut Art. 46 des Schengener Durchführungsübereinkommens gegen Personen Meldeauflagen und Ausreiseverbote verhängt werden, die "notorisch für Störungen bekannt sind." Über 80 Personen werden Schätzungen zufolge in Deutschland an der Ausreise nach Italien gehindert.

Ungeachtet dieser Einschüchterungsversuche mobilisiert eine breite Protestbewegung gegen den G8-Gipfel in Genua. Das Spektrum des popolo di Seattle, wie die GlobalisierungskritikerInnen in Italien genannt werden, reicht von Gruppen wie Attac und Tute Bianche, ImmigrantInnenorganisationen, betriebliche Basiskomitees (Cobras), sozial engagierten Katholiken, alternativen Sozialzentren über NGOs, FreundInnen der Zapatistas, Umweltverbänden bis hin zu AnarchistInnen und Autonomen. Für die Großdemonstration am 20. Juli ist geplant, sich von sieben verschiedenen Punkten der Stadt aus der abgesperrten Roten Zone zu nähern. Unter Einsatz verschiedenster Mittel sollen insbesondere die etwa 200 durch Gitter, Verschläge und Stacheldraht verbarrikadierten Übergänge erreicht bzw. erstürmt werden..

Freitag, 20.7.: In der Innenstadt von Genua zerstören vormittags über Stunden militante Gruppen Geschäfte und Banken in ganzen Straßenzügen, die Polizei schreitet nicht ein.

Gegen Nachmittag formieren sich die verschiedenen Demonstrationszüge auf dem Corso Gastaldi. Die Polizei dringt in den Demozug ein, die Demoleitung ruft zum Rückzug auf. DemonstrantInnen errichten Barrikaden, werfen Steine und Stangen auf die Polizei. Durch massiven CS-Gas-Beschuss, Knüppel- und Wasserwerfereinsatz sollen die DemonstrantInnen zurückgehalten werden. Die Situation eskaliert.

Freitag, 17.45 Uhr: Am Rande der Tute-Bianche-Demonstration wird Carlo Giuliani erschossen. Zuvor ist er mit einem Feuerlöscher bewaffnet auf einen am Straßenrand geparkten Geländewagen der Carabinieri losgestürmt, hinter der Heckscheibe sitzt ein Uniformierter mit Pistole, Giuliani wird durch zwei Schüsse tödlich getroffen. Die Demoleitung fordert die TeilnehmerInnen auf sich zum Stadion zu bewegen. Die Polizei treibt unter Einsatz von Tränengas mit Wasserwerfern und Panzern den etwa 10.000 Menschen zählenden Demozug vor sich her. Insgesamt werden alle sieben Demonstrationszüge des Genoa Social Forums (GSF) von den Sicherheitskräften mit Tränengas und Gummigeschossen attackiert.

Die Bilanz des Freitags: 1 Toter, 97 Verletzte im Krankenhaus San Martino, mehrere hundert Verletzte in anderen Krankenhäusern. Die in den Krankenhäusern notdürftig behandelten verletzten DemonstrantInnen werden in Ambulanzwagen in eine Kaserne außerhalb der Stadt transportiert. Viele erhalten eine erkennungsdienstliche Behandlung, unter Schlägen werden sie in die Zellen gebracht, in einzelne Zellen soll Tränengas gesprüht worden sein. Verschiedene Gefangene berichten später von Hitler- und Mussolini-Bildern in den Wachen sowie von faschistoiden Äußerungen seitens der Carabinieri.

Samstag, 21.7: Um 12 Uhr setzt sich der Demozug in Bewegung. Über 700 Gruppen haben für die Großdemo mobilisiert, etwa 100.000 TeilnehmerInnen werden geschätzt. Die Stimmung nach dem Tod Guilianis ist gedrückt, Rufe wie "Assassini!" dominieren. An der Piazzale Martin Luther King brennen zwei Banken. Die Polizei setzt Tränengas und Räumpanzer ein. Tausende Demonstrierender werden auf dem Corso Italia getrieben, der hektische Rückzug löst eine Massenpanik aus. DemonstrantInnen erklimmen Metallzäune, um vor der Polizei zu flüchten, ein Hubschrauber wirft Tränengas ab.

In der Nacht vom 21. auf den 22.7. erstürmen 300 Einsatzkräfte das Gebäude der Diaz-Schule, in denen das soziale Forum, ein Rechtshilfebüro, Indymedia und Schlafplätze untergebracht sind. Die anwesenden GipfelgegnerInnen leisten keinen Widerstand, ein Teil schläft, die anderen heben die Hände. Die Einheiten beginnen mit einer rigorosen Knüppelei, sie kämpfen sich durch alle Etagen bis zum Dach hoch, wobei viele Menschen verletzt werden. Viele werden bis zur Besinnungslosigkeit geschlagen, erleiden Arm- Bein- und Kieferbrüche sowie andere Verletzungen. 93 Personen werden festgenommen, 50 der Verhafteten sind zum Teil schwer verletzt. Ein 21-jähriger Berliner erleidet bei dem Überfall so schwere Verletzungen, dass er ins Koma fällt und in Lebensgefahr schwebt.

Sonntag 22.7.: Italienische Behörden erteilen faktische Nachrichtensperre, die auch das deutsche Generalkonsulat in Mailand betrifft. Niemand weiß, wo die Verletzten und Inhaftierten festgehalten werden.

Die Hinweise auf den gezielten Einsatz von staatlichen Krawallmachern bei den Ausschreitungen verdichten sich. Das italienische Fernsehen RAI 3 zeigt zahlreiche Aufnahmen, die vermummte "Demonstranten" mit Eisenstangen bewaffnet zeigt, die aus den Kasernen der Polizei und der Carabineri rein- bzw. rauskommen.

25 Personen der VolxTheater-Kampagne "no border, no nation, no one is illegal" werden wenige Kilometer hinter Genua festgenommen. Ihre Theaterrequisiten wie Jonglierkeulen, schwarze Kleidung, Essgeschirr und Stadtpläne werden ihnen als belastende Beweise für ihre Gewalttätigkeit ausgelegt.

Insgesamt gibt es bei den Gegendemonstrationen in Genua 301 Festnahmen (darunter 71 Deutsche, 10 aus den USA, 17 Franzosen, 7 aus GB), 73 Personen werden umgehend freigelassen, bei 228 Personen wird Untersuchungshaft angeordnet.

Montag, 23.7.: Angehörige der Betroffenen und die Ermittlungsausschüsse versuchen herauszufinden, wo Menschen sind, wie schwer sie verletzt sind und was ihnen vorgeworfen wird. Ohne Erfolg. Bis Mittwoch haben die Inhaftierten keinen Kontakt zur Außenwelt. Kein Anwalt, kein Botschafter und kein Angehöriger darf mit ihnen sprechen. Zehn Personen werden auf dem Rückweg nach Deutschland kurz hinter Genua festgenommen. In dem Pkws werden "Beweisstücke", wie schwarze Kleidung und Werkzeuge, Stadtpläne usw. gefunden. Die Polizei misshandelt die Verhafteten: Sie müssen sich auf den Boden hocken, werden beschimpft, von insgesamt 20 Polizisten in wechselnder Besetzung verprügelt, müssen Stiefel küssen, werden mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen und angespuckt.

Dienstag, 24.7.: Die italienischen Behörden verweigern weiterhin jeden Kontakt. Anwälte und AnwältInnen werden nicht zu den Inhaftierten und Verletzten gelassen. In ganz Italien gehen erneut 300.000 Menschen auf die Straße, um gegen den Mord an Carlo Guiliani und gegen die Polizeirepression zu demonstrieren.

Mittwoch, 25.7.: Die Inhaftierten haben nach der gesetzlichen Höchstdauer von 72 Stunden den ersten Haftprüfungstermin, erst zu diesem Zeitpunkt können sie erstmals mit AnwältInnen sprechen; Die AnwältInnen erhalten keine Akteneinsicht. Der Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele besucht einige der deutschen Gefangenen. Ströbele spricht vom "massaker-ähnlichen" Vorgehen der Polizei. Die Berichte über weitere Quälereien und Misshandlungen in den italienischen Gefängnissen häufen sich. So wurden in der zum Sammellager umfunktionierten Kaserne Bolzaneto Inhaftierte über Tage geschlagen, Polizisten drückten Zigaretten an ihnen aus, brachen Gefangenen die Knochen, drohten Frauen mit Vergewaltigungen. Einige Gefangene mussten bis zu 26 Stunden mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand stehen.

In der Nacht kommt aus Mailand die Meldung, dass etwa 60 Deutsche abgeschoben werden sollen, die Abschiebung erfolgt über Österreich in einem Reisebus. Alle Betroffenen erhalten ein 5-jähriges Einreiseverbot nach Italien.

Mittwoch, 8.8.: Zweiter Haftprüfungstermin, die Volxtheaterkarawane aus Österreich wird aus der Haft entlassen und abgeschoben. 15 Deutsche und ein Italiener bleiben in Untersuchungshaft. Ihre Haftbeschwerde wurde mit der Begründung abgeschmettert, es lägen gravierende Indizien vor, die die Zugehörigkeit zum "Black Block" vermuten ließen. Bei einer Verurteilung nach § 416 des italienischen Gesetzbuches (Bildung einer kriminellen Vereinigung) und § 419 (Zerstörung und Plünderung) drohen ihnen Haftstrafen von acht bis 15 Jahren.

Samstag, 1.9.: Ein Mailänder Gericht ordnet die Freilassung von zehn deutschen inhaftierten Gefangenen an, ein Deutscher steht unter Hausarrest, vier Deutsche, ein Italiener und zwei Tschechen sind weiterhin in Haft.

Montag, Dienstag 17.9/18.9.: In der Nacht und im Laufe des Tages werden im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in verschiedenen Städten Italiens Razzien in linken Zentren und besetzten Häusern durchgeführt. Bei den ca. 100 Razzien wurden mindestens 60 Menschen verhaftet. Im besetzen Haus in Mailand wurden zwölf Leute festgenommen, gegen zwei wird nach § 270 - Bildung und Unterstützung einer subversiven Organisation - ermittelt.

Anfang Oktober: Die letzten Gefangenen aus dem Knast in Genua sind frei. Es befinden sich noch drei Italiener in Hausarrest in Genua und Torino. Ihnen wird u.a. illegaler Besitz von bombenfähigem Material, Bewaffnung bis zu Mordversuch vorgeworfen. Gegen einen weiteren läuft ein Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Mitte September.: Die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses legen in Rom den Abschlußbericht zu den Ereignissen des G-8-Gipfels in Genua vor. "Es gibt keine Zweifel am positiven Gelingen des Gipfels" so der Ausschussvorsitzende Donato Bruno. Mißhandlungen in Polizeigewahrsam hätten nicht stattgefunden, auch für die Kaserne Bolzaneto gelte "die vollständige Einhaltung der Regeln".

Donnerstag, 8.11.: Der Innenausschuss des Bundestags lehnt den PDS-Antrag für einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Polizeiübergriffe auf GlobalisierungskritikerInnen ab.

Freitag, 9.11.: Ein Mailänder Gericht erklärt die Ausweisung einer deutschen Globalisierungsgegnerin als ungesetzlich. Die Präfektur von Genua hat während der Demonstrationen gegen den G8-Gipfel Abschiebungsverfügungen gegen 40 AusländerInnen getroffen, zudem wurde den DemonstrantInnen ein fünfjähriges Einreiseverbot nach Italien erteilt. Mit Verweis auf das jedem/r EU-BürgerIn zustehende Recht auf Reisefreiheit wurde das Vorgehen der Präfektur als unzulässig eingeordnet.

Nicole Vrenegor

Spendenkonten:

Archiv für soziale Bewegungen Norderstedt e.V., Konto: 46 65 14, Norderstedter Bank, BLZ: 200 69 11, Verwendungszweck: Genua

Politisches Bewußtsein e.V., Konto 10 40 40 100, Sparkasse Leverkusen, BLZ 375 51 440 Stichwort Genua-Gefangene

Ruff e.V., Konto: 1813040318, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Stichwort Genua

28. "Eine absolute Zockerei". Interview mit Lothar Evers zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen

Autor: Tom Binger · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:24

Von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft wurde die Einrichtung einer Zwangsarbeiterstiftung als große Wiedergutmachung, als quasi humanitärer Akt gefeiert. Die Tatsache, dass viele Opfergruppen per se von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen werden, und die Tatsache, dass durch Missmanagement Teile des Stiftungsvermögen bei Umtauschgeschäften flöten gingen, zeigen, wie ernst es die deutschen Eliten mit der Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen meinen. Lothar Evers ist Kuratoriumsmitglied der Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", die das Stiftungsvermögen von 10 Milliarden Mark verwaltet.

ak: Warum fühlen sich polnische ZwangsarbeiterInnen bei der Auszahlung der Entschädigungsgelder durch die deutsche Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" betrogen?

Lothar Evers: Das hängt damit zusammen, dass die deutsche Stiftung über zehn Prozent ihrer Stiftungsmittel, nämlich 1,325 Milliarden DM, an dem Tag, an dem die polnische Währung Zloty auf seinem Höchstkurs aller Zeiten war, umgetauscht hat. Der Zloty ist heute zwischen 13 und 16 Prozent weniger wert. Nun versucht man, dieses durch das Missmanagement der deutschen Stiftung - wenn nicht sogar durch Betrug - viel zu teuer eingekaufte Zloty-Vermögen den Opfern anzudrehen. Und das bedeutet für jeden einzelnen polnischen KZ-Häftling 2.000 DM weniger. Darüber sind die Betroffenen in Polen mit Recht empört.

Sie haben als Mitglied der Zwangsarbeiterstiftung Klage gegen Unbekannt wegen Verdachts des Betrugs und der Untreue eingereicht. Wer ist für das Finanzdesaster bei dem Währungsgeschäft verantwortlich?

Anfang des Jahres hat die Stiftung einen Haushalt in DM und nicht in Zloty verabschiedet. Trotzdem sind über zehn Prozent unseres Vermögens einfach in Zloty umgetauscht worden. Dabei haben die beteiligten Banken, insbesondere die Deutsche Bank, einen Provisionsgewinn von fast vier Millionen Mark erzielt. Es ist höchst zweifelhaft, ob überhaupt Geld getauscht worden ist oder ob die Banken längst bei ihnen vorhandene Zloty an die Stiftung losgeschlagen haben. Über den Sommer habe ich verschiedene Fragen gestellt, um aufzuklären, wie so etwas passieren konnte. Und als ich dabei innerhalb des Stiftungsvorstandes auf Granit gebissen habe, erstattete ich Anzeige.

Die Deutsche, Dresdener und die Commerzbank sind mit der Abwicklung der Geldgeschäfte beauftragt. Hätte der Kursverfall des Zloty nicht für die Währungsexperten absehbar sein müssen?

Eine der mysteriösesten Geschichten in diesem ganzen Zloty-Umtauschgeschäft ist, dass ich in einer einzigen Nacht Internet-Recherche vier bis fünf Quellen allein bei der Deutschen Bank gefunden habe, in denen bereits seit Januar vor der Volatilität des Zloty gewarnt wird. Volatilität heißt nichts anderes als ein extremes Auf und Ab des Kurses. Wie die Banken dieses gegenüber der Stiftung bewusst vertuscht haben oder wie man das gemeinsam geflissentlich übersehen hat, ist eine der spannenden Geschichten in diesem Zusammenhang. Ich glaube, die Deutsche Bank hätte keinem zweiten ihrer Kunden geraten, zehn Prozent seines Vermögens in die Weichwährung Zloty zu tauschen, nur weil die Zinsen dort etwas höher sind. So drängt sich der Verdacht auf, dass bei der Deutschen Bank ganz andere Interessen ausschlaggebend waren: nämlich das Interesse an Provisionsgewinnen von fast vier Millionen DM, vielleicht aber auch das Interesse, durch Billigeinkauf und späteres teures Losschlagen des Zloty einen Gewinn im zweistelligen Millionenbereich zu machen.

Gibt es für betroffenen polnischen Nazi-Opfer eine Möglichkeit der Kompensation für die ihnen vorenthaltenen 2.000 Mark?

Der einzige Vorschlag zur Kompensation für die Opfer, den die Stiftung bisher gemacht hat, ist mit vielen Haken und Ösen versehen. Der lautet ungefähr so: Wir haben jetzt diese Milliarde in Zloty umgetauscht und der Zloty verzinst sich höher als die DM, nämlich mit 14 statt mit vier bis fünf Prozent. In einem Jahr kann man theoretisch bis zu zehn Prozent mehr Zinsen erwirtschaften. Das Kompensationsgeschäft basiert also auf dem Liegenlassen des Zloty und der vagen Hoffnung, dass der Zloty nicht weiter fällt. Ich empfinde das als eine absolute Zockerei.

Bestimmte Gruppen, wie die italienischen Militärinternierten, die 1943 von der Wehrmacht nach Deutschland verschleppt und zum Arbeitseinsatz gezwungen wurden, sollen von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen werden. Wie wird dieses Vorgehen begründet?

Dass die italienischen Militärinternierten nun mit einem höchst fragwürdigen Rechtsgutachten aus der Entschädigung herauskatapultiert werden sollen, hat zwei Gründe: Erstens ist es mit über 70.000 Menschen eine relativ große Gruppe. Der zweite Punkt ist, sie gehören zu den nicht-jüdischen Opfern außerhalb von Mittel- und Osteuropa. Man hat, als die Stiftungsmittel aufgeteilt wurden, bestimmte Opfergruppen nicht beteiligt. Wenn man jetzt nicht auf irgendeine Art die Opfer loswerden kann, würde sich am Ende die Unterfinanzierung des Fonds herausstellen. Wenn es aber gelingt, die Opfer geschickt aus dem Gesetz heraus zu manipulieren, sieht es so aus, als würde das Geld reichen.

Die Bundesregierung argumentiert bei der Verweigerung der Entschädigungsleistungen, dass die Nazis bei der Umdeklarierung dieser Kriegsgefangenen in Zivilgefangene gegen Völkerrecht verstoßen hätten, und dass deswegen im Nachhinein diese Maßnahme für ungültig erklärt werden kann. Was halten Sie von dieser Argumentation?

Die Argumentationsstrategie der Bundesregierung und des von ihr mit einem sogenannten Gutachten beauftragten Völkerrechtlers Professor Christian Tomuschat ist einfach abenteuerlich. Dass es nicht zulässig war, Menschen in KZs zu verschleppen und Soldaten die Rechte als Kriegsgefangene zu verweigern, das weiß jedes Kind. Die neuen Strategie der Bundesregierung ist nun zu sagen, weil die Nazis das Recht gebrochen haben, haben sie dich zwar real missachtet, in Wirklichkeit bist du aber Kriegsgefangener geblieben. Nun sind aber Kriegsgefangene nicht Leistungsberechtigte im Sinne dieses Gesetzes. Real hast du zwar Zwangsarbeit geleistet, in Wirklichkeit, als rechtliches Subjekt, warst du aber Kriegsgefangener.

Das ist ein ganz besonderer Zynismus, der nur in dieser etwas autistischen Kumpanei zwischen Bundesfinanzministerium und einem wahrscheinlich sehr gut bezahlten Völkerrechtler passieren kann. Es ist ein übles Auftragsmachwerk, das so durchsichtig dem Zweck dient, eine Opfergruppe loszuwerden.

Das Interview führte Tom Binger

29. Krawalle, Lügen und Videos. Schwedische Polizei ermittelt gegen mehr als hundert Göteborg-DemonstrantInnen

Autor: Kathaina Bachmann, Hannes Heine · Rubrik: Schweden; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:02

Am 15./16.06.2001 fanden in Göteborg diverse Protestaktionen gegen das EU-Spitzentreffen statt. Am Rande kam es zu mehrstündigen Ausschreitungen, in deren Verlauf zeitweilig über hundert Personen festgenommen wurden.

Etwa 60 vorwiegend junge Leute mussten in Untersuchungshaft bleiben, darunter auch DemonstrantInnen aus Deutschland, Italien, Dänemark und anderen Ländern. Ihnen wurde hauptsächlich "gewaltsamer Auflauf", also Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen. In der ersten Prozesswelle beim Göteborger Amtsgericht wurden zunächst zu erwartende Haftstrafen - allerdings ohne die ebenfalls zu erwartete Bewährungsoption - von fünf bis acht Monaten ausgesprochen.

Nach einer massiven, inzwischen auch vom Schwedischen Journalistenverband kritisierten Pressehetze und einer tendenziösen Berichterstattung in Funk und Fernsehen wurden die Urteile jedoch deutlich schärfer. So wurden inzwischen durchgängig Gefängnisstrafen zwischen einem und vier Jahren verhängt. Die Staatsanwaltschaft ging zusätzlich in fast allen Verfahren in die Berufung und forderte oft fast das Doppelte der Amtsgerichtverurteilungen.

Auf Grund der besonderen Situation in Schweden sind bisher außergewöhnlich hohe Strafen verhängt worden. So gab es in der jüngeren schwedischen Geschichte keine Anwendung des Paragrafen "gewaltsamer Auflauf", da es bisher kaum politisch motivierte Ausschreitungen gegeben hat. Dadurch wollten Staatsanwälte und Gerichte den Rahmen abstecken, Präzedenzfälle schaffen und solche "außerschwedischen Vorfälle" in Zukunft durch Abschreckung unterbinden.

Die gesamte politische Kaste Schwedens - seit 50 Jahren dominiert von der Sozialdemokratie - forderte harte Reaktionen auf diese in Schweden neue Form des Protestes. Entsprechend war die tägliche Berichterstattung über die "Krawalle in Göteborg": Neue Schadenszahlen, neue Videos, neue Statements aus den Ministerien, neue Strafmaßforderungen - eine Horrormeldung jagte die nächste.

Die Gerichte waren auf ihre Aufgabe vorbereitet, die Schöffen - von den politischen Parteien eingesetzt - aufgeheizt. So gesehen wäre es nicht nötig gewesen, dass die Staatsanwaltschaft in allen Prozessen Videofilme der Krawalle zeigte, um die Stimmung in den Gerichtssaal zu transportieren. Diese Videos hatten keinen direkten Bezug zu den jeweils Angeklagten, sie waren reine Zusammenschnitte aus Nachrichtensendungen.

Auch und gerade in den Revisionsverhandlungen am Oberlandesgericht Westschweden in Göteborg zählten die Stimmung und die allgemeinen Ereignisse um den EU-Gipfel herum mehr als die zu beweisende Einzelschuld. Außerdem wurden die meisten Urteile hier bestätigt oder erhöht. So wurde ein deutscher Protestierer nun zu zwei Jahren anstatt zu 15 Monaten verurteilt.

Durch lang anhaltende Auswertungen des umfangreichen Videomaterials, durch massive Aufwendungen der Generalstaatsanwaltschaft sind die Ermittlungen noch lange nicht abgeschlossen. Vor kurzem wurden 20 SchwedInnen festgenommen, die angeblich auf Videos erkannt worden sein sollen.

Die Ermittlungsbehörden ermitteln offiziell weiterhin gegen mehrere hundert Personen aus ganz Europa, u.a. gegen namentlich schon bekannte deutsche AktivistInnen. In schwedischen Zeitungen ist zu lesen, dass "in den nächsten neun Monaten bis zu 80 Verdächtige festgenommen" werden sollen. Eine Auslieferung an Schweden ist z.Z. noch nicht möglich, doch nach den Ereignissen in Göteborg und Genua im Sommer 2001 arbeitet Innenminister Schily an einer entsprechenden Gesetzesänderung.

Hannes Heine/Kathaina Bachmann

Angesichts der derzeitigen Entwicklung der Prozesse von Göteborg und angesichts der zu erwartenden zukünftigen Prozesswelle ist die Soli- und Antirepressionsarbeit wichtiger denn je. Spenden für die Prozesse der DemonstrantInnen von Göteborg an das Konto der Roten Hilfe e.V., Konto: 7189590600, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00. Stichwort: Göteborg

30. Geschlecht und Gouvernementalität - Teil 2. Neoliberale Modelle der "Unternehmerin" und ihre empirische Wirklichkeit

Neoliberale Anrufungen der "Unternehmerin" und ihre empirische Wirklichkeit

Autor: Susanne Schultz und Katharina Pühl · Rubrik: Wissenschaftskritik; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:31

Die durch die Untersuchungen Michel Foucaults zum Neoliberalismus inspirierten "Gouvernementalitätsstudien" sind derzeit in akademischen Diskursen en vogue. Foucaults Begriff der Gouvernementalität bündelt dabei die Kritik an einem simplen Staats- und Regierungsverständnis sowie die Doppelperspektive auf Formen der "Selbstführung" und Techniken der gesellschaftlichen "Fremdführung" von Individuen im neoliberalen Staat. Kennzeichnend für neoliberale Regierungsformen sei dabei vor allem eine systematische Verbindung von Selbst- und Fremdführung: Soziale Verhältnisse werden auf individuelle Verantwortlichkeiten zurückgeführt; das Individuum wird zu seinem eigenem "Unternehmer". Diese Entwicklung zeichneten Katharina Pühl und Susanne Schultz im ersten Teil ihres Beitrags in ak 455 am Beispiel Bevölkerungspolitik nach. Dabei haben sie zugleich kritisch gezeigt, dass eine zu schematische Anwendung des Gouvernementalitätskonzeptes, dazu tendiert, zwei Ebenen gleichzusetzen: die "programmatischen" Subjekte - also neoliberale Konzepte von Subjekten - und die "empirischen" Subjekte - also die konkreten Erfahrungen und sozialen Bedingungen von Menschen. Dies ist insbesondere problematisch, wenn es um die Frage nach Geschlechterverhältnissen geht. Denn die Bezugnahme auf ein vermeintlich geschlechtsneutrales neoliberales Subjekt kann dann dazu dienen, strukturelle Diskriminierung von Frauen unter den Tisch fallen zu lassen. Dies wird im folgendem am Beispiel der "Existenzgründerin" untersucht.

Auch im zweiten Teil unseres Beitrags möchten wir dem Problem nachgehen, ob und wie "programmatische Subjektivitäten" mit der Selbstbeschreibung, den Selbsttechniken der Angerufenen übereinstimmen bzw. welche Differenzen und Widersprüche wahrnehmbar werden, die eine glatte "Durchreichung" politischer Programmatiken verhindern. Allerdings erweist sich hier eine Leerstelle der Gouvernementalitätsstudien als Problem: Trotz aller Beteuerungen über die Differenz von Macht- und Selbsttechnologien, über die Unabgeschlossenheit und Widersprüchlichkeit der untersuchten Programme verleitet der Fokus auf institutionalisierte Diskurse dazu, "programmatische Subjektivitäten" für bare Münze zu nehmen. Dabei bleibt die Frage offen, ob und wie empirische Subjekte sich die an sie herangetragenen Anforderungen umgekehrt wiederum aneignen, sich ihnen verweigern oder sie selbst rekontextualisieren und umformulieren. Eine Kritik an Konzepten wie Authentizität, Innovation oder Selbstbestimmung muss unseres Erachtens empirisch fundiert werden, denn sie kann nur kontextbezogen geschehen, soll die neoliberale Programmatik nicht zum unhinterfragbaren Popanz gemacht werden. Wir möchten deshalb an folgendem Beispiel der Frage nachgehen, in welcher Weise Programme zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes neoliberale Elemente der Anrufung des bzw. der "UnternehmerIn ihrer/seiner selbst" bestärken und damit auf spezifische Weise zur Neuregulierung der Geschlechterverhältnisse beitragen. Unsere These ist, dass aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive dieser Zusammenhang zwar gesehen, aber bislang meist nicht umfassend genug geschlechtsspezifisch analysiert wurde - vor allem nicht hinsichtlich der zwei ineinander greifenden Dynamiken von Flexibilisierung und Festschreibung, von denen bereits in ak 455 die Rede war.

Eine Studie von Andrea Nispel (1999) über Gründerinnen von Kleinunternehmen im Rhein-Main-Gebiet (weniger als zehn Beschäftigte), ausgeführt im Auftrag der Frauenbetriebe Frankfurt, einem Existenzgründungberatungsprojekt für Frauen, kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen sowohl aus Existenznot (Arbeitslosigkeit) heraus, wie auch aus dem Wunsch nach selbstständiger Arbeit Unternehmen gründen. (1)

Diese Existenzgründungsprozesse müssen im Zusammenhang politischer Rahmenprogramme wie dem jährlichen Beschäftigungspolitischen Aktionsplan der Bundesregierung Deutschland gesehen werden. Für das Jahr 2001/02 (also zeitlich nach der als Beispiel gewählten empirischen Untersuchung) sieht dieser unter anderem die "Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern" vor. Handlungsperspektiven werden entworfen, die die geschlechtsspezifischen Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

kompensatorisch abbauen sollen. In Leitlinie 16, angelehnt an die gleich lautende Formulierung im Amsterdamer Vertrag der EU, wird die Verwirklichung der Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe im Sinne des "Gender Mainstreaming" der Europäischen Union sowie eine Anhebung der Beschäftigungsquote von Frauen als Ziel formuliert. (2) Nach wie vor sähen sich Frauen mit "besonderen Problemen" konfrontiert, wenn es um den Zugang zu Beschäftigung, um berufliches Fortkommen, um Arbeitsentgelt und um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ginge. Demzufolge sollen arbeitsmarktpolitische Programme Frauen in dem Umfang zugänglich gemacht werden, der ihrem Anteil an der Zahl der Arbeitslosen entspricht. Sich nachteilig auswirkende Effekte der Steuer- und Sozialgesetzgebung sollen überprüft werden.

Motiviert, innovativ, authentisch

Der Aktionsplan sieht ferner vor, eine Expertinnendatenbank sowie einen "virtuellen Ressourcenraum zu Gender Mainstreaming" aufzubauen. Mit der Doppelstrategie der Verankerung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in Form von Leitwerten in allen einschlägigen Handlungsfeldern und der Formulierung der Changengleichheit, vor allem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als eigenständigem Ziel der Geschäftspolitik der Bundesanstalt für Arbeit, scheint der Aktionsplan zunächst auf programmatischer Ebene die Berücksichtigung relevanter geschlechtsspezifischer Ungleichheiten zu versuchen. Dennoch beruht er nach wie vor auf einem konservativen Geschlechtermodell. Eine Kampagne für ein neues "Väter-/Männerleitbild" (S. 70) wird zwar erwähnt, aber nicht weiter ausgeführt. Insgesamt tragen diese Maßnahmen sehr deutlich die neoliberale Handschrift der Umstrukturierung des Arbeitsmarkts. Das verankerte Leitbild ist das des "aktivierenden Staates", das Ansatzpunkte für eine staatliche Regulierung gibt, die den Typus ArbeitskraftunternehmerIn zum Ziel hat.

Das zeigt sich an den Vorgaben der übrigen drei Säulen des Programms, als da wären: Beschäftigungsfähigkeit - aus dieser Sicht wird Arbeitslosigkeit als Problem des/der Einzelnen gefasst; Entrepreneurship - hier geht es um die Entwicklung des Unternehmergeistes; und schließlich die Förderung der Anpassungsfähigkeit - künftig müssen Menschen ständig auf Veränderung vorbereitet sein.

Diese arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogenen Maximen formulieren ein Paradox neuer Anforderungen an ArbeitnehmerInnen: sich anzupassen und gleichzeitig unternehmerische Fähigkeiten und unternehmerisches Denken zu entwickeln. Entgegen einer an die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft gerichteten Erwartung, Arbeit zu schaffen und soziale Risiken abzusichern, entwirft diese Perspektive die politische Gestaltungsaufgabe der Selbstverantwortung für die eigene Arbeits- und Lebensbiografie. Verantwortung kann hierbei auch als erzwungene Fähigkeit interpretiert werden, sich permanenter Veränderungen - vor allem auf dem Arbeitsmarkt und im Zusammenhang damit verbundener Regelungen von Arbeitszeit etc. - zu stellen. Dies wäre die negative Sicht der mit diesen politischen Regelungen verbundenen Konsequenzen für Einzelne. Interessant ist aber vor allem, sich die produktiven Effekte solcher Anrufungsformen anzusehen. Im Folgenden wollen wir die Studie von Nispel auf drei zentrale Leitbegriffe hin befragen, die genauere Interpretationen zulassen: Motivation, Innovation und Authentizität.

"Weibliche" Kompetenzen als Kapital

Fast die Hälfte der Gründerinnen hatte eine unbefristete, sozialversicherte Vollzeitstelle, die sie für die Existenzgründungen gekündigt haben. Sie begründeten diesen Schritt in die Selbstständigkeit mit einer klaren Absage an abhängige, mehr oder minder sichere und damit auch materiell absichernde Beschäftigungen. Eine andere große Gruppe (über vierzig Prozent) war vor der Gründung arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht und hat sich einen neuen Arbeitsplatz schaffen wollen, weil sie keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten in ihrer mitgebrachten Berufsausbildung sahen (z.B. als "feste Freie" im Journalismus). Zu dieser zukunftsorientierten Haltung, den Schritt in die Selbstständigkeit zu tun, passt gut, dass die Gründerinnen am häufigsten den Wunsch angaben, die eigenen Fähigkeiten entwickeln, unabhängig sein und vor allem Spaß an kreativer Arbeit haben zu wollen. Die Aktivitäten werden um ihrer selbst willen ausgeführt, weil sie interessant sind und weil sie freiwillig und willentlich getan werden, ohne dass von außen materielle Anreize oder Zwänge bestehen.

Die Ambivalenz der Interpretationsmöglichkeiten dieser Situation sticht ins Auge: Sind diese Akteurinnen nun Vorreiterinnen einer neoliberalen Politik des "aktivierenden Staates", die die Potenziale der Vermarktlichung ihrer Kompetenzen effizient umsetzen? Ist ihr Verhalten im Rahmen eines neuen Steuerungsmodells zu

verstehen, sich im Umgang mit der "Ressource Ich" als kundenorientierte Dienstleistungsunternehmerin zu verstehen? Oder finden hier im Gegenteil kritische Motive ihren Ausdruck, die ihre Wurzeln letztlich in den Debatten der zweiten Frauenbewegung und ihrer Kritik an hierarchisch und männlich dominierten Arbeitsverhältnissen haben? Tatsächlich greifen beide diskursiven Stränge ineinander.

Interessant ist, dass trotz der unterschiedlichen Ausgangssituationen bestimmte Übereinstimmungen darin bestehen, wie und wozu sich das jeweilige Unternehmen - abgesehen von der Finanzierung des eigenen Lebensunterhaltes - entwickeln soll: "Klein aber fein" gründen und das Unternehmen führen, wie Andrea Nispel zusammenfasst. Einer der Gründe hierfür liegt in der strukturellen Barriere, dass Frauen nach wie vor seltener größere Bankkredite gewährt werden, weil ihnen in der Finanzwirtschaft unternehmerisches Handeln nicht in gleichem Maße wie Männern zugetraut wird.

Hier wird einer der Widersprüche zwischen der Ansprache von Frauen als Unternehmerinnen und gesellschaftlich eingeschriebenen geschlechtsspezifischen Diskriminierungsmustern deutlich, die die Bedingungen der Existenzgründungen von Frauen strukturieren. Eine Perspektive, die allein auf die diskursive Oberfläche der "Unternehmerin" gerichtet ist, blendet die strukturellen Hindernisse der sozialen Situation von Frauen mit Kindern aus. Nach wie vor werden diese Hindernisse allenfalls in der Figur des "Defizits" oder der "Benachteiligung" formuliert. Politische Programme, die das Geschlechterverhältnis und die Verteilung versorgender Arbeit insgesamt neu entwerfen, fehlen praktisch ganz. Hier mischen sich, z.B. im Aktionsplan der Bundesregierung, konservative Leitbilder einer Geschlechterordnung mit "innovativen" Arbeitsmarktstrategien für Frauen. Genau hier zeigt sich aus unserer Sicht, wie Festschreibungsstrategien der Geschlechterordnung und Flexibilisierungsanforderungen miteinander verwoben werden.

Nispels Studie zeigt, dass die meisten Gründerinnen ein durchaus selbstbewusstes und eigensinniges Verständnis von "Innovation" zeigen. Es orientiert sich nicht in erster Linie am Interesse des Gewinns von Marktanteilen durch technische Innovationen, sondern ist definiert durch pragmatische kreative Lösungen nah an den eigenen Kompetenzen und Erfahrungen. Eine Gruppe von Frauen etwa interpretierte "Innovation" in Relation zur eigenen Kreativität und persönlichen Bereitschaft, auf Veränderungen mit Spaß und Begeisterung flexibel zu reagieren. Neue Ideen müssten immer auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft werden, dann seien sie als Innovation zu bezeichnen. Andere äußerten sehr deutlich die Einstellung, dass sie dem "Zeitgeist immer eine Nasenlänge voraus" sein wollten und es gelte, Marktnischen zu entdecken und zu nutzen.

Die Qualitätsbestimmung des eigenen Angebots fassen die befragten Unternehmerinnen vielfältig, wobei der Akzent auf unterschiedlichen Aspekten des Außenkontaktes zu ihren KundInnen liegt. Besonders hoch bewertet werden starke KundInnenorientierung, hohe Serviceleistung, aber auch Leistungsmerkmale, die nicht den schnellen Gewinn als Arbeitsmaxime, sondern Kommunikation als Qualität der eigenen Arbeit betonen.

Viele der Interviewten sprachen schließlich von "Authentizität", womit sie beschrieben, wie ihre Unternehmerinnenpersönlichkeit, ihr Angebot, der Prozess der Leistungserbringung und der Kommunikation mit den KundInnen genau zusammenpassen sollten. Lässt sich hier eine "alte" Forderung der Frauenbewegung nach authentischen Beziehungen und entsprechender Gestaltung von Lebens- und Arbeitszusammenhang wiederfinden, transformiert in ein eher ganzheitliches ökonomisches Konzept der Selbstführung? Einige beklagten jedenfalls das Fehlen von Vorbildern für diese Situation mit der Folge, dass der Erwerb notwendiger ganzheitlicher Kompetenzen zur Unternehmensführung eher als Einzelkampf empfunden wurde.

Soweit die kleine Zahl der Befragten dies schließen lässt, orientieren sich die Unternehmerinnen offenbar nicht ohne weiteres an den Leitwerten der neoliberalen "programmierten Arbeits-Subjektivitäten", sondern entwerfen ihr persönliches Leitbild mit eigenwilligen, engagierten, kommunikativen Werten, die sie kontextbezogen interpretieren und die sich folglich nicht als universalisierbare stabile Kompetenz der Arbeitnehmerin in andere als die selbstgewählten Kontexte übertragen und verwerten lassen. Hier erkennen wir einerseits widerständige subjektive Handlungsformen. Andererseits stellen diese Kompetenzen eine produktive Ressource dar, die vor allem im Dienstleistungssektor unter der Perspektive der Leistungsfähigkeit gefordert wird. "Kundenorientierung als weibliche Stärke" erfährt systematische Förderung in betrieblichen Qualifizierungskonzepten. Diese produktiven Machtbeziehungen bringen Geschlechterdifferenz auf neue Weise hervor, "aber nicht, um sie zu marginalisieren, auch nicht, um sie zu integrieren, sondern um sie zu definieren und zu nutzen" (Weber S. 264).

Das wahre Selbst als Rohstoff

Aufschlussreich ist die diskursanalytische Auswertung der Effekte, der Streuung und Produktivität von diskursiven Leitbildern, die dem neoliberalen Entwurf einer marktgesteuerten Gesellschaft zu entsprechen scheinen. Dabei müssen die speziellen Verbindungen emanzipativer und steuernd-regulierender Metaphern und Akteursanrufungen aber genauer untersucht und in ihrem konkreten Kontext gesehen werden. Das Freistellen bestimmter Leitfiguren wie beispielsweise "Authentizität" aus dem Herkunftskontext von emanzipativen sozialen Bewegungen, damit die Dethematisierung ihres kritischen Gehalts, ist eine der neoliberalen Strategien der diskursiven Umarmung und Umarbeitung kollektiver Bedürfnisse. Hier wird ein regulatives Ideal konstruierter subjektiver Bedürfnisse eines/r ArbeitsnehmerIn zur Maxime des neoliberalen Programms der Menschenführung, die den "Rohstoff des authentischen Inneren" (Greco, S. 277) bearbeitet, z.B. in Erfolgsratgebern (Bröckling 2001). Es will Beziehungen zum Selbst regulieren, die innere Widerstände gegen bestimmte Zumutungen der Außenwelt glätten. Und es steht im Widerspruch zu einem kritischen Verständnis entfremdeter Arbeit, wie es die sozialen Bewegungen der siebziger Jahre formuliert haben. Dieses Spannungsverhältnis im Blick, müssen geschlechtsspezifisch verkürzte Analysen neuer Anrufungsweisen programmatischer unternehmerischer Subjektivitäten kritisiert werden. Nur eingedenkt dieser Widersprüchlichkeiten können bestimmte neoliberale Thematisierungen von "Geschlechterunterschieden" kritisiert werden, wie sie z.B. ein Schweizer Wirtschaftsforscher zur Frage der Bedeutung von Geschlechteridentitäten für das Leitbild "des Arbeitnehmers" der näheren Zukunft entwirft (zitiert nach Keupp, S. 43/44). Auf die Gender-Debatte bezugnehmend, konstatiert dieser nämlich eine "Fitness der Geschlechter", mit der er vor allem das "Ende des Geschlechterzwanges" verbindet: Nun endlich sei es möglich, eine optimale Mischung des "Weiblichen" und "Männlichen" zu erreichen.

Katharina Pühl und Susanne Schultz

Dieser Artikel ist aus den Vorarbeiten zu einem Beitrag für folgendes Buch entstanden, das im November 2001 im Ulrike Helmer-Verlag erscheinen wird: Sabine Hess /Ramona Lenz (Hrsg.): Geschlecht und Globalisierung.

Anmerkungen:

1) Für die Studie wurden 43 Unternehmerinnen, die zu über achtzig Prozent im primären und sekundären Dienstleistungsbereich arbeiten und deren Unternehmensgründungen in den neunziger Jahren erfolgten, nach Motivation, Beratung, vorausgehenden und neu erworbenen Kompetenzen, Zielgruppen, Unternehmensvisionen und erfolgen befragt.

2) Zur Kritik des europäischen Modells vom Gender Mainstreaming vgl. Schunter-Kleemann 1999.

Literatur:

Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/ Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main 2000.

Bröckling, Ulrich: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. In: Bröckling et al. (Hg.) 2000, S. 131-167.

Bröckling, Ulrich: Gendering the entrepreneurial Self. Subjektivierungsprogramme und Geschlechterdifferenzen in Erfolgsratgebern. Vortragsmanuskript 2001.

Brütt, Christian: Der Kapitalist in uns allen. "Arbeitskraftunternehmer" als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft. In: ak 450, 10. Mai 2001, S. 32.

Bundesrepublik Deutschland: Nationaler Beschäftigungspolitischer Aktionsplan 2001. http://www.bundesfinanzministerium.de/fachveroeff/AbtI/nap01end.pdf .

Foucault, Michel: Die "Gouvernementalität". In: Bröckling et al. (Hrsg.) 2000 (1977/78), S. 41-67.

Greco, Monica: Homo Vacuus. Alexithymie und das neoliberale Gebot des Selbstseins. In: Bröckling et al. (Hrsg.) 2000, S. 265-285.

Keupp, Heiner: Wer erzählt mir, wer ich bin? Identitätsofferten auf dem Markt der Narrationen. In: Psychologie und Gesellschaft, Nr. 4 (1996), S. 39-64.

Nispel, Andrea: Aufzeigen innovativer Gründungsfelder für Frauen und Analyse des Einflusses von Qualifikationen von Unternehmerinnen auf ihren Unternehmenserfolg. Frankfurt/Main 1999.

Paulitz, Tanja: Electronic Networking - Welche Rolle spielt das Geschlecht? Thesen zur sozialen Konstruktion informationstechnischer Netzwerke und ihrer Akteurinnen. Kassel 2001 (Manuskript).

Pühl, Katharina: Geschlechtsspezifische Sozialisation: Arbeit, Geschlecht, Gouvernementalität. Erscheint im Tagungsband zur Tagung: "Ich schau Dir in die Augen, gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang!", Universität Frankfurt/Main, 9.-11-2001, hg. Von Daniel Loick u.a.

Schunter-Kleemann, Susanne: Europäische Geschlechterpolitik - tauglich für das 3. Jahrtausend? In: Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Hamburg 1999, S. 138-167.

31. Global action - local congress. Kongress zu Globalisierung und Perspektiven linksradikaler Politik in Hamburg

Autor: Kongress 111 · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:08

Vom 30.11.01 bis zum 02.12.01 findet in Hamburg ein lokaler Kongress statt, der sich mit der sozialen Bewegung gegen Events der politischen und ökonomischen "global players" auseinander setzt. Zwei Jahre nach Seattle und vier Monate nach Genua kommt die immer größer werdende globalisierungskritische Bewegung, sofern sie als einheitliche Bewegung bezeichnet werden kann, nicht darum herum, ihre bisherige Vorgehensweise zu diskutieren. Vor allem ist eine kritische Diskussion über die Ziele und Strategien linksradikaler Politik in dieser Bewegung zu führen. Der Kongress 111 soll eine kontinuierlichere Diskussion innerhalb linker Zusammenhänge auf regionaler Ebene anstoßen.

Die Mobilisierungen gegen die Gipfel von Prag, Göteborg und Genua haben längst und nicht zuletzt auf Grund der militanten Auseinandersetzungen, die massenmediale Aufmerksamkeitsschwelle überschritten. Der Spiegel glaubte in ihr "die erste wirklich internationale Protestgeneration" zu erkennen und attestiert der Bewegung, dass sie mit ihrer vorgebrachten Kritik in den meisten Punkten recht hätte (Spiegel Nr. 30, 23.07.01). Die Sympathiebekundungen reichen weit hinein ins linksliberale Lager. Verkannt wird hierbei, die große Spannbreite der Bewegung, ihre Heterogenität zeigt sich sowohl in den Zielen als auch in den Weg, wie diese zu erreichen seien. Ihr gegenüber steht eine Taktik der wohlwollenden Einbindung konformer Teile der Bewegung an die Tische der EntscheidungsträgerInnen und gleichzeitig eine repressiv agierende Polizei, die mit Einwilligung eben dieser EntscheidungsträgerInnen Demonstrationen angreift und inzwischen auch vor dem Gebrauch der Schusswaffe nicht halt macht. Genua war der traurige Höhepunkt dieser Repression auf der Straße, in den Kasernen und den Gefängnissen. Dort wo die Repression auf der Straße nicht mehr reicht, werden Gesetzesänderungen vorgebracht, die verhindern sollen, dass Menschen auf die Straße gehen.

Eine entscheidende Stärke von sozialer Bewegung ist die regionale Verankerung in der Form von Kämpfen, die vor Ort geführt werden, aber einen Bezugsrahmen beanspruchen der über das Lokale hinausgeht. Hier ist (zumindest für Deutschland) weitgehend Fehlanzeige angesagt. Die Proteste auf den Events bleiben weitgehend abgehoben von lokalen Kämpfen. Hier lohnt sich ein Blick auf die verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen vor Ort. Die Proteste gegen die Treffen der neoliberalen GlobalisiererInnen haben bereits zu neuen Aktionsformen geführt, die inzwischen auch die gängigen Demonstrationsmuster der deutschen Linken beeinflussen. Reclaim-The-Streets-Partys, Pink and Silver-Blöcke und andere Formen der Straßen-Aktion sind direkte Ergebnisse des Kennenlernens verschiedener Ausdrucksformen des Protests, die sich nun auch auf der lokalen Ebene bemerkbar machen.

An diesen hier nur kurz angerissenen Punkten machen sich eine Vielzahl von Fragen fest, über die wir auf dem Kongress 111 diskutieren wollen. Auf welchen inhaltlichen Nenner lässt sich diese Protestbewegung bringen und wie verorten wir uns darin? Was bedeutet "Bewegung" und wie beziehen wir uns auf sie? Wo können wir uns vorstellen aktiv zu werden, welche Bündnisse sind möglich? Welche Aktionsformen gibt es und wie sieht es mit dem Primat der Politik aus? Wie können wir uns vor Repression schützen? Und nicht zuletzt die Frage: welche Perspektiven können wir erkennen, für die es sich lohnt einzutreten? Mit diesen Fragen verbunden, sind bestimmte inhaltliche Auseinandersetzungen, die auf dem Kongress geführt werden sollen: Was ist Globalisierung, wer sind die wesentlichen Akteure? Was hat es mit dem vielfach beschworenen Wandel des Nationalstaates auf sich? Welche Rolle spielt die EU als supranationaler Wettbewerbsstaat?

Trotz des vorgegebenen Rahmens soll der Charakter des Kongresses vor allem als prozesshafter offener Raum gestaltet werden. Die angebotenen Arbeitskreise bekommen die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen. Nicht alle Diskussionen werden hier das erste Mal geführt werden. Dennoch erscheint es uns wichtig, sie aus den gängigen Diskussionszirkeln auf eine breitere Ebene zu stellen, damit wir aus diesen Diskussionen heraus regional zu neuen Handlungsmustern kommen können.

Allgemeine Informationen zum Kongress und eine Beschreibung der verschiedenen Arbeitskreise können angefordert werden:

Kongress 111, c/o Infoladen, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg oder unter www.aktionsinfo.de/congress, Email: kongress111@gmx.de. Der Kongress wird veranstaltet von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen aus dem linksradikalem Spektrum, die zu unterschiedlichen Schwerpunkten, wie z.B. Repression, Kapitalismuskritik, FrauenLesbenpolitik und Anarchismus arbeiten.

32. Gipfelproteste in Brüssel

Autor: gw · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:42

Zum Abschluss der belgischen EU-Präsidentschaft treffen sich die Regierungschefs der EU-Staaten am 14./15.12 in Laeken/Brüssel. Kurz vor Einführung des Euros steht die EU-Osterweiterung und die Revision des Vertrags von Nizza auf der Tagesordnung. Diskussionsbedarf besteht aber sicherlich auch über die Beteiligung der EU-Staaten am Krieg. Die internen Diskussions- und Entscheidungsstrukturen haben doch für einige Verstimmungen insbesondere bei den kleineren EU-Staaten geführt. Einmal mehr wurde deutlich dass Schröder, Chirac und Blair nur in Schönwetterzeiten die anderen Staaten an Entscheidungen partizipieren lassen.

Nach den Protesten von Göteborg und Genua wird sich zeigen müssen wie groß die Mobilisierungsfähigkeit der KritikerInnen und GegnerInnen der EU-Politik ist. Angeboten wird eine breite Palette von Demonstrationen und Kongressen.

Vom 11.-13. Dezember findet in Brüssel das "Parlament der Erwerbslosen" statt. In Fortsetzung der Treffen in Köln 1999 und Paris 2000 sollen bei der Konferenz "horizontale" Verbindungslinien geknüpft und gemeinsame Verbindungslinien entwickelt werden. In Planung ist eine Kampagne gegen den Abbau des Rechts auf Arbeitslosen- und Sozialhilfe und gegen Arbeitszwang. Weitere Infos unter: www.euromarches.org

Am 13. Dezember ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zu einer Demonstration auf. Wie üblich werden keine konkreten Forderungen an die EU gerichtet. Alles was sonst noch Rang und Namen hat ruft mit eigenen Forderungen ebenfalls zu dieser Demonstration auf. Auch radikale Kräfte werden sich an dieser Demo beteiligen und ähnlich dem Charakter der Demonstration vom Dezember 2000 in Nizza sein. Beginn ist um 10:00 am Bockstael in Laeken, Zielpunkt das Heysel-Stadion. Es wird mit mindestens 60.000 TeilnehmerInnen gerechnet.

Am 14. Dezember mobilisiert das linke D14-Bündnis zu einer weiteren Demonstration. Hier versammeln sich die EU-kritischeren Kräfte. Mit Aktionen des zivilen Ungehorsams soll Sand ins Getriebe der EU-Maschinerie gestreut und versucht werden das übliche Gipfelprozedere zu behindern. An dieser Demonstration werden sich voraussichtlich auch Teile von Gewerkschaften und NGOs (z.B. attac) beteiligen. Zu dieser Demonstration werden ca. 20-30.000 Menschen erwartet.

Weitere Infos unter: www.d14.be

Am 15. Dezember gibt es von 10-12:30 eine internationale Versammlung im Audimax der Uni und ab 13:30 von da ab eine Demonstration die um 16:00 am Platz Schuman endet. Danach gibt es eine reclaim-the-streets-Party. Noch unklar ist, ob es eine große Friedensdemonstration geben wird.

Weitere Infos unter: www.bruxxel.org

Aktuelle Informationen zu den Aktivitäten in Brüssel auch unter:

www.labournet.de

Vom 11.-14. Dezember finden Aktionstage an der deutsch-belgischen Grenze in Aachen statt. Bei diesen Aktionstagen werden insbesondere die Repressionsmaßnahmen wie Ausreiseverbote, Meldeauflagen und Residenzpflicht thematisiert. Am 14.12 soll dann ein kollektiver Grenzübertritt im Raum Aachen stattfinden.

Weitere Infos unter:

www.nadir.org/nadir/initiativ/

rotes_buero/Gruppen/behubelni

33. Wiederbegegnung mit Leo Kofler

Autor: Manfred Behrend · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:13

Der Soziologe und Philosoph Leo Kofler (1907-1995), "heimatloser Linker" und Protagonist eines undogmatischen Marxismus, war einer der bedeutendsten Vertreter des deutschen Nachkriegsmarxismus und zugleich Vermittler zwischen alter Arbeiterbewegung und neuer Linker. Ein kürzlich im Auftrag der Leo-Kofler-Gesellschaft herausgegebenes Buch bietet eine Grundlage, um Koflers Werk kennen zu lernen und auf seinen Gebrauchswertfür linke Politik zu prüfen.

Der von Christoph Jünke herausgegebene Sammelband "Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert" basiert auf einem Kongress, der vom 29.4. bis 1.5. 2000 an der Ruhr-Universität Bochum abgehalten wurde, um das Werk des lange Zeit in Ost wie West verfemten oder ignorierten marxistischen Gesellschaftswissenschaftlers kritisch zu sichten und als Analysehilfe wieder nutzbar zu machen. Die meisten der in dem Buch abgedruckten 16 Beiträge sind Überarbeitungen von Referaten, die während des Kongresses gehalten wurden.

Wolfgang Fritz Haug, Philosoph und Herausgeber des "Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus", plädiert zu Beginn für eine Renaissance der weiter offenen marxistischen Lehre und Weltanschauung, damit der High-Tech-Kapitalismus samt neoliberaler Rechtfertigungsideologie leichter durchschaut und wirksamer bekämpft werden kann. Neben diesem löblichen Ansatz birgt der Artikel leider auch Fehler. So sieht Haug Leo Trotzki als "genialen Militärkommunisten", der "den bewaffneten revolutionären Ansturm" verabsolutiert habe. (S. 15) Einerseits schränkt dies nachträglich das ausgedehnte Betätigungsfeld des großen Revolutionärs unzulässig ein. Andererseits hat gerade Trotzki als einer der ersten - parteiintern und gegen Lenin - 1920 der Umwandlung des sowjetischen Verteidigungskrieges gegen Polen in einen Angriffskrieg widersprochen; 1921 hat er dann - mit Lenin - vor der auf revolutionäre Abenteuer gerichteten kommunistischen "Offensivtheorie" gewarnt und sich für eine Einheitsfronttaktik gemeinsam mit sozialdemokratischen und parteilosen ArbeiterInnen ausgesprochen.

Der Historiker Ulrich Brieler sowie der Ökonom und Politologe Michael Krätke analysieren Koflers umfangreichste und sprachlich eingängigste Publikation, die "Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft" von 1948. Sie stellen klar, dass das Historienmodell des Verfassers dialektisch ist und nicht den Bourgeois, sondern den allzeit kritischen, auch kapitalismuskritischen Citoyen zum Helden hat. Krätke wendet sich gegen die z.T. Erkenntnis hemmende Konzeption der sogenannten Postmoderne; durch informierte Rückblicke auf die Vergangenheit, so auf die Schrift von Kofler, könne das eigene Denkorgan wider "postmodernes Gerede" immunisiert werden. (S. 71)

Koflers Anthropologie war durch ein ganzheitliches Menschenbild und das von der Aufklärung her rührende Vertrauen in die Fähigkeit der Individuen gekennzeichnet, sich aus den Banden von Unterdrückung, Entfremdung und geistigem Pauperismus selbst zu befreien. Mit dieser Thematik befassen sich auch die Aufsätze des linken Publizisten Jakob Moneta, des christlichen Sozialethikers und Ersten Vorsitzenden der Leo-Kofler-Gesellschaft Günter Brakelmann und des Pädagogen und Editors der Osnabrücker Zeitschrift "Hintergrund", Hartmut Krauss. Letzterer würdigt Koflers Beitrag zu einem subjektwissenschaftlich fundierten Marxismus vor allem durch die Erkenntnis vom gleichzeitig und wechselseitig im Menschen wirkenden rational-apollinischen und triebhaft-dionysischen Prinzip, deren in der Klassengesellschaft übliche Gängelung und Unterdrückung zu Deformationen führt. Die Moral als "repressiv systematisiertes Gewissen" trage dazu bei, die Massen auch bei vordergründiger Liberalisierung und Enttabuisierung der Gesellschaft im Herrschaftsinteresse zu disziplinieren. (S. 122) Der Autor empfiehlt, Koflers Arbeiten durch Erkenntnisse Antonio Gramscis, solche der kulturhistorischen Schule und der Kritischen Psychologie zu ergänzen.

Die Sozialwissenschaftler Sebastian Herkommer und Werner Seppmann, der Sozialinformatiker Horst Müller, die Philosophen Rüdiger Dannemann, Hans Heinz Holz und Wilfried Korngiebel beschäftigen sich mit Fragen der Gesellschaftstheorie und Ästhetik, darunter Teilen der Konzeption Ernst Blochs und den Einflüssen von Georg Lukács. Dabei tritt Herkommer der angeblich hypermodernen, in Wahrheit ziemlich alten konservativen These vom Verschwinden der Ideologien und "großen Erzählungen" entgegen. Sie veranlassten schon vor einem Vierteljahrhundert Leo Kofler zu dem Bonmot, die "Ideologie der Entideologisierung" sei wohl "die

ideologischste aller Ideologien". (S. 154) Seppmann polemisiert gegen Modelle herrschaftskonformer Weltanschauung, zu deren Fixpunkten die Undurchschaubarkeit der Welt, die Unüberwindbarkeit von Herrschaft, Entfremdung und Aggressivität, die vermeintlich naturgegebene gesellschaftliche Ungleichheit und die Verklärung von Absurditäten der Oberschicht zu Konstanten menschlicher Existenz gehören. (S. 177)

Besonders interessant sind die Arbeiten am Ende des Buches. Sie behandeln Probleme, um die innerhalb der Linken hart gerungen wird. Herausgeber Christoph Jünke, Historiker und Journalist, befasst sich mit Koflers Stalinismuskritik, die 1952 im wesentlichen abgeschlossen wurde. Sie diente insbesondere auch dem Nachweis, dass der Stalinismus kein Produkt der marxistischen Theorie ist. Die von Stalin hervorgebrachte Ideologie entspringt dem "engen und geistlosen Praktizismus" einer bürokratisch herrschenden Schicht, die ihre Privilegien verteidigt. (S. 242) Koflers Befund ähnelt insoweit dem Trotzkis von Mitte der 30er-Jahre, besonders in dessen Werk "Verratene Revolution" 1936. Kofler stellte fest, bürokratische Ideologie eliminiere die marxistische Dialektik, reduziere den historischen Materialismus auf platten, mechanistischen Ökonomismus und "vergesse" gänzlich den marxistischen Humanismus. (S. 245) An der stalinistischen Methode, Geschichte zu schreiben, rügte Kofler zweitrangige Gesichtspunkte, so eine überwiegend beschreibende Methode der Darstellung. Die in einigen linken Kreisen bis heute fortwirkende ungeheure Tatsachenverfälschung ließ er außer Acht. Das Aufkommen des Stalinismus wertete Kofler - meines Erachtens zu Recht - als vermeidbar; die stalinistische Diktatur hätte abgebaut werden können.

Leo Kofler hat Dubceks Reformpolitik und die ersten Jahre Gorbatschowscher Perestroika begrüßt, sich dann aber, da die erwartete Masseninitiative für einen demokratischen Sozialismus ausblieb, Vorstellungen einer Erziehungsdiktatur als Lösungsmittel zugewandt. Er sprach den Arbeitern und Bauern die Fähigkeit zum Gebrauch der demokratischen Rechte ab und befürwortete am Ende gar die militärische Niederschlagung des Pekinger Frühlings auf dem Platz des Himmlischen Friedens. In einem Punkt hatte er so Unrecht nicht - mit seiner Feststellung von Anfang 1990, demokratische Wahlen bürgerlichen Typs in der DDR könnten "ins historische Verhängnis führen". (S. 253)

Nicht gegen Koflersche Fehlschlüsse, sondern ausgerechnet gegen den goldrichtigen Kern seiner Stalinismuskritik wandte sich beim Bochumer Kongress Stefan Dornuf von der Wolfgang-Harich-Gesellschaft. Er erklärte den Stalinismus für nicht existent, verteufelte den Austromarxismus als Grundlage für Koflers angeblich verfehltes Denken in dieser Sache, verdammte Rosa Luxemburg und pauschalisierend die gesamte Bürgerrechtsbewegung. Dornuf lieferte ein klassisches Beispiel für die neostalinistische Verfahrensweise, das eigene Firmenschild zu verleugnen und gleichzeitig die eingeschworenen falschen Positionen beizubehalten. Sein mit zur Veröffentlichung bestimmtes Referat ist in dem Buch nicht enthalten, weil er es - wohl angesichts der harten Kritik beim Kongress - zurückzog.

Verlagsredakteur Roger Behrens schildert Koflers Bildungskritik, die sich gegen die Erziehung zu "Fachidioten" richtete. Interessanterweise attackierte Kofler schon die inzwischen wesentlich weiter verbreitete Vorstellung, die moderne Informationstechnik werde einen allgemeinen Demokratisierungsprozess herbeiführen, eine "technologische Herrschaft ... mit Naturgewalt und ohne jemandes Schuld, womit Klassenherrschaft ihrerseits gegenstandslos geworden" wäre. (S. 293)

In seinem zweiten Beitrag stellt Christoph Jünke die Theorie von der "progressiven Elite" dar. Nachdem sich die sozialistische und Gewerkschaftsbürokratie, technokratisch integrierte Sozialdemokraten und stalinistisch orientierte Kommunisten "zu einem bloß ‚oppositionellen` Strukturelement der bürgerlichen Ordnung" entwickelt hätten, so Kofler, bildete sich aus humanistisch gesinnten Angehörigen verschiedener Klassen und Schichten eine inkonsistente Gruppierung heraus, auch "Neue Linke" genannt. Sie sei ein Ersatz, den sich die Geschichte nach Ausfall der sozialdemokratischen und parteikommunistischen Arbeiterbewegung als Motor gesellschaftlichen Fortschritts geschaffen hat, um "den Übergang zu sichern". (S. 302f.) Von an Anfang seien Opportunismus und Sektierertum die Pole dieser neu-linken Gruppierung gewesen. Sie kranke am Einfluss der Frankfurter Schule und deren Neigung zum Nihilismus und könnte sich, wenn ihr die Herrschenden Narrenfreiheit gewährten, zum "Feigenblatt regressiver Tendenzen" entwickeln. (S. 305) Der Niedergang der außerparlamentarischen Opposition wird hier sowohl vorausgesagt als auch erklärt. Von ihren Nachfolgern, den Grünen, hat Kofler schon 1983 nichts gehalten.

Manfred Behrend

Christoph Jünke (Hrsg.): Am Beispiel Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 329 Seiten, 62 DM

34. "Pfui, Reformismus!"?? Warum attac für die radikale Linke wichtig ist.

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westdeutsche Linke allgemein; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:22

Eine "neue Weltordnung" wollte George Bush senior seinerzeit mit dem 2. Golfkrieg etablieren. Der erste Krieg nach dem Ende der zwischen zwei Supermächten geteilten Welt mischte die Karten neu; ein Teil der alten Friedensbewegung wie der alten Linken wechselte ins Lager seiner BefürworterInnen, viele verstummten, einige blieben kritisch. Selbst für die aber war nicht so recht klar, was diese neue Weltordnung denn nun eigentlich sein sollte: Sie war offensichtlich ein auf militärische Macht gestütztes Herrschaftsprojekt, entzog sich aber ansonsten jeder genaueren Bestimmung. Heute heißt das Projekt Globalisierung und ist noch genauso schillernd wie vor zehn Jahren, aber es hat seine eigene Gegenbewegung hervorgebracht.

Und darin spielt attac eine wichtige Rolle. Das war eher Zufall. Es hätte auch andere treffen können, denn viele hatten sich bemüht, dem Widerspruch zur neuen alten Weltglobalisierungsordnung eine Stimme zu geben. Und die Idee, aus der Forderung nach einer Devisenumsatzsteuer eine breite Bewegung zu entwickeln, die gleichermaßen tagespolitisch orientiert wie bedingt kapitalismuskritisch sein sollte, macht doch eher den Eindruck einer Kopfgeburt. Seit über zehn Jahren hatten sich Gruppen vor allem aus der Soliszene bemüht, eine Kampagne gegen internationale Finanzinstitutionen aufzubauen. Die Aktionen gegen die IWF/Weltbank-Tagung 1988 in Berlin schienen der Durchbruch zu sein. Doch spätestens seit dem Fall der Mauer war das alles Makulatur; Geschichte schien sich in eine ganz andere Richtung zu entwickeln.

Zwar hatte sich bis 1997 gezeigt, dass die reale Entwicklung des Kapitalismus alles andere als das Ende der Geschichte gebracht hatte, aber die Formen und Stimmen der Gegenwehr blieben isoliert. Der Vorschlag einiger weniger französischer Intellektueller für eine "Vereinigung zum Zwecke einer Devisenumsatzsteuer zum Wohle der BürgerInnen" (so die französische Ausschreibung von attac) traf einen richtigen Punkt. Die Konkretheit des Vorschlages einerseits und die mit ihm andererseits ausgedrückte Entwicklungsrichtung zu Gunsten politischer Eingriffe in die Ökonomie zwecks besserer Lebensverhältnisse überzeugte: In Frankreich traten Tausende bei, in vielen Ländern gründeten sich Ableger.

Weniger richtig, mehr nützlich

Auch in der BRD wurde im Januar 2000 das Netzwerk für die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte gegründet, das sich später in attac umbenannte. Es erwies sich im Wesentlichen als die Plattform zur Zusammenarbeit mehr oder weniger kleiner NGOs und verständigte sich in seiner Gründungserklärung auf eine Liste von Forderungen, von denen in der Praxis drei in den Vordergrund traten: die Ablehnung jeglicher Privatisierung in der Altersversorgung, die Forderung nach einer Devisenumsatzsteuer (sogenannte Tobin Tax) und die Forderung nach Schließung der Steuerparadiese. Trotz dieser verhältnismäßig großen inhaltlichen Breite, trotz klarer internationalistischer und Aktionsorientierung (attac Deutschland ist beteiligt an den Protesten gegen die IWF/Weltbank-Tagung in Prag im Sommer 2000, gegen den EU-Gipfel in Nizza im Dezember, gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2001 sowie am Weltsozialforum in Porto Alegre zur selben Zeit) blieb der deutsche Ableger zunächst klein. Erst Göteborg und vor allem Genua geben einen massiven Schub, die Mitgliederzahlen vervielfachen sich, Lokalgruppen entstehen in vielen Städten. Der Kongress im Oktober verstärkt diesen Trend: In wenigen Monaten ist attac auch in der BRD eine wichtige Größe geworden.

Das weckt Begehrlichkeiten und Ängste aller Art. So manche eineR will sich sonnen im Glanz der neuen Bewegung und andere fürchten den neuen reformistischen Superverein, der alle radikaleren Politikansätze erdrückt. Ein ruhigerer Blick auf das, was attac ist und kann, wäre allen zu empfehlen.

Organisiertes diffuses Unbehagen

attac hat gegenwärtig etwa 3000 formale Mitglieder, davon etwa 200 Organisationen, der sind Rest Einzelpersonen. In den über 50 Lokalgruppen und -initiativen arbeiten auch Leute mit, die nicht Mitglied von attac sind. Eine Zahl von 5000 Menschen, die mehr oder minder eng mit attac in der BRD verbunden sind, könnte realistisch sein. Das ist weit weg von einem allmächtigen Verband. Dem entsprechen auch nicht die

Strukturen: Ein gewählter Koordinierungskreis von einem guten Dutzend Personen arbeitet ehrenamtlich mit etwa monatlichen Treffen. Ein zentrales Büro mit einer Handvoll Leute wird ebenfalls ganz überwiegend nicht bezahlt. Ich kenne sogar lokale Gruppen, die über einen ausgebauteren Apparat verfügen.

Auch inhaltlich ist attac weder eine schlagkräftige spezialisierte Truppe, die eines oder wenige Themen perfekt drauf hat und alle Kraft dafür einsetzt, noch eine organisierte Strömung, die gemeinsam eine bestimmte Sicht der Welt propagiert. Längst sind andere Themen neben die drei ursprünglichen getreten (von der WTO über das Gesundheitssystem bis zum internationalen Patentrecht) und immer noch ist es so, dass bei einigen Themen die vorhandenen Meinungen sowohl eine bestimmte Position wie auch ihr Gegenteil umfassen können.

An nichts könnte das besser deutlich werden als an der Frage, was man denn nun ist: Globalisierungsgegner, -kritikerin, -gestalter; Gegnerin der kapitalistischen, neoliberalen, ökonomischen Globalisierung, Internationalist, Antikapitalistin, Reformer? Alle diese Selbstzuschreibungen sind vorhanden und existieren nebeneinander fort. Und dazu kommen unzählige Fremdzuschreibungen, die zwar meistens mehr über die AutorInnen als über attac sagen, die z.T. aber auch bewusst angenommen werden.

attac bezieht seine Stärke also weder aus einer engen Ein-Punkt-Spezialisierung, wie es sie etwa die Erlassjahrkampagne am Thema Verschuldung versucht hatte. Es ist auch nicht die große Zahl von Menschen, die bei attac mitarbeiten oder von attac mobilisierbar wären, wie es bei der Friedensbewegung der 80er Jahre der Fall war. Es fehlt der durchsetzungsfähige, schlagkräftige Apparat, wie ihn die DKP vor 1989 hatte. Und auch das Angebot einer zusammenhängenden Erklärung der Gesellschaft, wie es etwa kommunistische Gruppen aller Schattierungen auszeichnet, ist bei attac Fehlanzeige.

All diese Momente können - und werden auch - als Schwächen und Defizite von attac kritisiert werden. In der Tat kann niemand vorhersehen, ob und welches der beschriebenen Phänomen sich einmal als Sargnagel erweisen könnte. Heute jedenfalls wirken sie alle zusammen als die entscheidende Stärke von attac: attac ist erkennbar offen - inhaltlich, praktisch, aktionsmäßig. Menschen können sich einbringen, von ihnen werden keine Eintrittskarten verlangt dergestalt, dass sie Vorleistungen bezüglich Position, Erfahrung, Wissen erbringen müssten.

Es war von Anfang an bei der Gründung von attac in der BRD gemeinsame Überzeugung, dass es in diesem Land eine große Zahl von Menschen gibt, die mit den Verhältnissen unzufrieden sind. Ihnen fehlen z.T. die Begriffe dafür oder die Kommunikationswege, um das anderen mitzuteilen; einige erleben sich als vereinzelt; manchen fehlen Mut und Erfahrung für öffentliches Auftreten. Und, vor allem: Sie können und wollen nichts mit den bestehenden Angeboten für politisches Engagement anfangen. Weder angeblich reformorientierte Parteien noch themenspezialisierte BIs, weder linksradikale noch menschenrechtliche Gruppen, weder Soliszene mit der 3.Welt noch Umweltaktivismus war das, was sie gerne machen würden.

Es sollte schon um Ökonomie gehen und um die ganze Gesellschaft - aber ohne dass fertige Antworten gleich mitgeliefert würden. Das Ganze sollte halbwegs professionell und frei von dem behäbig-alternativen Image der Altlinken sein. Man wollte etwas tun, aber ohne sich für alles Mögliche zu binden, etwas Konkretes sollte es sein, ohne dass daraus Ansprüche abgeleitet werden könnten nach dem Motto, wer A sage, müsse auch B sagen. Ein junges attac-Mitglied hat das mal so beschrieben, dass er und seine Generation kein Richtigkeits- sondern ein Nützlichkeitsverhältnis zu Politik hätten; sie fragten nicht, was grundsätzlich notwendig und richtig sei, sondern was ihnen hier und jetzt nützlich erscheine. Eine andere Welt ist möglich, aber Stück für Stück und ohne sich von ihrem Bild erdrücken zu lassen. Diesem Gefühl hat attac einen Platz geschaffen. attac ist die organisatorische Form, in der sich dieses diffuse Unbehagen an den Verhältnissen in politische Dynamik verwandelt.

Tagespolitische Zuspitzung ...

attac ist also demnach selbstverständlich keine revolutionäre Bewegung. Es hält an der erfolgreichen Gründungsidee fest, eine tagespolitische Zuspitzung in einer Forderung o.Ä. zu suchen und dahinter unterschiedliche Begründungen und weitergehende Ideen bestehen zu lassen. Wäre alles das, was attac heute fordert, tatsächliche Politik etwa der Bundesregierung, so wäre es die Aufgabe der radikalen Linken, diese Politik scharf zu kritisieren. Aber, und das würde eine solche Situation von der heutigen unterscheiden, die Lebensbedingungen der Menschen wären entschieden andere. attac will die Politik der Umverteilung von

unten nach oben umkehren. Dieses Ziel teile ich als radikaler Linker mit ihnen und bis dahin haben wir einen gemeinsamen Weg. Danach wird man sehen.

... statt Verbalradikalismus

Heute existiert keine revolutionäre Situation, in der es darauf ankäme, schnell, entschlossen und weit in eine Richtung voranzugehen. Das kann sich ändern. Man kann aus den Ereignissen beim Untergang der DDR die Lehre ziehen, dass Geschichte manchmal scheinbar aus dem Nichts sehr schnell werden kann - und da steht die Richtung nicht vorher fest, es könnte auch mal die unsere sein. Es ist wichtig, dass radikale linke Politik diese Möglichkeit nicht aus den Augen verliert, die Idee nicht aufgibt, bei passender Gelegenheit die Verhältnisse wirklich gründlich über den Haufen zu werfen.

Aber diese Gelegenheit kann man nicht willkürlich herstellen. Um sie wahrnehmen zu können, ja um sie überhaupt nur zu bemerken, müssten wir entstehende Dynamiken erkennen und Teil von ihnen werden. Die Chancen dafür stehen bei all denen wirklich nicht gut, die immer schon vorher wissen, was richtig und falsch ist. Politische Dynamik ist ein Prozess, der widersprüchlich und höchst sprunghaft, im Konkreten fast immer "falsch" verläuft und dessen Charakter sich erst durch seine historische Richtung zeigt. Radikalität, praktische Veränderungsbereitschaft, entsteht in diesem Prozess, nicht außerhalb. Wer sich daneben stellt, mit dem Finger zeigt und "Pfui, Reformismus!" ruft, mag zwar recht haben, bleibt aber eben daneben und draußen aus diesem Prozess. Wer als RevolutionärIn bestehende Dynamiken verachtet, springt immer und systematisch zu kurz, völlig egal, ob diese Dynamiken auf Tagesforderungen oder aufs Grundsätzliche gerichtet sind.

Es ist die Richtung, die über die Qualität solcher Prozesse entscheidet, nicht die (Verbal-)Radikalität ihrer Selbstinszenierung. Im Konkreten kann "Brot und Frieden" so gut zur sozialistischen Revolution führen wie "patria libre o morir" in den Korruptionssumpf. Wenn Menschen unter schlechten Bedingungen leiden und dagegen kämpfen, ist es die Aufgabe der Linken, dabei zu sein. Alles Andere wäre nicht nur zynisch, es wäre auch zum Misserfolg verurteilt. Die Menschen sind nicht dumm, auch wenn's manchmal so scheinen mag. Sie werden keiner Politik folgen, die ihre Alltagsbedürfnisse für das große, weit entfernte Ziel der Revolution opfert.

Sie werden sich für dieses Ziel auch nicht erwärmen lassen, wenn erst mal statt der KapitalistInnen die radikalen Linken das Sagen hätten und sie zur klassenlosen Gesellschaft führen wollten. Sozialistische Veränderungen werden nur gelingen, wenn sie getragen werden von Mehrheiten. Die bestehen nicht als feste Größen, sie entwickeln und verändern sich in Kämpfen und Dynamiken, die fast immer bei konkreten Alltagsbedürfnissen beginnen. Der Unterschied zwischen ReformistInnen und RevolutionärInnen besteht darin, dass die einen Veränderungen ausdrücklich auf diese Bedürfnisse beschränken, die anderen sie ausdrücklich darüber hinaustreiben wollen. Was davon in der politischen Praxis Bestand hat, ist eine andere Frage. Aber wer einen prinzipiellen Widerspruch zwischen (reformistischer) Tagespolitik und (sozialistischer) Revolution konstruiert, versteht weder was von Revolution noch von Sozialismus!

Werner Rätz, Bonn

Mitglied im Koordinierungskreis

von attac in der BRD

http://www.attac-netzwerk.de

35. 6 für 50. Verbote und Verzögerungen beim Castortransport nach Gorleben

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:35

Zum zweiten Mal in diesem Jahr rollte Atommüll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in das Zwischenlager nach Gorleben. Auch wenn die Gegenaktivitäten der Anti-Atom-Bewegung geringer ausfielen als im Frühjahr: 16.000 PolizistInnen im Wendland und weitere 14.000 bundesweit waren nötig, um die sechs Atommüllbehälter ins Wendland zu bringen.

Mit einer vollen Breitseite von Verbotsverfügungen reagierten die Behörden im Landkreis Lüchow-Dannenberg und die Bezirksregierung Lüneburg auf die Demonstrationen und Aktionen der Anti-Atom-Bewegung. Schon Wochen vor dem für den 12. November geplanten Start der Castortransporte nach Gorleben verfügte die Bezirksregierung ein Demonstrationsverbot jeweils 50 Meter links und rechts der Transportstrecke zwischen Lüneburg und dem Zwischenlager. Die geplante Auftaktkundgebung vor dem Sitz der Bezirksregierung in Lüneburg wurde verboten und konnte nur abseits, im sogenannten Liebesgrund, begleitet von massiven Schikanen der Polizei durchgeführt werden. Auf den Straßen ins Wendland kam es zu umfangreichen Personen- und PKW-Kontrollen. Zwei Busse aus Berlin wurden mehrfach kontrolliert und die Leute mehrere Stunden festgehalten. Geplante Kundgebungen der BI Lüchow-Dannenberg in Splietau und anderen Orten wurden verboten. Auf Grund der umfangreichen Kontrollen verzögerte sich die Anreise deutlich, so dass viele DemonstrantInnen erst mit großer Verspätung vor Ort ankamen. Zutreffend heißt es im Wendland: "Der Castor kommt - die Demokratie geht."

Jeder Bahnübergang zwischen Lüneburg und dem Verladebahnhof in Dannenberg wurde von Polizeieinheiten oder Bundesgrenzschutz bewacht. Mit Absperrgittern wurden große Teile der Straßenstrecke von Dannenberg bis zum Zwischenlager Gorleben abgeriegelt, Panzerspähwagen, Wasserwerfer und schweres Räumgerät standen überall auf Parkplätzen, Waldwegen und am Straßenrand bereit. Immer wieder kam es zu Einsätzen von Reiterstaffeln, die in sitzende und vollkommen gewaltfreie DemonstrantInnen getrieben wurden. Intensiv wurden auch (Kampf-)Hunde eingesetzt. Das Ergebnis: zahlreiche Bissverletzungen. Dabei stellten sogar viele JournalistInnen fest, dass es so gut wie keine gewaltbereiten DemonstrantInnen gab. Gerade diese Einsätze gegen gewaltfreie DemonstrantInnen lassen das Gerede von der Deeskalation durch die Polizei zur Farce werden. Die überall anzutreffenden Konfliktmanager von Polizei und BGS gelten schon seit dem Castortransport im Frühjahr zu Recht als Witz.

Insgesamt 16.000 Polizei- und BGS-Beamte sollen allein im Wendland zusammen gezogen worden sein. Bundesweit waren weitere 14.000 erforderlich, um einen möglichst reibungslosen Ablauf des zweiten großen Atommülltransportes nach Gorleben in diesem Jahr durchzusetzen. Immer wieder kontrollierten PolizistInnen die Bahnstrecke, immer auf der Suche nach unterhöhlten Schienen oder in das Gleisbett versenkten Stahlrohren. Eine Schlappe wie beim letzten Transport, als sich AktivistInnen von Robin Wood an die Schienen ketteten und dadurch erreichten, dass der Castorzug erstmals in der Geschichte den Rückwärtsgang einlegen musste, sollte in jedem Fall verhindert werden. Und tatsächlich wurden von der Polizei auch drei Stahlrohre gefunden. Über die vier Aktionstage von Samstag bis Mittwoch wurden mehrere hundert Menschen in Gewahrsam genommen.

Die Auftaktkundgebung in Lüneburg war mit etwa etwa 7.000 TeilnehmerInnen schlechter als im Frühjahr besucht. Auch an den Aktionen im Wendland haben weniger Leute teilgenommen als noch im März. Doch ob daraus zu schließen ist, dass die Anti-Atom-Bewegung erlahmt - wie es JournalistInnen, Polizeiführungsstäbe und bestimmte PolitikerInnen zu hoffen scheinen -, ist zumindest fraglich. Immerhin handelte es sich im Frühjahr um den ersten Castor-Transport unter einer rot-grünen Bundesregierung. Seitdem rollen die Atomtransporte auch wieder von den AKWs zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague (Frankreich) und Sellafield (England). Im Unterschied zu den Jahren zuvor mussten jeweils Großaufgebote von Polizei und BGS bundesweit die Gleisstrecken schützen. Jochen Stay auf der Auftaktkundgebung in Lüneburg: "Kein Transport konnte reibungslos rollen. Die geplante Durchführung in Regelgüterzügen scheiterte. Statt wie vorgesehen 94 Behälter konnten in diesem Jahr erst 41 abtransportiert werden. Damit ist es uns gelungen, mehr als die Hälfte der für 2001 geplanten Atommülltransporte zu verhindern. So hat die Anti-Atom-Bewegung in diesem Jahr zu einer größeren Entlastung der Bevölkerung rund um die Plutoniumfabriken beigetragen, als die ganze

rot-grüne Atompolitik." Möglicherweise sind also die AktivistInnen, die seit Monaten bundesweit immer wieder Aktionen gegen die WAA-Transporte vorbereitet und durchgeführt haben, zwar nicht ins Wendland gefahren. Aber insgesamt wurde der Widerstand gegen die Atomtransporte in diesem Jahr deutlich ausgeweitet.

Hinzu kommt sicherlich, dass nicht wenige Menschen nach den Anschlägen in New York und Washington und dem nun stattfindenden Krieg gegen die Taliban in Afghanistan andere Dinge im Kopf haben und deshalb nicht ins Wendland aufgebrochen sind. Hier könnte man die Vorbereitungsgruppe für die Kundgebung in Lüneburg kritisieren. Eine aktivere Orientierung auf die Friedensbewegung - z.B. durch die Einladung von ausgewiesenen FriedensaktivistInnen als RednerInnen zur Kundgebung - hätte vielleicht ein wenig mehr Menschen mobilisieren können. Vielleicht!

Und vielleicht hat sich die Anti-Atom-Bewegung in manchen Regionen ein wenig überschätzt. Denn parallel zu den Aktivitäten im Wendland hatten die süddeutschen Gruppen zu Aktionen in der Nähe des deutsch-französischen Grenzüberganges in Wörth aufgerufen. An der parallel zur Lüneburger Kundgebung durchgeführten Demonstration in Karlsruhe beteiligten sich allerdings "lediglich" 800 Leute. Fest steht vor allem: Die süddeutschen AktivistInnen waren im Wendland kaum vertreten. Und schließlich ist vielen Anti-Atom-Bewegten auch bekannt, dass schon wieder Castortransporte Richtung WAA rollen sollen. Mindestens sieben solcher Castoren sollen noch im November aus den AKWs Brunsbüttel, Stade und Krümmel auf die Reise geschickt werden.

Von Frust oder Aktionsmüdigkeit war im Wendland jedenfalls kaum etwas zu spüren. Trotz des martialischen Polizeiaufgebots gelang es DemonstrantInnen immer wieder, Straßen oder Gleise für mehrere Stunden zu besetzen. Angekündigte Aktionen im Raum Uelzen zwangen die Einsatzleitung, den Castorzug über den bei Hamburg gelegenen Rangierbahnhof Maschen umzuleiten. Dort musste dann obendrein noch die Lok wegen eines Radlagerschadens ausgewechselt werden. Erst kurz nach neun Uhr am Dienstag morgen konnten die mit BGS schwerbewachten Castoren Richtung Lüneburg weiter fahren. Noch auf der ICE-Strecke kurz vor Lüneburg konnte der Zug von zwei AktivistInnen, die sich im Gleisbett angekettet hatten, für über eine Stunde gestoppt werden. Die fast 50 km lange Bahnstrecke zwischen Lüneburg und dem Verladebahnhof in Dannenberg legte der Castorzug weitgehend im Schneckentempo zurück, und immer wieder versuchten AtomkraftgegnerInnen, auf die Schienen zu gelangen teilweise erfolgreich. Polizei und BGS hatten alle Hände voll zu tun, den Weg frei zu halten.

Erst am späten Nachmittag traf der Zug in Dannenberg ein. Dort wurden die sechs Behälter für den Straßentransport auf Tieflader verladen. Am Abend demonstrierten über 1.000 Menschen in Dannenberg. Parallel versammelten sich jeweils mehrere hundert DemonstrantInnen in Splietau und in Laase zu Sitzblockaden auf der Straßenstrecke. Immer wieder versuchten die wendländischen Bauern, mit Treckern auf die Straße zu kommen. Erst gegen vier Uhr morgens gelang es der Polizei schließlich, diese Blockaden aufzulösen. Um kurz vor sechs Uhr war der Weg dann so weit frei, dass sich die Tieflader mit dem Atommüll auf die Straße trauten. Das massive Aufgebot von Polizei und BGS, der Einsatz von Hunden und Pferdestaffeln und die endlosen Absperrgitter ließen die AktivistInnen nur noch vereinzelt auf die Strecke kommen, wo sie dann auch nichts mehr ausrichten konnten. Nach nur wenig mehr als einer Stunde Fahrtzeit, kurz nach sieben Uhr morgens, fuhren die sechs Atommüllbehälter auf das Gelände des Zwischenlagers in Gorleben. Rund 50 Millionen DM hat der Polizeieinsatz diesmal gekostet .

Deutlich geworden sein dürfte jedenfalls, dass der Konflikt um die Atomenergienutzung in diesem Land noch lange nicht vorbei ist. Im Kontext mit den zahlreichen Aktionen gegen die WAA-Transporte, mit Blick auch darauf, dass sich seit diesem Jahr auch in Frankreich der Widerstand gegen Atomtransporte deutlich intensiviert hat, kann es sein, dass die zentrale Bedeutung von Gorleben für die Anti-AKW-Bewegung ein wenig nachlässt. Das dürfte aber für Polizei und Politik kein Grund zur Entspannung sein. Auch für die nächsten Castor-Transporte - egal mit welchem Ziel - müssen sich Innenbehörden, Polizei und BGS bereit halten, flächendeckenden Geleitschutz für die hochradioaktiven Frachten zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt deshalb wird das Klagen der Polizeigewerkschaft immer lauter, mindestens für den Rest des Jahres alle weiteren Atomtransporte abzusagen.

DSe

36. Holocaust und Deutschtum. Wo Gremliza und Walser sich Gute Nacht sagen

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:07

Im Sommer dieses Jahres schrieb Micha Brumlik einen nachdenklichen Artikel über die Frage, ob und inwieweit jüdische Intellektuelle in der Diaspora sich kritisch über Israel äußern sollten (FR, 22.8.01). Als Verfechter einer universalen Ethik der Menschenrechte und ausgewiesener Gegner der israelischen Besatzungspolitik gegenüber den PalästinenserInnen kommt er dabei zu dem Schluss, dass die von Überlebenden der Massaker von Sabra und Shatila gegen Premierminister Ariel Sharon in Belgien eingereichte Klage zu Recht erhoben wurde. (1)

Ambivalenz und Vieldeutigkeit sind Brumliks ständige Wegbegleiter. Am deutlichsten wird dies, wenn er Fragen der jüdischen Identität diskutiert. Das jüdische Volk ist für Brumlik keine klar umrissene Gemeinschaft, wie eine Familie oder ein Betrieb, sondern ein diffuser ethnisch-religiöser Konnex, der je nach Kontext unterschiedliche Ausprägungen erfährt. (2) Diese Vieldeutigkeit der Existenz drückt sich auch in gebrochenen Loyalitäten vieler Jüdinnen und Juden in der Diaspora, inklusive Deutschland, gegenüber der Politik Israels aus, selbst wenn solche kritischen Stimmen in Israel und auch in großen Teilen der Diaspora auf Ablehnung stoßen, gerade wenn sie aus Deutschland kommen.

Visionen vom "deutschen Wesen"

Die Entgegnung Hermann L. Gremlizas auf Brumliks Artikel zeichnet sich durch jene antideutsche Geradlinigkeit aus, die keinen Raum für offene Fragen oder Ambivalenzen lässt: "Polemik gegen Deutschland hat das Problem, dass ihre Bösartigkeit an die ihres Objektes nie heranreicht", schreibt Gremliza (konkret 10/01). Als Beispiel dafür nennt er die angestrebte Internationalisierung des israelisch-arabischen Konfliktes, welche "das gemeinsame Ziel Arafats und der Deutschen" sei und nichts anderes bedeute als "die Mobilisierung der christlich-antisemitischen und islamischen Staatenmehrheit gegen Israel", in direkter Kontinuität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Wer sich auf diese Ebene der Debatte einlässt, wird nicht weit kommen. Dies sind sattsam bekannte Bausteine aus dem ideologischen Grabenkrieg des israelisch-arabischen Konfliktes; sie taugen zu nichts als dem Abwürgen jedweder Kommunikation zwischen den gegnerischen Seiten. Dabei geht es Gremliza gar nicht um den israelisch-arabischen Konflikt. Er sei stets der Meinung gewesen, "dass einen Kritiker zuerst die Taten des Kollektivs zu scheren haben, dem der Zufall der Geburt ihn zugeschlagen hat". Ihm geht es also um "die Deutschen". Zwar weist Gremliza zu Recht auf seine und Brumliks unterschiedliche Perspektiven hin. Doch seine sehr statische Unterscheidung zwischen einer nur deutschen und einer doppelten jüdischen sowie deutschen Identität schafft bezüglich der Frage, was Deutschsein bedeutet, Ausschlussmechanismen, die paradoxerweise genau dem von ihm so vehement bekämpften völkischen Nationalismus entsprechen.

Ein deutsches Volk hat es aber im herkömmlichen Sinn nie gegeben. Idee und soziale Wirklichkeit stimmten nie überein. Dies wurde in Deutschland besonders im Zuge der Emanzipation der jüdischen Minderheit und der Auseinandersetzung um ihre Integration in die deutsche Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sichtbar, als die mehrheitlich christlich geprägten "Deutschen" sich durch ihre schiere Unfähigkeit auszeichneten, die jüdische Minderheit als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft zu akzeptieren, sie nicht für die scheinbare Stabilisierung des halluzinierten "deutschen Wesens" zu instrumentalisieren, was seitens der jüdischen Minderheit u.a. auf hinhaltende wie explizite Gegenwehr stieß. (3) Dies mündete letztlich in den Versuch, das europäische Judentum, dessen nie vollständig zu assimilierende Anwesenheit permanent an die Vielschichtigkeit und Komplexität der eigenen Existenz erinnerte, abzuspalten und sich so als stabiles nationales Subjekt selbst zu erschaffen. Dass eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland diese Abspaltung in aktiver oder passiver Mitwirkung im Sinne einer bürokratisch organisierten und industriell durchgeführten physischen Auslöschung der Juden betrieb, macht die monströse Einmaligkeit des Holocaust aus. Die Vernichtungsmaschinerie der Nazis und die Tatsache, dass fast alle mitgemacht, wider besseres Wissen geschwiegen oder bewusst die Augen verschlossen haben, widersetzt sich letztlich jeder rationalen Erklärung. (vgl. Double Critique, ak 452) Man kann den Holocaust als die Summe des katastrophalen Scheiterns aller Versuche lesen, ein nach völkischen Kriterien stabiles nationales "Wir" zu schaffen. Die

Erinnerung daran, die immer noch offene Wunde, sowie die Gegenwart einer Einwanderungsgesellschaft inklusive einer dadurch gewachsenen jüdischen Minderheit strafen alle heutigen deutschen Nationalisten und Leitkulturler Lügen. Die Konsequenz daraus ist das Projekt einer pluralen Rechtsnation, die Gleichberechtigung aller hier dauerhaft lebenden Menschen.

Negatives Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen taugt nicht ohne weiteres für nachträgliche Sinnstiftungen. Es kann allenfalls die radikale Unselbstverständlichkeit von Werten wie Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie etc. in diesem neuerdings wieder ach so zivilisierten Land verdeutlichen und als Katalysator dienen für die Entwicklung der Fähigkeit zu kritischer Selbstreflexion in Bezug auf die eigene Geschichte und die Verfassung der eigenen Gesellschaft. (4) Wenn heute die Teilnahme der Bundeswehr am Kosovo-Krieg als eine Folge des kategorischen Imperativs "Nie wieder Auschwitz" dargestellt wird, wenn die Bemühungen von Außenminister Fischer um einen Waffenstillstand in Israel/Palästina und die Teilnahme am Afghanistan-Krieg als gelungene Premiere des durch die "Aufarbeitung" des Holocaust geläuterten "neuen Deutschlands" auf dem diplomatischen Parkett der Großmächte verstanden werden, so wird die Erinnerung an den Holocaust zur politischen Sinnstiftung missbraucht.

Holocaust und nationale Sinnstiftung

Es handelt sich dabei um einen Legitimationsdiskurs im Zusammenhang mit der Genese eines neuen deutschen Nationalbewusstseins in der Berliner Republik. Während die politische Elite der Berliner Republik ihre "aufgeklärte" Großmachtpolitik, Kriegspolitik eingeschlossen, mit den aus dem Holocaust angeblich gelernten Lektionen zu legitimieren sucht, gibt es gleichzeitig die Tendenz, die Erinnerung an Auschwitz als Teil einer fortlaufenden und insgesamt positiv konnotierten deutschen Nationalgeschichte einzuebnen, in der der Nationalsozialismus nicht mehr als ein Tiefpunkt ist. (siehe Karl-Heinz Bohrer, FR vom 16.6.01). Von hier bis zur Leitkultur ist es nur noch ein Schritt. Solch missbräuchliche Aneignungen der Geschichte für heutige politische Zwecke, ob innen- oder außenpolitisch, müssen mit allen Mitteln bekämpft werden.

Zu den bestürzenderen Ereignissen der vergangenen Jahre gehört die mit stehenden Ovationen bedachte Rede Martin Walsers in der Paulskirche. In der öffentlichen Debatte wurde sie vor allem als missverständliche Ermunterung Walsers an die alten und neuen Verfechter eines Schlussstriches unter die Beschäftigung mit der "deutschen Schande" wahrgenommen. Seine Rede war ein Plädoyer für das Recht auf ein freies und ungebundenes Gewissen, das für sich selbst entscheiden müsse, ob und wie es dieser "nationalen Schande" gedenken wolle. Zur gleichen Zeit war Ignatz Bubis auf einer einsamen Suche nach einer Erinnerungskultur an die nationalsozialistischen Verbrechen, in dem Juden und Nicht-Juden, ethnische Deutsche und MigrantInnen zu einer gemeinsamen Sprache finden würden. Walser hingegen beharrte auf einem besonderen nationalen Schicksal "der Deutschen", das eben in der "Schande" des Holocaust gründe: "Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen", sagte er in seiner Paulskirchenrede. Damit steht er für eine besonders unausstehliche Art der nationalen Sinnstiftung, die ausgerechnet im zentralen Verbrechen gründet, das im Namen dieser Nation begangen wurde: "Wo das Ich das Höchste ist, kann man Schuld nur verdrängen. Aufnehmen, Behalten und tragen kann man nur miteinander (...), was wir in Auschwitz begangen haben, haben wir als Nation begangen, und schon deshalb muss diese Nation weiter bestehen als Nation" (Walser in der FAZ, 14.12.98). Ein solches Verständnis der deutschen Nation schließt all jene aus, die der deutschen "Schicksalsgemeinschaft" nicht angehören, weil ihnen die "deutsche Schande" nicht vorgehalten werden kann. Dies bedeutet eine Ontologisierung der deutschen Schuld, die "die Deutschen" auf besondere Weise auszeichnet und sie durch eine unüberbrückbare Kluft von allen "Fremden" - Juden, ArbeitsmigrantInnen Flüchtlingen, - trennt. (5)

Die These vom unwandelbaren "Nationalcharakter"

Gremliza scheint mit derartigem Gedankengut nichts zu tun zu haben, plädiert er doch ganz im Gegensatz zu Walser für ein radikal gebundenes Gewissen, in dem es keinen Raum für Entscheidungsfreiheit gibt. Beide allerdings leiten ihren Standpunkt aus der Erinnerung an den Holocaust her. Gremliza steht in diesem Kontext für eine spezifische Denkschule, die "den Deutschen" eine "historisch erworbene Immunschwäche gegen völkischen Koller" unterstellt und daraus eine Politik ableitet, die dem zeitgenössischen Deutschland kollektiv einen seit 1945 ungebrochen handlungsleitenden imperialen Größenwahn und antisemitischen, bzw. rassistischen Mordinstinkt unterstellt. Damit aber plädiert auch Gremliza für eine Ontologisierung der deutschen Schuld, mit deren Implikationen er unmöglich sympathisieren kann: Er unterstellt dem "deutschen

Volk" eine historische Materialität und Kontinuität, die es so nie gab. Die Erinnerung an Auschwitz verkommt dabei zu einem historischen Bezugspunkt, der die Rede vom "deutschen Kollektiv" als nationalem Subjekt im zeitgenössischen Deutschland erst ermöglicht. Vollwertige Deutsche können demnach nur die Angehörigen der Tätergesellschaft und ihre direkten Nachkommen sein. Daraus folgt wie bei Walser, wenn auch aus einer denkbar anderen Motivation, ein "Wir", das einmal mehr auf völkischen Kriterien basiert, das vielfältige und komplexe Identitätsstrukturen und Loyalitäten nicht akzeptieren kann, das Juden, MigrantInnen und Flüchtlinge automatisch ausschließt, selbst wenn diese einen deutschen Pass besitzen. So basteln Gremliza & Co. ironischerweise an der Konstruktion ex negativo eines deutschen Nationalcharakters mit, den sie doch eigentlich abschaffen wollen. Auch wenn er das nicht sein will, ist Gremliza unterm Strich ein deutscher Leitkulturler, sind Gremliza und Walser die helle und die dunkle Seite ein und desselben Mondes.

Achim Rohde

Anmerkungen:

1) Während des Libanonkrieges im Jahr 1982 überfielen christliche Falangisten diese beiden palästinensischen Flüchtlingslager bei Beirut und richteten unter den Augen der diese Gegend kontrollierenden israelischen Armee ein furchtbares Massaker an. Sharon war damals Verteidigungsminister.

2) Vgl. Lawrence J. Silberstein und Robert L. Cohn (eds.), The Other in Jewish Thought and History (New York & London 1994).

3) Für das 19. Jahrhundert siehe z.B. Susannah Heschel, Revolt of the Colonized: Abraham Geigers Wissenschaft des Judentums as a challenge to Christian Hegemony in the Academy, in: New German Critique 77/1999, S. 61-86.

4) Volkhard Knigge, Abschied von der Erinnerung - Zum notwendigen Wandel der Arbeit der KZ-Gedenkstätten in Deutschland, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Gedenkstättenrundbrief 100/2001, S. 136-148.

5) Ursula Apitzsch. Ein deutsches Gewissen. Oder: Wie Martin Walser missverstanden wurde. Betrachtungen nach einem Jahr Kontroverse, in: Fechler/Kößler/Lieberz-Groß (Hrsg.), "Erziehung nach Auschwitz" in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen (Weinheim und München 2000), S. 31-46.

37. Historiker in nationaler Mission. Ein Rückblick auf 15 Jahre deutscher Geschichtspolitik

Ein Rückblick auf 15 Jahre rechter Geschichtspolitik in Deutschland

Autor: Gerd Wiegel · Rubrik: Wissenschaftskritik; Geschichte der BRD; Nationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:03

Seit Jahrzehnten leisten konservative deutsche Historiker ihren Beitrag zur Herstellung einer "selbstbewussten Nation", die eine von nationalen Interessen geleitete Großmachtpolitik betreibt. Zu diesem Zweck mussten und müssen sie vor allem die historisch einzigartigen Völkermorde Nazi-Deutschlands relativieren und auf das Maß "normaler" Verbrechen herabstufen. Der folgende Beitrag informiert über die geschichtsrevisionistische "Erfolgsgeschichte" der letzten 15 Jahre und ihre machtpolitischen Implikationen.

Im Sommer vergangenen Jahres verlieh die konservative Deutschland-Stiftung den Konrad-Adenauer-Preis an den Historiker Ernst Nolte. (vgl. ak 440) Sie begründete dies mit der Würdigung des Lebenswerkes Noltes, der "trotz aller wissenschaftlicher und persönlicher Anfeindungen und Verunglimpfungen das eingleisige Geschichtsdenken im zwanzigsten Jahrhundert überwand und damit nicht nur der deutschen Geschichtsforschung und Geschichtsdeutung eine neue Freiheit erkämpfte." Mit der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Nolte, der 1986 mit seinen Thesen über den nazistischen "Rassenmord" als Antwort auf den bolschewistischen "Klassenmord" den "Historikerstreit" ausgelöst hatte, schließt sich der Kreis neokonservativer Geschichtspolitik.

Ist Nolte also der Spiritus rector der neokonservativen Geschichtsoffensive? Die Antwort auf diese Frage ist komplexer, denn zwischen Noltes erstem öffentlichkeitswirksamen Vorstoß Mitte der achtziger Jahre und der Preisverleihung im Jahr 2000 liegt eine ganze Reihe neokonservativer Arbeiten, die sich zwar vielfach auf Nolte berufen, deren Vergangenheitsinterpretationen jedoch an entscheidenden Stellen von diesem abweichen.

Die Preisverleihung an Nolte löste eine breite Debatte in den Feuilletons der großen Tageszeitungen aus, vor allem weil mit Horst Möller der Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte die Laudatio auf den Preisträger hielt. Möller hatte sich schon in der "Schwarzbuch-Debatte" und der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung eindeutig positioniert. Mit seiner Laudatio auf Nolte brachte er allerdings einen größeren Teil seiner sozialliberalen Historikerkollegen gegen sich auf, die seinen Auftritt bei der Deutschland-Stiftung als unvereinbar mit seiner Leitertätigkeit in München ansahen. So war es Heinrich August Winkler, der Möller in einem offenen Brief in der Zeit aufforderte, von seinem Amt in München zurückzutreten. Auch so angesehene Historiker wie Wolfgang Benz, Christoph und Hans Buchheim, Norbert Frei, Klaus-Dietmar Henke, Ludolf Herbst, Hans Mommsen und Dieter Petzina drückten ihre Besorgnis über den Ansehensverlust des Münchner Instituts durch Möllers Auftritt aus.

Ernst Nolte als Rammbock

Fast schien es so, als formiere sich der sozialliberale Teil des Historikerstreites neu, doch ging es hier weniger um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der neokonservativen Geschichtspolitik, als um die Abgrenzung von Nolte als konservativen Hauptprotagonisten des Historikerstreites und seiner Nähe zu Sichtweisen, wie sie sich auf Seiten der extremen Rechten finden. Bei allen Vorbehalten gegen die Person Noltes lässt sich für die Zeit ab 1997 doch von einer partiellen Renaissance seiner Geschichtssicht sprechen. Entscheidend hierfür war das Erscheinen des Buches Schwarzbuch des Kommunismus, dessen Interpretation des 20. Jahrhunderts, vor allem in der Einleitung des Herausgebers Stéphane Courtois, in vielem an Noltes Sichtweise anknüpfte. Und eben Heinrich August Winkler war es, der anlässlich der Schwarzbuch-Debatte die "Jahrhundertfrage" Noltes nach dem "kausalen Nexus" zwischen Kommunismus und Faschismus als wegweisend herausstellte, wenngleich er Noltes Antworten nach wie vor ablehnte. Mit der und durch die Schwarzbuch-Debatte wurde Noltes "genetische" Version der Totalitarismustheorie zur zentralen Frage des Jahrhunderts erhoben, womit sich die historische Herleitung des Nationalsozialismus von der Spezifik der deutschen Geschichte zu Gunsten einer Ableitung aus der Oktoberrevolution verschiebt. Der Briefwechsel mit dem französischen Historiker François Furet war ein weiterer Schritt, Noltes Sicht der Geschichte wieder stärker im öffentlichen und intellektuellen Bewusstsein zu verankern. Besonders in Frankreich lässt sich diese Renaissance Nolteschen

Denkens beobachten: Noltes Europäischer Bürgerkrieg erschien im Frühjahr 2000 in Frankreich und der Philosoph und Publizist Jean-François Revel würdigt Noltes totalitarismustheoretischen Ansatz als "die wesentliche Frage des Jahrhunderts."

Von einer Tabuisierung Noltes konnte nie wirklich die Rede sein, wenngleich sich Nolte in seiner Dankesrede zur Preisverleihung von den intellektuellen Trägern der Bundesrepublik aus dem öffentlichen Leben Deutschlands verbannt und zur "Unperson" gemacht sieht. Nach wie vor konnten jedoch seine zahlreichen Bücher erscheinen, wenn auch nicht immer in den von ihm favorisierten Verlagen, denn tatsächlich hatte es auf Grund seiner eindeutigen Hinwendung zur extremen Rechten in der Mitte der neunziger Jahre eine gewisse Distanzierung von Nolte gegeben, namentlich durch die FAZ, die bis dahin Noltes Geschichtsinterpretationen mit aller Kraft unterstützt hatte. Seit 1997 relativierte sich diese Distanzierung und in der Auseinandersetzung um die Preisverleihung und die Laudatio Horst Möllers stand die FAZ wieder eindeutig hinter Nolte. Dabei hat sich an dessen inhaltlichen Positionen, auch in ihren extremen Zuspitzungen, nichts verändert, wie sich zuletzt an seiner Dankesrede anlässlich der Preisverleihung ablesen lässt. Eindeutige politische Motive mag er auch heute den verharmlosend "Negationisten" genannten Leugnern des Holocaust nicht unterstellen, den ",Überfallcharakter` des Feldzuges gegen Frankreich" kann er nicht erkennen, "den Juden" spricht er in den ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts eine aktive Rolle zu, weshalb Hitler das Recht gehabt habe, sie zu internieren, und schließlich meint er in Bezug auf Auschwitz davor warnen zu müssen, "Zeugenaussagen (...) eo ipso als verlässlich gelten" zu lassen.

"Selbstbewusste Nation" braucht "Normalität"

Das Ziel seiner eigenen Revision verbreiteter Faschismusdeutungen fasst Nolte in drei praktischen Postulaten zusammen: "1. Die ‚kollektivistische Schuldzuschreibung`, welche ein Hauptkennzeichen des Nationalsozialismus war und dessen dauerhafteste - heute primär gegen ‚Deutschland` gerichtete - Erbschaft ist, muss überwunden werden." 2. Die Auffassung, "dass immer das Gegenteil des vom Nationalsozialismus Erstrebten gut und richtig ist", sei ebenfalls zu überwinden. "3. Das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin bedeutet nicht nur die Monumentalisierung, sondern tendenziell auch die Äternisierung der Ein-seitigkeit, welche der negativ-germanozentrischen Interpretation innewohnt." Gleichwohl sei dessen Bau aus Gründen der Faktizität zu akzeptieren.

Es geht Nolte vor allem darum, den Schuldcharakter der deutschen Geschichte zu beseitigen und das Festhalten an dieser Sicht als Ausdruck kollektivistischen und damit für ihn faschistischen Denkens zu kennzeichnen. Des weiteren geht es ihm darum, das NS-Regime nicht nur als Negativfolie zu verstehen, sondern Raum zu schaffen für die Rezeption der vermeintlich positiven Seiten des Nationalsozialismus. Und drittens schließlich will er eine Umdeutung des Opfer-Täter-Verhältnisses zu Gunsten einer allgemeinen Sicht auf "alle Opfer der Ideologiestaaten", womit tatsächlich die Spezifik des Nationalsozialismus beseitigt wäre und die Opferrolle auch für Deutschland bereitstünde. Diese hier skizzierten Forderungen sind allen neokonservativen Geschichtspolitikern zu eigen, wenngleich die Mittel und Wege der Geschichtsinterpretation einige Unterschiede aufweisen.

Die unter den Stichwörtern Historisierung, NS-Sozialpolitik, Hitler als Revolutionär und Nationalsozialismus und Modernisierung bekannten Vorstöße konservativer Geschichtsinterpretation werden keineswegs nur von dem als neokonservativ bezeichneten Strang der Geschichtswissenschaft vertreten. Am Ende der achtziger und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre verbanden sich mit diesen Stichworten jedoch Versuche, das Bild vom deutschen Faschismus entscheidend zu verschieben und Platz für eine von den Lasten der Vergangenheit befreite "selbstbewusste Nation" zu schaffen. Die jüngeren Historiker der Gruppe um Rainer Zitelmann und Karlheinz Weißmann beriefen sich in ihren Darstellungen immer wieder auf die Arbeiten Ernst Noltes, dessen vor allem methodischem Postulat der phänomenologischen Sichtweise sie folgten. An entscheidenden Stellen veränderte sich jedoch ihre Bewertung des NS-Regimes gegenüber der Noltes, so dass von keiner einfachen Fortsetzung gesprochen werden kann.

Wollen Zitelmann und andere die "Rolle des Anklägers" ablegen und nüchtern Vor- und Nachteile des Regimes zur Sprache bringen, so geht es Nolte seit langem um ein historisches Verständnis für den Nationalsozialismus und dessen Rechtfertigung in seiner vermeintlichen Reaktion auf den Bolschewismus. Beide Sichtweisen beinhalten in ihrer konkreten Ausprägung eine bewusste Apologie, beabsichtigen sie doch

damit, die Schrecken und den Terror des NS-Regimes zu Gunsten seiner angeblich positiven Momente in den Hintergrund zu rücken beziehungsweise diesen Terror als abgeleitetes Phänomen darzustellen.

Falsch wäre es jedoch, auf Grund dieser Praxis der Historisierung diese gänzlich einem neokonservativen Geschichtsmodell zuzurechnen. Historisierung als Distanz zum Untersuchungsobjekt verstanden, ist ein natürlicher Prozess, der sich über kurz oder lang automatisch einstellen wird. Dass diese Distanz bei der Darstellung des Faschismus zuweilen fehlt, erklärt sich aus der Ungeheuerlichkeit dieses Herrschaftssystems selbst, das mit einem bis dahin unvorstellbaren Vernichtungsdrang ausgestattet war, dem man sich bis heute wissenschaftlich, intellektuell und emotional nur ansatzweise nähern kann. Die Versuche, diese Distanz künstlich zu erzeugen, werden gerade dem Gegenstand nicht gerecht. Ihre Motivation liegt eben nicht auf einer wissenschaftlichen sondern auf einer politischen Ebene. Die weiter mit dem Begriff der Historisierung verbundene Einordnung des Faschismus in die deutsche und europäische Geschichte gehört längst zum Standard kritischer Faschismusforschung, wie nicht zuletzt an der Debatte um den deutschen "Sonderweg" abzulesen ist.

Berührungspunkte mit der extremen Rechten

Auch in der Frage Nationalsozialismus und Revolution besteht eine weitgehende Einigkeit zwischen Zitelmann und Weißmann auf der einen Seite und Nolte auf der anderen. Gerade Zitelmann beruft sich bei der Definition seines Revolutionsbegriffs auf Nolte. Die Einordnung des Nationalsozialismus als Revolution bildet dabei ein gängiges Topoi konservativer Geschichtsdeutung, womit die prinzipielle Verschiedenheit des Faschismus von der bürgerlichen Gesellschaft hervorgehoben werden soll. Nicht alle Autoren teilen allerdings die hier sehr weitgehende Sicht Zitelmanns. Obwohl sich dieser auf Nolte berufen kann, zeigen sich doch gravierende Unterschiede bei der generellen Einordnung des deutschen Faschismus. Bei Zitelmann wird die behauptete Revolution des Faschismus mit der angeblichen sozialrevolutionären Ausrichtung Hitlers und der NS-Sozialpolitik verbunden. Zusammen ergibt dies das Bild einer antibürgerlichen, egalitären, Klassenschranken überwindenden Bewegung, die für Zitelmann eindeutig als links zu verorten ist.

Nolte sieht im Faschismus dagegen eine (verständliche) Reaktion des europäischen Bürgertums auf die Schrecken des Bolschewismus. Seine Faschismusdefinition stellt den Antimarxismus bekanntlich ins Zentrum. In dem Band Schatten der Vergangenheit setzt sich Zitelmann deutlich von dieser Interpretation Noltes ab: Noltes Sichtweise liege in fataler Nähe zu marxistischen Interpretationen und er verkenne die tatsächlichen Bezugspunkte Hitlers, die eben eher auf der Linken gelegen hätten. Die Interpretation des deutschen Faschismus als bewusst vorangetriebenen Ausdruck der Moderne, wie sie von Zitelmann, Weißmann u.a. vorgenommen wird, lässt sich mit den Ansätzen von Nolte ebenfalls nur schwer in Einklang bringen. Während Zitelmann und Hornung den Faschismus in die Tradition der französischen Revolution und der Aufklärung stellen, um somit seinen Charakter als linkes, revolutionäres Phänomen zu betonen, steht der Faschismus für Nolte auf Seiten der Gegenrevolution.

Auch an diesem Punkt scheinen die unterschiedlichen geistesgeschichtlichen Einordnungen weniger aus dem historischen Material als vielmehr aus dem politischen und zeitlichen Blickwinkel begründet zu sein. Noltes grundlegende Positionen haben sich bereits in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre herausgebildet. Bestimmt war diese Zeit einerseits von der Blockkonfrontation und innenpolitisch von der 68er Bewegung, von deren Angriffen auch Nolte betroffen war. Der Bolschewismus in Gestalt der Sowjetunion und die politische Linke in Gestalt der 68er Bewegung waren also die "Feindbilder", vor deren Hintergrund sich Noltes Position herausbildete. Nolte will politischen Raum für eine Rechte schaffen, die ein Gegengewicht gegen die als übermächtig wahrgenommene Linke bildet. Insofern erscheint seine eigene Position tatsächlich als eher defensiv. Nicht das Vorantreiben eigener politischer Projekte steht im Mittelpunkt, sondern die Abwehr gegen die Durchsetzung der Gegenseite. Nolte steht somit in eben jenem politischen Kampf, der in seiner Sicht für die "historische Existenz" generell konstitutiv ist.

Unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen entstanden die Arbeiten von Weißmann, Zitelmann und anderen Vertretern dieser Richtung. Kurz vor dem Epochenbruch von 1989/90 oder in dessen Gefolge verfasst, zeigt sich hier eine andere Wahrnehmung der politischen Möglichkeiten. Zwar gilt auch hier die politische Linke als hegemonial, doch der historische Blick für diese Rechts-links-Konstellation reicht zumeist nur bis ins Jahr 1968 zurück. Die Blockkonfrontation und mit ihr der Realsozialismus als ideologischer Hauptgegner hat schon weitgehend seine Anziehungskraft und seinen Schrecken verloren. Mit der

Vereinigung der beiden deutschen Staaten bietet sich allerdings die ungeahnte Möglichkeit, die politische Rolle Deutschlands in der Welt neu zu bestimmen.

Worum es Autoren wie Zitelmann, Weißmann, Hornung und anderen geht, ist, Platz zu schaffen für ein neues/altes konservatives Projekt, für die hegemoniale Rolle Deutschlands in Europa und für die Rückkehr zur "selbstbewussten Nation". Dieses im Gegensatz zu Nolte sehr viel offensivere politische Projekt bedurfte zu seiner Absicherung vor allem zweierlei: Der Befreiung des Geschichtsbildes von der Last der Vergangenheit - hier stimmt man mit Nolte weitgehend überein - und der Rehabilitierung des Konservatismus und der politischen Rechten.

Für den hier untersuchten Zeitraum lassen sich eine Vielzahl öffentlicher Debatten um Rolle und Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Gegenwart ausmachen, die in einigen Fällen gerade das Wechselverhältnis zwischen wissenschaftlichen und öffentlichen Vergangenheitsbildern dokumentieren. Sowohl der Historikerstreit als auch die Debatten um die Wehrmachtsausstellung und das Buch von Daniel Goldhagen hatten ihren Ursprung im Bereich der Wissenschaft, wurden von hier aus jedoch schnell zu öffentlichen Debatten um das Bild der Vergangenheit. Sieht man sich diese Geschichtsdebatten an, dann lässt sich auch hier kein einheitliches Bild festmachen, die Tendenzen sind womöglich noch widersprüchlicher als im Bereich der Wissenschaft.

Die von der Regierung Kohl seit Beginn der achtziger Jahre betriebene Politik der Renationalisierung, verbunden mit der Frage nach der "deutschen Identität", die in diesem Zusammenhang vorangetriebenen Museumspläne und die Symbolpolitik, die ihren schärfsten Ausdruck in Bitburg fand, sind eindeutig Beispiele neokonservativer Geschichtspolitik. Der Historikerstreit ist gleichsam der Kulminationspunkt dieser Entwicklung. Und dennoch war es nicht die Kraft dieses neokonservativen Vorstoßes, die den Durchbruch von in den achtziger Jahren noch weitgehend umstrittenen Positionen bewirkte, sondern der Epochenbruch von 1989/90, der solche Umwertungen vorantrieb. Vor allem die Rückkehr zur Nation als zentraler politischer Bezugsgröße und die Beseitigung der aus dem Faschismus resultierenden Beschränkungen der Bundesrepublik sind die wichtigsten Ergebnisse dieses Prozesses. Um dies durchzusetzen, war eine weitgehende Relativierung der Bedeutung der NS-Vergangenheit für das nationale Geschichtsbild erforderlich. Dennoch dauerte es fast ein Jahrzehnt - bis zur deutschen Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien - bis sich diese Bestrebungen in reale Politik umsetzen ließen. Vielleicht ist dies ein Zeichen dafür, wie weit die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges - und nicht zuletzt der Niederlage - noch anhielten, sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politisch Verantwortlichen.

Renaissance der Totalitarismus-Theorie seit 1989

Die Durchsetzung des Totalitarismusmodells als Interpretationsfolie sowohl für die NS- als auch für die SED-Diktatur ist ein weiterer Punkt, an dem die neokonservative Geschichtspolitik weitgehend ihr Ziel erreicht hat. Mit der vereinfachenden Formel rot=braun verschwimmen zunehmend die politischen Bezüge, die historische Einordnung des Faschismus als Ausdruck der politischen Rechten verschwindet zu Gunsten seiner Identifikation mit dem Kommunismus. Die Überschneidungen mit der von Zitelmann und Weißmann vertretenen Interpretation des Nationalsozialismus sind unübersehbar. Sowohl die Debatten um die Aufarbeitung der Geschichte der DDR als auch um den Antifaschismus und zuletzt die "Schwarzbuch-Debatte" haben diese Auflösung bewirkt. Der Effekt all dieser Debatten für das Geschichtsbewusstsein dürfte eben gerade die von neokonservativer Seite angestrebte Einebnung der NS-Vergangenheit sein, die in einer Flut totalitärer Verbrechen ihre Spezifik zu verlieren droht.

Nimmt man schließlich den Anspruch der "Normalität" als Ziel und Ausdruck dieser eingeebneten Vergangenheit, könnte man die Walser-Rede und die deutsche Beteiligung am Jugoslawienkrieg als Vollzug des neokonservativen Anspruchs der letzten zwanzig Jahre werten. Gefordert war die Ausrichtung der Politik an den nationalen Interessen des Landes, unter denen hier immer auch - siehe Standort-Deutschland-Debatte - die ökonomischen Interessen des Kapitals verstanden wurden; gefordert war weiter die Rückkehr Deutschlands auf die politische Bühne und seine Rolle als Zentralmacht Europas. Neokonservative Geschichtspolitik war und ist in diesem Zusammenhang nie Selbstzweck, sondern immer Mittel zum Zweck. Heute lässt sich eindeutig von einer Verschiebung im hegemonialen Gefüge sprechen. Die politische Hegemonie des Linksliberalismus, wie sie für eine kurze Zeit zu Beginn der siebziger Jahre bestand, hat sich gegenwärtig in eine neokonservative Hegemonie verwandelt. Bezogen auf den Bereich der Geschichtspolitik

kann jedoch von keiner gefestigten neokonservativen Hegemonie gesprochen werden, zu widersprüchlich waren gerade die öffentlichen Geschichtsdebatten in den neunziger Jahren. Mindestens die Goldhagen-Debatte und die Diskussion um die Wehrmachtsausstellung liefen einer neokonservativen Geschichtspolitik entgegen, wenngleich bezüglich der Wehrmachtsausstellung eine partielle Zurückweisung der kritischen Sicht gelungen ist. Goldhagen-Debatte, Mahnmaldiskussion, die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung und ähnliche Debatten zeigen jedoch, dass es bisher nicht gelungen ist, die dunkelste Seite der faschistischen Vergangenheit, Massenmord und Massenterror, aus den öffentlichen und politischen Debatten zu verdrängen.

Die Tatsachen und das Wissen um diese Seiten der deutschen Vergangenheit sind noch zu stark und gegenwärtig, um über sie hinwegzugehen. Realpolitische Einschränkungen sind hiermit jedoch fast nicht mehr verbunden, wenngleich eine gewisse Zurückhaltung im öffentlichen Auftreten der politischen Eliten hiermit im Zusammenhang stehen mag. Der vor allem moralisch und historisch legitimierte Beitrag der Bundesrepublik zum Krieg gegen Jugoslawien ("Nie wieder Auschwitz", wie es Außenminister Fischer formulierte), erfuhr gerade von konservativer Seite, so in der FAZ, Widerspruch, will man doch hier die Bindung der Politik an die Vergangenheit kappen.

Geschichtspolitik im Dienste der Großmacht

Kann von einer deutlichen Verschiebung im hegemonialen Gefüge gesprochen werden, so ist es den neokonservativen Kräften - und hier gerade der politisch besonders aktiven jüngeren Generation um Weißmann und anderen - indes nicht gelungen, im Sinne Gramscis einen neuen "historischen Block" zu formieren. Der von Weißmann selbst formulierte Anspruch, das erste Meinungslager des vereinigten Deutschland zu bilden, konnte nicht eingelöst werden, wenngleich einige hier formulierte Vorstellungen eben doch Einzug ins etablierte Meinungsspektrum gefunden haben. Dies trifft jedoch weitaus eher auf die behandelten geschichtspolitischen Vorstellungen zu, weniger dagegen auf die politischen Ansichten. Die beschriebene Renationalisierung bedeutet eben kein Zurück zur autonomen Großmachtpolitik vergangener Tage. Insofern haben die politisch und wirtschaftlich verantwortlichen Eliten in der Tat aus den Erfahrungen der Geschichte gelernt. Die vor allem ökonomisch fundamental veränderten Bedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts erfordern heute eine modifizierte Strategie zur Erreichung der politischen und wirtschaftlichen Ziele. Diese jedoch unterscheiden sich in ihrer Ausrichtung - politische Hegemonialmacht in Europa, ökonomische Durchdringung des Ostens - nicht fundamental von den traditionellen Zielen deutscher Politik seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Die Frage, von welchem historischen Ballast man sich bei dieser Zielstellung zu entledigen hat, war bestimmend für die letzten zwanzig Jahre neokonservativer Geschichtspolitik. Gemessen an den Ansprüchen der eigenen Faschismusinterpretation bei Nolte, Zitelmann und anderen könnte man sagen, der Brocken war offensichtlich zu groß, denn von einer Beseitigung der negativen Herausgehobenheit der deutschen Geschichte, von einer tatsächlichen Normalisierung kann nicht die Rede sein. Realpolitisch dagegen muss von einem weitgehenden Erfolg gesprochen werden, denn die aus der Vergangenheit begründeten Einschränkungen deutscher Machtpolitik sind in den letzten zwanzig Jahren beseitigt worden.

Historikern und allgemein der Wissenschaft wurde in dieser Untersuchung ein weitgehender Einfluss auf die kollektiven Geschichts- und Vergangenheitsbilder zugeschrieben, die für das künftige Bild der faschistischen Vergangenheit von entscheidender Bedeutung sein können. Ist diese Zuschreibung richtig, dann ist sie verbunden mit einer enormen Verantwortung, denn das Bewusstsein der Vergangenheit ist eine entscheidende Prägung für die Zukunft. Der britische Historiker Eric Hobsbawm hat sich Gedanken über diese Verantwortung der Historiker gemacht, die seiner Ansicht nach "von Berufs wegen die hauptsächlichen Produzenten des Rohmaterials sind, das zu Propaganda und Mythen umgewandelt wird. (...) Jedenfalls beruht die Geschichte von großen - nationalen oder sonstigen - Kollektiven nicht auf der Erinnerung der einfachen Leute, sondern auf dem, was Historiker, Chronisten oder Altertumsforscher über die Vergangenheit geschrieben haben, als Monografien oder als Schulbücher, auf dem, was Lehrer ihren Schülern aus diesen Schulbüchern beigebracht haben, und darauf, wie Romanautoren, Filmregisseure oder die Hersteller von Fernseh- und Videoprogrammen das Material von Historikern verarbeitet haben. (...) Es ist sehr wichtig für Historiker, sich daran immer wieder zu erinnern. Die Pflanzen, die wir auf unseren Feldern anbauen, können sich am Ende als das Opium des Volkes erweisen. (...) Leider ist schlechte Geschichte, wie die Lage in großen

Teilen der Welt am Ende unseres Jahrhunderts zeigt, keine unschädliche Geschichte. Sie ist gefährlich. Die Urteile, die auf einer scheinbar harmlosen Tastatur getippt werden, können Todesurteile sein."

Gerd Wiegel

Der Artikel wurde von der Redaktion stark gekürzt. Entnommen ist er Gerd Wiegels Buch "Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte"; PapyRossa Verlag, Marburg, 2001, 436 Seiten, 26 EUR

38. Zu viel Harmonie. Deutsch-jüdische Geschichte, museal geglättet

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:06

Mitte September eröffnete das Jüdische Museum seine Dauerausstellung über "2000 Jahre deutsch-jüdische Geschichte". Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 350.000 BesucherInnen das von Daniel Libeskind gestaltete (leere) Gebäude besichtigt, das weltweit Bewunderung hervorrief. Entsprechend wurde auch die Ausstellung mit Spannung erwartet, doch präsentiert sie sich leider zwiespältig.

Zum einen erwartet die BesucherInnen eine große Fülle von interessanten Exponaten, die das jüdische Leben seit dem frühen Mittelalter illustrieren und die sich teilweise auch mit Hilfe moderner Medien leicht und museumspädagogisch auf dem neusten Stand erschließen lassen. Andererseits vermisst man aber auch einen gewissen "roten Faden", denn das architektonisch sehr verwinkelt gestaltete Gebäude lässt die BesucherInnen mitunter verwirrt im Raum stehen.

Dieser Umstand ließe sich auf die Absicht zurückführen, die sehr uneinheitlichen und einer steten Wandlung unterworfenen Beziehungen zwischen der jüdischen Minderheit und der Restbevölkerung zu symbolisieren - eine Erklärung, die allerdings bei der nicht immer nachvollziehbaren Auswahl der Ausstellungsobjekte nicht überzeugt. Das Konzept besteht aus der Präsentation ausgewählter Biografien, an Hand derer Geschichte exemplarisch entfaltet werden soll. Dabei haben die Ausstellungsmacher aber wichtige Aspekte der jüdischen Geschichte unter den Tisch fallen lassen oder nur gestreift.

Durchaus gerechtfertigt ist die Ausführlichkeit, mit der die im 17. Jahrhundert tätige jüdische Unternehmerin Glikl bas Judah Leib behandelt wird. Denn zum einen sind Frauen generell in historischen Ausstellungen sonst eher unterrepräsentiert; zum anderen kann an ihr exemplarisch die damalige Lebensweise gezeigt werden. Auch die Erläuterung zum "Hofjuden" Joseph Süß-Oppenheimer und seiner Geschichte als Finanzrat des württembergischen Herzogs Karl Alexander verdient den zugestandenen Raum - weist sie doch auf historische Kontinuitäten in der antisemitischen Propaganda hin (besonders berüchtigt ist die Verfilmung "Jud Süß" von Veit Harlan während der NS-Zeit). Mit ausführlichen Informationen zum historischen und ökonomischen Hintergrund werden die Zusammenhänge zwischen religiösen und ökonomischen Ursachen antisemitischer Ausbrüche plausibel aufgezeigt.

Dennoch stellt sich die Frage, warum gerade für die Zeit des 19. Jahrhunderts und des beginnenden 20. Jahrhunderts hauptsächlich erfolgreiche Wirtschaftsführer und Kulturschaffende (Regisseure, SchauspielerInnen, SängerInnen etc.) und Wissenschaftler auf breitestem Raum präsentiert werden. Die Masse der aufgeführten Namen erschlägt die BetrachterInnen eher als sie zu informieren. Leider weicht man nämlich hier vom Konzept der ausgewählten Biografien ab - offenbar, um nach dem Motto "Nicht kleckern, sondern klotzen" auf die immensen Leistungen von Jüdinnen und Juden in Wissenschaft, Kultur und Unternehmertum aufmerksam zu machen.

Die Fülle auf diesem Sektor fällt umso mehr auf, als der Arbeiterbewegung nur ein äußerst kleiner Raum eingeräumt wird. So fehlt unerklärlicherweise der Name Karl Marx vollständig, obwohl gerade er als "nicht-jüdischer Jude" exemplarisch für eine immer größer werdende Zahl von Menschen in Deutschland stand, die nicht in ihrem Glauben oder ihrer Abstammung, sondern in ihrer ökonomischen Situation den entscheidenden Faktor für ihr Leben sahen. Dieses Identitätsproblem wird auch bei den zwei angeführten Vertretern der Sozialdemokratie, Eduard Bernstein und Ferdinand Lassalle, nur gestreift. Dabei engagierten sich auffallend viele jüdische Intellektuelle in der Arbeiterbewegung, was sich schließlich im Zerrbild des "jüdischen Bolschewismus" spiegelte, mit dem nicht erst die Nationalsozialisten ihre Vernichtungsstrategien begründeten.

Doch damit setzt sich die Ausstellung ebenso wenig auseinander wie mit den Revolutionsjahren 1918/19. Kurt Eisner, der Präsident der Münchner Räterepublik, wird gar nicht erwähnt und auch Erich Mühsam taucht nur als Künstler (mit sehr kurzem Hinweis auf seine politische Rolle) in der Ausstellung auf. Überhaupt wird der Weimarer Republik unverhältnismäßig wenig Raum zugestanden. Zu Walter Rathenaus Ermordung fehlen so ausführliche Kommentare, wie sie zu Glikl bas Judah Leib oder Süß-Oppenheimer geliefert werden. Das ist

ärgerlich, weil gerade an der Person Rathenaus die Schwierigkeiten und Möglichkeiten deutscher Juden zu Beginn des 20. Jahrhunderts hätten gezeigt werden können, die sich nach Erlangung der fast vollständigen Emanzipation sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik hervortaten, um "ihrem" Land zu dienen - was ihnen von Antisemiten im nationalistischen und reaktionären Lager wiederum vorgeworfen wurde.

Äußerst knapp werden auch die sogenannten "Ostjuden" abgehandelt. Deren vermehrter Zuzug löste nicht nur innerhalb der jüdischen Gemeinden Auseinandersetzungen aus über Glaubensfragen und Verhaltensweisen; er lieferte auch Material für zusätzliche antisemitische Stereotype der Mehrheitsbevölkerung. Andererseits besaß die orthodoxe Welt des Ostjudentums auch immer eine gewisse Anziehungskraft, die vor allem bei Intellektuellen ausgeprägt war.

Die Ausstellungsmacher wollten von vornherein die deutsch-jüdische Geschichte nicht auf den Holocaust beschränken bzw. zuspitzen. Dieses Anliegen ist nachzuvollziehen und historisch gesehen auch richtig. Doch die auf wenige Tafeln reduzierte Geschichte der Judenverfolgung und -ermordung durch den Nationalsozialismus fällt dann doch zu dürftig aus. Auch eine differenzierte und ausführliche Schilderung der verschiedenen Etappen von der Diskriminierung über die Entrechtung bis hin zur Ermordung fehlt. Immerhin werden auch bisher vernachlässigte Themen wie der jüdische Widerstand aufgegriffen, doch vermisst man auch hier exemplarische Biografien. Denn die Verfolgten reagierten sehr unterschiedlich auf die Bedrohung: mit Flucht, Exil, Untergrundtätigkeiten, aber auch Abwarten und Sich-Fügen; all diese Verhaltensmuster lassen sich teilweise sogar innerhalb einer Familie feststellen.

Das Fehlen bzw. die mangelhafte Berücksichtigung dieser wichtigen Abschnitte ist bedauerlich - gerade angesichts des universellen Anspruchs der Ausstellung. Das Beispiel Oppenheimer beweist die Möglichkeit, in einer Ausstellung auch konfliktreiche Themenfelder den BesucherInnen feinfühlig zu vermitteln. Besonders verwunderlich erscheinen die historischen Lücken, wenn man sich den hochkarätig besetzten Wissenschaftlichen Beirat ansieht. Ihm gehören u.a. die anerkannten Historiker Wolfgang Benz (Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin), Saul Friedländer (University of California, Los Angeles) und Fritz Stern (Columbia University) an.

Generell wird die Reaktion der deutschen Mehrheitsbevölkerung auf die Juden vernachlässigt, so dass die deutsch-jüdische Geschichte trotz des Holocaust im Ganzen als Erfolgsgeschichte dargestellt wird. Und war das Deutsche Reich Anfang des 20. Jahrhunderts tatsächlich ein Land, in dem sich der jüdische Bevölkerungsanteil integriert gefühlt hat, so darf man die ständige Gegenbewegung des Antisemitismus in Deutschland nicht vergessen, die alle Integrationsbemühungen sofort bekämpfte und häufig auch wieder zurückdrehte. Erinnert sei hier nur an den Streit über die Leistung der jüdischen Männer im Ersten Weltkrieg, von denen viele genauso patriotisch auf die Schlachtfelder zogen wie ihre nicht-jüdischen Kameraden, sich aber später dem Vorwurf der Drückebergerei und der Feigheit ausgesetzt sahen. Dieses äußerst ambivalente Verhältnis wurde in den letzten Jahren vergleichsweise gut erforscht, so dass es doppelt ärgerlich ist, wenn dies in der Ausstellung zu wenig Berücksichtigung findet.

Alexander Neumann

39. HipHop gegen Nazis. Brothers & Sisters Keepers

Brothers and Sisters Keepers

Autor: DSe · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:20

Künstlerinitiativen gegen Rechts hat es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben, sei es das legendäre und immer mal wieder aufgewärmte Rock-gegen-Rechts-Festival oder zuletzt im Frühjahr die Tour mit Lindenberg und Co. Seit dem Sommer sind nun die Brothers Keepers am Start, ein Zusammenschluss afro-deutscher Rapper.

Im Oktober 2000 versammelten der afro-deutsche Adé und Thomas Huertgen (Nitty-Gritty) eine Runde von HipHoppern in Köln. Seit Jahren gehört Adé zu den Rappern, die die Umtriebe und Überfälle alter und neuer Nazis nicht ruhen ließen. Immer wieder hatte er vorgehabt, die Initiative für einen größeren Zusammenschluss von afro-deutschen Rappern zu starten, sagt Adé. "Den letzten Ausschlag gab dann die Ermordung von Adriano. Die Zeit war lange überreif. Wir afro-deutsche Musiker mussten endlich Position beziehen." Das taten sie dann auch, und mit Adriano (Die letzte Warnung) kam eine Single dabei heraus, die an Positionierung nicht viel zu wünschen übrig lässt.

Aus der ersten Session in Köln mit Torch und D-Flame wurden schließlich die Brothers Keepers (BK). Neben Initiator Adé, seinem Partner Don Abi (beide bei BANTU) sowie dem Berliner Produzenten DJ Desue ist das Who is Who der afro-deutschen Hip-Hop-Szene dabei: Über Afrob (Öffne die Augen) und Sékou (beide Freundeskreis) weiter über die Absolute Beginners Denyo und Samy Deluxe (Weck mich auf) aus Hamburg, dann Tyron Ricketts (Ex-Viva, www. afrodeutsch.de), Torch, Ono, Chima, G.E.R.M., Ebony Prince und schließlich Xavier Naidoo (Söhne Mannheims; Es sind seine Straßen), der bereits im Frühjahr u.a. mit Udo Lindenberg eine Rock-gegen-rechte-Gewalt-Tour mitgemacht hat.

Im Juli 2001 veröffentlichten die inzwischen auf insgesamt 14 Rapper angewachsenen BK die Single, die sofort in die Hitparaden stürmte und auf Viva und MTV zu jeder Tages- und Nachtzeit per Video in die Wohnzimmer hämmerte. Unterstützt wurden sie von der Major-Company WEA, die die Promotion und den Vertrieb der Single übernahm.

Die Rapper lassen keinen Zweifel, dass Lichterketten nicht ihr Ding sind. Die letzte Warnung ist gerichtet an die Skins: "Wir fallen dort ein wo ihr auffallt. Gebieten eurer braunen Scheiße endlich Aufhalt." Oder: "Was wir reichen, sind geballte Fäuste und keine Hände." Xavier Naidoo, wegen seiner stark religiös geprägten Texte berüchtigt, singt diese Zeilen und kündigt an: "Unser Rückschlag ist längst in Planung."

Inzwischen sind die Brothers Keepers als gemeinnütziger Verein gegründet und anerkannt. Die Erlöse aus dem Verkauf der Single, des Videos und des jetzt gerade anlaufenden Merchandising ebenso wie von der GEMA und den Verlagsrechten haben die beteiligten Künstler vollständig an den Verein abgetreten. Ziel der Brothers Keepers ist es nicht, nun als Rotes Kreuz mildtätige Spenden unters Volk zu bringen, wie Adé sagt. Er will mit Musik einen Beitrag dazu leisten, dass die Kids selbst aktiviert werden. Mit Hip-Hop-Work-Shops will er in den Städten und Dörfern im Osten der Republik Jugendliche ansprechen. Beim gemeinsamen Rappen könnten sie die Erfahrung machen, was raus kommen kann, wenn man sich zusammen tut und solidarisch miteinander um den besten Beat oder Reim streitet. Außerdem, so Adé weiter, braucht es fürs Rappen nicht viel Geld: zwei Techniks-Plattenspieler, einen Mixer, ein paar Platten - schon kann es losgehen. Und so was steht in fast jedem Jugendzentrum rum oder kann leicht beschafft werden.

Angesichts des Erfolges der Single und des großen Medieninteresses an den BK haben die wenigen Aktivisten derzeit allerdings alle Hände voll zu tun, um entsprechende Vereins-Strukturen aufzubauen. Kooperieren will man mit der Amadeu-Antonio-Stiftung. Die BK wollen vor allem im Osten der Republik einfallen. Für Sékou, Afro-Amerikaner mit Hauptquartier in Stuttgart, ist das völlig einleuchtend. Natürlich weiß auch er, dass es auch im Westen Nazis gibt und dass es Überfälle mit Toten und Schwerstverletzten gegeben hat. Aber: Im Westen habe er nicht sonderlich viel Angst, allein zu reisen oder in den Straßen herumzulaufen. Doch in den Osten Deutschlands würde er allein keinen Schritt setzen.

Die andere Seite der Arbeit soll darin bestehen, Opfer rechter Gewalt zu unterstützen, auch finanziell. Denn oftmals sind sie nach rechten Angriffen nicht nur körperlich, sondern auch psychisch schwer beeinträchtigt. Sachkundige Hilfe - z. B. durch psychologische Betreuung, für die viele meist kein Geld aufbringen können - soll so ermöglicht werden.

Dass die Initiative nicht nur eine Eintagsfliege ist, machen die weiteren Aktivitäten deutlich. Inzwischen haben sich auch die Hip-Hop-Frauen zusammengeschlossen und firmieren nun unter dem Titel Sisters Keepers. Mit dabei sind u.a. Sonia + Priti, Brokke Russel, Vanessa Mason (Ex-RealMcCoy, du + ich), Bintia (Über den Wolken), Meli und Onejiru, die Anfang November in Berlin das Video für Herz und Verstand aufgenommen haben. Darin zeigen sie, wie sich Schwarze allzu oft in diesem Land fühlen, indem sie schlicht die Perspektive verdrehen: Ein Weißer spaziert durch eine Welt voller Schwarzer. Die Single und das Video werden Anfang Dezember erscheinen - passend zum christlichen Weihnachtsfest.

Zeitgleich erscheint dann auch der erste Sampler der Brothers Keepers unter dem Titel Lightkultur. (Release-Party, 24.11.01, 22 Uhr, Stadtgarten Köln). Und um deutlich zu machen, dass auch damit das Ende der Aktivitäten nicht erreicht sein wird, wird die Unterzeile Part 1 heißen.

dse

Wer die Arbeit von Brothers Keepers unterstützen will, kann z.B. Fördermitglied im Verein werden. Mehr Infos:

www.brotherskeepers.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

www.rock-links.de

40. Geschlecht wird gemacht. Film über Geschlechter- und Körperpolitik und den Zwang zur Normalität.

Autor: nv · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:26

"Man spürt sich, es gibt keine Gedanken mehr, es gibt keine Grenze, die Grenze bist nur du. (...) Es gibt hier kein Geschlecht" so beschreibt Michel Reiter seinen Lieblingsort. Er sitzt auf der Spitze eines Berges, die Kamera folgt seinem Blick über die Gipfel in das Blau des Himmels.

Michel Reiter ist einer von zwei ProtagonistInnen, die in dem Dokumentarfilm "Das verordnete Geschlecht" der Filmemacher Oliver Tolmein und Bertram Rotermund porträtiert werden. In dem Film geht es um die Geschichte von Zwittern, um Menschen, die bei der Geburt nicht "eindeutig" einem Geschlecht zuzuordnen sind. In einer Gesellschaft, die nur zwei Geschlechter kennt, ist die Antwort auf die Frage: "Ist es ein Junge oder ein Mädchen" nicht nur für die Farbe der Babykleidung unerlässlich; sie entscheidet auch maßgeblich die zukünftige (Geschlechts-)Identität der Neugeborenen. Die Antwort "weder noch" ist für die westlichen Industriegesellschaften ein Tabu. Sowohl Michel Reiter als auch Elisabeth Müller haben bei ihrer Geburt gegen das eherne Gesetz "Es gibt nur Mann oder Frau" verstoßen und wurden somit zu einem medizinischen "Sonderfall".

Elisabeth Müller, die genetisch, aber nicht hormonell ein "Mann" ist, und Michel Reiter, dem durch chirurgische Eingriffe das Geschlecht "Mädchen" verpasst wurde, erzählen in dem Film eindrücklich, welchen Preis sie für das Dogma von den zwei Geschlechtern zahlen mussten und müssen.

Bei einem von 2.000 Kindern wird kurz nach der Geburt die Diagnose "Intersexualität" (AGS) gestellt. Da, was es offiziell nicht gibt, auch nicht sein darf, werden intersexuelle Kinder meistens im Alter von zwei bis vier Jahren auf ein äußeres Geschlecht "Mann" oder "Frau" hin operiert. Die Frage, was "es" denn nun ist, beantwortet allein die Medizin. Durch regelmäßige Kontrolluntersuchungen, die Verabreichung von Hormonen und durch "korrigierende" Nachoperationen wird sichergestellt, dass das verpasste Geschlecht auch dauerhaft passt. So werden aus den von der Norm abweichenden Kindern chronisch "kranke" PatientInnen.

Der Fokus der Dokumentation "Das verordnete Geschlecht" liegt auf den individuellen Erzählungen Reiters und Müllers, gleichzeitig werden ihren Geschichten Statements von Ärzten und Eltern gegenübergestellt, die nach wie vor überzeugt sind, dass eine frühzeitige Operation intersexueller Kinder notwendig sei, damit diese nicht als AußenseiterIn aufwachsen.

Die Stärke des Filmes liegt darin, dass er klar Partei ergreift für die Anliegen Intersexueller, ohne dabei jedoch bevormundend zu sein. Es gelingt den Filmemachern, Reiter und Müller als Subjekte zu porträtieren, die um die Anerkennung ihrer Identität als Zwitter kämpfen, und nicht als Opfer und Objekte medizinischer und gesellschaftlicher Zwänge. Der Film zeigt, wie schwierig die Suche nach Identität in einer Gesellschaft ist, in der Vorstellungen von Normalität notfalls auch mit Zwang und Gewalt durchgesetzt werden. Medizin und Justiz übernehmen dabei die Rolle, die Einhaltung der Norm zu gewährleisten, indem AbweichlerInnen pathologisiert bzw. kriminalisiert werden. Mediziner, wie der in dem Film zu Wort kommende Professor Waldschmidt von der Kinderchirurgie Berlin, charakterisieren Intersexualität als Krankheit. Diese dubiose Krankheit manifestiert sich nicht durch Schmerzen, sondern durch Normabweichung. Für Waldschmidt sind "Mädchen, wo vorne der Penis rauskommt", "Kinder, die keinen graden Strahl machen", "die innerlich ein Männchen und äußerlich ein Weibchen sind", zunächst und in erster Linie ein medizinisches Problem. Ein Problem, das jedoch chirurgisch gelöst werden kann.

Dass durch eine Operation das Problem eben nicht gelöst wird, zeigt die Geschichte von Reiter und Müller. Beide hatten, trotz ihres äußerlich eindeutigen Geschlechts, schon als Kind das Gefühl, irgendwie "verkehrt" zu sein. Nachdem sie jahrelang unter ärztlicher Kontrolle standen, haben sich beide aus den Fängen der Schulmedizin befreit. Mittlerweile leben Reiter und Müller mit und in ihrem mehrgeschlechtlichen Körper. Dies ist um so schwieriger, als viele der geschlechtsnormierenden Operationen, die im Kleinkindalter vorgenommen wurden, nicht rückgängig zu machen sind. "Die Hoden haben mich zu dem Menschen gemacht, der ich bin", sagt Elisabeth Müller. "Diese Klasse hätte ich gerne behalten, die gehört zu mir".

Als Initiator der "Arbeitsgruppe gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie" (www.aggpg.de) engagiert sich Michel Reiter für die Rechte von Intersexuellen. Ihm geht es darum, die medizinische Deutungsmacht über das, was Geschlecht zu sein hat, zu brechen. Aus diesem Grund hat Reiter einen Antrag an das Amtsgericht München gestellt, dass in seinem Pass als Geschlechtsbezeichnung "zwittrig" stehen soll. Durch die Möglichkeit, sich als Zwitter eintragen zu lassen, wäre zumindest der formalrechtliche Zwang einer Geschlechtszuweisung aufgehoben. Der Antrag wurde im Oktober 2001 abgelehnt. Nach geltendem Recht könne das Geschlecht nur als männlich oder weiblich eingetragen werden, so die Urteilsbegründung.

"Für mich ist Sexismus die Herstellung von zwei Geschlechtern", sagt Reiter. Der Kampf gegen die gewaltförmige Konstruktion von zwei Geschlechtern muss auf vielen Ebenen und nicht nur von Betroffenen geführt werden. Wie mächtig und allseits präsent der Zwang ist, Menschen in Mann und Frau zu kategorisieren, wird besonders dann deutlich, wenn sich Menschen eben nicht in dieses Muster einordnen lassen. Die medizinische und juristische Fest-Stellung: "Es ist ein Mann - bzw. eine Frau" wird erst durch tägliche Bestätigungen und Selbstvergewisserung zur gesellschaftlichen Realität. Der Film "Das verordnete Geschlecht" zeigt, so der Filmemacher Oliver Tolmein, "wie wichtig es ist, dass in einer Gesellschaft nicht Normalität die Leitlinie ist, sondern Unterschiedlichkeit anerkannt und Gleichbehandlung sichergestellt wird."

Das Verordnete Geschlecht. Ein Film von Oliver Tolmein und Bertram Rotermund, mit Michel Reiter und Elisabeth Müller, Musik: Schorsch Kamerun, Deutschland 2001, 62 min, 35 mm und VHS, Verleih: Rotermund@aol.com

41. Braucht jemand noch einen Scheißjob?! Repressionen gegen Call-Center-AktivistInnen im Ruhrgebiet

Autor: Imma Freitag · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak456/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:11

"Die erste Woche verdienst du nix... dann gibt's 12 Mack. (...) ISI hat grad Anzeigen laufen für ihre Call Center in Bochum, Essen, Düsseldorf, Köln. Braucht jemand noch einen Scheißjob?!" Mit diesem Text wurde im März auf der Internetseite des hotlines-Kollektivs (www.motkraft.net/ prol-position) ein Flugblatt zur Arbeit in einem Call Center der Firma ISI Marketing eingeleitet. ISI-Geschäftsführer Steinbach fühlte sich dermaßen auf den Seidenschlips getreten, dass er beim Landgericht Bochum eine einstweilige Verfügung gegen die Begriffe "miese Bude" und "Scheißjob" erwirkte. Die Verfüng richtete sich gegen den damaligen Provider free.de.

ISI ist eins der Call Center, die anderen Firmen Telefondienstleistungen anbieten und in denen die ArbeiterInnen im Akkord Anrufe machen müssen. Erst wurden Call Center von PolitikerInnen und UnternehmerInnen als schöne neue Arbeitswelt verkauft, als "saubere" Hi-Tech-Arbeitsplätze. Wie "sauber" die Arbeit ist, merkt mensch schnell, wenn der Tinitus im Ohr klingelt, die Augen brennen und du die Kopfschmerzen nicht mehr los wirst, nachdem du jeden Tag Hunderte Anrufe entgegengenommen, Daten in den PC gehackt oder zig Leute per Anruf genervt hast, um ihnen was anzudrehen. Nach einigen Jahren Boom werden jetzt auch in Call Centern Leute rausgeschmissen bzw. die Läden gleich zugemacht. Das hängt mit der Krise der Neuen Ökonomie und weiteren Rationalisierungsmaßnahmen zusammen, wie z.B. der Einführung von Sprachcomputern und der Verlegung von Aufgaben auf Internet-Angebote.

Nach dem Streik bei der Citibank 1998 gegen die Schließung der alten Call Center hat es eher kleinere Konflikte und Kämpfe gegeben, in denen ArbeiterInnen auf Abteilungsebene oder bei kleinen Call Centern gegen die Bedingungen vorgingen. Darin sind einige (bisher meist kurzlebige) Basisinitiativen von ArbeiterInnen entstanden (z.B. bei hotline GmbH in Berlin, jetzt bei Transcom in Düsseldorf). Die Gewerkschaften (ver.di) versuchen, einen Fuß in die Call Center reinzukriegen, insbesondere indem sie die Gründung von Betriebsräten forcieren. Es gibt auch Versuche von Linken, sich auf die Situation und die Kämpfe in Call Centern zu beziehen. Dazu gehören u.a die callcenteroffensive (vgl. ak 449, S. 3), die sich um Auseinandersetzungen in einigen Berliner Call Centern gekümmert hat (audioservice, hotline GmbH, atm, emnid) und unsere hotlines-Initiative in Rhein/Ruhr.

Mit hotlines versuchen wir, den Austausch von ArbeiterInnen über die Bedingungen und Möglichkeiten von Kämpfen zu fördern, ohne auf die Vertretungsfalle durch Gewerkschaften oder Betriebsräte reinzufallen. Wir arbeiten selber in Call Centern, begannen eine Flugblattserie und bauten die Website auf. Leute aus Brighton/England und Bologna/Italien beteiligten sich an den Aktionen und verteilten in ihren Regionen Flugblätter vor Call Centern. Hinter diesen Versuchen steht eine grundlegende Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise.

Hier ergeben sich auch Konflikte mit GewerkschaftsvertreterInnen, die die Auseinandersetzungen in Call Centern aufgreifen. Sie wollen sich als VertreterInnen der ArbeiterInnen auch der "Neuen Ökonomie" profilieren und das für die Rekrutierung neuer Mitglieder nutzen. So wurden VerteilerInnen von hotlines-Flugblättern von DGB-Betriebsräten der Aufruf zu "illegalen wilden Streiks" vorgeworfen. Alles soll gefälligst in die geordneten Bahnen der "sozialpartnerschaftlichen" Konfliktlösung laufen. Ebenfalls ist es problematisch von "Überausbeutung" in Call Centern zu sprechen, wie das linke GewerkschafterInnen und AktivistInnen der callcenteroffensive gerne tun. Es ist eben nicht alles o.k., wenn die Call-Center-ArbeiterInnen nur genug verdienen und Flachbildschirme bekommen.

Sicher müssen wir die besonders miesen Bedingungen brandmarken, gleichzeitig aber verhindern, dass dadurch Bilder entstehen, die unterstellen, es gäbe so etwas wie eine "gerechte" Ausbeutung und eine "ungerechte". Vielmehr geht es darum, auch auf den Zusammenhang der unterschiedlichen Ausbeutungssituationen hinzuweisen - nicht nur zwischen Jobs hier, sondern auch solchen in den Chipbuden und Turnschuh-Nähereien in Ostasien oder Lateinamerika. Wenn wir nur die Call Center als "miese Buden"

bezeichnen und den Zusammenhang zu kapitalistischer Krise und Ausbeutung (im Weltmaßstab) rauslassen, landen wir doch wieder bei gewerkschaftlicher Vertretung oder "Standort-Diskussion".

Trotz der sich verschärfenden Krise, den Angriffen der rot-grünen Regierung (Kürzungen der Arbeitslosenhilfe, verschärfter Druck auf Arbeitslose...), trotz der Aufweichung der "Sozialstandards" hat sich keine größere Mobilisierung gegen diese Arbeitsbedingungen ergeben. Die bisherigen Kämpfe machen wenig Hoffnung auf eine breitere Bewegung, vielmehr bleiben viele Initiativen in der Verteidigung des Status quo (gegen Entlassungen, gegen Auslagerung) hängen. Bleibt der Versuch, an den (kleinen) Konflikten dranzubleiben und eine Vernetzung von ArbeiterInnen in den Call-Centern zu unterstützen.

Nach der einstweiligen Verfügung gegen den Internet-Provider free.de wechselte die hotlines-Seite zu einem anderen Provider (motkraft.net). Immerhin bedrohte die kostspielige juristische Auseinandersetzung die Existenz von free. Zudem legte ISI nach und beantragte eine weitere einstweilige Verfügung. Das hotlines-Flugblatt ist weiter vor ISI-Call Centern verteilt worden. Da BewerberInnen bei ISI erstmal eine Woche "ganz umsonst" arbeiten "dürfen" und nur übernommen werden, wenn sie genug Zeitschriften-Abos vertickt haben, hieß das im Flugblatt: "Erpressung ‚Vertrag bei Abo-Schnitt`". Diesmal lehnte das Landgericht Bochum den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen diese Formulierung ab, nicht zuletzt weil die Seite nicht mehr bei free.de lag. ISI hat jetzt weitere juristische Schritte angekündigt.

Imma Freitag (hotlines-Kollektiv)

Um Geld für free und hotlines ranzukriegen, findet am Freitag, 30. November 2001 im Druckluft in Oberhausen, Am Förderturm 27 (5 Minuten vom Hbf.) ein Rave statt: RAVE AGAINST THE MACHINE u.a. mit DJs vom Tresor/Berlin und Tschaka/Ruhrgebiet. Beginn: 22 Uhr, 15 Mark.

42. Quelldatei 03bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/03bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:03bu

Die CSU über die bleibenden Verdienste des Adenauer-Preisträger Ernst Nolte: "Die Kontroversen um seine These über Zusammenhang von Kommunismus und Faschismus rückten die Untaten des Stalinismus wieder ins öffentliche Bewusstsein und sorgten für mehr Klarheit im Blick auf die Diktaturen des Warschauer Paktes. Mit seinen historischen und philosophischen Publikationen hat er sich im In- und Ausland als ‚kritischer Kopf` unter den Intellektuellen einen Namen gemacht. Kein anderer Historiker steht wie er im Zentrum wissenschaftlicher und über die Grenzen der Fachwelt hinaus auch öffentlich ausgetragener Kontroversen. Der Aufforderung an die Wissenschaft, von ihrem Elfenbeinturm herabzusteigen und sich öffentlich der kritischen Prüfung zu stellen, sind wenige mit größerem Erfolg begegnet."

Creation date: 11-19-2001-

Modification date: 11-19-2001-

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:21

Chefsache Biopolitik

Das Thema des diesjährigen Sommerlochs ist mittlerweile gänzlich aus den Feuilletons verschwunden und dem Kampf der Zivilisation und Ähnlichem gewichen. Schade einerseits, denn unwichtig war es nicht. Wohltuend andererseits, denn der Hype war mancherorts schon der Hysterie gewichen, und sachliche oder gar linke Beiträge glänzten meist durch Abwesenheit. Wie positiv, dass Forum Wissenschaft sich jetzt in gewohnt gründlich-kritischer Manier des Themas annimmt: Biopolitik. Stammzellenforschung, Embryonenschutzgesetz, patentierte Gene, Klone - und vor allem der schwierige und wichtige Streit darum, wie emanzipatorische Kritiken diesbezüglich aussehen könnten, sind Thema des aktuellen Heftes. Im "Jahr der Lebenswissenschaften" (eine Erfindung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) ranken sich die Kontroversen ja vor allem um eine Figur: den menschlichen Embryo, der, je nachdem, als "Substanz", als "Person" oder als "Zellhaufen" die Bühne der biopolitischen Debatten betritt. Auch in den durchaus kontroversen Beiträgen des Forums spielt er eine zentrale Rolle, wobei man hier sinnvollerweise den Schwerpunkt nicht darauf legt, was der Embryo "ist", sondern vielmehr darauf, zu was er gemacht wird - und mit welchen politischen Interessen. Und dann stellt sich heraus, dass die nebulösen "Lebenswissenschaften" eigentlich besser Anwendung von Bio- und Gentechnologie genannt werden sollten. Und die "Bioethik", die sich selbst am liebsten als institutionalisierte Wertedebatte versteht, wird in den unterschiedlichen Beiträgen und aus unterschiedlichen Perspektiven als Legitimationsbeschaffungsapparat für die biomedizinische Forschung entlarvt - aber fundiert, versteht sich.

Das zu lesen lohnt sich nicht nur für InsiderInnen. Denn die Tragweite der unter dem Schlagwort "Biopolitik" verhandelten Entwicklungen berührt, auch das zeigen die Beiträge des Heftes, grundlegende Konzeptionen vom "Menschen" und vom "guten Leben", die nicht nur während des Sommerlochs in Labors, Krankenhäusern, Ministerien und Ethikkommissionen längst in die Tat umgesetzt werden.

Forum Wissenschaft, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, Fon. 06421/21395, Fax. 06421/24654. Nr.4, Oktober 2001, 18. Jahrgang, 76 Seiten, 12,50 DM

Heine für alle

Heinrich Heine sollte der Mensch in jedem Fall gelesen haben - oder gehört. Neben anderen Heine-Interpretationen liegt nun auch ein Set mit 5 CDs von Lutz Görner vor. Er präsentiert uns den Antikapitalisten aus reichem Hause, den gottgläubigen Atheisten, den großen Antinationalisten, der seine eigene Heimatliebe satirisch betrachten konnte - eben den grandiosen Heine. Kleine Wermutstropfen gibt es bei der technischen Aufbereitung der CDs: Holprige Übergänge zwischen einzelnen Textpassagen mindern das Hörvergnügen etwas; an einer Stelle fehlt ein angegebenes Stück ganz. Und in den spartanisch gestalteten CD-Hüllen ist die von Görner versprochene Inhaltsangabe nicht abgedruckt. Auch sind historische Erläuterungen recht gering vertreten. Positiv zu vermerken ist, dass auch wenig bekannte Texte berücksichtigt wurden - so das Romanfragment Der Rabbi von Bacherach und nicht wenige mit den erfrischenden politischen Aussagen, deren aktuelle Bezüge oftmals förmlich ins Ohr springen. Lutz Görner, der seit 1993 jeden Sonntag ab 9.05 Uhr auf 3sat zehn Minuten "Lyrik für alle" bringt, kann mittlerweile ein beachtliches Gesamtwerk vorweisen, wovon die beigefügte Bonus-CD Zeugnis ablegt. Der einstige Bühnenarbeiter, Schauspieler, Regisseur etc. hat sich lange schon der Rezitationskunst verschrieben und dabei einen eigenen Stil entwickelt. Über den kann natürlich gestritten werden. Unbestritten aber ist, dass Görner hier eine der wohl umfassendsten und sicher die preiswerteste Heine-Reihe veröffentlicht hat, die derzeit auf CD zu haben ist, quasi die hörbare Heine-Volksausgabe. Eben: Lyrik (und mehr!) für alle.

Lutz Görner: Heine Superstar. NAXOS 2001. 5 CDs & 1 Bonus-CD, 34,95 DM; siehe auch: www.rezitator.de

"Soldiers comfort"

Die aktuelle Ausgabe von Mittelweg 36, der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat zwei Schwerpunktthemen: erstens, wie Soziologen die Existenz von "Überflüssigen" in modernen Gesellschaften erklären; zweitens Ethnizität und Nationalismus. Aber der nachhaltig eindrucksvollste Aufsatz ist einer, der

keinem Schwerpunkt zugeordnet ist: Gabi Zipfels Beitrag zu "Blood, sperm and tears - Sexuelle Gewalt in Kriegen." Eindrucksvoll einmal, weil es der Autorin gelingt, Aussagen von Opfern sexueller Gewalt in Kriegen mit Hilfe feministischer Theorien zu sexueller Gewalt zu lesen. Dabei bezieht sie sich vor allem auf Zeuginnenaussagen aus Jugoslawien und aus den Ländern, aus denen die Japaner während des Zweiten Weltkriegs insgesamt 200.000 sogenannte "comfort women" zwangsrekrutiert hatten. Erschütternd zum anderen aber vor allem wegen des ungeheuerlichen Ausmaßes von Gewalt, das z.B. vor dem Tokioter Tribunal (Dezember 2000) verhandelt wurde und in den Aussagen der Opfer greifbar wird. Aber Gabi Zipfel bleibt mit ihrem Beitrag nicht beim Entsetzen stehen. Sie arbeitet heraus, wie genau sexuelle Gewalt als Kriegstaktik zum Einsatz kommt und welche Männlichkeitskonstruktionen dafür Voraussetzung sind. Dabei untersucht sie am Beispiel der Erinnerungen von Vietnam-Veteranen auch die individuell-psychologische Dimension auf der Seite der Täter, ohne diese zu verharmlosen oder gar zu entschuldigen. Der Beitrag endet mit einem schwachen Hoffnungsschimmer: Der jüngste Prozess vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal zum ehemaligen Jugoslawien in Den Haag war der erste, der sich ausschließlich mit Vergewaltigungen und sexueller Gewalt im Krieg befasste und bei dem tatsächlich hohe Haftstrafen verhängt wurden. So wurde auch die verbreitete Auffassung, Vergewaltigung im Krieg sei kein eigenständiges Kriegsverbrechen, sondern eine quasi-natürliche Begleiterscheinung von Kriegen, höchstrichterlich abgeurteilt. Diese Kehrtwende wäre, so Zipfel, nicht möglich gewesen "ohne den Mut der Zeuginnen, sich im Zeugenstand nochmals den erlebten Schrecken auszuliefern".

Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Fon. 040/41409716, Fax. 040/41409732. 10. Jahrgang, Oktober/November 2001, 96 Seiten, 18 DM

44. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:30

Bellende Hunde

Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe lädt ein zur Zeitreise durch die 68er Revolution und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre. Auf einer Lesereise stellen sie ihr neustes Buch "Die Hunde bellen .... von A bis RZ" vor.

Göttingen 26.11., 19.30 Uhr, Theater-Keller in Göttingen, 3.12., 20 Uhr, Antifa-KOK in Düsseldorf, 4.12., 20 Uhr, Zeche Carl in Essen, 5.12., 20 Uhr, Autonomes Zentrum in Wuppertal.

Der "Fall Distomo"

Im Juni 1944 zerstörte eine SS-Einheit das griechische Dorf Distomo und ermordete 218 BewohnerInnen. Die Hinterbliebenen der Opfer des Massakers kämpfen seit Jahren um ihre Entschädigung. Im Mai 2000 entschied das höchste Gericht in Griechenland, dass die Bundesrepublik zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 55 Mio. DM verpflichtet ist. Nachdem die deutsche Regierung die Zahlung verweigerte, ließ der Rechtsanwalt Stamoulis das Goethe Institut in Athen beschlagnahmen. In Hamburg findet eine Solidaritätsveranstaltung für NS-Opfer statt. Referent ist der Rechtsanwalt Ioannis Stamoulis aus Athen, der die Überlebenden und Angehörigen vertritt.

Hamburg, 7.12., 19 Uhr, Hochschule für Wirtschaft und Politik, großer Hörsaal, Von Melle-Park 9

Feminismus

Das autonome Frauen und Lesben-Referat der Universität Frankfurt veranstaltet einen Workshop in der Reihe "Feminismus in Theorie und Praxis. Schwerpunkt des zweiten Workshops ist die Diskriminierung zwischen Frauen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und / oder sexueller Orientierung.

Frankfurt, 7./8.12., Frauenraum. Anmeldung bis zum 26. November beim Autonomen Frauen- und Lesben-Referat (AFLR), Tel.: 069/79 82 30 95, E-Mail: andjungstud.uni-frankfurt.de, Teilnahmebetrag: maximal 100 Mark, Ermäßigungen möglich.

Abschiebungen abschaffen

Abschiebeknäste bilden die Endstation einer rassistischen Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen. Seit Mai 2000 betreibt das Land Niedersachsen in Hannover ein zentrales Abschiebegefängnis für Flüchtlinge. Für 17,2 Millionen Mark wurden drei Gebäude eines ehemaligen Kasernengeländes direkt am Flughafen Langenhagen zu einem Knast für 143 Männer und 42 Frauen umgebaut. Dort können MigrantInnen ohne Grund bis zu acht Monate eingesperrt werden. Am 8. Dezember findet eine überregionale Demonstration unter dem Motto "Abschiebung abschaffen - Abschiebeknäste schließen" statt. Organisatorin ist die Kooperative Flüchtlingssolidarität Hannover.

Hannover/Langenhagen, 8.12., 11 Uhr: Auftakt am Flughafen Langenhagen, 12 Uhr Kundgebung am Abschiebeknast, Infos: 0511-447260.

Stopp deportation

Im Internierungslager auf dem Flughafengelände Frankfurt im Transitgebäude C 182 sind ständig zwischen 50 und 100 Asylsuchende auf engstem Raum unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt. Nach wie vor ist der Rhein-Main-Airport mit mehr als 10.000 Abschiebungen pro Jahr Deutschlands Abschiebeflughafen Nr. 1. Ca. die Hälfte davon finden in Lufthansamaschinen statt. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main ruft zum Tag der Menschenrechte auf zur Demonstration gegen Abschiebung und Illegalisierung.

Frankfurt, 8.12., 12 Uhr, Terminal 1, Bereich A, Abflug, ab 13 Uhr Demo zum Internierungslager, Tor 3. Informationen unter www.aktivgegenabschiebung.de

Europäische Standards in türkischen Gefängnissen?

Der Dokumentarfilm "Der stille Tod" zeigt die Einführung so genannter F-Type-Gefängnisse und die Übernahme der Isolationshaft für politische Gefangene in der Türkei. Die Grundidee des aus Deutschland importierten Isolationshaft-Systemes ist, den Inhaftierten von allen Sinnesreizen der Außenwelt abzuschotten, um damit seine Persönlichkeit zu brechen. Das türkische Justizministerium hat bereits drei dieser Gefängnisse gebaut, acht weitere sind in Planung. Der türkische Regisseur Hüseyin Karabey zeigt an Hand von beklemmenden Interviews mit politischen Häftlingen und ihren Familien in Deutschland, Spanien, Italien und der USA die psychischen und physischen Auswirkungen der Isolationshaft. Bei der Premiere des Films "Sessiz Ölüm" in Berlin sind der Regisseur und einige der Mitwirkenden anwesend.

Berlin, 9.12., 16 Uhr, Kino Neues Off, Hermannstr. 20 (Neukölln)

Schill/ernder Neoliberalismus

Der Begriff "Neoliberalismus" wird nicht selten als Kampfbegriff auf einer Stufe mit "Globalisierung" und "Weltwirtschaft" benutzt. Welche politische Theorie verbirgt sich hinter diesem Begriff? Wie stehen Neoliberalismus und Sozialdemokratie à la Schröder und Blair zueinander? Welche Verbindungen gibt es zum Rechtspopulismus, beispielsweise eines Ronald Schill? In dem Vortrag "Totaler Markt, Rechtspopulismus und Dritte Weg" referiert Herbert Schui über die Theorie des Neoliberalismus und ihre politische Umsetzung. Veranstalter ist der Fachschaftsrat Geschichte der Universität Hamburg.

Hamburg, 13.12., 19 Uhr, Hörsaal Phil A, Von Melle-Park 6. Infos unter www.fsrgeschichte.de

45. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:34

Fehlende Anarchisten

Betr.: ak 455

Nach 5 Jahren habe ich mir mal wieder den ak gekauft. (...) Zu den Artikeln ... aber ein paar kritische Zeilen (...).

1. Frankreich im Krieg von Bernhard Schmid. Ich weiß nicht woher B. Schmid seine Informationen über die Gewerkschaftsbewegungen in Frankreich hat. (...) So behauptet er, dass sich einzig die SUD und die FSU gegen den Krieg aussprechen. Fakt ist, dass sich sowohl die CNT-AIT als auch die CNT-V (...) entschlossen gegen diesen Krieg ausgesprochen haben. (...) Die CNT-V hat (...) zusammen mit anderen syndikalistischen Organisationen einen internationalen Aufruf zur Bekämpfung von Kapitalismus und Krieg gestartet.

2. Italien: Krieg und Burgfrieden von Js. Dieser (...) geht leider nur auf die Grünen und KommunistInnen ein (die Tutte Bianchi rechne ich mal zu den KommunistInnen). Unterschlagen wird hier, dass die USI als erste Gewerkschaft Italiens zu einem Generalstreik gegen den Krieg aufgerufen hat und (...) in Verhandlungen mit anderen Basisgewerkschaften steht um diesen vor zu bereiten. (...)

3. Allgemeine Anmerkung. Als ich vor 5 Jahren aufhörte, den ak zu lesen hatte das einen bestimmten Grund. Das permanente Unterschlagen der anarchistischen Bewegungen. Nun habe ich zum Glück immer auch andere Quellen als den ak benutzt. Dadurch fiel mir aber auf das selbst da, wo die AnarchistInnen einen erheblichen Einfluss haben, (...) diese konsequent "vergessen" worden sind. Diese Fixierung auf den sogenannten "Kommunismus"/"Sozialismus" der Parteien und ggf. sogenannter "Grüner" veranlasste mich den ak nicht mehr zu kaufen. Und auch jetzt ist es wieder das gleiche.

Anarchie, @ljoscha

Langweilige PDS?

Betr.: "In Sachen Frieden macht der PDS niemand etwas vor", ak 455

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ist die Berichterstattung in der ak über die PDS in der Regel eine Bereicherung für die Auseinandersetzung mit ihrer Politik, so ist o. g. Artikel in mehrfacher Hinsicht das Gegenteil davon. (...)

Der Autor beginnt mit der Beschreibung des Dresdener Parteitags als "langweilig". Für viele Mitglieder der PDS war er alles andere, ging es doch bei dem von der Parteivorsitzenden, Gabi Zimmer, eingebrachten Leitantrag um nicht weniger als um das Selbstverständnis der Partei und um Fragen, die nicht wenige mit ihrer Mitgliedschaft verbinden (Außen- und Innenpolitik, Bundestagswahlkampf, Parteiprogramm).

"Diese Veränderungen vollziehen sich ohne parteiinterne Debatte", schreibt der Autor weiter. Das kann doch nur jemand behaupten, der sich vor Dresden nicht mit PDS-interner Politik auseinander gesetzt hat. Erinnert sei an Positionspapiere der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Winfried Wolf, die Aktivitäten der AutorInnengruppe um den sog. Alternativentwurf, Erklärungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft, der Kommunistischen Plattform (KPF) etc. pp. (...)

Weiter schreibt der Autor: "Winfried Wolf [...] ist vielleicht der einzige Trotzkist in der PDS, der bei der Taktikschulung nicht aufgepasst hat - und deshalb ein Bündnis mit Vertretern der Kommunistischen Plattform und Teilen des noch sektiererischen Hamburger Landesverbandes eingegangen ist." Es mag ein offenes Geheimnis sein, dass Winfried Wolf aus der VSP kommt und ihr vielleicht heute noch angehört, aber stigmatisiert mit dem "Trotzkismus-Stempel" wurde er von keinem anderen als dem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch (...). Und warum werden "Trotzkisten" in Gegensatz zur KPF gestellt? Damit soll wohl impliziert werden, die KPF sei stalinistisch!? Und wie kommt der Autor zu der Feststellung, die KPF sei sektiererisch? Es ist offensichtlich, dass er sich (...) mit deren Inhalten (nicht) auseinander gesetzt hat. (...)

Schließlich unterliegt der Autor einer weiteren Fehleinschätzung, wenn er der PDS einen (von der Friedensbewegung oder den Grünen?) "geborgte[n] Pazifismus" andichtet. Tatsächlich gibt es in der PDS PazifistInnen, vor allem aber auch AntimilitaristInnen, welche die "UN-Debatte" vor und während des Münsteraner Parteitags bestimmt haben.

Politisch verheerend ist die Schlussfolgerung: "Eine linke Partei kommt nicht umhin, eine Strategie zu entwickeln, wie die Zivilbevölkerung geschützt werden kann." Die Initiativen, insbesondere von Gregor Gysi, die antimilitaristischen Positionen der PDS aufzuweichen (Einsatz von UN-Truppen und "Anti-Terror"-Einheiten), werden vom Autor positiv dargestellt, eine Kritik von links als "Hort des ‚linken Fundamentalismus`" diffamiert. Letztlich fordert der Autor ein Denken in Militärstrategien und übersieht, dass die PDS nach ihrem Programm das "Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungs-Kategorien" ablehnt. Jemand, der von einer "linken Partei" das Denken in solchen Kategorien verlangt, bedient die Argumentationsmuster des "Menschenrechts- Imperialismus". Was hat das in einer linken Zeitung verloren?

Mit freundlichen Grüßen,

Tim Engels

Barbaren und Zivilisten

Betr.: "Blinde Gefolgschaften", ak 455

"Krieg der Barbarei gegen die Zivilisation" war die Überschrift, unter der nach dem 11. September von einem breiten (...) Spektrum eine Feindbestimmung vorgenommen und für militärische Vergeltungsaktionen mobilisiert wurde.

Die Konstruktion eines Antagonismus "Zivilisation - Barbarei" ist per se kulturrassistisch: Eine nach kulturellen Merkmalen wie Sprache, Religion, Herkunft ... definierte Gruppe von Menschen (in diesem Fall MuslimInnen) wird ausgegrenzt und abgewertet, gleichzeitig werden ihnen aber Möglichkeiten angeboten, bei (...) angepasstem Verhalten in den Kreis der "Zivilisation" aufgenommen zu werden. Dieser kulturelle Rassismus muss entlarvt und bekämpft werden. Die Einordnung eines "Antiislamismus" als eine eigenständige Form des Rassismus, wie von Stefanie Gräfe vorgeschlagen, ist (...) sachlich unbegründet und auch aus ihrem Text nicht herzuleiten. (...)

Von einem spezifischen "Antiislamismus" zu sprechen, ist (...) bedenklich. Bei jeder Fixierung auf einzelne Erscheinungsformen des Rassismus besteht tendenziell das Problem, das eigentliche Ziel, die Überwindung aller Arten von Rassismus, aus den Augen zu verlieren. Hinzu kommt noch die Gefahr, für Interessen, die mit dem Kampf gegen den Rassismus wenig bis nichts zu tun haben, funktionalisiert zu werden.

(...) Und schließlich: Für eine Gesellschaftskritik - nicht nur in den Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, sondern auch hier, in den imperialistischen Metropolen mit ihren Migrationsminderheiten ist eine historisch-materialistische Auseinandersetzung mit dem Islam wichtig. Sie kann aber unmöglich unter dem Damokles-Schwert eines im Raum stehenden Rassismus-Vorwurfs geführt werden,

Viele Grüße, Michael

46. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:41

Nur noch wenige Tage...

...dann ist nicht nur Weihnachten, sondern diese Zeitung feiert ihren 30. Geburtstag. Es war im Dezember 1971, als die erste Ausgabe des "Arbeiterkampf - Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" auf den Markt kam. So viel "Arbeiter" war selten. 20 Jahre später, der KB hatte die politische Bühne verlassen, wurde die Zeitung in ak - analyse und kritik umbenannt. Es wird übrigens gemunkelt, dass eine kleine, feine Feier aus Anlass des Jubiläums im Frühjahr stattfinden soll. Fast zeitnah, jedenfalls. Die Suche nach Räumlichkeiten hat begonnen, DJs und DJanes befinden sich im heftigen Wettbewerb um den besten Platz am Plattenteller.

Aber jetzt die Neuerungen, die ins Haus stehen.

First: Wir stellen ab dem nächsten Jahr unsere Erscheinungsweise um. Doch zunächst die Preisfrage. In welchem Rhythmus erscheint ak? Vierwöchentlich? Monatlich? Die Aussagen bei unserer telefonischen Blitzumfrage hielten sich die Waage. Das wird ab dem nächsten Jahr einfacher werden. Ab der Januarausgabe 2002 erscheint ak monatlich; Erscheinungsdatum wird jeweils der dritte Donnerstag des Monats sein. Wir nehmen uns allerdings die Freiheit, im Sommer einen Monat auszusetzen um zu faulenzen, zu verreisen - was mensch halt alles so tut in der freien Zeit.

Second: Zusätzlich zu den elf monatlichen Ausgaben der Zeitung ak und als Erweiterung des publizistischen Angebotes des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik wird es zwei Mal im Jahr von einer "eigenständigen" Redaktion (in enger Kooperation mit der ak-Redaktion) Magazine mit speziellen Schwerpunkten geben. Das Magazin (der Name wird noch nicht verraten) wird im DIN-A4 Format produziert und jeweils im Frühjahr und Herbst erscheinen. Wir sind natürlich gespannt, wie dieses zusätzliche Projekt ankommen wird, erhoffen uns davon viele spannende Diskussionen, die sich dann auch in ak widerspiegeln sollten.

Und jetzt kommt natürlich third: Veränderungen haben ihren Preis. Dies dann wiederum aus dreierlei Gründen:

1) Die letzte Preiserhöhung von ak fand sage und schreibe im März 1995 (!!) statt. Seither sind alle möglichen Kosten leider gestiegen.

2) Der Euro kommt.

3) Wer abonniert oder bereits ein Abo hat, bekommt ab 2002 nicht nur wie bisher ak, sondern noch zwei ak-Magazine frei Haus.

Das heißt für die Preisgestaltung: Die Einzelausgabe von ak wird 4,20 Euro kosten. (Der Einzelpreis für das Magazin wird bei ca. 5 Euro liegen.) Das Jahresabo - elf aks und zwei Magazine - wird ab 2002 für 53 Euro zu haben sein (Halbjahresabo 27 Euro). Damit werden die Kosten bei der derzeitigen Auflage leider nach wie vor nicht gedeckt. Deshalb sind wir, neben den vielen Spenderinnen und Spendern, die unsere beiliegenden Überweisungsträger nutzen, auch auf Förderabos angewiesen. Unsere letzte Statistikauswertung zeigte uns, dass davon viele Freundinnen und Freunde von ak Gebrauch machen. Förderabos gibt es ab 85 Euro ...

Also verschenkt ak-Abos, überzeugt politische MitstreiterInnen von der Wichtigkeit eines ak-Abos, macht Werbung für ak ...

Es gilt weiterhin: Wer ak für mindestens ein Jahr neu abonniert oder verschenkt, erhält wahlweise eine Buchprämie oder unsere ak.ArchivII-CD mit allen ak-Artikeln von Januar 1992 bis Oktober 2000 (unsere aktuellen Prämien siehe Seite 35).

Bis zum Ende des Jahres 2001 gelten noch die alten Preise. Also los! Ran an die Abos.

ak-Redaktion

47. Wer wird SpenderIn?

Spendenziel: 27.098,47 Euro

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:43

Spätestens wenn die Lebkuchenherzen wieder in den Regalen der sterilen Supermarktwelt stehen und allerorts die Menschen über heftige Herbstdepressionen klagen, ist es Zeit, unseren alljährlichen Spendenaufruf zu starten. Allemal besser als klebrige Schokoherzen und Depressionen sind doch gute Taten, die wärmen von innen und mensch spart die Kosten fürs Fitness-Studio und den Seelenklempner. Unser Spendenziel geben wir - und das ist neu - erstmalig in Euro aus: Wir brauchen für den Erhalt unserer Zeitung im kommenden Jahr 27.098,47 Euro. Also schnappt euch den beiliegenden Überweisungsträger, tragt ein hübsches Sümmchen ein (dieses Jahr könnt ihr noch wählen zwischen DM und Euro) und stattet euren Bankangestellten mal wieder einen Besuch ab.

Den Weg zur Bank tretet ihr nicht umsonst an, denn ihr könnt viel gewinnen: Mit eurer Spende sorgt ihr dafür, dass es auch weiterhin fast vierwöchentlich linke Politik auf 36 Seiten gibt. ak bietet alles, was das linke Herz begehrt: Themen, wie Internationales, Umwelt, Gender, Geschichte und Soziales, Antirassismus und Kultur sind ebenso fester Bestandteil unserer Zeitung wie Informationen über den Kapitalismus. Da wir mit dem Verkaufserlös die Herstellungskosten, Miete, Telefon und Löhne leider nicht aufbringen können, ist eure Spende um so notwendiger. Denn ak lebt vor allem durch das Engagement vieler einzelner Menschen, unsere Autoren und AutorInnen schreiben unentgeltlich, in der Technik und im Support rödeln viele Ehren-Nichtamtliche, in der Redaktion bemühen sich verschiedene Menschen für keinen oder wenig Lohn, interessante Beiträge, Dokumentationen und Interviews ins Blatt zu holen und - nicht zu vergessen - unsere KorrekturleserInnen, die sich bis spät in die Nacht hinein mit einem Duden bewaffnet durch die Artikel kämpfen.

Dabei kommt eine Zeitung heraus, die sicherlich nicht perfekt ist. Dennoch stehen in naher und ferner Zukunft Veränderungen an, um die Lesbarkeit von ak zu verbessern. Mit Hochdruck arbeitet derzeit eine Layout-Gruppe an neuen Entwürfen, die ak noch schöner machen sollen. Wenn alles glatt läuft, könnt ihr euch ab Frühjahr auf weniger Bleiwüste, dafür aber mehr Übersichtlichkeit freuen. Dann gibt es noch eine weitere Neuigkeit: ab 2002 erscheint zwei Mal im Jahr ein ak-Magazin. Lasst euch überraschen.

Wir verstehen ak als eine Zeitung, die - so zumindest der Anspruch - in linke Debatten eingreift und linke Praxis kritisch und solidarisch begleitet. Dies gelingt uns mal mehr, mal weniger gut. Zufrieden waren wir mit der Berichterstattung zu Genua und zum 11. September; die leicht gestiegenen Verkaufszahlen dieser Ausgaben geben uns Recht. Daran möchten wir anknüpfen: mit einer aktuellen Berichterstattung und mit fundierten Schwerpunkten, die sich im letzten Jahr immer mehr durchgesetzt haben. Dabei werden aber Themen, die klassisch zu ak einfach dazu gehören, wie Geschichte und Internationales, natürlich auch weiterhin ihren festen Platz haben.

Es gibt also viele gute Gründe für die ak zu spenden, nicht zuletzt folgender Grund: Die ak wird im Dezember 30 Jahre alt. In ihrem langen und bewegten Leben hat die gute alte Dame nicht nur einen Namens- inklusive Geschlechtswechsel durchstanden: von Arbeiterkampf zu analyse und kritik, unzählige Streitigkeiten und Spaltungen in der Verwandtschaft haben sie zwar zeitweise heftig taumeln lassen, um so stärker ist sie heute. Es heißt zwar, trau keiner über dreißig, aber vielleicht macht ihr bei ak mal eine Ausnahme.

ak-Redaktion

Konto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto 131 50 204

BLZ 200 100 20

Postbank Hamburg

Ach ja, bei Spenden über 100 Mark/50 Euro erhaltet ihr von uns eine Spendenbescheinigung, die euch zugesandt wird. Spenden unter 100 Mark/50 Euro könnt ihr direkt mit dem Überweisungsträger absetzen.

48. Kroatisches Wunder fällt aus

CD-Datei: daten/aksuche/ak456/kroatien.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:456:kroatien

Am 19. Dezember 1991 beschloss die deutsche Bundesregierung unter Helmut Kohl und seinem damaligen Außenminister Hans Dietrich Genscher die Anerkennung der Unabhängigkeitsproklamation Kroatiens.

Das war vor zehn Jahren, und man erinnert sich kaum noch daran. Demokratie, Marktwirtschaft, Frieden und eine Verbesserung der sozialen Situation wurden damals mit dem Projekt Unabhängigkeit versprochen.

Heute kann Bilanz gezogen werden. Die Sezession Kroatiens beschleunigte den Zerfall Jugoslawiens, der in der Folge zum brutalen Krieg in Bosnien-Herzegovina führte. Die Militarisierung "ethnischer Konflikte" auf dem ganzen Balkan nahm ihren Lauf. Bis heute haben die weit über 200.000 aus Kroatien vertriebenen SerbInnen kaum Aussicht auf Rückkehr.

Trotz der im jugoslawischen Vergleich relativ guten Ausgangsposition Kroatiens für eine Transformation zur Marktwirtschaft sind die sozialen Folgen bedrückend. Ganze Industrien wurden abgewickelt, die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 23 Prozent, RentnerInnen verarmen. Während die Gesundheitsversorgung früher kostenlos war, müssen die KroatInnen demnächst Tagessätze in den Krankenhäusern bezahlen. Der Wissenschaftsbetrieb ist gelähmt.

Unter der Tudjman-Herrschaft von 1991 bis 1999 bediente sich die neue politische Elite, die sich aus den Reihen der nationalistischen HDZ rekrutierte, im Privatisierungsprozess. 15 Milliarden Dollar sollen während dieser Zeit illegal ins Ausland transferiert worden sein.

Schließlich ließ der Unmut über Korruption, Einschränkung der demokratischen Rechte und die soziale Situation nach dem Tod Tudjmans die HDZ bei den Wahlen vor zwei Jahren kläglich scheitern. Aber auch die neue "Mitte-links"-Koalition muss den neoliberalen Kurs fortführen, damit das Land in fünf Jahren - vielleicht - Mitglied der Europäischen Union werden kann. Von den wundervollen Versprechungen vor zehn Jahren ist allerdings nicht mehr die Rede.

In unserem Schwerpunkt widmen wir uns der wirtschaftlichen Situation Kroatiens zehn Jahre nach der Unabhängigkeit.

Seite 13-16